

Niedersächsisches
Innenministerium

Verfassungsschutz- bericht 2000

 **Niedersachsen**

Vorwort

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

dieser niedersächsische Verfassungsschutzbericht informiert Sie über das zurückliegende Jahr 2000. Der starke Anstieg der rechtsextremistischen Straf- und Gewalttaten und damit eng zusammenhängend die deutliche Zunahme der Neonazi- und Skinheadszene erfüllt mich mit Sorge für die zukünftige Entwicklung. Diesen Zuwachs haben wir nicht nur bei uns in Niedersachsen, sondern auch bundesweit. Die Zahl überwiegend jugendlicher militanter Rechtsextremisten, insbesondere rechtsextremistischer Skinheads stieg in Deutschland von 9.000 auf 9.700 Personen, in Niedersachsen wuchs die militante und fremdenfeindliche Jugendszene von 1.100 auf 1.250.

Diese Entwicklung schadet, wenn wir sie nicht gemeinsam mit allen Demokraten abwenden, letztlich unserem politischen Gemeinwesen. Deutschland ist aber keine Gesellschaft, die durch „schwere rassistische Gewalttaten“ charakterisiert wäre und in der „Themen wie Rassismus, Antisemitismus, Fremdenhass und Intoleranz erst noch als solche erkannt und bekämpft werden“ müssten – wie die Rassismuskommission des Europarates behauptet hat. Auch der niedersächsische Verfassungsschutzbericht soll einen fachlichen Beitrag dazu leisten, dass menschenrechtsfeindliche Bestrebungen von der politischen Öffentlichkeit und den öffentlichen Einrichtungen unseres Landes noch besser erkannt und bekämpft werden können.

Das Niedersächsische Landesamt für Verfassungsschutz (NLfV) beging im vergangenen Jahr den 50. Jahrestag seines Bestehens. Die Dienstleistung dieser Behörde bewerte ich als sehr po-



sitiv, erfolgreich und für unsere freiheitliche Demokratie unverzichtbar. Die intensive Beobachtung und analytische Auswertung rechtsextremistischer Bestrebungen stand wie in den Vorjahren im Mittelpunkt. Das NLfV leistete dabei maßgebliche Beiträge zur Vorbereitung der Verbotsanträge gegen die NPD. Auch die Öffentlichkeitsarbeit des Landesamtes konzentrierte sich auf den Rechtsextremismus.

Professionelle Arbeit leistete die Behörde im Berichtsjahr ferner bei der Beobachtung und fachlichen Bewertung militanter linksextremistischer Bestrebungen gegen die EXPO und den so genannten Atomstaat sowie bei der Analyse der Bestrebungen im Bereich des Ausländerextremismus.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Heiner Bartling'.

Heiner Bartling
Niedersächsischer Innenminister

Inhaltsübersicht

		Der Stahlhelm e.V. – Bund der Frontsoldaten	77
		Die Deutsche Freiheitsbewegung e.V. (DDF)	78
Einleitung	6	Freundeskreis Deutschland e.V. / Gemeinschaftswerk Auehof e.V.	79
Überblick in Zahlen	12	Gerichtliche Bestätigung des Verbots rechtsextremistischer Vereine	81
Mitgliederzahlen	12	Neue Rechte	81
Gewalt- und sonstige Straftaten (Staatschutzkriminalität)	15	Linksextremismus	84
Bundesgebiet	15	Einführung	84
Land Niedersachsen	20	Autonome und sonstige gewaltbereite Linksextremisten	85
Rechtsextremismus	25	Antifaschistische Aktion / Bundesweite Organisation (AA/BO)	87
Einführung	25	Medien der autonomen Szene	90
Geschichtsrevisionismus	27	Aktionsfelder Antifaschismus und Antirassismus	95
Neonazistische Bestrebungen	30	Autonome Aktivitäten gegen die Weltausstellung EXPO 2000	99
Rechtsextremistische Skinheads	30	Aktionsfeld Kampagne gegen Kernenergie und Castor Transporte	102
Neonazistische Kameradschaften	36	Aktionsfeld Internationalismus	104
Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V. (HNG)	39	Graswurzelbewegung	105
Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei / Auslands- und Aufbauorganisation (NSDAP/AO)	41	Deutsche Kommunistische Partei (DKP)	108
Verbote neonazistischer Vereinigungen	42	Kommunistische Plattform der PDS (KPF)	111
Rechtsextremistische Parteien	43	Sonstige revolutionär-marxistische Linksextremisten	113
Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)	43	Rote Hilfe e.V. (RH)	115
Junge Nationaldemokraten (JN)	58	Ausländerextremismus	117
Deutsche Volksunion (DVU)	62	Einführung	117
Die Republikaner (REP)	69	Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)	120
Weitere rechtsextremistische Organisationen	76		
Deutsche Liga für Volk und Heimat (DLVH)	76		

Devrimci Sol (Revolutionäre Linke)	130	Zur Spionage westlicher Nachrichtendienste in Deutschland und zum 360 Grad-Blick der deutschen Spionageabwehrbehörden	164
Türkische Kommunistische Partei/ Marxisten-Leninisten (TKP/ML)	134		
Föderation der türkisch-demokratischen Idealistenvereine in Europa e.V. (ADÜTDF) / Deutsche Türk-Föderation (ATF)	135	Annex: Zwischenergebnisse der Arbeit des Sonderausschusses ECHELON des Europäischen Parlaments	166
Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e.V. (IGMG)	139	Wirtschafts- und Geheimschutz	168
Der Kalifatsstaat (vormals ICCB)	143		
Muslimbruderschaft (MB)	147	Der Verfassungsschutz in Niedersachsen	170
Hizb Allah (Partei Gottes)	149	Bedienstete	170
Nationaler Widerstandsrat Iran (NWRI) / Volksmodjahedin (MEK)	151	Haushalt	170
Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE)	154	Nachrichtendienstliches Informationssystem (NADIS)	170
		Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel	171
Scientology-Organisation (SO)	156	Auskunftersuchen von Bürgerinnen und Bürgern	173
Entwicklung und Ziele der Scientology-Organisation	156	Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	173
Organisation	158		
Scientology in Niedersachsen	158	Definition der Arbeitsbegriffe	179
Hinweistelefon	159		
		Stichwortverzeichnis	182
Spionageabwehr	160		
Einführung	160	Ortsregister	190
Nachrichtendienste der Russischen Föderation	160		
Nachrichtendienste der übrigen GUS-Republiken	161		
Ausspähung und Bekämpfung ausländischer Oppositioneller durch Nachrichtendienste des Nahen und Mittleren Ostens	162		
Aufklärung von nachrichtendienstlicher Proliferation	163		
Westliche Nachrichtendienste in Deutschland	163		

Einleitung

Rechtsextremismus

Im Rechtsextremismus, der weiterhin im Mittelpunkt der Beobachtungsaufgaben des Niedersächsischen Verfassungsschutzes stand, gab es gegenläufige Entwicklungen: Die rechtsextremistischen Parteien DVU und REP sind durch das gegen die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) angestrebte Verbotsverfahren verunsichert. Im Gegensatz zu den rechtsextremistischen Parteien ist der Zulauf zur Neonazi-Szene ungebrochen. Während in Niedersachsen im Jahr 1997 600 Personen zur gewaltbereiten Skinheadszene zugeordnet wurden, waren es 1998 bereits 1.000, 1999 1.100 und im Jahr 2000 1.250. Dieser Trend ist nicht nur auf Niedersachsen beschränkt, auch bundesweit stieg die Zahl der militanten Rechtsextremisten, zu denen insbesondere neonazistische Skinheads zu zählen sind, von 9.000 auf 9.700 Personen. Typisch für die neonazistischen Skinheads ist ein diffuses, von Nationalismus sowie rassistischer Ausländerfeindlichkeit geprägtes und den Nationalsozialismus verherrlichendes Weltbild. Gewalttätiger „Rechtsextremismus der Tat“ gegen Angehörige sozialer Gruppen und Minderheiten bringt ihre Menschenwürde verachtende Weltanschauung zum Ausdruck: Dazu gehören zum Beispiel Ausländer und als „Zecken“ bezeichnete Linke. Die Gewaltbereitschaft dieser Szene wird maßgeblich beeinflusst durch die zu Gewalttaten aufrufenden Skinhead-Musiktexte und das negative Gemeinschaftserlebnis während der Skinheadkonzerte. In den Texten dieser Musik werden die Feindbilder dieser Szene geprägt. Es sind insbesondere Juden, Ausländer und Linke. In den Namen der Bands kommt

die Orientierung am Nationalsozialismus zum Ausdruck: Werwolf, Stahlgewitter, Macht & Ehre oder Endsieg. Die Musiktexte der Skinheads werden nicht nur durch Konzerte verbreitet, sondern auch über CDs und das Internet.

Das Verbotsverfahren gegen die NPD, das mit jeweils eigenen Anträgen von Bundesregierung, Bundesrat und Bundestag vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe eingeleitet worden ist, hat im rechtsextremistischen Parteienspektrum bereits Wirkung gezeigt. Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) hatte offenkundig die im Sommer 2000 einsetzende Verbotsdiskussion unterschätzt. Erst spät erkannte sie die Notwendigkeit eines vorsichtigeren Kurses. So wurde beispielsweise auf Demonstrationen mit Neonazis, wie sie bis dahin üblich waren, verzichtet. Auch Kontakte mit so genannten Freien Nationalisten wurden von der Parteiführung nicht mehr gewünscht. Diese Kursänderung verursachte interne Spannungen. Es bildete sich eine revolutionäre Plattform, die sich als radikale innerparteiliche Oppositionsgruppe verstand. Inzwischen gestattet die NPD-Parteiführung wieder Kontakte zur Neonazi-Szene.

Die Situation der Republikaner ist durch innerparteiliche Spannungen und Flügelkämpfe geprägt. Die Position des Vorsitzenden SCHLIERER der sich bemüht, seine Partei am rechten Rand des Parteienspektrums zu etablieren, wird immer wieder konterkariert durch Diskussionen über die Zusammenarbeit mit den anderen rechtsextremistischen Parteien. Die REP-Niederlage (4,4 Prozent) bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg am 25. März 2001 dürfte zu weiteren innerparteilichen Kontroversen führen. Die bisherigen REP-Wähler haben den vorsichtigen Kurs der REP-Führung zur

Abgrenzung von den anderen rechts-extremistischen Parteien nicht honoriert.

Die von München aus durch ihren Vorsitzenden Dr. Gerhard FREY gesteuerte Deutsche Volksunion (DVU) trat öffentlich in Niedersachsen nicht in Erscheinung. Die bedeutendste Veranstaltung der DVU ist ihre jährliche Großkundgebung in Passau, die am 23. September unter dem Motto „Recht und Freiheit für das deutsche Volk“ durchgeführt und von 2.500 Personen besucht wurde.

Linksextremismus

Prägend für den deutschen Linksextremismus sind die linksextremistischen Autonomen, von denen Gefahren für die innere Sicherheit ausgehen. Bei bestimmten Themenfeldern wie dem Widerstand gegen Castor-Transporte und den „Antifaschismuskampf“ setzen sie bewusst auch Gewalt für ihre Ziele ein. Allerdings wurde es für die Autonomen schwieriger, Mobilisierungserfolge unter ihren Anhängern zu erzielen. Themen wie die EXPO in Hannover oder der Weltwirtschaftsgipfel, die aus der autonomen Weltanschauung heraus vielfältige Ansatzpunkte für Aktionen ergeben hätten, wirkten – im Vergleich zu früheren Anlässen – nicht mehr massenmobilisierend. Insgesamt war das autonome Spektrum nicht mehr in vergleichbarer Weise aktionsfähig wie in den 90er Jahren. Den Ankündigungen folgen nicht immer Taten. Dennoch darf die derzeitige Mobilisierungsschwäche der linksextremistischen Autonomen nicht darüber hinwegtäuschen, dass – auch trotz zurückgehender Anhängerzahlen – weiterhin Militanz und Gewaltbereitschaft vorhanden sind. So heißt es in einem Beitrag der Berliner Autonomen-Schrift INTERIM:

„Wir sind nicht in der Situation, Menschen zu erschießen. ... Für die Zukunft kann das jedoch grundsätzlich bei einer Verschärfung der gesellschaftlichen Verhältnisse (wie z. B. Diktatur oder Faschismus) nicht ausgeschlossen werden. Der Zeitpunkt, dieses Mittel anzuwenden, und die Auswahl derer, die zu liquidieren sind, müssen jedoch genau, sehr genau diskutiert werden. ... Politischer Mord ist und sollte das letzte und unausweichliche Mittel sein, um weiteres Verbrechen zu verhindern, um weiteres Menschenleben zu retten.“

(INTERIM Nr. 498 vom 30. März)

Bei der Frage nach den Perspektiven militanten Widerstandes propagiert der Beitrag die Einbeziehung „neuer Technologien“ („auch in diesem Bereich widerständig die Herrschenden (zu) bekämpfen, auch mit ihren eigenen Waffen und ihrer eigenen Technologie.“). Neben den Themenfeldern Antifaschismus, Antirassismus und Anti-Castor stellt der Beitrag als weitere thematische Optionen für militante Aktionen die Verhinderung der Fußballweltmeisterschaft 2006 in Deutschland („eine schöne Prestige- und Image-Schädigung!!! Dies könnte vielleicht ein Erfolg wie bei der Anti-Olympia-Kampagne werden.“) sowie die Zwangsarbeiterentschädigung dar („die deutschen Firmen, die sich weigern, den ZwangsarbeiterInnen freiwillig minimale Entschädigung zu zahlen, an(zu)greifen – von Bosch zu Porsche.“).

Weitere linksextremistische Zusammenschlüsse wie die Deutsche Kommunistische Partei und ihr Umfeld, die Kommunistische Plattform der PDS, die Graswurzelbewegung und die Rote Hilfe mit ihrer Bundesgeschäftsstelle in Göttingen haben zwar an Bedeutung verloren, sind aber weiterhin in Nie-

dersachsen aktiv. Während sich die Graswurzelbewegung an politischen Themenfeldern sozialer Bewegungen wie Antimilitarismus, Kernenergie, Gentechnologie und EXPO 2000 anlehnte, konzentrierte sich die Rote Hilfe vor allem auf die Nahtstellenfunktion zu den militanten Autonomen und den so genannten politischen Gefangenen.

Ausländerextremismus

Die Aktivitäten von ausländischen Extremisten in der Bundesrepublik Deutschland stehen vielfach in einem engen Zusammenhang mit den politischen Ereignissen in ihren Heimatländern. So bedienen sich einige Organisationen wie die türkischen linksextremistischen Parteien DHKP/C und TKP/ML, die kurdische PKK, die tamilische LTTE, der iranische NWRI oder die palästinensischen Zusammenschlüsse zur Realisierung ihrer Ziele in den Heimatländern militanter und auch terroristischer Methoden. Einige Organisationen sind auch bereits in der Bundesrepublik terroristisch bzw. gewalttätig in Erscheinung getreten, obwohl sie sich in dieser Hinsicht im Jahr 2000 überwiegend Zurückhaltung auferlegt haben. Ausschlaggebend hierfür sind je nach Situation der jeweiligen Organisation zwei Motivlagen: zum einen soll die logistische Basis in Deutschland nicht durch provokative Militanz gefährdet werden – beispielhaft hierfür ist das Verhalten der LTTE, zum anderen erwarten Organisationen wie die PKK, die einem Betätigungsverbot in Deutschland unterliegt, von einem zurückhaltenderen Auftreten politische und diplomatische Unterstützung durch deutsche Politiker.

Ungeachtet des unterschiedlichen Auftretens in der Öffentlichkeit ist kei-

ne der genannten Organisationen demokratisch aufgebaut. Vielfach haben sich hierarchische Machtstrukturen mit zum Teil despotischen Herrschaftsmethoden herausgebildet. In einigen Fällen sind innerorganisatorische Auseinandersetzungen in den vergangenen Jahren blutig eskaliert. Beispiele hierfür lassen sich bei den linksextremistischen türkischen Parteien, bei der PKK und beim islamistischen ICCB finden.

Der enge Zusammenhang zwischen politischen Auseinandersetzungen im Heimatland und Verhalten der Organisation in Deutschland lässt sich auch für den iranischen NWRI, die LTTE oder die palästinensischen Organisationen aufzeigen, doch erreichen deren Aktivitäten wegen des geringeren Bevölkerungsanteils in Deutschland (ca. 100.000 Iraner, ca. 40.000 Tamilen, ca. 40.000 Palästinenser) bei weitem nicht die gleiche Intensität wie bei den türkischen bzw. kurdischen Organisationen.

Scientology-Organisation

Die Scientology-Organisation (SO) hält nach wie vor an ihrem Ziel fest, einen neuen Menschen mit scientologischer Weltanschauung zu erschaffen, der die Alleinherrschaft in einer neuen, ausschließlich nach scientologischen Prinzipien funktionierenden Welt übernehmen soll. In der „besseren Zivilisation“, die SO errichten will, stehen Grundrechte nicht allen Menschen zu, sondern nur noch den Personen, die nach der Auslese durch die SO im „Auditing-Verfahren“ als „ehrlich“ bewertet wurden. Obgleich SO im Berichtszeitraum wenig erfolgreich war, ist die weitere Beobachtung im Hinblick auf die unveränderte Zielsetzung gerechtfertigt.

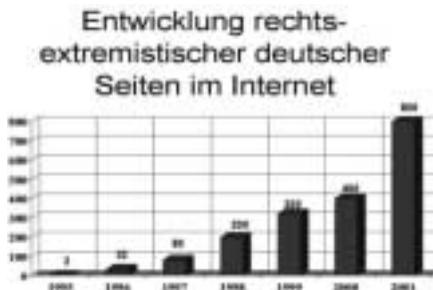
Extremismus im Internet

Das Internet, dessen Bedeutung als weltweites Kommunikationsmedium in den letzten Jahren sprunghaft zugenommen hat, bietet auch Extremisten eine willkommene Plattform, ihre verfassungsfeindlichen Ziele und Ideen relativ ungestört zu propagieren und weltweit zu verbreiten.

Rechtsextremismus

Das Internet ist für Rechtsextremisten ein bedeutendes Medium für Agitation und verfassungsfeindliche Propaganda. Trotz einer intensiven öffentlichen Diskussion über Möglichkeiten der Zurückdrängung militanter rechtsextremistischer Bestrebungen in Deutschland hat sich im Jahr 2000 die Zahl rechtsextremistischer/neonazistischer deutscher Internetseiten verdoppelt. Wurden Anfang des Jahres 2000 noch 400 Seiten von den Verfassungsschutzbehörden gezählt, so waren es Ende des Jahres bereits 800. Aus der folgenden Grafik ist die zahlenmäßige Entwicklung der Homepages ersichtlich:

Quelle:
Bundesamt für Verfassungsschutz



Die neuen Medien sind für Rechtsextremisten in verschiedener Hinsicht nützlich: Das Internet hilft ihnen, die regional, organisatorisch und ideolo-

gisch zersplitterte Szene zumindest informationell zu vernetzen. Die internationale Struktur des Internet ermöglicht es bisher weitgehend, den Risiken deutscher Strafverfolgung aus dem Weg zu gehen. In Deutschland strafbare Inhalte werden von Rechtsextremisten über Provider verschiedener Länder, in denen sogar Bombenbauanleitungen oder Morddrohungen als freie Meinungsäußerung straflos sind, ins Netz eingestellt.

Die elektronische Kommunikation, dazu zählen neben dem Internet auch so genannte Infotelefone und Handys, wird intensiv für die Koordination und Mobilisierung der Szene genutzt. Eine wesentliche Gefahr ist darin zu sehen, dass die neuen Medien erheblich erleichtern, sich – insbesondere unter Zuhilfenahme von Verschlüsselungs- und Anonymisierungstechniken – der Überwachung durch die Sicherheitsbehörden teilweise zu entziehen.

Darüber hinaus verfügen Rechtsextremisten mit dem Internet über ganz neue Möglichkeiten, Personen außerhalb ihres engen Umfeldes anzusprechen, die sie auf der Straße mit ihren Flugblättern oder Publikationen nicht so leicht erreichen würden. Es ist zwar nicht unmittelbar festzustellen, wer sich beim Surfen im Netz aus Neugier oder aus Zufall auch extremistische Seiten ansieht. Konkrete Auswirkungen, wie beispielsweise ein Anstieg des extremistischen Mitgliederpotenzials, lassen sich nur mittel- bis langfristig abschätzen. Allerdings ist bekannt geworden, dass rechtsextremistische Parteien über ihren Web-Auftritt neue Mitglieder gewinnen konnten.

Rechtsextremistische Aktivitäten im Internet nehmen aber nicht nur quantitativ zu, auch eine Professionalisierung ist festzustellen. Es wird mit mehr technischem Aufwand für verfassungsfeindliche Ziele geworben. Rechtsextremisten binden z.B. aufwendige Gra-

fiken und Animationen ein, bieten Skinhead-Musik über Tondateien kostenlos an und verbreiten via Internet sogar eigene TV- und Radiosendungen. Die Inhalte werden verschärft. Hier wird gehetzt und zum Rassenhass aufgestachelt, der Anwendung von Gewalt zugesprochen, so genannte „schwarze Listen“ bis hin zum Mordaufruf bedrohen politische Gegner und auch detaillierte Anleitungen zur Herstellung von Spreng- und Brandsätzen sowie andere Sabotagetipps zählen zum Angebot.

Nicht zu verkennen ist, dass die wirk-same Bekämpfung strafbarer verfas-sungsfeindlicher Inhalte dieses welt-weit ausgerichteten Mediums interna-tionale Lösungen erfordert. Angesichts der unterschiedlichen Rechtsanschau-ungen einzelner Staaten sind diese nicht kurzfristig zu erreichen. So wur-den strafbare Inhalte teilweise erst nach mehrfacher Intervention deut-scher Stellen gelöscht. Die deutschen Verfassungsschutzbehörden betonen deshalb die Notwendigkeit der Straf-verfolgung bestimmter Internet-Inhal-te auch im Ausland.

Insbesondere jüngere Menschen, die über traditionelle Medien wie Zeit-schriften und Flugblätter nicht oder nur partiell erreichbar sind, werden über das Internet leicht mit rechtsex-tremistischem Gedankengut konfront-iert, ohne dass Eltern, Lehrer oder Ju-gendpfleger davon etwas erfahren. Gerade diese Zielgruppe ist durch neue technologische Entwicklungen wie die kostenlose Verbreitung von Skinhead-musik in MP3-Dateiform leicht zu errei-chen. Fehlender Zugang zur rechten Szene und Hemmschwellen, die man-chen Jugendlichen – auch aus Angst vor Entdeckung – davon abhalten könnten, sich mit rechtsextremistischer Ideologie und den Zielen solcher Orga-nisationen zu beschäftigen, werden durch die Möglichkeit, im Internet

anonym zu „daddeln“, überwunden.

Das Niedersächsische Landesamt für Verfassungsschutz hat im Rahmen sei-ner Öffentlichkeitsarbeit im Dezember 2000 auf die Gefahren der Verbreitung neonazistischer, fremdenfeindlicher, antisemitischer Musiktexte über die Musiktauschbörse Napster öffentlich hingewiesen. Viele strafbewehrte oder auf der Index-Liste der Bundesprüfstel-le für jugendgefährdende Schriften stehende Titel konnten über Napster auf die eigene Festplatte geladen und mit – gerade bei jungen Leuten – zahl-reich vorhandenen CD-Brennern ver-vielfältigt werden.

Auffällig wurde im Jahr 2000, dass auch junge Menschen, die bislang nicht der organisierten Neonazi-Szene zuzuordnen waren, als rechtsextremis-tische Homepage-Betreiber auftraten. Beispielhaft ist die Seite „Gifhorner Reichssturm“ zu nennen, die mit ihren zu Mordtaten aufrufenden Inhalten kurzfristig bundesweite Beachtung gefunden hatte. Im Dezember 2000 ermittelte die Gifhorner Polizei Gym-nasiasten im jugendlichen Alter als Urheber dieser Seite.

Andere Extremisten

Anders als Rechtsextremisten verzich-ten Linksextremisten bei ihrer weltwei-ten Kommunikation über das Internet auf aufwendige multimediale Darstel-lungsformen. Ihnen ist eher an der In-formation für Aktionen zu bestimmten Anlässen und an der Verbreitung ihrer Ideologie gelegen. Allerdings werden von ihnen auch audiovisuelle Möglich-keiten zur Verbreitung von Nachrich-ten genutzt.

Auch ausländische Extremisten sind im Internet umfangreich mit teilweise professionell gestalteten Informations-angeboten vertreten.



Spionageabwehr

Die Abwehr von Wirtschaftsspionage und Aktivitäten fremder Nachrichtendienste zur Beschaffung von Gütern zur Herstellung atomarer, biologischer und chemischer Massenvernichtungswaffen hat wie in den letzten Jahren für die Spionageabwehr hohe Priorität. Seit dem 1. Oktober 2000 ist im Niedersächsischen Landesamt für Verfassungsschutz ein Sachgebiet eingerichtet worden, das sich ausschließlich mit Wirtschafts- und Geheimschutz in der Wirtschaft befasst. Durch verstärkte Öffentlichkeitsarbeit in diesem Bereich sollen niedersächsische Firmen, die Ausspähungsobjekte für fremde Nachrichtendienste werden könnten, für dieses Thema sensibilisiert werden.

Überblick in Zahlen

Mitgliederzahlen¹

Rechtsextremistische Organisationen

Bundesrepublik Deutschland	1999	2000	Tendenz
DVU	17.000	17.000	0,0%
REP ²	14.000	13.000	-7,1%
NPD	6.000	6.500	+8,3%
Subkulturell geprägte und sonstige gewaltbereite Rechtsextremisten ³	9.000	9.700	+7,8%
Neonazistische Gruppierungen	2.200	2.200	0,0%
Sonstige Gruppierungen	4.200	4.200	0,0%
Summe	52.400	52.600	+0,4%
Nach Abzug der Mehrfachmitgliedschaften	51.400	50.900	-1,0%

Niedersachsen	1999	2000	Tendenz
DVU	1.500	1.300	-13,3%
REP	600	600	0,0%
NPD	450	450	0,0%
DLVH	30	50	+66,7%
Subkulturell geprägte und sonstige gewaltbereite Rechtsextremisten	1.100	1.250	+13,6%
Neonazistische Gruppierungen	350	350	0,0%
Sonstige Gruppierungen	80	75	-6,3%
Summe⁴	4.110	4.075	-0,9%

¹ Die Zahlenangaben sind zum Teil geschätzt und gerundet. Soweit die Organisationen nicht über eine vereinsmäßige Struktur verfügen, wie z.B. bei den Skinheads, handelt es sich nicht um formale Mitgliedschaften.

² Es kann nicht davon ausgegangen werden, dass alle Mitglieder der REP rechtsextremistische Ziele verfolgen oder unterstützen.

³ Bisherige Bezeichnung: „Milantende Rechtsextremisten, insbesondere rechtsextremistische Skinheads“. Die meisten subkulturell geprägten und sonstigen gewaltbereiten Rechtsextremisten (hauptsächlich Skinheads) sind nicht in Gruppen organisiert. In der Statistik sind nicht nur tatsächlich als Täter/Tatverdächtige festgestellte Personen einbezogen, sondern auch solche Rechtsextremisten, bei denen lediglich Anhaltspunkte für Gewaltbereitschaft gegeben sind.

⁴ Mehrfachmitgliedschaften sind nur auf Bundesebene abgezogen.

Linksextremistische Organisationen⁵

Bundesrepublik Deutschland	1999	2000	Tendenz
Marxisten-Leninisten und andere revolutionäre Marxisten ⁶	27.700	27.000	-2,5%
Autonome, Anarchisten und sonstige Sozialrevolutionäre ⁷	7.000	7.000	0,0%
Summe	34.700	34.000	-2,0%
Nach Abzug der Mehrfachmitgliedschaften	34.200	33.500	-2,0%

Niedersachsen	1999	2000	Tendenz
Marxisten-Leninisten und andere revolutionäre Marxisten	475	465	-2,1%
Autonome, Anarchisten und sonstige Sozialrevolutionäre	670	680	+1,5%
Summe	1.145	1.145	0,0%

⁵ Die Zahlenangaben sind zum Teil geschätzt und gerundet.

⁶ Einschließlich Kommunistischer Plattform (KPF) und weiterer linksextremistischer Gruppen in der PDS.

⁷ Das Mobilisierungspotenzial der „Szene“ umfasst zusätzlich mehrere tausend Personen.

Ausländerextremistische Organisationen⁸

Bundesrepublik Deutschland	1999	2000	Tendenz
Islamistisch-extremistische Gruppen ⁹	31.350	31.450	+0,3%
Extrem-nationalistische Gruppen	8.800	8.750	-0,6%
Linksextremistische Gruppen	19.550	18.600	-4,9%
Summe	59.700	58.800	-1,5%

Niedersachsen	1999	2000	Tendenz
Islamistisch-extremistische Gruppen	3.095	3.030	-2,1%
Extrem-nationalistische Gruppen	500	500	0,0%
Linksextremistische Gruppen	2.120	2.015	-5,0%
Summe	5.715	5.545	-3,0%

⁸ Die Zahlenangaben sind zum Teil geschätzt und gerundet.

⁹ Nicht alle Mitglieder islamistisch-extremistischer Organisationen verfolgen oder unterstützen extremistische Zielsetzungen.

Gewalt- und sonstige Straftaten (Staatschutzkriminalität)

Straftaten im Bundesgebiet

Im Jahr 2000 wurden 19.915¹⁰ (1999: 15.628) politisch motivierte Straftaten (einschließlich Versuche) registriert. Dies entspricht einem Anstieg von ca. 27,4%. Davon sind 3.173 (1999: 3.055) dem linksextremistischen/-terroristischen und 10.979 (1999: 6.937) dem rechtsextremistischen/-terroristischen Spektrum zuzuordnen.

Hinzu kommen als weitere Teilmenge 3.594 (1999: 2.283) Delikte mit fremdenfeindlichem und 1.378 (1999: 817) Delikte mit antisemitischem Tathintergrund. 791 (1999: 2.536) Straftaten sind dem Bereich des politisch motivierten Ausländerextremismus zuzuordnen.

Straftaten insgesamt	1999	2000	Tendenz
rechtsextremistische/rechtsterroristische Straftaten i.e.S.	6.937	10.979	+58,3%
fremdenfeindliche Straftaten	2.283	3.594	+57,4%
antisemitische Straftaten	817	1.378	+68,7%
linksextremistische/linksterroristische Straftaten	3.055	3.173	+3,9%
Straftaten des politisch motivierten Ausländerextremismus	2.536	791	-68,8%
Gesamtzahl der Straftaten	15.628	19.915	+27,4%

Gewalttaten im Bundesgebiet

Wegen der unterschiedlichen Qualität der Straftaten in den verschiedenen Phänomenbereichen – so liegt der Anteil der Propagandadelikte bei den rechtsextremistischen Straftaten¹¹ insgesamt bundesweit anhaltend bei über 65% – wurden für die folgende Übersicht Straftaten ausgewählt und gegenüber gestellt, die eine besondere Gewaltbereitschaft politisch motivierter Straftäter indizieren. Derartige Straftaten sind Tötungsdelikte, Körperverletzungen, Brand- und Sprengstoffdelikte, Landfriedensbruch, Gefährliche Eingriffe in den Bahn-, Luft-, Schiffs- und Straßenverkehr, Freiheitsberaubungen sowie Raub und Erpressungen.

Gegenüber dem Vorjahr ist insgesamt ein Anstieg der Gewaltdelikte von 1.708 auf 1.802 (+ 5,5%) festzustellen. Dabei differieren die Phänomenbereiche erheblich.

Die Gewaltdelikte im Bereich Rechtsextremismus (plus 49 Fälle / +17,6%), fremdenfeindlich (plus 190 Fälle / + 42,1%), antisemitisch motivierte Taten (plus 13 Fälle / + 81,3%) sind teilweise erheblich angestiegen.

¹⁰ Die Zahlen basieren auf Angaben des Bundeskriminalamtes (BKA), Stand: 01.02.2001.

¹¹ Im Bereich Rechtsextremismus sind auch antisemitische und fremdenfeindliche Straftaten enthalten.

Bei den linksextremistisch motivierten Gewaltdelikten ist ebenfalls ein deutlicher Anstieg um 117 Fälle auf 688 Fälle (+ 20,5%) festzustellen.

Signifikant ist der Rückgang der Gewaltdelikte im Bereich der politisch motivierten Ausländerkriminalität um minus 275 Fälle von 391 auf 116 (-70,3%).

Gewalttaten¹²	1999	2000	Tendenz
rechtsextremistische/rechtsterroristische Gewalttaten i.e.S.	279	328	+17,6%
fremdenfeindliche Gewalttaten	451	641	+42,1%
antisemitische Gewalttaten	16	29	+81,3%
linksextremistische/linksterroristische Gewalttaten	571	688	+20,5%
Gewalttaten des politisch motivierten Ausländerextremismus	391	116	-70,3%
Gesamtzahl der Gewalttaten	1.708	1.802	+5,5%

Im Jahr 2000 wurden in der Bundesrepublik Deutschland insgesamt 115 politisch motivierte Brand- und Sprengstoffanschläge (107 Brandanschläge, 8 Sprengstoffanschläge) gemeldet. Dies entspricht gegenüber dem Vorjahr mit 209 Anschlägen (204 Brandanschläge, 5 Sprengstoffanschläge) einem Rückgang von 45% (94 Fälle).

Die insgesamt 115 Anschläge, die im Verlauf des Jahres 2000 gemeldet wurden, verteilen sich wie folgt auf die Phänomenbereiche:

Brand- und Sprengstoffanschläge¹³	1999	2000	Tendenz
rechtsextremistisch/rechtsterroristisch motivierte Anschläge i.e.S.	8	12	+50,0%
fremdenfeindlich motivierte Anschläge	29	34	+17,2%
antisemitisch motivierte Anschläge	---	2	+2
linksextremistisch/linksterroristisch motivierte Anschläge	68	59	-13,2%
Anschläge des politisch motivierten Ausländerextremismus	104	8	-92,3%
Gesamtzahl der Anschläge	209	115	-45,0%

Der Schwerpunkt der Brand- und Sprengstoffanschläge lag im Bereich der linksextremistisch motivierten (59) und fremdenfeindlichen (34) Straftaten. Im Bereich rechtsextremistischer, fremdenfeindlicher und antisemitischer Straftaten sind die Fälle in der Summe angestiegen (von 37 auf 48). Ein massiver Rückgang der Anschläge war im Bereich der politisch motivierten Ausländerkriminalität (von 104 auf 8 Fälle) zu verzeichnen.

¹² u. ¹³ Die Zahlen basieren auf Angaben des Bundeskriminalamtes (BKA), Stand: 01.02.2001.

Übersicht der Gewalttaten und sonstigen Straftaten mit erwiesenem oder zu vermutendem rechtsextremistischen Hintergrund¹⁴

Gewalttaten:	1999	2000	Tendenz
Tötungsdelikte	1	2 ¹⁵	+100,0%
Versuchte Tötungsdelikte	13	15	+15,4%
Körperverletzungen	630	874	+38,7%
Brandstiftungen	35	41	+17,1%
Sprengstoffanschläge	2	7	+250,0%
Landfriedensbrüche	65	59	-9,2%
insgesamt	746	998	+33,8%
Sonstige Straftaten:			
Sachbeschädigungen	373	704	+88,7%
Nötigungen/Bedrohungen	220	320	+45,5%
Verbreiten von Propagandamitteln / Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen	6.719	10.435	+55,3%
Störung der Totenruhe und andere Formen der Schändung jüdischer Friedhöfe und Gedenkstätten	47	56	+19,1%
Andere Straftaten, insbesondere Volksverhetzung	1.932	3.438	+78,0%
insgesamt	9.291	14.953	+60,9%
Straftaten insgesamt	10.037	15.951	+58,9%

¹⁴ Die Zahlen basieren auf Angaben des Bundeskriminalamtes (BKA), Stand: 01.02.2001. Im Bereich Rechtsextremismus sind auch antisemitische und fremdenfeindliche Straftaten enthalten.

¹⁵ Am 11.06.2000 wurde ein mosambikanischer Staatsangehöriger in Dessau (Sachsen-Anhalt) von drei männlichen Tätern angegriffen, er verstarb am 14.06.2000 an den Folgen der Tritte und Schläge. In der Nacht zum 24.07.2000 wurde in Ahlbeck (Mecklenburg-Vorpommern) ein Obdachloser von vier männlichen Tätern durch Tritte und Schläge gegen den Kopf getötet. Ein nachträglich gemeldetes vollendetes Tötungsdelikt vom 13.09.2000 in Schleswig-Holstein zum Nachteil eines Obdachlosen ist in dieser Darstellung nicht enthalten.

Übersicht der Gewalttaten und sonstigen Straftaten mit erwiesenem oder zu vermutendem linksextremistischem Hintergrund¹⁶

Gewalttaten:	1999	2000	Tendenz
Tötungsdelikte	---	---	---
Versuchte Tötungsdelikte	---	4	+4
Körperverletzungen	215	260	+20,9%
Brandstiftungen	68	58	-14,7%
Sprengstoffanschläge	---	1	+1
Landfriedensbrüche	269	321	+19,3%
Gefährliche Eingriffe in den Bahn-, Luft-, Schiffs- oder Straßenverkehr	19	44	+131,6%
Widerstandsdelikte	140	139	-0,7%
insgesamt	711	827	+16,3%
Sonstige Straftaten:			
Sachbeschädigungen	1.246	1.292	+3,7%
Nötigungen/Bedrohungen	73	75	+2,7%
Andere Straftaten	1.025	979	-4,5%
insgesamt	2.344	2.346	+0,1%
Straftaten insgesamt	3.055	3.173	+3,9%

¹⁶ Die Zahlen basieren auf Angaben des Bundeskriminalamtes (BKA), Stand: 01.02.2001.

Übersicht der Gewalttaten und sonstigen Straftaten mit erwiesenem oder zu vermutendem ausländerextremistischen Hintergrund¹⁷

Gewalttaten:	1999	2000	Tendenz
Tötungsdelikte	1	1 ¹⁸	0,0%
Versuchte Tötungsdelikte	7	---	-100,0%
Körperverletzungen	83	40	-51,8%
Brandstiftungen	101	8	-92,1%
Sprengstoffanschläge	3	---	-100,0%
Landfriedensbrüche	103	28	-72,8%
Freiheitsberaubungen	20	4	-80,0%
Raub/Erpressungen	73	35	-52,1%
insgesamt	391	116	-70,3%
Sonstige Straftaten:			
Sachbeschädigungen	317	89	-71,9%
Nötigungen/Bedrohungen	303	61	-79,9%
Andere Straftaten, sonstige Gesetzesverletzungen ¹⁹	1.525	525	-65,6%
insgesamt	2.145	675	-68,5%
Straftaten insgesamt	2.536	791	-68,8%

¹⁷ Die Zahlen basieren auf Angaben des Bundeskriminalamtes (BKA), Stand: 01.02.2001.

¹⁸ Nach Angaben des BKA kam es am 27.02.2000 in Hamburg vor einer Diskothek zu Streitigkeiten zwischen den Betreibern und den späteren Todesopfern. Der Vater des Betreibers schoss auf das Fahrzeug und tötete 2 türkische Staatsangehörige kurdischer Herkunft. Ein politischer Hintergrund (PKK) wird vom Schützen behauptet.

¹⁹ Überwiegend Verstöße gegen Verbote nach dem Vereinsgesetz, zum größten Teil begangen von Anhängern linksextremistischer kurdischer und türkischer Gruppierungen.

Politisch motivierte Delikte in Niedersachsen²⁰

Im Jahre 2000 ist, bis auf den Bereich der politisch motivierten Ausländerkriminalität, in allen Phänomenbereichen gegenüber 1999 ein Anstieg der Delikte festzustellen (1999: 1.938 Delikte, 2000: 2.831²¹), dies entspricht einer prozentualen Erhöhung von 46 %. Der zahlenmäßig und prozentual höchste Anstieg ist im Phänomenbereich Rechtsextremismus feststellbar (einschließlich Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit).

- **Rechtsextremismus**

2000 insgesamt 1.182 Delikte (1999: 652), Zunahme von 81%.

- **Antisemitismus**

2000 insgesamt 168 Delikte (1999: 97), Zunahme von 73%.

- **Fremdenfeindlichkeit**

2000 insgesamt 427 Delikte (1999: 265), Zunahme von 61%.

- **Linksextremismus**

2000 insgesamt 664 Delikte (1999: 402), Zunahme von 65%.

- **Ausländerextremismus**

2000 insgesamt 65 Delikte (1999: 249), Abnahme von 74%.

Staatsschutzdelikte²² insgesamt:	1999	2000	Tendenz
Delikte der politisch motivierten Ausländerkriminalität	249	65	-73,9%
Linksextremistische Delikte	402	664	+65,2%
Rechtsextremistische Delikte	652	1182	+81,3%
Fremdenfeindliche Delikte ²³	265	427	+61,1%
Antisemitische Delikte	97	168	+73,2%
Extremistisch unklare Delikte	77	76	-1,3%
Sonstige politisch motivierte Delikte	196	249	+27,0%
insgesamt	1.938	2.831	+46,1%

²⁰ Die Daten zur Staatsschutzkriminalität in Niedersachsen sind dem Jahreslagebericht des Landeskriminalamtes Niedersachsen (LKA) zur „Staatsschutzkriminalität Niedersachsen 2000“ entnommen.

²¹ Es sind Straftaten und Ordnungswidrigkeiten erfasst. In der Summenbildung sind extremistisch unklare und sonstige politisch motivierte Delikte enthalten.

²² Straftaten und Ordnungswidrigkeiten.

²³ Fremdenfeindliche Delikte mit und ohne rechtsextremistische Motivation.

Davon Gewaltdelikte:	1999	2000	Tendenz
Gewaltdelikte der politisch motivierten Ausländerkriminalität	53	12	-77,4%
Linksextremistische Gewaltdelikte	93	74	-20,4%
Rechtsextremistische Gewaltdelikte	46	77	+67,4%
Fremdenfeindliche Gewaltdelikte	36	52	+44,4%
Antisemitische Gewaltdelikte	3	8	+166,7%
Extremistisch unklare Gewaltdelikte	6	9	+50,0%
Sonstige politisch motivierte Gewaltdelikte	15	35	+133,3%
Gewaltdelikte insgesamt	252	267	+6,0%

Gewaltdelikte nach Motivfeldern	Ausländer- extremismus		Links- extremismus		Rechts- extremismus i.e.S.		Fremden- feindlichkeit		Anti- semitismus		Unbekannt/ Sonstige		Gesamt	
	1999	2000	1999	2000	1999	2000	1999	2000	1999	2000	1999	2000	1999	2000
Tötungsdelikte (Vollendete)					1	2 ²⁴							1	2
Körperverletzungen	14	2	56	31	38	63	33	45	3	7	13	35	157	183
Brand- und Sprengstoffdelikte	6	2	7	9	2	2	2	5	1	6	4	4	23	23
Landfriedensbrüche	15	1	25	3	3	4		2				1	43	11
Gefährliche Eingriffe in den Bahn-, Schiffs- und Straßenverkehr			1	24	1	4					1	2	3	30
Straftaten gg. die persönliche Freiheit (ohne Nötigung und Bedrohung)	6	1	2	2									8	3
Raub und Erpressung	12	6	2	5	1	2	1	1			1	2	17	15
insgesamt	53	12	93	74	46	77	36	52	3	8	21	44	252	267

²⁴ Ein aktives Mitglied der Antifa beschuldigte einen Angehörigen der rechtsextremistischen Szene, ihn und eine weitere Person am 30.06.2000 in Rosche (LK Uelzen) auf einem Fußgängerüberweg beinahe angefahren und damit ihren Tod billigend in Kauf genommen zu haben.
Im Rahmen einer privaten Feier von Skinheads am 21.10.2000 in Vienenburg (LK Goslar) kam es zu Streitigkeiten, in deren Verlauf das Opfer („Verräter an der rechten Gesinnung“) lebensbedrohlich misshandelt wurde.

Rechtsextremistische Straftaten

Im Jahr 2000 sind Sachbeschädigungen und Propagandadelikte (§§ 86 und 86a StGB) ursächlich für den signifikanten Anstieg der Gesamtdelikte in Niedersachsen.

Der Jahresdurchschnitt der rechtsextremistisch motivierten Propagandastraf-taten (Schmieren von Hakenkreuzen, Versenden von inkriminierten SMS-Nachrichten und „Heil-Hitler“-Grölen) lag 2000 bei 78%, darin sind die antisemitischen und fremdenfeindlichen Straftaten nicht enthalten.

Der gravierende Anstieg der Fallzahlen in den Phänomenbereichen Rechts-extremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus ab August 2000, der sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene zu verzeichnen ist, dürfte vermutlich auf folgende Ursachen zurückzuführen sein:

- Beginn der öffentlichen Diskussion um ein NPD-Verbot,
- öffentliche Zuordnung auch nicht geklärter Taten (Sprengstoffanschlag in Düsseldorf/NW am 27.07.2000) zum Rechtsextremismus / Antisemitismus,
- Nachahmungstäter (Fanalwirkung),
- anspornende Wirkung der öffentlichen Reaktion/Medien („Trotzreaktion“, auch kritische Berichterstattung empfinden „Rechtsextremisten der Tat“ als Bestätigung ihrer Bedeutung),
- verstärkte Anzeigebereitschaft einer Bevölkerung, die durch die Zunahme der rechtsextremistischen Straftaten sensibilisiert ist,
- verstärkte Dunkelfeldaufhellung durch die Polizei und Intensivierung der polizeilichen Maßnahmen bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus.

Fremdenfeindliche Straftaten

Der Anstieg aller fremdenfeindlichen Straftaten betrug 2000 im Vergleich zum Vorjahr etwa 61 %. Über die Hälfte der Delikte erfüllte den Tatbestand der Volksverhetzung.

Etwa 25 % der fremdenfeindlichen Delikte waren Propagandastraf-taten. Daneben bildeten die Tatbestände der Volksverhetzung, Beleidigung und Sachbeschädigung einen Schwerpunkt.

Antisemitische Straftaten

Obgleich sich das rechtsextremistische Spektrum zunehmend über Ausländer-feindlichkeit definiert, kommt dem Antisemitismus nach wie vor eine verbindende Funktion zu.

Angriffe auf Angehörige jüdischen Glaubens wurden im Jahr 2000 in Niedersachsen nicht bekannt. Sowohl 1999 als auch 2000 kam es zu keinem Anschlag auf eine jüdische Synagoge oder ein Gebäude einer jüdischen Gemeinde. Symbolkräftige Friedhofschändungen und Sachbeschädigungen an jüdischen Denkmälern stellten einen relativ geringen Anteil an der Gesamtzahl der Delikte dar. Bei der Mehrzahl der Delikte handelte es sich um Bedrohungen, Beleidigungen und Sachbeschädigungen.

Linksextremistische Straftaten

In den Jahren 1995-2000 sorgten mehrere Großereignisse in Niedersachsen für eine temporär starke Zunahme der Fallzahlen in diesem Bereich, insbesondere im Zusammenhang mit Castor-Transporten zwischen 1995 und 1997, sowie der EXPO 2000.

Darüberhinaus ist der intensivier-te „Antifaschismuskampf“ der linksextremistischen Szene gegen das rechtsex-

tremistische Spektrum ein Grund für die Deliktzunahme ab 1999. Im Jahre 2000 wurden bereits zwei Drittel aller Delikte des linksextremistischen Spektrums dem „antifaschistischen Kampf“ zugeordnet.

Inbesondere die Verhinderung von Aufmärschen rechtsextremistischer Gruppen führte zu zum Teil gewalttätigen Gegenaktionen von Linksextremisten.

Der linksextremistischen Szene gelang es aufgrund ihrer mangelnden Mobilisierungsfähigkeit nicht, den Ablauf der EXPO 2000 in Hannover wesentlich zu beeinträchtigen. An Widerstandsaktivitäten Ende Mai / Anfang Juni 2000 zur EXPO-Eröffnung beteiligten sich aus dem gesamten Bundesgebiet angereiste Linksextremisten. In Kleingruppentaktik begingen sie allein in Hannover 222 Straftaten (z.B. Inbrandsetzung von Müllcontainern und Verkleben von Fahrscheinautomaten).

Ausländerextremistische Straftaten

Die Gesamtzahl der Delikte war 2000 gegenüber 1999 um ca. 74 % rückläufig. Dabei standen sie, wie auch in den vergangenen Jahren, überwiegend im Zusammenhang mit der Kurdenproblematik (Aktivitäten der Arbeiterpartei Kurdistans -PKK-). Straftatenschwerpunkte anderer ausländischer Organisationen waren nicht zu verzeichnen.

Der Rückgang der Gesamtzahl der Delikte ist im wesentlichen darauf zurückzuführen, dass so genannte Demonstrationsdelikte, einschließlich der bisher mit Abstand am meisten vertretenen Verstöße nach dem Vereinsgesetz, überwiegend ausgeblieben sind. Zum einen hatte die PKK erhebliche Schwierigkeiten, die Basis für anlassbezogene Veranstaltungen und Demonstrationen zu mobilisieren. Zum anderen wurde das von der Partei-

führung Anfang Januar 1999 vorgegebene Konzept gewaltfreien Verhaltens von der Basis in Deutschland strikt eingehalten. Nach wie vor ist von einem erheblichen Dunkelfeld auszugehen, da die PKK weiterhin einen hohen Finanzbedarf hat und die Anzeigebereitschaft von betroffenen kurdischen Volkszugehörigen bei Spendengelderpressungen gering ist.

Rechtsextremismus

Einführung

Die Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder bezeichnen seit 1974 verfassungsfeindliche Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung einheitlich als extremistisch. Extremistisch oder verfassungsfeindlich sind nach der (fachbehördlichen) Definition beider Arbeitsbegriffe der Verfassungsschutzbehörden alle von Personenzusammenschlüssen ausgehenden, politisch bestimmten Bestrebungen,

- die gegen den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind,
- die eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes oder ihrer Mitglieder zum Ziele haben

oder

- die (insbesondere) gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung oder einzelne ihrer tragenden Grundsätze gerichtet sind.

Als rechtsextremistisch werden von den Verfassungsschutzbehörden alle verfassungsfeindlichen, politisch bestimmten Bestrebungen bezeichnet, die in Deutschland auf der ideologischen Grundlage einer nationalistischen oder rassistischen Weltanschauung von deutschen Personenzusammenschlüssen ausgehen und sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung richten.

Die bis 1974 von den Verfassungsschutzbehörden verwendeten Begriffe „Radikalismus“ bzw. „Rechtsradikalismus“ und „Linksradikalismus“ werden fachbehördlich nicht mehr benutzt. Wenn die Verfassungsschutzbehörden überhaupt noch neben dem Arbeitsbe-

griff „rechtsextremistisch“ den Terminus „rechtsradikal“ verwenden, werden damit in Abgrenzung zum Rechtsextremismus bestimmte politische Aktivitäten und Zielsetzungen bezeichnet, die sich grundsätzlich (noch) nicht gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mit dem Ziel einer revolutionären Systemüberwindung richten.

Rechtsextremistischem Denken liegt die Vorstellung menschlicher Ungleichwertigkeit (Ideologie der Ungleichheit) zugrunde. Die Ungleichwertigkeit von Menschen als Kernstück rechtsextremistischer Ideologien kommt in folgenden Bestandteilen zum Ausdruck:

- Aggressive, menschenverachtende Fremdenfeindlichkeit,
- Rassismus,
- Antisemitismus,
- Unterscheidung von „lebenswertem“ und „lebensunwertem Leben“,
- Überbewertung der eigenen Nation bei gleichzeitiger Abwertung anderer Nationen (Nationalismus),
- Vorstellung einer völkisch oder rassistisch verstandenen homogenen Volksgemeinschaft (Volksgemeinschaftsdenken),
- Individualrechte verneinendes, dem Führerprinzip verpflichtetes Kollektivdenken (Antipluralismus),
- Ableitung sozialer Rangordnungen und politischer Herrschaftsansprüche aus realen oder nur behaupteten biologischen Unterschieden (Biologismus),
- Betonung des Rechts des Stärkeren (Sozialdarwinismus),
- Ablehnung demokratischer Regierungsformen von Konflikten,
- Übertragung militärischer Prinzipien und Verhaltensformen auf die zivile Gesellschaft (Militarismus).

In der politischen Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus werden die Begriffe Fremdenfeindlichkeit,

Ausländerfeindlichkeit, Rassismus, Neofaschismus, Neonazismus und Rechtsradikalismus nahezu synonym verwendet. Diese begriffliche Unschärfe erschwert die Analyse rechtsextremistischer Ideologieelemente.

Während Ausländerfeindlichkeit die konkrete Ablehnung und Diskriminierung von Ausländern beschreibt, liegt dem Begriff der Fremdenfeindlichkeit eine weiterreichende, auf Vorurteilen beruhende Feindbildkonstruktion zugrunde, die in die Ausgrenzung des als „fremd“ stigmatisierten auch soziale, sozio-ökonomische, religiöse sowie kulturelle Kriterien einbezieht. Die Abwehrhaltung gegenüber dem als „fremd“ empfundenen „Anderen“ richtet sich beispielsweise gegen Randgruppen und gesellschaftliche Minderheiten wie Obdachlose, Behinderte, Sozialhilfeempfänger, Homosexuelle, russisch sprechende Spätaussiedler oder – in neonazistischer Wortwahl – „Fremdrassige“.

Dem Rassismus liegt die Annahme zugrunde, dass sich Menschen in genetisch oder kulturell bedingten Merkmalen in ihrem sozialem Wert unterscheiden. Die wohl bekannteste Definition von Rassismus lieferte der in Paris lehrende, aus Tunesien stammende Sozialpsychologe Albert Memmi, der Rassismus definierte als „verallgemeinerte und verabsolutierte Wertung tatsächlicher oder fiktiver Unterschiede zum Nutzen des Anklägers und zum Schaden seines Opfers ..., mit der eine Aggression gerechtfertigt werden soll.“

Antisemitismus ist sowohl eine Sonderform des Rassismus als auch der Fremdenfeindlichkeit. Er bezeichnet die Abneigung oder Feindschaft gegen Juden. Die Judenfeindlichkeit der Spätantike und des Hoch- und Spätmittelalters richtete sich gegen das religiöskulturelle Sonderdasein der Juden. Demgegenüber ist der moderne Antisemitismus seit dem 18. Jahrhundert

säkular: er richtet sich gegen die Menschen jüdischer Herkunft, erst sekundär gegen die jüdische Religion. Der moderne Antisemitismus sah in den nach (wirtschaftlicher und politischer) Emanzipation strebenden Juden seit dem 18. Jahrhundert den Exponenten einer von ihm missbilligten Entwicklung von Staat und Gesellschaft. Er bekämpfte die Juden als Repräsentanten moderner Staats- und Gesellschaftsformen (Liberalismus, Kapitalismus). Der Antisemitismus macht die Juden bis heute für die Widersprüche der Gesellschaft, ihre pluralistische Struktur, für Traditionskritik, aufklärerisches Gedankenpotenzial, für den Einfluss der kritischen Presse und den Mangel an nationaler Integrität verantwortlich.

Der Begriff Neonazismus wird häufig als Synonym für Rechtsextremismus verwendet. Im fachlichen Sprachgebrauch der Sicherheitsbehörden ist der Begriff Neonazismus Bestrebungen vorbehalten, die sich explizit auf den Nationalsozialismus beziehen. Der Neonazismus propagiert extrem autoritäre Gesellschaft- und Herrschaftsstrukturen bis hin zum „Führerprinzip“ des Nationalsozialismus und eine ethnisch homogene Volksgemeinschaft. Neonazis bekämpfen deshalb radikaler als andere Rechtsextremisten alles „Fremdrassige“ sowie soziale, politische und religiöse Minderheiten. Nicht jeder Rechtsextremist ist ein Neonazi, aber jeder Neonazi ein Rechtsextremist.

Zu den neonazistischen Organisationen gehören in erster Linie die neonazistischen Kameradschaften, die HNG sowie die NSDAP/AO. Kennzeichnend für die rechtsextremistische Skinhead-Szene ist ebenfalls eine neonazistische Ausrichtung. Der Gruppe der Neonazis im weiteren Sinne zuzurechnen sind die so genannten Revisionisten, soweit sie durch die Leugnung oder Rela-

tivierung der deutschen Kriegsschuld am Ausbruch des 2. Weltkrieges bzw. der systematischen Judenvernichtung den Nationalsozialismus zu rehabilitieren versuchen.

In besonderer Weise ist die Anlehnung an den Nationalsozialismus kennzeichnend für die Blood & Honour-Skinheads. Die Propagierung einer weißen arischen Nation sowie die Verherrlichung des Nationalsozialismus führte im September 2000 zum Verbot der Blood & Honour – Sektion Deutschland durch das Bundesministerium des Innern.

Während die in ihrer Mitgliederentwicklung stagnierenden rechtsextremistischen Parteien REP und DVU ihre Aktivitäten auf die Teilnahme an Wahlen ausrichten, konzentrierte sich die von einem systemüberwindenden nationalrevolutionären Ansatz geleitete NPD in der ersten Jahreshälfte auf öffentlichkeitswirksame Aktivitäten, die sie in Kooperation mit Neonazis durchführte. Die im Sommer einsetzende NPD-Verbotsdebatte führte zu einer taktisch motivierten Distanzierung der NPD von gewaltbereiten Neonazis.

Gemeinsame ideologische Komponente aller drei rechtsextremistischen Parteien ist eine fremdenfeindliche und nationalistische Grundausrichtung.

Die Neue Rechte verbirgt eine fremdenfeindliche Grundtendenz in dem von ihr propagierten Konzept des Ethnopluralismus²⁵ und wirkt als intellek-

tuelle Strömung mit solchen Konzeptionen publizistisch in den organisierten Rechtsextremismus hinein. Als Grenzgänger zwischen demokratischem und rechtsextremistischem Parteienspektrum verfolgen sie das Ziel, rechtsextremistische Ideologieelemente in den demokratischen Diskurs zu infiltrieren, sie langfristig gesellschaftsfähig zu machen und auf eine kulturelle Hegemonie hinzuwirken.

Geschichtsrevisionismus

Mit dem Begriff Revisionismus werden solche Positionen innerhalb des Rechtsextremismus bezeichnet, die die Leugnung bzw. Relativierung der nationalsozialistischen Verbrechen zum Inhalt haben. Revisionistische Positionen treten in verschiedenen Abstufungen in Erscheinung; sie sind bei den meisten rechtsextremistischen Organisationen nachweisbar. Die deutlichste Ausprägung erfährt der Revisionismus in Form der nach § 130 Abs. 3 des Strafgesetzbuches strafbaren Leugnung der Massenvernichtung von Juden in den nationalsozialistischen Konzentrationslagern („Auschwitz-Lüge“). Insbesondere bei den rechtsextremistischen Parteien äußert sich der Revisionismus in der abgeschwächten Form der Relativierung nationalsozialistischer Verbrechen. Durch Vergleiche mit den Kriegsverbrechen der alliierten Siegermächte und durch permanente Hinweise auf eine rassistisch motivierte Diskriminierung von Ethnien in anderen Staaten (z.B. Indianer und Schwarze in den USA), die gegen die Verfolgung der Juden im nationalsozialistischen Deutschland aufgerechnet wird, wird der Nationalsozialismus rehabilitiert, ohne dass die Tatsache des

²⁵ Ethnopluralismus bedeutet (wörtlich): Vielfalt von sprachlich-kulturell einheitlichen Volksgruppen und Völkern. Der rechtsextremistische Charakter der „ethnopluralistischen“ Konzeption der Neuen Rechten ergibt sich aus der Fixierung ihrer Weltanschauung auf „Ethnien“: Der Bürger existiert nicht als Individuum im Sinne des Grundgesetzes mit unveräußerlichen Menschenrechten, sondern nur als Bestandteil des Kollektivs, dem ethnisch definierten Volk als Subjekt der Geschichte.

Holocaust²⁶ grundsätzlich in Abrede gestellt wird. In dieser Form hat der Revisionismus eine ideologische Klammerfunktion zwischen den verschiedenen rechtsextremistischen Organisationen.

Revisionismus ist ein konstitutives Element des Neonazismus, gleichwohl ist nicht jeder Rechtsextremist, der revisionistische Positionen bezieht, als Neonazi zu bezeichnen. Es handelt sich beim rechtsextremistischen Revisionismus nicht um ein deutsches, sondern um ein internationales Phänomen. Zu den bekanntesten Vertretern zählen die Franzosen Paul RASSINIER und Robert FAURISSON, der Schweizer Jürgen GRAF, der Brite David IRVING und der Italiener Carlo MATTOGNO. Das Institute for Historical Review in den USA veröffentlicht mit der Zeitschrift *The Journal of Historical Review* eines der bedeutendsten revisionistischen Periodika. Anzuführen ist ferner der 1985 in Antwerpen gegründete Verlag Vrij Historisch Onderzoek. Der australische Staatsbürger Dr. Fredrick TOBEN leitet das revisionistische Adelaide-Institut, das insbesondere über das Internet die systematische Ermordung von Juden im Konzentrationslager Auschwitz bestreitet.

Einer der bekanntesten Revisionisten, der deutsche Staatsangehörige Erich ZÜNDEL, operiert von Kanada aus.

Sein Gedankengut verbreitet er vornehmlich über das Internet, wo er seit 1995 die so genannte Zundelsite betreibt. Auf seiner Homepage hat er u. a. den Leuchter-Report eingestellt. Es handelt sich dabei um ein pseudowissenschaftliches Gutachten, als dessen Initiator und Financier ZÜNDEL gilt. Das „Gutachten“ wurde im Zusammenhang mit einer in Kanada wegen Verbreitung einer revisionistischen Schrift gegen ZÜNDEL erhobenen Anklage erstellt. Der zu seiner Entlastung von Fred LEUCHTER, einem amerikanischen Spezialisten für die Herstellung von elektrischen Stühlen, gefertigte Report kommt zum Ergebnis, dass es Gaskammern zur Judenvernichtung nicht gegeben habe.

Verfasser eines ähnlichen pseudowissenschaftlichen Werkes, des „Rudolf-Gutachtens“, ist der Deutsche Gernar RUDOLF. Sein „Gutachten“ versucht mit vorgetäuschter Wissenschaftlichkeit den Beweis zu führen, dass die Judenvernichtung mit Zyklon B in Auschwitz nicht stattgefunden haben könne. Einer vom Landgericht Stuttgart wegen dieser Schrift gegen ihn verhängten 14monatigen Freiheitsstrafe entzog sich RUDOLF durch Flucht nach Großbritannien. Dort gründete er den Verlag Castle Hill Publishers, der für die Herausgabe der revisionistischen „Vierteljahreshefte für Geschichtsforschung“ verantwortlich zeichnet.

Zwei Gerichtsurteile haben den Revisionismus im Jahre 2000 in den Blickpunkt öffentlichen Interesses gerückt.

Mit Urteil vom 11. April verlor der englische Revisionist David IRVING²⁷

²⁶ Der Begriff bedeutet Massenvernichtung (vom griech. holocaustos = „völlig verbrannt“). Das Wort stammt (wie der offizielle Begriff des Staates Israel für die europäische Judenvernichtung – schoa = Katastrophe, Unheil) ursprünglich aus dem Alten Testament. Er bezeichnete „was ganz im Rauch aufsteigt“. Luther übersetzte den Begriff mit Brandopfer, die englische Bibelübersetzung mit holocaust. Die deutschen Herausgeber der „Enzyklopädie des Holocaust“ haben das Wort Holocaust mit großen Bedenken in ihrem Titel beibehalten, weil kein kennzeichnender Begriff im Deutschen verfügbar sei und der Untertitel „Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden“ den begrifflichen Gegenstand genau umschreibt.

²⁷ Gegen IRVING besteht in Deutschland seit 1996 ein Aufenthaltsverbot. Bis dahin war er häufig als Referent bei rechtsextremistischen Organisationen aufgetreten. 1982 erhielt er den Europäischen Friedenspreis der vom DVU-Vorsitzenden FREY herausgegebenen Deutschen Nationalzeitung; 1985 den Hans-Ulrich-Rudel-Preis der DVU.

den von ihm selbst gegen den Verlag Penguin Books und die amerikanische Publizistin und Historikerin Deborah E. Lipstadt vor dem Londoner High Court angestregten Prozess. Das Londoner Gericht stellte fest, dass IRVING als Rassist und Antisemit bezeichnet werden könne. Es sah in 19 Fällen den Vorwurf der Beklagten Lipstadt bewiesen, IRVING habe historische Quellen bewusst gefälscht und mit Hilfe solcher Fälschungen den Holocaust gelehrt.

IRVING bestritt vor Gericht, dass es in Auschwitz Gaskammern zur Vernichtung von Menschen gegeben habe, Augenzeugen nannte er Lügner oder Geisteskranke. Seine Argumentation lief auf die These hinaus, Hitler sei nicht verantwortlich zu machen für die Judenverfolgung, weil nie ein entsprechender Führerbefehl gefunden worden sei.

Ein richtungsweisendes Urteil verkündete der 1. Strafsenat des Bundesgerichtshofs am 12. Dezember. Es verwies den Prozess gegen den australischen Staatsbürger Dr. Fredrick TOBEN, Leiter des revisionistischen Adelaide-Instituts, wegen Beleidigung und Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener an das Landgericht Mannheim zurück. Das Landgericht hatte TOBEN zu einer Freiheitsstrafe von zehn Monaten ohne Bewährung u. a. wegen Volksverhetzung durch Verbreitung von schriftlichen Rundbriefen, in denen er den Massenmord an Juden bestritt, verurteilt, nicht aber wegen der Verbreitung der Auschwitz-Lüge im Internet. Der BGH entschied, dass Ausländer in Deutschland wegen Volksverhetzung auch dann bestraft werden können, wenn sie ihre in Deutschland abrufbaren Schriften auf Servern im Ausland ins Internet einstellen. Ihre Äußerungen seien dann geeignet, den öffentlichen Frieden in Deutschland zu stören. Da der Erfolg der Handlung in Deutschland eintrete, gelte die Volks-

verhetzung damit als in Deutschland begangen.

Mit diesem Urteil reagierte der BGH auf die zunehmende Verbreitung revisionistischen Gedankenguts im Internet. Mittlerweile sind fast alle zentralen revisionistischen Schriften ins Internet eingestellt worden. Bei der Nutzung dieses Mediums, insbesondere durch Schüler, die nach Informationen für Referate recherchieren, besteht die Gefahr, dass der rechtsextremistische Gehalt der pseudowissenschaftlich verfassten revisionistischen Studien, die auf einen agitatorischen, propagandistischen Sprachstil verzichten, nicht auf den ersten Blick erkannt wird, wodurch eine unterschwellige rechtsextremistische Beeinflussung eintreten kann.

Neonazistische Bestrebungen

Rechtsextremistische Skinheads²⁸

Der rechtsextremistischen Skinhead-Szene sind einschließlich militanter Neonazis bundesweit 9.700 Personen (Vorjahr: 9.000) zuzurechnen. In Niedersachsen gehören dieser Szene 1.250 Personen an. Der zahlenmäßige Anstieg setzte sich damit fort. Waren 1998 in Niedersachsen noch 1.000 dieser Szene zuzurechnende Personen registriert worden, so waren es 1999 bereits 1.100, wobei die Räume Aurich, Braunschweig, Celle, Hildesheim, Lüchow, Lüneburg, Northeim, Oldenburg, Stade, Wilhelmshaven sowie der Großraum Hannover regionale Schwerpunkte bilden.

Geschichte und Strömungen

Die in Großbritannien entstandene, Ende der 70er Jahre erstmals auch im Bundesgebiet in Erscheinung getretene Skinhead-Bewegung war ursprünglich eine im Arbeitermilieu verankerte jugendliche Subkultur, deren äußeres Erscheinungsbild die massive Ablehnung der bürgerlichen Gesellschaft signalisierte. Das Entstehen der Skinhead-Szene in Großbritannien vollzog sich vor dem Hintergrund der abnehmenden Bedeutung der Arbeiterklasse, deren Stolz die Skinheads mit einem gegen das Establishment gerichteten Antiintellektualismus und einem beton-

ten Körperkult wiederzubeleben trachteten.

Eine teilweise neonazistische Ausrichtung hatte bereits in Großbritannien stattgefunden, bevor die Skinhead-Bewegung sich in den achtziger Jahren auch in Deutschland ausbreitete. Eine so deutliche Bindung an die Arbeiterklasse wie in Großbritannien war im sozial weniger stark geschichteten Deutschland zwar nicht festzustellen, doch auch in Deutschland sind die Anhänger der Skinhead-Bewegung vornehmlich Angehörige unterer sozialer Schichten. Die Skinhead-Bewegung war von ihren Anfängen her eine jugendliche Protestbewegung gegen soziale Ausgrenzung. Inzwischen hat sie sich zu einer internationalen jugendlichen Subkultur mit internationalem Charakter entwickelt. Skinhead-Szenen gibt es nicht nur in Großbritannien und Deutschland, sondern auch in den skandinavischen Ländern, in Osteuropa und den USA. Der Charakter einer Subkultur lässt sich nicht zuletzt daran ablesen, dass nationalsozialistische Symbole, deren Verwendung europaweit einen Tabubruch darstellt, von Skinheads zur Selbstdarstellung auch in Staaten benutzt werden, die vom nationalsozialistischen Deutschland überfallen und deren Bevölkerung unter der nationalsozialistischen Besatzungsherrschaft gelitten hat.

Charakteristisch für die meisten rechtsextremistischen Skinheads ist ein von Nationalismus, rassistischer Ausländerfeindlichkeit und unreflektierter Bezugnahme auf den Nationalsozialismus geprägtes Weltbild. Körperliche Gewalt ist das bevorzugte Mittel der von ihnen auf der Straße ausgetragenen „politischen“ Auseinandersetzungen mit Angehörigen von ihnen verachteter sozialer Gruppen: Ausländer, Obdachlose, Behinderte, Homosexuelle sowie als „Zecken“ titulierte Linke. Der kahlgeschorene Kopf, Bomber-

²⁸ Eine Einführung in das Thema Skinheads und Musik bietet die Veröffentlichung des Niedersächsischen Innenministeriums: "Skinheads".



jacke und Springerstiefel kennzeichnen die von Männern dominierte Bewegung. Charakteristisch ist darüber hinaus der Hang, die Männlichkeit durch Alkoholexzesse unter Beweis zu stellen.

Innerhalb der deutschen Skinhead-Szene treten „politisch“ unterschiedliche Richtungen in Erscheinung. Eine Besonderheit in den Gruppierungen stellen die Oi-Skins dar. Diese diffus rechtsextremistisch orientierten Skinheads nehmen zahlenmäßig zu und steigern ihren Einfluss in der Musik- und Fanzine-Szene.

Zu den Skinheads mit einer neonazistischen Ausrichtung zählen die Blood & Honour-Skinheads, welche ihren Ursprung in England haben. Die neonazistisch orientierte Organisation versteht sich als elitäre Gruppe innerhalb der Skinhead-Bewegung. Die Blood & Honour-Skinheads haben sich zum Ziel gesetzt, eine autonome Struktur für die Skinhead-Szene – vorwiegend im Musikbereich – zu schaffen, um die Szene auf diese Weise neonazistisch zu durchdringen. Bundesweit gehörten der am 14. September 2000 vom Bundesministerium des Innern (BMI) verbotenen Gruppierung über 200 Personen an. Das BMI begründete das Verbot mit der Feststellung, die Organisation richte sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung und den Gedanken der Völkerverständigung.

Blood & Honour-Sektionen existierten in allen Bundesländern. Die einzelnen Sektionen hielten untereinander

Kontakt und unterstützten sich gegenseitig. Eine führende Rolle nahm die Berliner Gruppe ein. In Niedersachsen bestanden drei Sektionen: die Sektion „Niedersachsen“ mit Sitz in Hildesheim, die Sektion „Nordmark“ im nordöstlichen Niedersachsen sowie die Sektion „Weser-Ems“. Das Verbot in Deutschland hat keine Auswirkung auf die internationale Präsenz der Blood & Honour-Skinheads.

Eine weitere extremistische Gruppierung sind die aus den USA stammenden Hammerskins, der bundesweit mehr als 100 Personen angehören. Geleitet von einem elitären, rassistischen und zum Teil nationalsozialistischen Weltbild verfolgen sie das Ziel, alle weißen Skinheads in einer Hammer-skin-Nation zu vereinen. Ihr Symbol – zwei gekreuzte Hämmer – steht für Kraft und Stärke der weißen Arbeiterbewegung.

In der Bundesrepublik traten die Hammerskins erstmals 1991 in Brandenburg in Erscheinung. Die Hammerskins sind in Sektionen aufgeteilt. Die niedersächsischen Hammerskins gehören zu der, von dem Lüneburger Skinhead Sven GREWE geleiteten „Sektion-Nordmark“, die auch Hammerskins aus Schleswig-Holstein umfasst. Die „Sektion Bremen“ der Hammerskins rekrutiert ihre Mitglieder auch aus dem benachbarten niedersächsischen Umland. Aktivitäten der beiden genannten Sektionen sind im vergangenen Jahr nicht bekannt geworden.

Skinhead-Musik

Die Gewaltbereitschaft in der Skinhead-Bewegung wird nicht zuletzt durch Musikveranstaltungen sowie durch den Vertrieb von CDs mit Skinhead-Musik forciert, deren Texte zum überwiegenden Teil von aggressiver Menschenverachtung geprägt sind. Die Feindbilder sind immer dieselben: Ausländer, insbesondere Türken und Farbige; Juden und Linke. Die Namen vieler Bands wie Werwolf, Stahlgewitter, Macht & Ehre, Endsieg, Legion Ost, Sturmwehr belegen die Orientierung auf den Nationalsozialismus. Die Cover der CDs verherrlichen die Wehrmacht und führende Repräsentanten des Nationalsozialismus. Ein aktuelles Beispiel für die menschenverachtende Hetze der Skinhead-Bands liefert die seit dem Herbst vertriebene, rege Nachfrage findende CD „Ran an den Feind“ der seit 1992 bestehenden, in der Szene populären Skinhead-Band Landser. Eine menschenverachtende Textpassage des Liedes „Niemaals“ lautet:

*„Irgendwer wollte den Niggern erzählen,
sie hätten hier das freie Recht zu wählen
Das haben sie auch,
Strick um den Hals oder Kugel in den Bauch.“*

Der Titelsong der CD enthält den Refrain:

*„Kameraden, Kameraden, es lautet der Befehl:
Ran an den Feind, Bomben auf Israel“.*

Seit dem Sommer wird der volksverhetzende Sampler „Die Deutschen Kommen II“ verbreitet. Das Stück „Auge um Auge“ der Band Dragoner ruft zur Abrechnung mit der Bundesregierung auf:

*„Die linke Seuche wird kuriert
und Verräter standrechtlich exekutiert.*

*Das Recht des Stärkeren tritt in Kraft,
was uns die neue Führung schafft,
für Frieden und Gerechtigkeit
im Deutschen Reich in Ewigkeit“.*



Die Zahl der rechtsextremistischen Skinhead-Bands ist seit Mitte der neunziger Jahre angestiegen. Die Verbreitung ihrer Musik erfolgt zumeist durch den Verkauf von CDs, wobei der Markt in den letzten Jahren ein immer größeres Ausmaß angenommen hat. Die CDs werden zum Teil während der Konzerte verkauft.

Einer der in Niedersachsen ansässigen Vertriebe ist der vom Northeimer Neonazi Thorsten HEISE geführte Versand „W – B, Bild- und Tonträger Großhandel, Militärbekleidung“. Am 16. November wurden die Geschäftsräume des Versandes und die Wohnung HEISEs aufgrund eines Verfahrens gegen die in Schwabach (Bayern) beheimatete Firma The Voice durchsucht. Die Polizei beschlagnahmte Tonträger in einem Wert von ca. 26.000 DM. Die ebenfalls beschlagnahmten Geschäftsunterlagen geben Aufschluss über die finanziellen Dimensionen des Handels mit rechtsextremistischer Musik. Nach diesen Unterlagen werden

die Tonträger in der Regel im Ausland zu günstigen Konditionen produziert. Beim Weiterverkauf der Produkte an die Endabnehmer erzielen die Vertrieber Gewinne von bis zu 500 Prozent.

Bereits im Februar hatten Polizeibeamte in der Wohnung eines weiteren Neonazis in Northeim mehr als 1.500 CDs sichergestellt. Bei der Fahrzeugkontrolle wurden 450 Tonträger mit rechtsextremistischen Inhalten beschlagnahmt.

Eine immer bedeutendere Rolle für die Verbreitung der Skinhead-Musik nimmt das Internet ein. Die rechtsextremistischen Lieder mit ihren gewaltverherrlichenden Texten werden im Internet als so genannte MP3-Dateien eingestellt. Sie können von den Anwendern heruntergeladen werden und mit der entsprechenden, ebenfalls im Internet angebotenen Software abgespielt werden. Eine besondere Bedeutung hat in diesem Zusammenhang die Musikausbörse Napster erlangt, die rund 55 Millionen Internet-Nutzern weltweit zur Verfügung steht. Über diese Plattform können auch viele strafbare neonazistische Musiktitel kostenlos heruntergeladen werden. Beispielhaft ist das von Napster-Nutzern eingestellte Musik-Angebot der neonazistischen Skin-Band Landser dargestellt. Zahlreiche der über die Eingabe des Namens Landser bei Napster zur Verfügung gestellten Titel sind strafbewehrt! Volksverhetzende Musiktexte, wie sie beispielsweise von dem Northeimer Neonazi Torsten HEISE verbreitet werden, sind über das Internet abrufbar.

Konzerte von Skinhead-Bands und Liedermachern in Niedersachsen

Bundesweit wurden im Jahr 2000 73 rechtsextremistische Skinhead-Konzerte durchgeführt, 17 weitere geplante



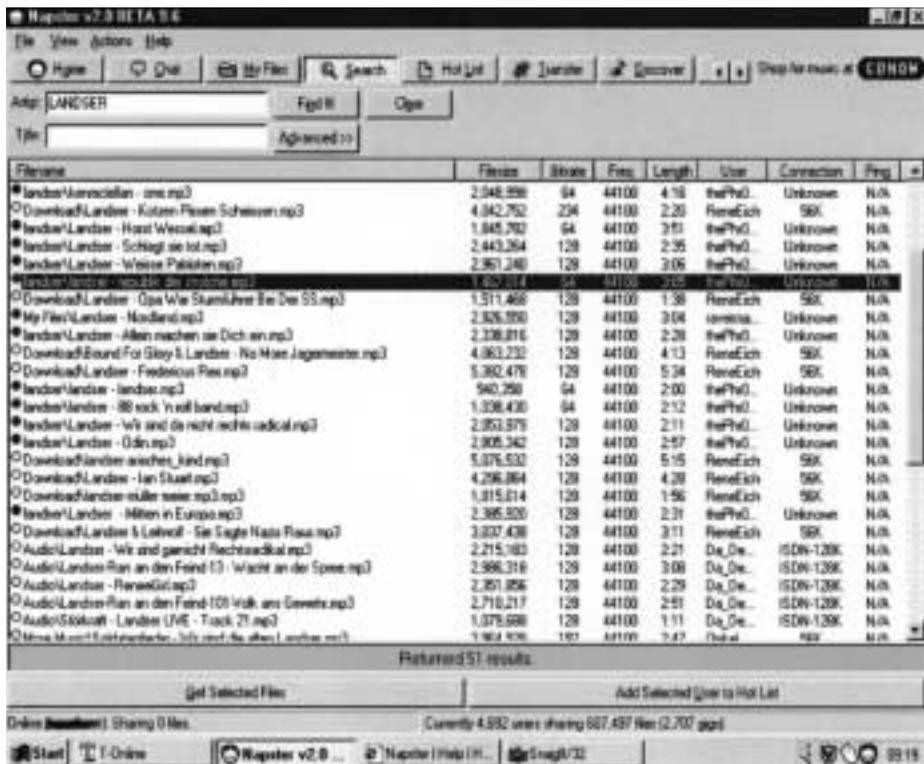
CD „Northeim“ (Mitschnitt verschiedener Musikveranstaltungen)



CD „12 Deutsche Stimmungshits“ der Skingruppe „Die Zillertaler Türkenjäger“



CD „Unter dem Hakenkreuz“ der Gruppe „Endlösung“



Veranstaltungen wurden bereits im Vorfeld verboten oder von den Organisatoren abgesagt. Hinzu kommen die Auftritte rechtsextremistischer Liedermacher. Der größte Teil dieser Veranstaltungen (ca. 65 Prozent) fand in den neuen Bundesländern statt. In Niedersachsen wurden fünf Konzerte und drei Liederabende festgestellt.

Ein am 11. März in der Gaststätte in Schöningen (LK Helmstedt) durchgeführtes Skinhead-Konzert wurde von ca. 150 Personen besucht. Ein weiteres Konzert fand am 31. März in Schwanevöde (LK Osterholz) statt. In der örtlichen Schützenhalle trat die Band Schlachtruf aus Bremen vor ca. 100 Zuhörern auf.

Handelte es sich bei diesen beiden, ohne Störung verlaufenen Zusammenkünften um kleinere Veranstaltungen, so reisten zu einem Konzert in

Holvede (LK Harburg) am 22. Juli 400 Skinheads und Neonazis aus dem gesamten Bundesgebiet an. Nach bekannt werden des Veranstaltungsorts löste die Polizei die Veranstaltung auf. Gegen die Zuhörer wurden Platzverweise ausgesprochen, zahlreiche CDs mit rechtsextremistischen Inhalten wurden sichergestellt. Daraufhin meldeten die Jungen Nationaldemokraten eine Demonstration am 5. August in Tostedt unter dem Motto „Gegen Staatswillkür – für Meinungsfreiheit/Rechter Rock statt rote Socken“ an. Die Kundgebung wurde, nachdem sie vom Verwaltungsgericht Lüneburg unter Auflagen erlaubt worden war, mit 250 Teilnehmern aus dem norddeutschen Raum sowie Teilnehmern aus Nordrhein-Westfalen und Sachsen-Anhalt durchgeführt. Im Anschluss an die Veranstaltung fuhr ein Großteil der Perso-

nen zu einem Skinhead-Konzert nach Hamburg.

Eine weitere Musikveranstaltung der rechtsextremistischen Skinheadszenen fand am 23. September in Karssen-Laave (Amt Neuhaus) statt. Insgesamt waren ca. 500 Personen aus dem gesamten Bundesgebiet angereist. Gegen Mitternacht wurde das Konzert durch Polizeibeamte aufgelöst. Die sehr aggressiven Konzertbesucher attackierten die Beamten mit Flaschen, Steinen sowie mit Tränen- und Rauchgas. Bei den Ausschreitungen wurden 46 Polizeibeamte und 20 Teilnehmer der Veranstaltung verletzt. 32 Personen wurden wegen Landfriedensbruch vorläufig festgenommen.

Ein am 11. November in Stuhr-Brinkum im Landkreis Osterholz veranstaltetes Konzert zog mehr als 500 Skinheads aus dem gesamten Bundesgebiet an. Die Polizei löste die Veranstaltung auf, ohne dass es zu Ausschreitungen kam.

Neben den Konzerten mit Skinbands wurden drei Musikveranstaltungen mit Liedermachern aus der rechtsextremistischen Szene durchgeführt. Einer Einladung zu einem Konzert des wichtigsten „nationalen“ Liedermachers Frank RENNICKE²⁹ aus Baden-Württemberg am 23. Juni in Hannover folgten 200 Interessenten aus der rechtsextremistischen Szene. Weitere Liederabende fanden am 24. Juni anlässlich des Sommerfestes des NPD-Landesverbandes Niedersachsen auf einem Privatgrundstück in Eschede

²⁹ RENNICKE gehörte der verbotenen neonazistischen Wiking-Jugend an und ist jetzt Mitglied der NPD. Ende des Jahres wurde er in Sindelfingen wegen des volksverhetzenden Inhalts eines Liedes zu einer Bewährungsstrafe von 10 Monaten und einer Geldbuße in Höhe von 1.000 DM verurteilt. Das Gericht führte in der Urteilsbegründung aus, RENNICKE habe zur Gewalt gegen Ausländer aufgerufen.

(LK Celle) und am 11. November in einer Gaststätte in Borsum (LK Hildesheim) mit 150 Teilnehmern statt. Die Gaststätte war unter einem Vorwand gemietet worden. Die von der Gastwirtin alarmierte Polizei löste die Veranstaltung auf.

Die Musikveranstaltungen werden in der Regel äußerst konspirativ vorbereitet, so dass die Mehrzahl der Besucher erst wenige Stunden vor Veranstaltungsbeginn den genauen Veranstaltungsort erfährt. Seit Mitte des Jahres ist eine zunehmende Gewaltbereitschaft innerhalb der Skinhead-Szene zu beobachten. Die Skinheads nahmen die Auflösung der Konzerte durch die Polizei häufig nicht mehr tatenlos hin, sondern leisteten teilweise erheblichen Widerstand. Es ist auch bei zukünftigen Veranstaltungen damit zu rechnen, dass den Sicherheitsbehörden erheblicher Widerstand entgegengebracht wird.

Fanzines

Als ein weiteres Kommunikationsmittel nutzt die Szene Fanzines. Der Begriff stammt aus dem Englischen und setzt sich aus den Worten „Fan“ und „Magazine“ zusammen. Hiermit soll ausgedrückt werden, dass es sich bei diesen Publikationen um Informationsschriften von einem bzw. für einen bestimmten Personenkreis handelt. Am Anfang wurden diese Fanzines genutzt, um z.B. Skinhead-Konzerte und Veranstaltungen publik zu machen. Mittlerweile werden auch Schriften herausgegeben, welche eine neonazistische Einstellung erkennen lassen. Bundesweit sind mehr als 50 Fanzines bekannt geworden. In Niedersachsen erscheinen u. a. die Fanzines Moin, Moin (Leer), White Unity (Bienenbüttel) sowie Der Ripper und Violence aus Braunschweig.

Neonazistische Kameradschaften

Im Bundesgebiet:	150 Kameradschaften	
In Niedersachsen:	21 Kameradschaften	
Anhänger	1999	2000
Bund:	2.200	2.200
Niedersachsen:	350	350

Kennzeichnend für das Selbstverständnis der neonazistischen Kameradschaften ist die ideologische Ausrichtung am Nationalsozialismus. Im Vordergrund steht die aggressive Propagierung eines nationalsozialistischen Systems auf der Basis des Führer- und Eliteprinzips. Fremdenfeindliche, rassistische und antisemitische Grundhaltungen prägen politische Propaganda und Aktionen. Zu den propagandistischen Feindbildern zählen in erster Linie Zuwanderung und Ausländerintegration, die als „Volksvermischung“, die zum Ableben des deutschen Volkes führe, abqualifiziert werden.

In der deutschen Neonazi-Szene, der etwa 2.200 Personen zuzurechnen sind, existieren mittlerweile etwa 150 Kameradschaften mit in der Regel zwischen fünf und zwanzig Mitgliedern. Die Bildung von Kameradschaften stellt eine Reaktion auf die Verbote neonazistischer Organisationen dar. Von den damaligen Verboten betroffenen waren u. a. die Nationalistische Front, die Deutsche Alternative, die Nationale Liste, die Nationale Offensive, die Wiking-Jugend sowie die Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP). Das von früheren Funktionären der FAP und der Nationalen Offensive entwickelte Modell der Kameradschaften basiert auf dem Konzept informeller Vernetzung. Als kleinste Einheit der „nationalen Bewegung“ werden demzufolge so genannte autonome Kame-

radschaften gebildet, deren Vernetzung über den Einsatz technischer Kommunikationsmittel – Mobiltelefone, Mailboxen, Internet – gewährleistet ist. Die Kameradschaften sollen dem Selbstverständnis entsprechend weder über eine vereinsmäßige Struktur noch formale Mitgliedschaften verfügen.

Eine aktionsorientierte Zusammenarbeit der neonazistischen Kameradschaften besteht trotz einzelner Differenzen in der ideologischen Ausrichtung.

Bei Kundgebungen und Demonstrationen treten die Kameradschaften nach außen hin überwiegend als „nicht organisierte Einheiten“ auf. Sie sind jedoch in einem geschlossenen Block als „Freie Nationalisten“ erkennbar. Die Rekrutierung von Jugendlichen in die neonazistischen Kameradschaften vollzieht sich meist über Kontaktaufnahme bei Skinhead-Konzerten. Kameradschaftsabende, die in erster Linie der Organisation von Demonstrationen und Konzerten sowie der politischen und „weltanschaulichen Schulung“ dienen, haben zudem eine integrative und identitätsstiftende Funktion für die Teilnehmer.

Als organisatorische Klammer für die im norddeutschen Raum aktiven Kameradschaften aus Niedersachsen, Hamburg, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern, Bremen, Nordrhein-Westfalen und Sachsen-Anhalt fungiert das

„Nationale und Soziale Aktionsbündnis Norddeutschland“, das gemeinsame Aktionen koordiniert und Anfahrten zu Demonstrationen sowie die Herstellung und Verbreitung von Propagandamaterialien organisiert. Im Rahmen der Neuorientierung der neonazistischen Szene nach den Vereinsverböten hatte der Neonazi Thomas WULFF, ehemaliger Vorsitzender der 1995 verbotenen Nationalen Liste (NL), Mitte 1996 das Konzept der Freien Nationalisten entwickelt. Das Aktionsbündnis ist derzeit in Norddeutschland der aktivste neonazistische Personenzusammenschluss mit erheblicher Außen- und Öffentlichkeitswirkung. Sein festes Mobilisierungspotenzial bei Veranstaltungen beträgt etwa 150 Personen. Das Selbstverständnis und die Struktur des Aktionsbündnisses als Sammlungsbewegung wird deutlich in einem Interview mit einem namentlich nicht genannten „reichsweit bekannten, langjährigem Mitkämpfer“ der Freien Nationalisten:

„Es ist eine Bündnisstruktur, die immer dann zum Tragen kommt, wenn im norddeutschen Raum verschiedenste Aktionsgruppen und Parteien zu nationalen und sozialen Fragen aktiv werden. Der Name soll vor allem deutlich machen, daß unter diesem Aktionsnamen alle anderen nationalen Kräfte ein Bündnis eingehen können, ohne daß sie ihre Selbständigkeit aufgeben müssen. ... Ich persönlich sehe in den Strukturen Freier Nationalisten eine notwendige Ergänzung zu den bestehenden nationalen Gruppierungen. Zum einen, um die Radikalität innerhalb der Szene zu steigern und zum anderen, um den Druck auf Spalter und Provokateure erhöhen zu können. Für viele wird es wohl auch eine organisatorische Alternative sein.“ („Was sind Freie Nationalisten“, Internet-Beitrag, Version vom 07.04.2000)

In Niedersachsen existieren derzeit ca. 20 Kameradschaften (1999: ca. 15) mit einer Anhängerzahl von 350–400 Personen. Geographische Schwerpunkte für Aktivitäten der niedersächsischen Kameradschaften sind die Räume Hannover, Lüneburg und Südniedersachsen. Im Regierungsbezirk Lüneburg ist etwa die Hälfte der aktiven niedersächsischen Kameradschaften tätig. Der mitgliederstärkste Zusammenschluss ist die Kameradschaft Northeim, deren Anführer, der frühere Landesvorsitzende der 1995 verbotenen Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP), Thorsten HEISE, derzeit eine 18monatige Freiheitsstrafe in der Justizvollzugsanstalt Wolfenbüttel verbüßt.³⁰

Unter dem Motto „Räumt die 'Rote Flora' – kein Platz für gewalttätige Politbanden“ demonstrierten etwa 300 Angehörige des „Nationalen und Sozialen Aktionsbündnisses Norddeutschland“, am 4. Juni gegen das Veranstaltungszentrum „Rote Flora“ in Hamburg. Der über die Homepage des Lübecker „Bündnis Rechts“ veröffentlichte Aufruf zur Teilnahme an der als „Freie Protestdemonstration“ deklarierten Veranstaltung verdeutlicht, dass bei der politischen Agitation der Kameradschaften und damit deren

³⁰ Das Amtsgericht Northeim hatte HEISE am 23. November 1998 wegen Widerstandes gegen Vollstreckungsbeamte, Körperverletzung, Beleidigung und Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen anlässlich einer „Vatertagswanderung“ 1997 zu einer Freiheitsstrafe von 6 Monaten auf Bewährung verurteilt. Gegen die Aussetzung der Strafe auf Bewährung hatte die Staatsanwaltschaft Göttingen Berufung eingelegt; ihrem Rechtsfolgenantrag wurde von der kleinen Strafkammer des Landgerichtes Göttingen am 29. Juli 1999 stattgegeben und die Strafaussetzung zur Bewährung widerrufen. Ebenso widerrufen wurde die Aussetzung einer früheren Restfreiheitsstrafe von 12 Monaten. Die gegen diese Entscheidung eingelegte Revision HEISEs hatte das OLG Braunschweig am 13. Januar 2000 verworfen.

Feindbilddenken die aggressive Auseinandersetzung mit linksextremistischen Gegnern einen hohen Stellenwert besitzt:

„Jetzt ist Schluß! Der Nationale Widerstand nimmt die jüngsten Krawalle gewalttätiger Antifascho-Banden rund um den 1. Mai im Hamburger Schanzenviertel zum Anlaß, die endgültige Räumung der 'Roten Flora' zu fordern! Die 'Rote Flora' ist ... mindestens organisatorischer Ausgangspunkt für gewalttätige Aktionen antifaschistischer Politbanden. ... Kein Platz für gewalttätige Politbanden!“

(Homepage des Bündnis Rechts, Ausdruck vom 24.05.2000)



Am 10. August verfügte die Hamburger Innenbehörde das Verbot und die Auflösung der neonazistischen Vereinigung Hamburger Sturm. Der Hamburger Sturm richtete sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung und sei darauf gerichtet, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beseitigen. In der Verbotsverfügung wird insbesondere auf die von der Organisation herausgegebene gleichnamige Zeitschrift

verwiesen, in deren Berichterstattung fortlaufend in aggressiver, fremdenfeindlicher und rassistischer Weise der Nationalsozialismus verherrlicht und durch die Verächtlichmachung der demokratischen Staatsform eine aktiv kämpferische, aggressive Haltung gegenüber der bestehenden Gesellschaftsordnung propagiert werde. Ein ausdrückliches Bekenntnis zum Nationalsozialismus sowie zum offenen Rassismus enthält ein im Hamburger Sturm veröffentlichter Beitrag zur Frage einer möglichen Solidarisierung mit der kurdischen Freiheitsbewegung:

„Heil Euch! ... Wie wir als Nationalsozialisten uns zu diesem Thema stellen sollten?“

Zunächst führen wir unseren Freiheitskampf und niemand würde ernsthaft verlangen, daß wir den Freiheitskampf eines anderen Volkes (zumal eines rassistisch fremden) unterstützen. Dies wäre absurd und gegen jede Naturgesetzmäßigkeit.“
(Hamburger Sturm, Ausgabe Frühjahr 2000, S. 58)

Diese von Hamburger Neonazis um Thomas WULFF herausgegebene neo-nazistische Zeitschrift stellt ein wichtiges Strategie- und Informationsmedium für die neonazistischen Kameradschaften dar, das neben Aktionsberichten vor allem Schulungsartikel veröffentlicht.

Der Hamburger Sturm verstand sich als Teil der neonazistischen Freien Nationalisten und richtete sich sowohl an politisch aktive Neonazis als auch an eher unpolitische Skinheads und Hooligans, deren Politisierung durch die Publikation erreicht werden sollte. Seit etwa einem Jahr verfolgte die Vereinigung neben ihrem publizistischen Zweck auch aktionistische Absichten: Sie präsentierte sich unter dem Namen Hamburger Sturm oder Hamburg Sturm 18 auf Veranstaltungen der rechtsextremistischen Szene.

Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V. (HNG)

Sitz:	Frankfurt a.M.	
Vorsitzende:	Ursula MÜLLER, Mainz	
Mitglieder	1999	2000
Bund:	500	500
Niedersachsen:	55	55
Publikation:	Nachrichten der HNG	

Die 1979 gegründete, seit 1991 von Ursula MÜLLER geführte HNG versteht sich als „Sammelbecken für Neonazis aller Richtungen“ und widmet sich primär der Betreuung weltweit inhaftierter deutscher und ausländischer Neonazis, um deren Wiedereingliederung in die rechtsextremistische Szene nach der Haftentlassung zu gewährleisten. Zwar nimmt die HNG gegenwärtig mangels eigenständiger öffentlichkeitswirksamer Aktionen trotz ihrer zahlenmäßigen Stärke keine zentrale Rolle im Neonazismus wahr, dennoch darf ihre Bedeutung für den Zusammenhalt der neonazistischen Szene nicht unterschätzt werden. Am 18. März fand die Jahreshauptversammlung in Kalbach-Sparhof (Hessen) statt, an der ca. 250 Personen teilnahmen, darunter als Redner auch bekannte Rechtsextremisten aus Niedersachsen wie Thorsten HEISE.

Die HNG-Schrift Nachrichten der HNG, erscheint monatlich in einer Auflagenhöhe von 600 Exemplaren. Zwecks Kontaktvermittlung wird regelmäßig eine „Gefangenenliste“ abgedruckt. Fester Bestandteil jeder Ausgabe sind darüber hinaus Briefe von Gefangenen an die „Schriftleitung“,

Kleinanzeigen, Berichte über rechtsextremistische Aktionen und Kommentare zu Gerichtsurteilen im Zusammenhang mit rechtsextremistischen Aktivitäten. Die regelmäßige Berichterstattung über den Verlauf der jährlichen Gedenkveranstaltungen für Rudolf HESS, der für die HNG die Symbolfigur

NACHRICHTEN DER HNG



Sonderausgabe zum Strafvollzugsgesetz (StrVollzG)

Wichtige Rechts Hinweise für politische Gefangene

des politischen Gefangenen darstellt und dessen Foto regelmäßig auf der Seite der „Gefangenenliste“ erscheint, dokumentiert die Orientierung der HNG am historischen Nationalsozialismus. Die Nachrichten der HNG glorifizieren ihn als „Märtyrer des Friedens und Symbol der unterdrückten Freiheit in Deutschland“; HESS werde auch „12 Jahre nach seinem Tod im Besatzergefängnis vom BRD-Regime verleumdet“. (Nachrichten der HNG, Nr. 237, November 2000, S. 3)

Die aktiv kämpferischen, aggressiven Bestrebungen der HNG gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung werden in dem in jeder Ausgabe der Nachrichten der HNG abgedruckten Aufruf „an unsere Leser“ dokumentiert, der die folgende, in drohendem Unterton abgefasste Passage enthält:

„Die HNG ist bemüht, die Eingriffe des BRD-Regimes in die politischen Grundfreiheiten nationaldenkender Menschen möglichst lückenlos zu dokumentieren. Bekanntermaßen handelt es sich bei Menschenrechtsverletzungen um Verbrechen, die nicht

verjähren. Um die Verantwortlichen später einmal zur Rechenschaft ziehen zu können, brauchen wir möglichst viele Informationen zu den hier bekannten Vorfällen. Dazu gehören auch die Namen von Staatsanwälten, Einsatzleitern der Polizei oder Richtern, die mit den jeweiligen Vorgängen zu tun haben.“



NS KAMPFRUF

**KAMPFSCHRIFT DER NATIONALSOZIALISTISCHEN DEUTSCHEN
ARBEITERPARTEI AUSLANDS – UND AUFBAUORGANISATION**

Hess bleibt unvergessen !

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei/Auslands- und Aufbauorganisation (NSDAP/AO)

Sitz:	Lincoln (Nebraska/USA)
Leitung:	Gary Rex LAUCK
Publikation:	NS-KAMPFRUF (erscheint zweimonatlich)

Die 1972 in Lincoln/Nebraska von dem US-Bürger Gary Rex LAUCK gegründete Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei/Auslands- und Aufbauorganisation (NSDAP/AO) ist eine von zahlreichen neonazistischen Organisationen in den USA, die schwerpunktmäßig mit der Herstellung und Verbreitung von NS-Propagandamaterial beschäftigt ist. Die NSDAP/AO ist der größte ausländische Lieferant von Propagandamaterial für die deutsche Neonaziszene. Zu den Propagandamaterialien gehören vor allem Faksimile- und Reprint-Drucke von NS-Literatur, Flugblätter, Plakate sowie die den Nationalsozialismus verherrlichende Publikation NS-KAMPFRUF. Das ursprüngliche Ziel der NSDAP/AO, ein internationales Netz von Stützpunkten für eine nationalsozialistische Bewegung in Deutschland und in anderen Ländern zu schaffen, wurde bisher nicht realisiert.

LAUCK wurde am 23. März 1999 nach Verbüßung einer vierjährigen Freiheitsstrafe, zu der er 1996 vom Hamburger Landgericht wegen Volksverhetzung, Aufstachelung zum Rassenhass und Verbreitung von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen verurteilt worden war, in die USA abgeschoben. Da er keine charismatische Ausstrahlung hat und die NSDAP/AO in Deutschland über keine Strukturen verfügt, ließ ihm die deutsche rechtsextremistische Szene

während seiner Inhaftierung keine besonderen Unterstützungskampagnen oder Sympathieaktionen zuteil werden.

Nach seiner Haftentlassung setzte LAUCK die Herausgabe des NS-KAMPFRUFs in dem früheren zweimonatigen Zyklus fort. Die Angebotspalette von Materialien ist erheblich ausgeweitet worden, ebenso wie die Aktivitäten im Internet. So bot LAUCK im September auf der Homepage der NSDAP/AO die Nachbildung eines „Zyklon B Kanisters in Museumsqualität – Marke Konzentrationslager Auschwitz“ zum Preis von 120 DM an. Ebenfalls auf der Homepage der NSDAP/AO verbreitete LAUCK eine antisemitische Version des Computer-Spiels „Moorhuhnjagd“, bei der die Jagdobjekte durch einen Davidstern gekennzeichnet sind.

Kennzeichnend für das Bekenntnis des NS-KAMPFRUFs zum Nationalsozialismus ist der als „Lesegenuss“ kommentierte Abdruck einzelner Kriegsschilderungen aus der NS-Propagandazeitung Völkischer Beobachter („Offensive der Heimat“, NS-KAMPFRUF, Ausgabe Januar-Februar 2000, S. 10). Als exemplarisch hierfür kann auch die Glorifizierung Reinhard Heydrichs als Repräsentant des NS-Systems in einem umfänglichen Beitrag der Ausgabe September-Oktober 2000 des NS-KAMPFRUFs angeführt werden („SS-Obergruppenführer Reinhard Heydrich. Ein beispielhaftes Leben“).

Verbote neonazistischer Vereinigungen

Verbotsdatum	Vereinigung	Verbotsbehörde
27.11.1992	Nationalistische Front (NF)	Bundesministerium des Innern
10.12. 1992	Deutsche Alternative (DA)	Bundesministerium des Innern
18.12.1992	Deutscher Kameradschaftsbund (DKB)	Niedersächsisches Innenministerium
22.12.1992	Nationale Offensive (NO)	Bundesministerium des Innern
07.06.1993	Nationaler Block (NB)	Bayerisches Staatsministerium des Innern
14.07.1993	Heimattreue Vereinigung Deutschlands (HVD)	Innenministerium des Landes Baden-Württemberg
02.09.1993	Freundeskreis Freiheit für Deutschland (FFD)	Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen
10. 11.1994	Wiking Jugend e.V. (WJ)	Bundesministerium des Innern (auf Initiative des Niedersäch- sischen Innenministeriums)
24.02.1995	Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP)	Bundesministerium des Innern (auf Initiative des Niedersäch- sischen Innenministeriums)
24.02.1995	Nationale Liste (NL)	Behörde für Inneres Hamburg
05.05.1995	Direkte Aktion/Mitteldeutschland (JF)	Innenministerium des Landes Brandenburg
30.07.1996	Skinheads Allgäu	Bayerisches Staatsministerium des Innern
15.08.1997	Kameradschaft Oberhavel	Innenministerium des Landes Brandenburg
12.02.1998	Heide-Heim e.V. und Heideheim e.V.	Niedersächsisches Innenministerium
11.08.2000	Hamburger Sturm	Behörde für Inneres Hamburg
12.09.2000	Blood & Honour-Division Deutschland mit Jugendorganisation White Youth	Bundesministerium des Innern
05.04.2001	Skinheads Sächsische Schweiz (SSS) mit Skinheads Sächsische Schweiz – Aufbauorganisationen und Nationaler Widerstand Pirna	Sächsisches Staatsministerium des Innern

Rechtsextremistische Parteien

Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)

Sitz		
Bund:	Berlin	
Niedersachsen:	Lüneburg	
Vorsitzende		
Bund:	Udo VOIGT	
Niedersachsen:	Ulrich EIGENFELD	
Mitglieder		
	1999	2000
Bund:	6.000	6.500
Niedersachsen:	450	450
Publikationen		
Bund:	Deutsche Stimme (monatlich, Auflage: ca. 10.000)	
Niedersachsen:	Niedersachsen-Spiegel (vierteljährlich, Auflage: ca. 500)	

Die aktuelle Diskussion um den Rechts- extremismus wird maßgeblich be- stimmt von der Auseinandersetzung mit der NPD sowie dem Verbotsverfah- ren vor dem Bundesverfassungsgericht. Als älteste rechtsextremistische Partei der Bundesrepublik Deutschland am 28. November 1964 durch die Zusam- menlegung einer Reihe von rechtsex- tremistischen Gruppierungen in Han- nover gegründet, stand die NPD zunächst in der Tradition der Deut- schen Reichspartei (DRP) um Adolf von THADDEN, die sich nach dem Verbot der 1949 gegründeten Sozialistischen Reichspartei (SRP)³¹ 1952 zur größten rechtsextremistischen Partei in der Bundesrepublik entwickelt hatte. In- haltlich und personell wies die NPD

Kontinuitäten sowohl zur SRP als auch zur NSDAP auf. Der Aufstieg der NPD in den Jahren bis 1969 (Einzug in meh- rere Landesparlamente 1966–1968: Hessen 7,9%, Schleswig-Holstein 5,9%, Niedersachsen 7,0%, Bremen 8,8% so- wie Baden-Württemberg 9,8%) stellte u. a. einen Reflex auf die durch die Studentenbewegung hervorgerufenen gesellschaftlichen und politischen Ver-

³¹ Schwerpunkt der 1949 von Mitgliedern der deutschnationalen Deutschen Rechtspartei um Otto Ernst REMER gegründeten Sozialistischen Reichspartei (SRP), die sich in Programmatik und Organisation an der NSDAP ausrichtete, lag in Norddeutschland, vor allem in Nieder- sachsen, wo sie im Mai 1951 bei den nieder- sächsischen Landtagswahlen 11 % der Stimmen erhielt.

änderungen dar. Bei der Bundestagswahl 1969 errang die NPD 4,3 % der Zweitstimmen und verfehlte damit knapp den Einzug in den Bundestag. Wahlergebnisse von einem Prozent der Stimmen sowie eine negative Mitgliederentwicklung von 28.000 im Jahr 1969 auf 8.500 im Jahr 1978 waren charakteristisch für die NPD in den siebziger Jahren. Bei der Bundestagswahl 1980 erzielte die NPD mit 0,2 % das schlechteste Ergebnis seit ihrer Gründung. Seit Anfang der 90er Jahre erreichte die NPD wieder mehr Aufmerksamkeit durch die Akzentuierung fremdenfeindlicher Positionen zu Lasten vergangenheitsbezogener Themenfelder.

Eine wichtige Funktion innerhalb des rechtsextremistischen Spektrums nimmt die NPD seit ihrem in den 90er Jahren vollzogenen Wandel von einer traditionellen rechtsextremistischen Wahlpartei zu einer Partei, die sich als Spitze einer sozialen Protestbewegung versteht, ein. Ursächlich für diesen Wandel waren die zahlreichen Verbote neonazistischer Organisationen in den Jahren 1992 bis 1996 sowie die seit 1996 unter dem Vorsitz von Udo VOIGT betriebene Einbindung von Neonazis und Skinheads in die NPD. Als Schrittmacher und Bindeglied zwischen der NPD, Neonazis und anderen rechtsextremistischen Organisationen fungierte dabei die Jugendorganisation der NPD, die Jungen Nationaldemokraten (JN).

Organisation und Mitgliederentwicklung

Die NPD verfügt bundesweit über 15 Landesverbände mit ca. 6.500 Mitgliedern. Die Landesverbände sind in ca. 200 Unterorganisationen (Bezirks- oder Kreisverbände) gegliedert. Im Januar 2000 wechselte die NPD-Bundes-

geschäftsstelle und damit die Parteizentrale von Stuttgart nach Berlin.

Die positive Mitgliederentwicklung seit Übernahme des Parteivorsitzes durch Udo VOIGT im März 1996, die lediglich 1999 durch zwei Abspaltungen wegen der Hinwendung der NPD zu einem „volksbezogenen Sozialismus“ und der damit bei vielen Parteimitgliedern verbundenen inhaltlichen Assoziation mit dem politischen System der DDR unterbrochen wurde, setzte sich im Jahr 2000 fort. Im Vergleich zu 1999 verzeichnete die NPD einen Mitgliederzuwachs von rund 500 Personen.

Als Grund für die Aufwärtsbewegung in der Mitgliederentwicklung führt die NPD-Parteispitze vor allem ihre seit August gegen ein mögliches NPD-Verbot gerichtete Kampagne „Argumente statt Verbote“ an, die innerhalb des rechten Spektrums zu einer Solidarisierung mit der NPD geführt habe. Die im Jahr 1999 vollzogenen Abspaltungen von der NPD in Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen, die Soziale Volkspartei (SVP) und Bund Deutscher Patrioten (BDP), haben aufgrund eigener Inaktivität nur geringe Bedeutung erlangt. Obwohl der BDP fortan als Wahlpartei aufgetreten ist, stellt er keine Konkurrenzorganisation zur NPD dar.

Das von Bundesregierung, Bundesrat und Bundestag angestrebte Verbotsverfahren der NPD hat deren Zusammenarbeit mit den neonazistischen Kameradschaften beeinflusst und einen Differenzierungsprozess innerhalb der Partei beschleunigt. Als Kritiker der Parteiführung traten insbesondere die Mitglieder der „Revolutionären Plattform – Aufbruch 2000“ (RPF) in Erscheinung, die sich als „Gesinnungsgemeinschaft in der NPD“ verstehen. Die RPF hatte sich als ein etwa 30 Personen umfassender Zusammenschluss von „revolutionären Nationalisten in der NPD/JN“ aus Unzufriedenheit mit Pro-

grammatik und Arbeitsweise des Parteivorstandes aus jüngeren NPD- und JN-Funktionären gebildet. Sie wurde erstmalig am 27. Mai auf der NPD-Veranstaltung in Passau (2. Tag des Nationalen Widerstandes) vorgestellt.

Die Sprecher der RPF, die z. T. aufgrund ihrer Differenzen mit der NPD bzw. JN ihrer Ämter enthoben wurden, wie z. B. der aus Hannover stammende Neonazi Steffen HUPKA als Vorsitzender des NPD-Landesverbandes Sachsen-Anhalt oder Jürgen GERG als Vorsitzender des JN-Landesverbandes Schleswig-Holstein, warfen dem Bundesvorsitzenden VOIGT mangelnde Führungsqualitäten und vorsichtiges Taktieren vor.

Leitbild für die von einer „nationalistischen Weltanschauung“ geleitete parteiinterne Oppositionsgruppierung ist ein nationaler Sozialismus. Die Darlegungen in den „Grundsätzen der RPF“ lassen das grundlegende ideologische Strukturmerkmal des Rechtsextremismus, den Glauben an eine angeborene Ungleichheit der Menschen deutlich hervortreten:

„Als Nationalisten sind wir zugleich auch Sozialisten. Der nationale Sozialismus hat mit dem Sozialismus marxistischer Prägung nichts gemeinsam, sondern ist vielmehr sein größter Gegner. Der Gegensatz liegt im unterschiedlichen Menschenbild begründet. Wir anerkennen die genetische und kulturelle – da naturbedingte – Vielfalt der Menschen und Völker und sehen daher in jedem Gleichheitsdenken ein unnatürliches Bestreben. Nicht ‚Jedem das Gleiche‘, sondern ‚Jedem das Seine‘ ist unser sozialistischer Grundsatz.“

(Leitsätze der RPF)

An der NPD-Parteiführung kritisieren die Mitglieder der RPF ähnlich wie die neonazistischen Freien Nationalisten den fehlenden revolutionären Ansatz.

Der radikal zugespitzte revolutionäre Nationalismus der RPF entspricht nicht der Auffassung traditioneller Mitglieder der NPD.

Auf einer Veranstaltung am 30. September in der Nähe von Eisenach, an der rund 100 Anhänger teilnahmen, kritisierte die RPF den vorläufigen Demonstrationsverzicht der NPD als Zeichen von Schwäche. Nach einer anfänglich eher gelassenen Reaktion auf die RPF („privater Diskussionszirkel“) untersagte der NPD-Parteivorstand der RPF im September, sich als Organisation der NPD darzustellen. Am 9./10. Dezember erklärte der Parteivorstand die Unvereinbarkeit der Mitgliedschaft in der NPD mit der Zugehörigkeit zur RPF.

Nach einem gemeinsamen Treffen von Vertretern der RPF und des NPD-Parteivorstands am 24. Januar 2001 in Riesa hat sich die RPF aufgelöst. In einer Erklärung hieß es, die in der RPF arbeitenden Mitglieder der NPD geben die eigenständige Organisationsform auf und erklären, dass sie ihre Arbeit für die Ziele der NPD als Arbeitsgemeinschaft im Sinne des § 18 Ziffer 6 der NPD-Satzung fortsetzen. Der NPD-Parteivorstand nehme die neue Lage zum Anlass, den Unvereinbarkeitsbeschluss zur RPF aufzuheben.

Entwicklung in Niedersachsen

Im Vergleich zum Vorjahr ist die Mitgliederzahl der NPD in Niedersachsen mit ca. 450 Personen konstant geblieben. Die Anzahl der Kreisverbände hat sich von 15 auf 14 reduziert, da sich der Kreisverband Bentheim aus Mitgliedermangel aufgelöst hat. Von den für das Jahr 2000 vom NPD-Landesverband Niedersachsen angemeldeten Demonstrationen konnte lediglich eine Veranstaltung am 4. März in Braunschweig unter dem Motto „Nicht Kapitalismus! Nicht Kommunismus! Für

Deutschen Sozialismus!“ stattfinden. Die übrigen angemeldeten Kundgebungen am 29. Januar, 15. April und 15. Juli in Göttingen sowie am 1. Mai in Hannover waren von den zuständigen Versammlungsbehörden verboten worden.

Während der Weltausstellung EXPO 2000 in Hannover beschränkten sich die Aktivitäten der niedersächsischen NPD auf die Organisation von Informationsständen im Stadtgebiet sowie auf Verteilung von Propagandamaterial.

Im Rahmen der von der Bundespartei initiierten Kampagne „Argumente statt Verbote – Nein zum NPD-Verbot!“ führten die NPD-Kreisverbände Göttingen und Lüneburg sowie einzelne NPD/JN-Mitglieder im Raum Verden ähnliche Aktionen im Zusammenhang mit den bundesweiten Aktionstagen unter dem Motto „Argumente statt Verbote“ am 14./15. und 21./22. September durch.

Auf dem 36. ordentlichen Landesparteitag der niedersächsischen NPD am 18. Juni in Mulmshorn im Landkreis Rotenburg/Wümme stellte sich der NPD-Funktionär Manfred BÖRM als neuer Ordnungsdienstleiter der Bundespartei vor. Zu seinen Aufgaben gehören künftig die bundesweite Organisation von Ordnerdiensten bei allen NPD-Veranstaltungen. BÖRM war bisher auf Landesebene als Vorstandsmitglied und Vorsitzender des NPD-Unterbezirkes Heide/Elbe tätig gewesen. Die Zusammenarbeit der niedersächsischen NPD mit Neonazis wurde öffentlich dokumentiert durch die Teilnahme des Hamburger Neonazi Christian WORCH, der auf dem Landesparteitag ein Referat zum Thema „Verfassungsanspruch und Verfassungswirklichkeit“ hielt.

Seit August ist der Vorsitzende des NPD-Kreisverbandes Hannover, Waldemar MAIER, als „Sonderbeauftragter des Parteivorsitzenden“ im Zusammenhang mit dem drohenden Parteiverbot

mit der „Vorbereitung einer offensiven Gegenargumentation im außerjuristischen Bereich“ beauftragt. Neben dem niedersächsischen Landesvorsitzenden und Bundesgeschäftsführer EIGENFELD (seit Anfang 2001 Generalsekretär) und dem Bundesordnungsdienstleiter BÖRM hat mit MAIER ein weiterer NPD-Funktionär aus Niedersachsen in der Bundespartei eine maßgebliche Aufgabe übertragen bekommen.

Die Öffnung des NPD-Landesverbandes für Neonazis hielt an. Die Einbindung neonazistischer Kameradschaften in die NPD wurde deutlich anlässlich des Sommerfestes der NPD am 24. Juni in Eschede/Landkreis Celle, an dem rund 200 Personen aus dem rechtsextremistischen Spektrum Norddeutschlands teilnahmen, darunter viele Angehörige von Kameradschaften. Die Zusammenarbeit der NPD mit Neonazis fand darüber hinaus Ausdruck in gemeinsamen Veranstaltungen wie der Demonstration am 4. März in Braunschweig sowie in einem vom NPD-Kreisverband Helmstedt am 11. März in Schöningen organisierten Skinhead-Konzert, bei dem drei Skinhead-Bands vor rund 100 Teilnehmern aus dem unorganisierten rechtsextremistischen Spektrum auftraten.

Teilnahme an Wahlen

Geringe Wahlergebnisse erzielte die NPD mit lediglich 1% der Stimmen am 27. Februar bei den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein, wo sie nach dem Verzicht der REP und der DVU als einzige rechtsextremistische Partei angetreten war, sowie bei den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen am 14. Mai, bei denen sie in lediglich 11 Wahlkreisen kandidierte und insgesamt nur 2.351 Stimmen erzielte. Ihr Stimmenanteil in den einzelnen Wahlkreisen, in denen sie bei den Kommunal-

wahlen am 12. September 1999 geringfügige Erfolge vorweisen konnte, lag zwischen 0,3 und 0,6%.³²

Die NPD wird diese Margen bei Wahlen auch künftig voraussichtlich nicht wesentlich überschreiten. Die Wahlergebnisse verdeutlichen die gegenwärtig relative Bedeutungslosigkeit der NPD als Wahlpartei.

Programmatik

Die NPD versteht sich als „organisierte Systemopposition“. Ihre systemalternativen, bzw. systemüberwindenden Staatsvorstellungen tragen einen im Grundsatz revolutionären Ansatz:

„Wahlen sind immer Mittel zum Zweck und werden nie den entscheidenden Ausschlag zur Befreiung unseres Volkes geben.“

(Hubert MAYER, Strategiediskussion, „Unsere Doktrin ist die Tat“, Deutsche Stimme, Nr. 2/2000)

Vorrangiges politisches Ziel der NPD ist die „Neuvereinigung zu einem Deutschen Reich“. Diese bereits in ihrem Parteiprogramm von 1967 enthaltene Forderung findet ihre Ergänzung in der Aussage VOIGTs auf dem Bundesparteitag am 18./19. März: „Das Reich ist unser Ziel, die NPD ist unser Weg!“

Ein differenzierter Gegenentwurf zur bekämpften freiheitlichen demokratischen Grundordnung, die als „real existierendes oligarchisches System“ diffamiert wird, besteht nicht. Die Programmatik der NPD ist gekennzeichnet durch ideologische Bekenntnisbegriffe wie „Nationalismus“ und „Volksgemeinschaft“, die zugleich die politischen Kampfbegriffe der NPD darstellen. Abgeleitet aus der Gleichsetzung der Begriffe Volksgemeinschaft und Allgemeinwohl („Das Ganze muß leben, damit der Einzelne leben kann“) spricht sich Horst MAHLER³³, der seit

August 2000 Mitglied der NPD ist, für die Monarchie als Staatsform aus, innerhalb derer ein Herrscher den Willen des Volkes bilde:

„Wir können uns einen Monarchen denken, der seine Herrschaft nicht einer Dynastie bzw. einem Privatbesitz verdankt, also seinem Privatinteresse, sondern seine Herrschaft einem Amt zu verdanken hat und sich und seine Entscheidungen vor dem Volk zu rechtfertigen hat. ... Das Prinzip ist, daß einer der Herrscher ist und dafür auch verantwortlich gemacht werden kann.“

(„Neues Ordnungsdenken, Auswege oder Irrwege?“, Deutsche Stimme, Nr. 7/2000, S. 22)

Eine antipluralistische und antiparlamentarische Ausrichtung erhält die NPD-Programmatik durch den Reichsgedanken. Unter Bezugnahme auf das

³² Bereits im Vorjahr hatte die NPD bei der Landtagswahl in Hessen am 07.02.1999 0,2%, bei der Bürgerschaftswahl in Bremen am 06.06.1999 0,29% sowie bei der Europawahl am 13.06.1999 0,4% der Stimmen erzielt. Diese Tendenz hatte sich bei den ostdeutschen Wahlen im September 1999 fortgesetzt, als bei der Landtagswahl in Brandenburg am 5. September auf sie lediglich 0,7%, bei der Landtagswahl am 12. September in Thüringen 0,2% sowie am 19. September in Sachsen, das die Partei als ihre Hochburg betrachtet hatte, 1,4 % der Stimmen entfielen.

³³ Der 1936 in Schlesien geborene MAHLER entwickelt sich zu einer Kristallisationsfigur für den deutschen Rechtsextremismus, seit er sich – vom linksterroristischen Spektrum her kommend – für eine „deutsche Nationalbewegung“ einsetzt und rechtsextremistische Positionen vertritt. MAHLER war in seiner Jugend Mitglied der FDJ, nach Abschluss der Schulausbildung studierte er Rechtswissenschaften an der FU Berlin. Wegen seiner Zugehörigkeit zum Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) wurde er aus der SPD ausgeschlossen. Anfang der 70er Jahre engagierte sich MAHLER für die terroristische RAF, von der er sich im Zuge seiner zehnjährigen Haftzeit distanzierte. Nach seiner Haftentlassung rief MAHLER wiederholt zu einer nationalen Sammlungsbewegung jenseits von links und rechts auf. 1999 begann MAHLER sich in seinen Positionen der NPD anzunähern, der er im August 2000 beitrug.

von der Neuen Rechten diskutierte Reichskonzept, das die Mitwirkung der Parteien und den Parlamentarismus für obsolet erklärt, bezeichnet Jürgen SCHWAB³⁴ die Reichsidee neben dem völkischen Prinzip als „Dreh- und Angelpunkt der nationalen Politik der Deutschen“:

„Die nationale Opposition muß schon genau wissen, welche Systemalternative sie gegenüber Parlamentarismus und Parteienstaat dem Volk anzubieten hat. Und gerade die jüngst bekanntgewordenen Korruptionfälle ... bilden einen optimalen Rahmen, um den Parteienstaat öffentlichkeitswirksam zur Disposition zu stellen.“

(Jürgen SCHWAB, „Verdrängter Reichsbegriff“, Deutsche Stimme, Nr. 2/2000, S: 14.)

Bestimmende Größe in der Ideologie der NPD ist ein völkischkollektivistischer Denkansatz, die Überbetonung des Kollektivgedankens sowie die antipluralistische, Individualrechte negierende Ideologie der „Volksgemeinschaft“. Das Volk wird als homogene Einheit, als eine Unterschiede negierende völkische Gemeinschaft gedacht, in der Einzelpersonen unter Aufgabe ihrer Individualrechte lediglich Funktionen wahrnehmen. Ideologische Übereinstimmungen der NPD-Programmatik mit dem Nationalsozialismus bestehen in der Propagierung eines völkischen Kollektivismus.

Charakteristisch für das ideologische Grundverständnis der NPD sind ihre

übersteigerten Vorstellungen von Gemeinschaft, Nation, Organismus und Volk. Das Volk als ethnisch definierte „Abstammungs- und Schicksalsgemeinschaft“ wird in seiner Bedeutung, seinen kulturellen Eigenarten und ethnischen Besonderheiten verabsolutiert. In einem Grundsatzpapier des NPD-Parteivorstandes wird der Bezug auf die ideologisch überhöhte Volksgemeinschaft deutlich:

„Da es sich dabei um eine Opposition gegen Globalisierung handelt, kann ihr politisches Modell nur die Volksgemeinschaft sein, also die sozial und kulturell begründete enge Zusammengehörigkeit und Solidarität zwischen Menschen gleicher Volkzugehörigkeit und Nation im Gegensatz zur globalen Gleichschaltung von Kulturen, Völkern und Staaten.“
(Deutsche Stimme, Nr. 12/00-1/01, S. 6)

Diesem Volksgemeinschaftsdenken entspricht insbesondere in den Beiträgen der Deutschen Stimme die fortlaufende Agitation gegen eine „bevölkerungsmäßige und kulturelle Überfremdung Deutschlands“. Das deutsche Volk verliere durch „internationalistische Fremdbestimmung“ seine „unverwechselbare Identität und damit seine sozialen und kulturellen Fähigkeiten zur Selbstbestimmung“. Schlagworte wie „Kulturverlust“, „Bevölkerungsschwund“, „Überfremdung“ sowie „Verarmung, Vereinsamung und Entfremdung der Deutschen untereinander“ sind Ausdruck einer der Volksgemeinschaftsideologie innewohnenden Fremdenfeindlichkeit als bestimmender Größe innerhalb der NPD-Programmatik.

Deutlich wird diese fremdenfeindliche Konstante der NPD in der Thematisierung der Zuwanderungspolitik. Charakteristisch dafür ist die Diffamierung von Integrationskonzepten als „anti-deutsch“ in der Deutschen Stimme. In

³⁴ Jürgen SCHWAB (Jg. 1967) war der jüngste Kreisvorsitzende der Republikaner auf Bundesebene. Seinem drohenden Ausschluss kam er 1990 durch Austritt zuvor. Seit März 1999 wird er im Impressum der Deutschen Stimme geführt. Sein 1999 veröffentlichtes Buch „Deutsche Bausteine. Grundlagen nationaler Politik“ wurde in der Deutschen Stimme (Nr. 2/2000) wegen seines Konzeptes eines „Neuen Nationalismus“ auf der Grundlage des völkischen Prinzips gelobt.

einem Beitrag „Verkehrte Welt: Nicht Ausländer, sondern Deutsche sollen sich in Überfremdungszentren integrieren“, (Deutsche Stimme, Nr. 6/2000, S. 5) wird mit Blick auf eine islamische Koranschule im Ruhrgebiet „ausländische Kulturhoheit“ unterstellt, die es zu bekämpfen gelte. Das Bundesvorstandsmitglied Jürgen DISTLER kommentiert in einem Beitrag der Deutschen Stimme die Debatte um die Zuwanderungspolitik als „Höllenszenario“, „nationale Selbstmordpolitik“ sowie „drohenden Volkstod“ und dokumentiert damit die völkisch-biologistische Ausrichtung der NPD. Die von DISTLER als „völkisch-kulturelles Chaos“ bezeichnete Zuwanderung habe zu dem „schlimmsten deutschen Substanzverlust aller Zeiten“ geführt:

„Wir erleben eine schwindelerregende Schrumpfung und gleichzeitige Vergreisung des deutschen Volkes, die bei unveränderter Politik mit mathematischer Sicherheit schon in den nächsten Jahrzehnten zu einem völligen Zusammenbruch des kulturellen, sozialen, wirtschaftlichen und staatlichen Lebens in Deutschland führen wird. ... Die mittlerweile zu autonomen Volksgruppen angewachsenen Ausländergruppen, allen voran die Türken, haben das kulturelle Gesicht deutscher Städte grundlegend verändert. Städte wie Berlin, Hamburg und Frankfurt sind zum großen Teil nur noch dem Namen nach deutsch.“

(„Leitkultur für Multikulti-Staat?“, Deutsche Stimme, Nr. 11/2000, S. 1)

In dieser fremdenfeindlichen apokalyptischen Bedrohungswahrnehmung manifestiert sich die integrationsfeindliche Haltung der NPD, die ihre Entspröcherung findet in einer generellen minderheitenfeindlichen Position. Exemplarisch hierfür ist ein Beitrag des niedersächsischen NPD-Funktionärs

Michael FIEDLER, dessen Kritik an „Fernstenliebe“ und „Entvolkung“ eine völkisch-biologistische Komponente zugrunde liegt:

„Die biologische Grundlage eines deutschen Staates wird deutlich zur Vernichtung freigegeben: Die Zahl der Deutschen sinkt – Geburtenschwund. ... Aber: Die Homo-Ehe muß her ... Am Liberalismus gehen die Völker zugrunde.“

(„Babel vor dem Fall? Systeme sind Mittel – Völker sind Werte“, Niedersachsen Spiegel, Nr. 2-3/2000, S. 3.)

In der Programmatik der NPD hat der Nationalismus den Stellenwert einer ideologischen Standortbestimmung. Die NPD bezeichnet sich selbst als „nationalistisch“. Grundlegend hierbei ist die Auffassung, die eigene Nation sei allen anderen überlegen, die Nation bilde den primären Bezugsrahmen, dem alle anderen Werte und Interessen unterzuordnen sind. Begriffe wie „Schicksalsgemeinschaft“ oder „Kampfgemeinschaft“ weisen auf ein zumindest nach außen gerichtetes aggressives Staatsverständnis. Nationalismus hat nach dem Verständnis der NPD die politische Funktion der

„Volkserhaltung, Zukunftssicherung und Herstellung eines bestmöglichen sozialen Konsenses (Volksgemeinschaft): Solidarität nach innen, Aggression nach außen.“

(Michael FIEDLER, Thesen zu Nationalismus und Neoliberalismus, Niedersachsen-Spiegel, 1/1999, S.1).

In der Propagierung eines „völkischen Nationalismus“ verbindet die NPD mit dem Konzept dezidiert antikapitalistische Akzente und trägt damit ihrem Gedanken einer Synthese von Nationalismus und Sozialismus, dem von ihr propagierten „deutschen Sozialismus“ Rechnung. Deutlich wurde diese nationalistische, antikapitalistische Haltung in der Kritik der NPD an der Weltausstellung EXPO 2000:



„Der Motor des beschleunigten Abbaus der ökonomischen, sozialen und kulturellen Vielfalt menschlicher Gemeinschaften ist zweifelsohne das international vagabundierende Finanzkapital, das seiner eigenen krebbsgeschwürartigen Vermehrung wegen geradezu dazu verdammt ist, Länder und Völker in amorphe ‚Märkte‘ umzuwandeln, sie zu willenlosen Objekten kapitalistischer Schaltzentralen zu degradieren.“ (Per Lennart AAE, „Nabelschau des Neoliberalismus. Anstatt Weltausstellung der Völkervielfalt wird multikulturelle Einfalt geboten“, Deutsche Stimme, Nr. 6/2000, S. 1)

Die NPD stellt sich in eine Tradition nationalistischen Denkens, die in der Zeit vor dem historischen Nationalsozialismus wurzelt und durch diesen radikali-

siert wurde. Insoweit ergeben sich ideologische Übereinstimmungen mit dem Nationalsozialismus. In der Deutschen Stimme sind implizite Bekenntnisse zum Nationalsozialismus in Gestalt von revisionistischen Positionen oder relativierenden Beiträgen über die Hitler-Jugend neben Beiträgen zu finden, die sich Vertretern der später von den Nationalsozialisten verfolgten Konservativen Revolution widmen. Auch kommen Vertreter der „Neuen Rechten“ wie Alain de BENOIST und des Front National wie Bruno MEGRET zu Wort.

Charakteristisch für die Berichterstattung in der Deutschen Stimme sowie im Niedersachsen-Spiegel ist die kontinuierliche Herabwürdigung der staatlichen Ordnung, die als „Demoliberalismus“ und „Statthalterschaft interna-

tionaler Mächte“ diffamiert wird. Die verächtliche Weise, in der Pluralismus und Meinungsfreiheit zitiert werden, lässt eine fundamentale Gegnerschaft der NPD zum politischen System der Bundesrepublik Deutschland erkennen. Michael FIEDLER kritisiert im Niedersachsen-Spiegel die als Unfreiheit und Unterdrückung diffamierte „westliche Wertegemeinschaft“:

*„1945 kam nicht die **Freiheit** nach Europa. Es siegte durch den geistigen wie materiellen Imperialismus **eine** Weltanschauung, die die Ausbeutung der Ressourcen dieser Erde über alles stellt; in die sämtliche Offenbarungsreligionen der Geschichte ihre säkularisierten Wahnideen eingebracht haben. ...der Fall aller Grenzen auf Erden – ... das völlig isolierte **Individuum** als Maß aller Dinge, ... – der Versuch, die natürlichen Unterschiede der Rassen und Völker zu übersehen, ja zu bekämpfen – eine Freiheit auf dem Papier, die nur den Kräften des Hintergrunds die Möglichkeit gibt, an den vereinzelt, berauschten und neurotischen **Entwurzelten** vorbei schrankenlose Macht und schrankenlose Ausbeutung zu praktizieren.“*

(Michael FIEDLER, Anhang zum Niedersachsen-Spiegel, 1/2000, S. 3)

Zentrales Thema in der Programmatik der NPD ist die Ablehnung der politischen und gesellschaftlichen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland, die als von den Siegermächten gegen die Interessen der deutschen Bevölkerung oktroyiert, als liberalistisch und von Kollaborateuren exekutiert verunglimpft wird:

„Anstatt Deutschland die Souveränität zu bringen, wurden den Deutschen nur andere Fesseln angelegt. Die fieberhafte Schaffung der sogenannten ‚europäischen Einheit‘, der damit verbundene Verlust unserer Währungshoheit, die ‚fortschreiten-

de Integration‘ der Bundesrepublik in multinationale Einheiten, die Delegation von immer mehr Hoheitsrechten an Brüsseler Zentralinstanzen – dies alles sind Maßnahmen, um die deutsche Reststaatlichkeit immer weiter aufzulösen – mit dem Ziel der völligen Entmachtung und der letztendlichen Auflösung des deutschen Volkes.“

(Bernhard OHLENDORF: „Ein politischer Rückblick auf das Jahr 1999: 'Deutschland im Würgegriff'. Souveränität soll verhindert und deutsche Identität ausgelöscht werden“, in: Deutsche Stimme, Nr. 1/2000, S. 1)

Diese fundamentale Ablehnung des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland gehört zu den Konstanten in den politischen Aussagen des Bundesvorsitzenden VOIGT, wie bei seiner Rede auf dem Bundespartei-tag am 18. März deutlich wurde:

„Die BRD wurde auf den Bajonetten der alliierten Siegermächte des zweiten Weltkrieges errichtet. Die derzeitigen Machthaber, die den Geist der Kollaboration in sich tragen, haben aber auch eine ungeheuere Angst, eine Angst vor dem Erwachen ihres eigenen Volkes. Sie wissen genau, daß die Seele unseres Volkes im tiefsten Inneren national und deutsch ist. Noch können sie sich Stimmen durch Wohlstand auf der einen und Repressionsmethoden auf der anderen Seite kaufen.“

(Rede VOIGTs an die Delegierten des 28. ordentlichen NPD-Bundespartei-tages, Deutsche Stimme, Nr. 4/2000, S. 18).

Strategie und Taktik – Zusammenarbeit der NPD mit Neonazis

Seit Ende 1997 propagiert die NPD das „Drei-Säulen-Konzept“, bestehend aus dem

„Kampf um die Straße“,
„Kampf um die Köpfe“ und dem
„Kampf um die Parlamente“.

Innerhalb dieses Konzeptes räumt die NPD dem „Kampf um die Straße“ gegenwärtig Priorität ein, mit dem sie ihre Mobilisierungsfähigkeit auszubauen und öffentlich Präsenz zu zeigen versucht.

Die NPD versteht sich als „Speerspitze der nationalen Erneuerung“ im Bündnis mit den „aktiven Kräften des nationalen Widerstandes“. Zur Durchsetzung ihrer Zielsetzung der „nationalen Befreiung Deutschlands“ bedient sich die NPD einer Taktik, die den Vorstellungen des italienischen marxistischen Revolutionstheoretikers Antonio GRAMSCI, der 1921 Mitbegründer der italienischen KP war, entlehnt sind. GRAMSCI hatte die Erringung der kulturellen Hegemonie als Vorbedingung für einen revolutionären Umsturz betrachtet. In Anlehnung hieran strebt die NPD die ideologische Herrschaft im vorpolitischen Raum an. Von nationalen Kräften zu schaffende „befreite Zonen“ sollen die Keimzellen für die Machtübernahme im gesamten Land bilden. Geplant ist eine Machtübernahme über die Schaffung einer nationalistischen Gegenkultur. Michael FIEDLER, Mitglied im niedersächsischen Landesvorstand, beschreibt im Niedersachsen-Spiegel dieses strategische Konzept:

„Neue Konzepte gegen die gesellschaftliche Isolation und die staatliche Repression zeigen erste Früchte. Die strategische Generallinie besteht aus den drei Fundamenten der politischen Reconquista Deutschlands: Kampf um die Köpfe, Kampf um die

Straße, Kampf um die Entscheidungsgremien.

Die vor allem im mitteldeutschen Bereich in guten Ansätzen klar erkennbare Doktrin der befreiten selbstverwalteten Zonen nationalistischer Jugend-Kultur und -Politik ist dem Gegner ein erkennbarer Dorn im Triefauge. Denn in diesen zumindest lokal begrenzten ‚Zonen‘ wurde der vorpolitische Raum, teilweise extrem subkulturell, erschlossen.

Rechte Inhalte werden so bei ganz jungen Deutschen selbstverständlich; die ‚befreiten Zonen‘ werden ... ‚der militante Flügel des gesunden Volksempfindens‘.

Die Ideen von Gramsci: Übernahme politischer Macht durch immer stärkere kulturelle Hegemonie, der politischen Revolution hat eine geistige Wende zumindest im besseren Teil des Volkes bzw. seiner Elite vorauszugehen, werden erfolgreich im Kampf des Volkes gegen ihre ‚Vertreter‘ genutzt.“

(Michael FIEDLER: „Wir werden siegen! Gedanken zur Bismarckschen Reichsgründung“; in: Niedersachsen-Spiegel, Nr. 1/2000, S. 2)

Das Bundesvorstandsmitglied Jürgen DISTLER konstatiert in seinem Beitrag zur Strategiediskussion ein bestehendes nationalistisches Submilieu in den neuen Bundesländern, das es von Seiten der NPD politisch anzuleiten gelte:

„Ziel muß es sein, durch die Konzentration auf den vorpolitischen Raum nationalistisches Bewußtsein bei der unzufriedenen Jugend heranzubilden. Ein mühsamer und langwieriger Weg, doch liegt darin auch die eigentliche Chance der Nationalisten, langfristig aus der Ghettoisierung herauszukommen.“

(Jürgen DISTLER: „Eigene Wege im Kulturkampf. Aus der dunklen Perspektivlosigkeit des Systems hebt sich eine ‚rechte‘ Subkultur ab“; in:

Deutsche Stimme, Nr. 12/1999, S. 14)
 Die im Rahmen der Zusammenarbeit mit Neonazis und rechtsextremistischen Skinheads als „Nationaler Widerstand“ durchgeführten Demonstrationen richteten sich, wie im Vorjahr, in erster Linie gegen die Integration von Ausländern. Charakteristisch für die Veranstaltungen der NPD war die Präsenz von Neonazis und Skinheads, wie bei der von einem NPD-Mitglied für eine „Bürgerinitiative gegen das Holocaust-Mahnmal“ angemeldeten Protestdemonstration gegen den Bau des Holocaust-Mahnmals in Berlin-Mitte am 29. Januar mit ca. 600 Teilnehmern, an der sich auch zahlreiche Rechtsextremisten aus dem norddeutschen Raum beteiligten. Vorher war eine von dem Vorsitzenden des NPD-Kreisverbandes Göttingen ebenfalls für den 29. Januar in Göttingen angemeldete Demonstration verboten worden. Die Demonstranten skandierten die für die NPD-Programmatik charakteristischen

antisemitischen und geschichtsrevisionistischen Parolen „Keine Gelder für Grabmalfelder“, „Arbeitsplätze statt Judenhetze“, „USA – Internationale Völkermordzentrale“ sowie „Holocaust? Laßt euch nicht verarschen“. Als Redner der Veranstaltung traten der Bundesvorsitzende VOIGT sowie der führende Hamburger Neonazi Christian WORCH auf. Einzelne Demonstranten glorifizierten in Sprechchören vor dem Brandenburger Tor die Waffen-SS.

Bei der Demonstration der NPD am 1. Mai in Berlin-Hellersdorf unter dem Motto „Arbeit für Millionen – statt Millionen für das Ausland“ beteiligten sich bis zu 1.200 Rechtsextremisten, neben NPD-Mitgliedern ebenfalls zahlreiche Neonazis und Skinheads, darunter Angehörige der Blood & Honour-Bewegung sowie der Hammerskins Berlin. Daneben führte die NPD am 1. Mai weitere regionale Demonstrationen in Grimma (Sachsen), Dresden, Wetzlar, Fürth und Ludwigshafen durch, an denen insgesamt rund 2.000 Personen teilnahmen, darunter führende NPD-Funktionäre wie die stellvertretenden Bundesvorsitzenden Holger APFEL und Jürgen SCHÖN (in Grimma), das Bundesvorstandsmitglied Jürgen DISTLER (in Dresden), der Bundesvorsitzende VOIGT sowie der stellvertretende Bundesvorsitzende Hans Günter EISENECKER (in Wetzlar).

Die Möglichkeit der NPD, ein breites rechtsextremistisches Spektrum – vor allem Neonazis und Skinheads – zu mobilisieren, zeigte sich anlässlich des von etwa 4.000 meist jüngeren Teilnehmern besuchten „2. Tages des nationalen Widerstandes“ der NPD am 27. Mai in der Passauer Nibelungenhalle unter dem Motto „Bewegung muss Partei ergreifen“, an der neben vielen Skinheads und Neonazis (u. a. Christian WORCH, Thomas WULFF, Manfred ROEDER, Friedhelm BUSSE, Ursula MÜLLER und Meinolf SCHÖNBORN)



weitere prominente Rechtsextremisten sowie zahlreiche ausländische Vertreter rechtsextremistischer Organisationen teilnahmen.

Christian WORCH bekräftigte erneut die Zusammenarbeit der NPD mit den Freien Nationalisten. Der frühere Rechtsterrorist Manfred ROEDER unterstrich den revolutionären Ansatz der NPD, indem er die Errichtung eines „neuen deutschen Reiches“ forderte. Der Bundesvorsitzende der Jungen Nationaldemokraten Sascha ROßMÜLLER vertrat eine ebensolche revolutionäre Ausrichtung, indem er dem gegenwärtigen System in Deutschland den Untergang voraussagte. Die politisch Verantwortlichen bezeichnete er als Kollaborationspolitiker, die eine multi- und antikulturelle Gesellschaft förderten. In einem weiteren Beitrag agitierte das heutige NPD-Mitglied, der ehemalige Linksterrorist Horst MAHLER, für eine neue Volksgemeinschaft und kritisierte die nach seiner Auffassung bestehende politische und geistige Überfremdung Deutschlands.

Der NPD-Bundesvorsitzende Udo VOIGT erklärte in seiner Rede, mit den Großveranstaltungen und Demonstrationen habe die NPD ihre Fähigkeit bewiesen, eine „Nationale Außerparlamentarische Opposition“ (NAPO) über alle Parteigrenzen hinweg zu bündeln. Die Bedeutung dieses aktionistischen Teils der verfassungsfeindlichen Bestrebungen der NPD unterstrich VOIGT mit der Propagierung einer nationalrevolutionären Avantgarde:

„Neben dem ‚Kampf um die Parlamente‘ und dem ‚Kampf um die Köpfe‘ nimmt der ‚Kampf um die Straße‘ eine herausragende Position in unserer derzeitigen politischen Agitation ein. ... Erst wenn wir den ‚Kampf um die Straße‘ endgültig für uns entschieden haben, ist der ‚Kampf um die Parlamente‘ mit der Aussicht zu führen, keine schnell verschwinden-

den Proteststimmen zu kanalisieren, sondern eine dauerhafte Kraft im Nachkriegsdeutschland zu etablieren, die dem Anspruch gerecht wird, eine wirkliche Alternative zum liberalkapitalistischen System der BRD bilden zu können.“

(Udo VOIGT, Bewegung muß Partei ergreifen, Deutsche Stimme, Nr. 6/2000)

Das Konzept des „nationalen Widerstandes“ schließt die Zusammenarbeit mit den, bzw. die Instrumentalisierung der neonazistischen Kameradschaften ein, wie der NPD-Vorsitzende VOIGT in einem Interview mit der Deutschen Stimme ausdrücklich hervorhob:

„Die freien Kameradschaften sind in den letzten Jahren zu einem festen Bestandteil des sogenannten nationalen Widerstandes geworden. Es sollte den Gruppen allerdings auch daran gelegen sein, größere politische Wirksamkeit zu entfalten. Dazu braucht es die Konzentration aller vorhandenen nationalen Kräfte mit revolutionärem Geist auf eine nationale Wahlpartei. Ich habe allerdings auch Verständnis dafür, wenn sich nicht alle in einer Partei organisieren wollen. Handeln sollte man dann allerdings nach der Parole ‚Getrennt marschieren, vereint schlagen‘. Die NPD war unter meiner Führung stets Ansprechpartner für die sogenannten Freien. Allein die Tatsache, daß wir als Veranstalter des ‚TdnW‘ (Tag des nationalen Widerstandes, d.V.) auch parteiunabhängigen Gruppen ein Forum gewähren, spricht doch für sich.“

(Überwiegend positive Bilanz eines Tages mit vielen Facetten. Der NPD-Parteivorsitzende Udo VOIGT über seine Eindrücke und Einschätzungen zur Massenversammlung in Passau; in: Deutsche Stimme, Nr. 7/2000, S. 9) Bei der von VOIGT forcierten Strategie der Bündelung unterschiedlicher Strö-

mungen des „nationalen Widerstandes“ hatte bis zur Verbotsdebatte eine themen- und aktionsbezogene Zusammenarbeit mit Neonazis Priorität. Ausdrück für diese Einbindung neonazistischer Kräfte in die Partei sind u. a. die auf dem Bundesparteitag der NPD am 18./19. März in Mühlhausen in Bayern bestätigten Funktionen führender Neonazis wie Jens PÜHSE, Sascha ROBMÜLLER, Frank SCHWERDT im NPD-Bundesvorstand. Die Linie VOIGTs ist nicht zuletzt durch seine auf dem Bundesparteitag erfolgte Wiederwahl zum Bundesvorsitzenden bestätigt worden. Zu stellvertretenden Vorsitzenden wurden die bisherigen Amtsinhaber Hans-Jürgen EISENECKER und Jürgen SCHÖN sowie der Bundesorganisationsleiter und frühere Bundesvorsitzende der Jungen Nationaldemokraten, Holger APFEL gewählt.

Als Reaktion auf die im Sommer einsetzende Verbotsdebatte beschloss der NPD-Vorstand auf einer Sondersitzung am 14. August einen vorläufigen Demonstrationsverzicht, der verbunden war mit einer Distanzierung von einer Zusammenarbeit mit gewaltbereiten Neonazis und Kameradschaften. Dadurch versuchte die NPD einem möglichen Verbotsantrag die argumentative Grundlage zu entziehen, indem sie verhinderte, dass aus der NPD heraus ihr zurechenbare Gewalttaten verübt oder verherrlicht werden. Wie sehr diese Distanzierung von Gewalt und das Bekenntnis zum Grundgesetz taktisch motiviert sind, belegt ein im Rahmen der NPD-Kampagne „Argumente statt Verbote“ veröffentlichtes Flugblatt, in dem die Verbotsdiskussion als „verfassungsfeindliche Agitation der Systemparteien“ bezeichnet wird. Das NPD-Präsidium verharmlost in diesem Flugblatt die „bedauernswerten Übergriffe auf Ausländer“ als „spontane Gewaltausbrüche aus dem Volk“, die immer ein Zeichen für das Versagen der Herr-

schen den seien. Der von der Parteiführung für den 9. September proklamierte bundesweite Aktionstag im Rahmen der Kampagne „Argumente statt Verbote“ stieß bei der Parteibasis in Niedersachsen nur auf geringe Resonanz, lediglich einige Funktionäre des NPD-Kreisverbandes Göttingen sowie des NPD-Unterbezirks Oldenburg traten mit Informationsständen an die Öffentlichkeit.

Der am 22. Oktober vom Parteivorstand wieder aufgehobene vorläufige Demonstrationsverzicht sowie die deutliche Distanzierung von Neonazis und Kameradschaften vertiefte die Konfrontation zwischen Neonazis und NPD, der insbesondere von den „Freien Nationalisten“ Defätismus und mangelnder revolutionärer Impetus vorgeworfen wurde. Die von Steffen HUPKA, bis März 2000 noch Parteivorstandsmitglied, und dem Hamburger Neonazi Thomas WULFF in Zusammenarbeit mit der NPD-internen Opposition „Revolutionäre Plattform“ (RPF) am 4. November in Berlin durchgeführte Demonstration unter dem Motto „Meinungs- und Versammlungsfreiheit statt Verbote“ wurde vom Parteivorstand heftig kritisiert.

Die unter dem Motto „Argumente statt Verbote – Nein zum NPD-Verbot“ von der NPD am 25. November in Berlin durchgeführte Demonstration mit etwa 1.400 Anhängern wurde von der Polizei aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung vorzeitig beendet. Bei der Auftaktkundgebung erklärte das NPD-Präsidiumsmitglied Per Lennart AAE, die Demonstration sei das geeignete Mittel, um der Öffentlichkeit zu zeigen, dass die nationale Opposition handlungsfähig sei. Nicht die NPD sei verfassungswidrig, sondern dieses, das „eigene Volk zerstörende“ politische System.

einer politischen Partei zur Überwindung der parlamentarischen Demokratie zu nutzen. Mit Blick auf das Zusammenwirken der NPD mit gewaltbereiten Neonazis und Skinheads müsse sich die NPD die Ausübung oder auch nur Verherrlichung von Gewalt als Partei anrechnen lassen. Die NPD werbe unter gewaltbereiten Jugendlichen Anhänger an und versuche, sozialen Protest in eine grundsätzliche Feindschaft gegenüber Demokratie und Rechtsstaat umzuprägen. Der NPD wird nachgewiesen, dass sie Gewalt als Mittel zur Durchsetzung ihrer revolutionären Ziele propagiere. In der Antragschrift wird hierbei insbesondere auf das Zusammenwirken der NPD mit gewaltbereiten Neonazis und Skinheads verwiesen. In der Argumentation des Verbotsantrages spielen die Konzeption der „befreiten Zonen“ sowie die Priorisierung des „Kampfes um die Straße“ eine wichtige Rolle. Die NPD propagiere demnach ihre verfassungsfeindlichen Ziele nicht mehr nur verbal, sondern setze ihre Ziele gemäß ihrer Strategie des „Kampfes um die Straße“ auch aktiv kämpferisch und aggressiv um.

Ein weiteres wichtiges Kriterium in der Verbotsargumentation ist die Wesensverwandtschaft der NPD mit dem Nationalsozialismus. In geistiger Verwandtschaft zum Nationalsozialismus verbreite die NPD rassistische und antisemitische Äußerungen sowie verfassungswidrige Vorstellungen von einer totalitären Staats- und Gesellschaftsordnung. Zentrales Moment in der Agitation sowie in der Sprache der NPD sei eine fundamentale Fremdenfeindlichkeit und eine rassistische Programmatik. Ein grundlegender Antisemitismus wird als weiterer Verbotsgrund angeführt.

In der Antragschrift wird hervorgehoben, dass eine Verwandtschaft der Denk- und Redeweise sowie der politi-



schen Konzepte und Praxis zwischen NPD und dem Nationalsozialismus unverkennbar sei. Belegt wird diese Wesensverwandtschaft in erster Linie mit der Ideologie der Volksgemeinschaft sowie mit dem Rekurs der NPD auf Führungspersonen des nationalsozialistischen Herrschaftssystems. Der Bezug zum Nationalsozialismus werde darüber hinaus deutlich in dem Gebrauch der Formensprache, der Begriffe sowie der Kennzeichen der NSDAP. Die NPD diffamiere Institutionen des Parlamentarismus in derselben Weise, wie die Nationalsozialisten die Weimarer Republik verunglimpft hätten. Die besondere Voraussetzung für ein Parteiverbot, den Nachweis der aktiv kämpferischen, aggressiven Vorgehensweise erfülle die NPD u. a. mit kämpferischer und aggressiver Agitation gegen die Verfassungsordnung. Grundlage für diesen Nachweis ist die Zusammenstellung von gemeinsamen Aktionen der NPD/JN mit gewaltbereiten Neonazis und Skinheads sowie die Zusammenstellung entsprechender Äußerungen von NPD-Funktionären.

Junge Nationaldemokraten (JN)

Sitz

Bund: Dresden
Niedersachsen: Lembruch/LK Diepholz

Vorsitzende

Bund: Sascha ROßMÜLLER
Niedersachsen: Danny MARQUARDT
Florian CORDES (seit 13.01.2001)

Mitglieder	1999	2000
Bund:	350	400
Niedersachsen:	40	45

Publikationen: Der Aktivist - Nationalistisches Infoblatt
(erscheint unregelmäßig, Auflage: 1.000)

Mit den 1969 gegründeten JN als größter und aktivster Organisation jüngerer Rechtsextremisten in Deutschland mit derzeit 400 Mitgliedern steht der NPD eine mobilisierungsfähige Jugendorganisation zur Seite. Die Einbindung der JN, die gemäß Satzung zwar „integraler Bestandteil“ der Mutterpartei ist, jedoch über einen eigenständigen Handlungsspielraum verfügt, erfolgt nicht zuletzt durch die Mitgliedschaft des JN-Bundesvorsitzenden Sascha ROßMÜLLER sowie weiterer JN-Funktionäre im NPD-Bundesvorstand. Zu nennen sind hier darüber hinaus der langjährige Vorsitzende der JN, Holger APFEL, der auf dem Bundesparteitag im März zum stellvertretenden Parteivorsitzenden gewählt wurde, sowie der ehemalige stellvertretende JN-Bundesvorsitzende Jürgen DISTLER und heutige Beisitzer im Parteivorstand. Eine neonazistische Ausrichtung erfuhren die JN im Zuge der auf dem Bundeskongress 1996 vollzogenen Um-

wandlung in eine Kaderorganisation, die sich aus Mitgliedsanwärtern, Mitgliedern/Aktivisten, Kaderanwärtern und Kadern zusammensetzt. Mittlere und höhere Führungsebenen werden nur noch durch Kaderanwärter und Kader besetzt. Als aktivistische Kaderorganisation boten die JN ein Auffangbecken für die von den Organisationsverböten der 90er Jahre betroffenen Neonazis, die inzwischen Führungsfunktionen innerhalb der JN wahrnehmen. Durch das Hineinwirken in das nicht organisierte neonazistische Lager, wie die neonazistischen Kameradschaften, stellen die JN ein Verbindungselement zwischen Neonazi-Szene und NPD dar.

Im Vergleich zu 1999 hat sich das zwischen den JN und Neonazis bestehende Kooperationsverhältnis abgeschwächt. Neonazis verfügen inzwischen über eigenständige Informations- und Organisationszentralen. Die Rolle der JN als Nahtstelle zwischen

NPD und Neonazis hat u. a. auch dadurch an Gewicht verloren, dass Demonstrationen überwiegend von der NPD und nicht von den JN angemeldet wurden. Gemeinsame Aktivitäten von JN und unorganisierten Neonazis sind im Jahr 2000 stetig zurückgegangen. Die bisher das Personenpotenzial für Großdemonstrationen der NPD/JN stellenden Neonazis meldeten zunehmend eigenständige Demonstrationen an. Auf dem JN-Bundeskongress am 5. Februar in Straßenshaus bei Neuwied (Rheinland-Pfalz) wurde durch die Wiederwahl des Bundesvorsitzenden Sascha ROßMÜLLER zunächst die Linie der Einbindung von Neonazis bestätigt. ROßMÜLLER gilt als Befürworter der Zusammenarbeit mit Neonazis. Zu stellvertretenden Bundesvorsitzenden wurden Mike LAYER und Alexander DELLE (beide Baden-Württemberg) gewählt. Der niedersächsische JN-Landesvorsitzende Danny MARQUARDT ist gemäß JN-Statut als Landesvorsitzender Mitglied im JN-Bundesvorstand.

ROßMÜLLER verwies auf die Konfliktsituation mit den „Freien Nationalisten“, die versuchten, die JN bei einzelnen Aktionen für sich zu vereinnahmen. Die auch für die Zukunft zu beanspruchende Meinungsführerschaft der JN begründete ROßMÜLLER mit dem Anstieg des Mitgliederbestandes um rund 25 %. Die 1999 vom ehemaligen Vorsitzenden des JN-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen, Achim EZER gegründete JN-Abspaltung Bildungswerk Deutsche Volksgemeinschaft (BDVG), dem sich weitere ehemalige JN-Funktionäre aus Unzufriedenheit mit der Wahl ROßMÜLLERS zum Bundesvorsitzenden anschlossen, bezeichnete ROßMÜLLER als ernsthafte Konkurrenz.

An dem seit 1994 regelmäßig von den JN in Deutschland – mit Ausnahme von 1998 in Griechenland – durchgeführten „Europäischen Kongress der



Jugend“ am 28. Oktober im pfälzischen Dreisen beteiligten sich etwa 300 Personen, darunter Gäste aus dem europäischen Ausland. Diese Kongresse sind Ausdruck der Zusammenarbeit zwischen JN und anderen nationalistischen Organisationen mit dem Bestreben der Bildung einer europäischen nationalistischen Einheitsfront.

Der auf ca. 45 Mitglieder angewachsene niedersächsische JN-Landesverband unter Vorsitz von Danny MARQUARDT, einem Befürworter des Zusammenwirkens mit unorganisierten Neonazis, führte am 15. Januar in Weye/Landkreis Diepholz sowie am 22. April in Tostedt/Landkreis Harburg Demonstrationen unter maßgeblicher Beteiligung von Angehörigen neonazistischer Kameradschaften und Skinheads durch. Die Veranstaltung in Tostedt unter dem Motto „Für Meinungsfreiheit – gegen Demo-Verbote!“ konnte erst durch Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts stattfinden. Zu Auseinandersetzungen mit dem niedersächsi-

schen NPD-Landesverband führte MARQUARDTs Vorhaben, entgegen dem von der NPD auferlegten Demonstrationsverzicht weitere Aktionen mit Neonazis durchzuführen.

Die Ende August in das Internet eingestellte Homepage des JN-Landesverbandes Niedersachsen, die als stellvertretenden Landesvorsitzenden und Schulungsleiter Florian CORDES benennt, veröffentlicht neben Presseerklärungen des JN-Landesverbandes auch Erklärungen des neonazistischen Aktionsbüros Norddeutschland.

Entsprechend der politischen Programmatik der NPD vertreten die JN einen dezidiert systemüberwindenden Ansatz, der jedoch deutlich aggressiver und kämpferischer zum Ausdruck gebracht wird. Dies zeigt ein Anfang 1998 veröffentlichtes Konzept über die Errichtung „befreiter Zonen“, mit denen die JN die Etablierung einer „Gegenmacht von unten“ anstreben:

„Wir müssen Freiräume schaffen, in denen wir faktisch die Macht ausüben ... Unwichtig wird das Gezappel der Systemzwerge sein. Wir sind drinnen, der Staat bleibt draußen.“³⁵

(JN-Konzeptpapier „Schafft befreite Zonen, veröffentlicht Anfang 1998)

Zentrales Element in der Weltanschauung der JN ist ein völkisch-kollektivistischer Ansatz im Sinne einer antipluralistischen, Individualrechte negierenden Ideologie der Volksgemeinschaft sowie ein völkisch definierter Nationalismus. Dieses an einem völkischen

Prinzip ausgerichtete Nationalenverständnis schließt in der Programmatik der JN die Herabwürdigung anderer ethnischer Gruppen ein, wie ein vom JN-Bundesvorstand veröffentlichter Beitrag des rechtsextremistischen Autors Rolf-Josef EIBICHT verdeutlicht:

„Was wir wollen? Die Wiedergeburt des Nationalen, ... die Niederringung des Weltherrschaftsanspruchs einiger uns bekannter weniger; die durch Vielvölkergulasch und Multikulti ihre perversen Herrschaftsgelüste auf ewig abzusichern trachten. Und dies eiskalt durch Zerstörung und Zersetzung der homogenen Selbstbestimmung eines jeden einzelnen Volkes auf der Welt inszenieren. ...

Setzen wir unseren, zu allem entschlossenen Widerstand diesen Kräften der ewigen Verneinung und Zerstörung entgegen. Als Deutsche wollen wir uns frei bekennen können: Ich bin gegen eine durchrasste Gesellschaft, ich bin dafür, völkische Heimat und völkische Identität zu bewahren. ... Deutschland zuerst! Gegen Multikulti!“

(JN-Bundesvorstand, „Historische Lügen beenden“, Internet-Beitrag, Stand 20.06.2000, Ausdruck vom 02.08.2000)

Fremdenfeindliche Akzente erhält dieser völkisch definierte Nationalismus in der Betonung einer „nationalen Identitätslosigkeit der Deutschen“, die verursacht sei durch „fortschreitende Überfremdung“ und „fremdländische Handlanger“. Die Wesensverwandtschaft mit der nationalsozialistischen Programmatik kennzeichnet die völkisch-biologistische Betonung einer „völkischen Freiheit“, die es gegen „entartete Völkervermischung und Völkervermischung“ aufrechtzuerhalten gelte. Exemplarisch für die von den JN vertretene aggressive Fremdenfeindlichkeit sind vom Bundesverband herausgegebene Flugblätter wie

³⁵ Das Konzept der „befreiten Zonen“ basiert auf einem in der vom Nationaldemokratischen Hochschulbund (NHB) herausgegeben Zeitschrift Vorderste Front – Zeitschrift für politische Theorie und Strategie (Ausgabe 2/ Juni 1991) veröffentlichten Papier. Der unbekannt Autor forderte darin die Etablierung einer Gegenmacht „von unten“, die aus autonomen Freiräumen für die rechtsextremistische Szene erwachsen sollte.

„Kampf dem europäischen Völkermord“ oder „Die multikulturelle Gesellschaft – das totale Chaos“. Unter der Überschrift „Nationale Vielfalt statt multikulturelle Einfalt!“ wird von den JN das Schreckensszenario des Unterganges des deutschen Volkes im Zuge der Zuwanderung gezeichnet: „Doch ihre Fremdenliebe fordert ein Opfer: Deutschland soll ‚verrecken‘! Deshalb werden mit milliardenschweren Sozialleistungen Scharen von Ausländern angelockt; ... deshalb wird der Menschenhandel mit Asiatinnen und Afrikanern für die einsamen deutschen Grufties geduldet; deshalb kann jeder Ausländer seine gesamte Dorfsippe nach Deutschland nachholen.“

Charakteristisch für die Programmatik der JN ist die fundamentale Ablehnung des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland, die verbunden ist mit dezidiert antiamerikanischen, bzw. antiwestlichen Positionen. Westliche Demokratien werden pau-

schal als undemokratisch diffamiert und als Widerspruch zum wahren Volkswillen bezeichnet:

„Es gibt heute nur einen einzigen Feind der Freiheit, der Demokratie, dies ist der wirkliche politische Extremismus, nämlich der Pseudodemokratie-Extremismus der herrschenden politischen Klasse ... Der außer Rand und Band geratene und entartete westliche Pseudo-Liberalismus und Raubtierkapitalismus, und die Internationalisierung zur One-World-Beherrschung aller ist der wirkliche Feind der Freiheit aller Völker, ihm gilt unsere Kampfansage.“

(JN-Bundesvorstand, „Historische Lügen beenden“, Internet-Beitrag, Stand 20.06.2000, Ausdruck vom 02.08.2000)

In einem vom JN-Bundesvorstand veröffentlichten Beitrag „Verbrechen an der Demokratie“ manifestiert sich die fundamentale Gegnerschaft zu dem als „quasidiktatorisch“ diffamierten politischen System der Bundesrepublik Deutschland:

„Die Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland offenbart in der Kriminalisierung der Deutschen Rechten, und in ihrem brutalen Fernhalten vom politischen Prozeß, mehr und mehr quasitotalitäre und quasidiktatorische Züge. ... Die deutsche Demokratie präsentiert sich ... in einem äußerst minderwertigem, einem äußerst unerträglichen defizitären Zustand.“

(JN-Bundesvorstand, „Verbrechen an der Demokratie“, Internet-Beitrag, Stand 19.05.2000, Ausdruck vom 02.08.2000)



Deutsche Volksunion (DVU)

Sitz			
Bund:	München		
Land:	Burgdorf (LK Hannover)		
Vorsitzende			
Bund:	Dr. Gerhard FREY (München)		
Land:	Richard CARLS (Saterland)		
Mitglieder			
	1999	2000	
Bund:	17.000	17.000	
Land:	1.500	1.300	
Publikation:			
	National-Zeitung/Deutsche-Wochen-Zeitung (Auflage ca. 45.000 Exemplare)		

Die Gründung der DVU als Wahlpartei erfolgte am 5. März 1987 in München. Bis zur Umbenennung im Februar 1991 führte die neugegründete Partei die Zusatzbezeichnung „Liste D“. Die DVU kann als eine Schöpfung des Verlegers Dr. Gerhard FREY (*1933) bezeichnet werden, der die Organisation seit ihren Anfängen mit autokratischen Herrschaftsmethoden dominiert.

Mit der von ihm 1971 initiierten Gründung des Vereins DVU e.V., die als ein überparteiliches Sammelbecken für rechtsextremistische Kräfte konzipiert war, trug er dem sich abzeichnenden Bedeutungsverlust der NPD nach den Bundestagswahlen von 1969 Rechnung. Der Verein, aus dem die gleichnamige Partei hervorging, besteht bis heute fort, hat aber lediglich noch in propagandistischer Hinsicht eine gewisse Bedeutung.

Die DVU ist in den Parlamenten von drei Bundesländern vertreten: Sachsen-Anhalt (12,8 % der Stimmen bei den

Wahlen von 1998), Brandenburg (5,3 % der Stimmen bei den Wahlen von 1999) und Bremen.³⁶ Die Wahltaktik der DVU, potenzielle Wählergruppen mit umfangreichen Propagandamaterialien persönlich zu erreichen, ist in hohem Maße kostenaufwendig und nicht überall möglich. Aus diesem Grunde dürfte die Partei auf die Teilnahme an den beiden Landtagswahlen des Jahres 2000 in Schleswig-Holstein und in Nordrhein-Westfalen verzichtet haben. Ohnehin konzentriert sie ihre Wahlteilnahme in der Regel auf kleine-

³⁶ Der Einzug in die Bremer Bürgerschaft gelang der DVU aufgrund einer Sonderregelung im Bremer Wahlgesetz. Obwohl sie bei den Wahlen von 1999 mit 3,1 % der Stimmen unterhalb der 5%-Hürde blieb, sicherte ihr das Ergebnis im getrennt gewerteten Wahlbereich Bremerhaven (5,99 %) einen Parlamentssitz. Die Sonderregelung hatte es der DVU bereits 1987 trotz eines Wahlergebnisses von nur 3,6 % ermöglicht, einen Abgeordneten in die Bremer Bürgerschaft zu entsenden.

re Bundesländer, wo der gleiche finanzielle Mitteleinsatz eine höhere Erfolgsquote verspricht als in bevölkerungsstarken Bundesländern.

Organisationsstruktur und innerparteiliche Demokratie

Die Entscheidungsabläufe innerhalb der DVU werden von der Münchener Parteizentrale gesteuert. Ein innerparteilicher Meinungsbildungsprozess von unten nach oben, der das grundlegende Merkmal innerparteilicher Demokratie darstellt, findet nicht statt. Statt dessen werden die Wahllisten und die politische Linie der Partei zentral durch den Bundesvorstand bestimmt und nur in Einzelfällen ergänzt oder geändert. Als ausschlaggebendes Kriterium für die Besetzung von Führungsfunktionen gilt die Treue zu Dr. FREY. Gegenpositionen zu Dr. FREY werden sofort sanktioniert wie der Fall des ehemaligen Landesvorsitzenden von Schleswig-Holstein, Dr. SOJKA, und der Umgang mit parteiinternen Kritikern innerhalb der DVU-Landtagsfraktion in Sachsen-Anhalt deutlich machen. SOJKA geriet ins parteipolitische Abseits, als er auf den vom Bundesvorstand veranlassten Verzicht auf eine Teilnahme an den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein mit der Forderung nach einem Parteiausschluss Dr. FREYs reagierte. Nach Angaben der Deutschen Stimme, Nr. 12/00, ist Dr. SOJKA inzwischen der NPD beigetreten. Interner Streit in der 16 Abgeordnete zählenden DVU-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt führte nach Intervention der Münchener Bundeszentrale zum Auseinanderbrechen der Fraktion. Mehrere Abgeordnete verließen die Fraktion und beteiligten sich im Februar an der Gründung der Freiheitlichen Deutschen Volkspartei (FDVP). Zur Vorsitzenden der FDVP wurde die aus der

DVU ausgeschlossene ehemalige Vorsitzende der Landtagsfraktion Claudia WIECHMANN gewählt. Die FDVP, die sich in programmatischer Hinsicht kaum von der DVU unterscheidet, versucht propagandistisch vom Erfolg der rechtspopulistischen FPÖ in Österreich zu profitieren. Nennenswerten Einfluss auf den organisierten Rechtsextremismus hat sie bislang jedoch noch nicht gewinnen können.

Das für eine Parteikarriere ausschlaggebende Kriterium der Treue gegenüber dem Parteivorsitzenden hat zur Folge, dass die DVU in den Landtagen von Personen repräsentiert wird, die wegen mangelnder Qualifikation bei ihrer parlamentarischen Tätigkeit auf die Hilfe der Parteizentrale angewiesen sind. Auf diese Weise ist die Kontrolle der Landtagsfraktionen durch den von Dr. FREY dominierten Bundesvorstand sichergestellt.

Dr. FREY hat die DVU darüber hinaus auch in finanzieller Hinsicht in permanente Abhängigkeit von sich gebracht. Am 23. September 1997 äußerte er auf einer Pressekonferenz, er sei der einzige Parteivorsitzende seit Gründung der Bundesrepublik, der seine Partei finanziere. Nach Angaben ihres Finanzprüfers vom 23. September ist die DVU derzeit mit 11,5 Mio. DM verschuldet. Dr. FREY kreditiert diese Summe zinslos und lässt der Partei außerdem jährlich Großspenden in Höhe von 1 Mio. DM (ca. 30 % der Gesamteinnahmen) zukommen. Auf der anderen Seite profitiert Dr. FREY finanziell von seinem politischen Engagement. Die weitgehend inaktiven Parteimitglieder bilden den festen Kundenstamm für die Produkte seiner Medienunternehmen DSZ – Druckschriften und Zeitungsverlag GmbH (DSZ-Verlag) sowie FZ – Freiheitlicher Buch- und Zeitschriftenverlag GmbH (FZ-Verlag), dem der Deutsche Buchdienst als Vertrieb deutschnationaler und rechtsextremistischer Bücher

und Devotionalien angeschlossen ist. Mit den Einnahmen aus diesem Geschäftsbereich dürfte FREY die Verluste der im DSZ-Verlag erscheinenden National-Zeitung, die er auf jährlich 500.000 DM beziffert, mehr als kompensieren.

In der Öffentlichkeit tritt die DVU, von Wahlkämpfen abgesehen, kaum in Erscheinung. Beobachtet wurde bundesweit jedoch eine verstärkte Durchführung von Saalveranstaltungen, die im wesentlichen der Einschwörung der Mitglieder und Sympathisanten auf die Parolen der DVU sowie auf die Person FREY dienen. Weitere Ziele sind die Abonnentenwerbung sowie der Verkauf der in den Verlagen FREYs erscheinenden Publikationen. Um eine möglichst große Zuhörerschaft zu gewährleisten, werden per Bus Mitglieder und Sympathisanten auch aus angrenzenden Bundesländern in den jeweiligen Veranstaltungsort gebracht.

Die bedeutendste Veranstaltung der DVU ist die traditionelle Großkundgebung in der Passauer Nibelungenhalle, die am 23. September unter dem Motto „Recht und Freiheit für das Deutsche Volk“ durchgeführt wurde. Unter den ca. 2.500 Teilnehmern befanden sich auch Vertreter der französischen Partei Front National sowie der flämisch-nationalistischen Partei Vlaams Blok³⁷. Im Mittelpunkt der Kundgebung stand eine Rede des Parteivorsitzenden Dr. FREY. Zu den Programmpunkten gehörte außerdem die Einspielung eines Vortrages des mit Ein-

reiseverbot in die Bundesrepublik Deutschland belegten britischen Revisionisten David IRVING.

Der am 12. Februar in München durchgeführte Bundesparteitag der DVU – die zweite Veranstaltung der Partei mit bundesweiter Bedeutung – bestätigte Dr. FREY in seiner Funktion als Parteivorsitzender. Zu seinen Stellvertretern wurden Heinrich GERLACH aus Schleswig-Holstein, Peter JÜRGENSEN aus Baden-Württemberg und Bruno WETZEL aus Bayern gewählt.

Der niedersächsische DVU-Landesverband wurde 1988 gegründet und befindet sich seit Jahren in einem schlechten organisatorischen Zustand. Die Mitgliederzahl ist weiter rückläufig; derzeit verfügt der in Kreisverbände unterteilte Landesverband noch über ca. 1.300 Mitglieder. Die auf Kreisebene bestehenden so genannten Stammische sind als Keimzellen für noch zu bildende Kreisverbände gedacht. Der DVU-Landesvorstand ist seit Jahren bestrebt, der negativen Mitgliederentwicklung und der Passivität der Mitglieder durch ein höheres Maß an Information entgegenzuwirken. So informiert er seine Mitglieder halbjährlich mit Informationsbriefen über die geleistete Arbeit und die von der Parteiführung beschlossenen Konzeptionen.

Im Jahr 2000 waren in Niedersachsen lediglich zwei größere Veranstaltungen zu registrieren. Am 16. April führte der Landesverband Schleswig-Holstein in Rhade (Landkreis Rothenburg/Wümme) einen Landesparteitag durch, an dem ca. 200 Mitglieder und Sympathisanten aus den nördlichen Bundesländern teilnahmen. An einer Veranstaltung am 21. Oktober in Königslutter beteiligten sich 400 bis 500 Mitglieder und Anhänger aus den angrenzenden Bundesländern. Im Mittelpunkt beider Veranstaltungen stand eine Rede des Bundesvorsitzenden Dr. FREY.

³⁷ Der Vlaams Blok erreichte bei den belgischen Kommunalwahlen in den Städten Antwerpen und Mechelen 33 % bzw. 25,6 % der Stimmen. Sein an Ressentiments appellierender Wahlkampf erinnert an die Wahlkampfauftritte der DVU. Der Vlaams Blok agitierte gegen die „multikulturelle Diktatur“, zeichnete das Schreckensszenario vom drohenden kulturellen Selbstmord des Westens und forderte: „Flandern frei. Flandern unabhängig. Eigenes Volk erst.“

Programmatik und Ideologie

Die Programmatik der DVU beinhaltet keinen ausdrücklichen Gegenentwurf zur verfassungsmäßigen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland, eine revolutionäre Programmatik ist der Partei fremd. Dennoch steht die einem traditionellen rechtsextremistischen Denken verpflichtete Ideologie der DVU in einem diametralen Gegensatz zum Wertesystem des Grundgesetzes. Aufschluss über die ideologischen Positionen der DVU gibt die in einer Auflage von 45.000 Exemplaren verbreitete und damit auflagenstärkste rechtsextremistische Publikation, die National-Zeitung/Deutsche Wochen-Zeitung (NZ), die als inoffizielles Parteiorgan und programmatisches Steuerungsinstrument betrachtet werden kann. Sie ist das Agitationsmedium des die DVU beherrschenden Dr. FREY.

Die DVU betreibt auf der Basis bestehender Vorurteilsstrukturen Feindbildkonstruktion und spricht Ressentiments innerhalb der Bevölkerung auf suggestiver Weise an, indem sie die Schuld an sozialen Missständen in stereotyper Wiederholung bestimmten sozialen Gruppen zuweist, an der Spitze Ausländer, insbesondere Türken und Moslems, sowie Juden. Insofern sind die Wahlergebnisse der DVU auch ein Ausdruck für rechtsextremistische Einstellungen innerhalb der Bevölkerung.

Die Agitation gegen bestimmte Bevölkerungsgruppen geht einher mit nationalistischen Positionen, die durch fehlende Distanz zum nationalsozialistischen Deutschen Reich geprägt sind. So werden die Wehrmacht und ihre Taten im Zweiten Weltkrieg von Dr. FREY, dem ehemaligen Redakteur und Besitzer der Deutschen Soldatenzeitung, als Ausweis der historischen Größe des deutschen Volkes glorifiziert. Die DVU spricht dem Gründungsakt der Bundesrepublik Deutschland die Legitimität

ab, weil er von den alliierten Siegermächten erzwungen worden sei. Die Gründungsparteien der Bundesrepublik, die von ihr so bezeichneten Alt- bzw. Lizenzparteien, beschuldigt sie des Verrats am deutschen Volk. Die Repräsentanten des Staates und seine politischen Institutionen werden von ihr ständig und systematisch herabgewürdigt. Wähler mobilisiert die DVU jedoch in erster Linie mit fremdenfeindlichen Parolen.

Fremdenfeindlichkeit

Exemplarisch für die fremdenfeindlichen Positionen der DVU ist folgender Text, den der Kreisverband Braunschweig auf seinen Internetseiten verbreitete und den er als Wahlwerbung verstanden wissen will:

„Gefällt es Dir, dass Du Dich als Deutscher beschimpfen und beleidigen lassen musst? ... dass man unsere Deutsche Geschichte mit Schmutz besudelt? ... dass Du bald in Deinem eigenen Land nichts mehr zu melden hast? ... dass Kriminelle auf unseren Straßen herumlaufen, während Du Dich zu Hause einschließen musst? ... dass Du als Deutscher in einigen Gemeinden Deutschlands das öffentliche Hallenbad nicht mehr benutzen darfst, da dies jene Türken nicht wollen, die in diesen Gemeinden mit dem Deutschen Pass an hohen Stellen sitzen? ... dass jede Woche in Deutschland eine neue Moschee gebaut wird, während für die Erhaltung von Kirchen kein Geld da ist? ... dass kriminelle Ausländer immer noch nicht massiv abgeschoben werden, obwohl dies von den Regierungspolitikern vor der Wahl (mal wieder) versprochen wurde? ... Hiermit muss Schluss sein, darum wähle auch Du DVU“.

(Homepage KV Braunschweig, Ausdruck vom 05.04.2000)

Die mit reißerischen Schlagzeilen versehene stereotype Berichterstattung der im FREY-eigenen DSZ-Verlag erscheinenden NZ suggeriert fortlaufend, dass eine ernstzunehmende Bedrohung durch den ungehinderten Zu-

zug von Juden und ausländischen Kriminellen für Deutschland und dessen Bevölkerung besteht, dass eine „Umvolkung“ des deutschen Volkes bevorsteht.



Antisemitismus

Neben Ausländern sind Juden die zweite Gruppe, gegen die die DVU permanent agitiert. Ein Großteil der Berichterstattung beinhaltet Verunglimpfungen von Personen jüdischen Glaubens oder jüdischer Abstammung in Politik, Wirtschaft und Medien, des Jüdischen Weltkongresses sowie des Staates Israel. Juden bzw. jüdische Personen verhinderten durch ihre Forderungen und ständigen Belehrungen, dass Deutschland ein gleichberechtigtes Mitglied der Völkergemeinschaft werden könne. Diese Sichtweise wird besonders deutlich in der Begründung, mit der die DVU das geplante Holocaust-Denkmal in Berlin bekämpft. Mit diesem „neuen Monstrum deutscher Schuld und Sühne“ werde das Ziel verfolgt,

„... allen kommenden Generationen der Deutschen ein Kainsmal aufzudrücken ... Das Holocaust-Mahnmal aber gewährleistet für Jahrhunderte immer neue antideutsche Manöver, die unser Volk Generation um Generation im Schuldurm halten und die Gleichberechtigung in der Völker und Staatenfamilie verwehren“ soll. (NZ Nr. 49/99, 03.12.1999)

In ihrer Gesamtheit verdichtet sich die Berichterstattung über Juden, jüdische Institutionen und den Staat Israel zu einer antisemitischen Ideologie, die deutliche Anklänge an antisemitische Verschwörungstheorien der Vergangenheit aufweist. Permanent wird der Eindruck erweckt, als bestimmten Juden aufgrund ihres dominierenden Einflusses in den USA die Weltpolitik. Ein Beispiel für dieses Denken gibt der Bericht „Wer beherrscht die USA wirklich?“ (NZ, Nr. 49, vom 01.12.00), der über die damalige US-Außenministerin Albright behauptet: „Sie vertrat bei jeder Gelegenheit die Interessen Israels und wies allzeit auf ihre jüdische Abstammung stolz hin.“

Die Tatsache des Holocaust stellt die DVU nicht grundsätzlich in Frage, aber sie relativiert seine Bedeutung durch ständige Hinweise auf seine angebliche Instrumentalisierung, durch das Schüren von Zweifeln an den Opfernzahlen oder durch Vergleiche mit an Deutschen begangenen Verbrechen. Im Bemühen, ihrer Darstellung den Anschein von Objektivität zu verleihen, referiert die NZ, dem ersten Eindruck nach, häufig lediglich die Erkenntnisse des Rechtsextremismus unverdächtig, häufig ausländischer Personen, interpretiert diese aber in einer für die DVU spezifischen sinnwidrigen Weise. Der Beitrag „Wer beherrscht die USA wirklich?“ beispielsweise basiert auf einem Buch des ehemaligen UNO-Generalsekretärs Butros-Ghali über seine Amtszeit. Ein weiteres Beispiel ist die Kontroverse um das Buch „Die Holocaust-Industrie“ des amerikanischen Politikwissenschaftlers jüdischen Glaubens Norman G. Finkelstein, der jüdischen Eliten in den USA vorwirft, den Holocaust zu instrumentalisieren, der aber nicht die Tatsache des Holocaust und die deutsche Pflicht zur Entschädigung in Frage stellt, wie es ein auf der Titelseite der NZ (Nr. 31 vom 28.07.00) angekündigter Bericht „Holocaust: Der große Betrug“ bereits in der Schlagzeile suggeriert.

Zusammenarbeit mit anderen Parteien

Trotz einer unverkennbaren programmatischen Nähe zur Partei Die Republikaner (REP) hat bislang keine über die Wahlabsprachen des Jahres 1998 hinausgehende verfestigte Kooperation zwischen beiden Parteien stattgefunden. Ausschlaggebend hierfür ist der Abgrenzungskurs der REP. Auf einer Strategiekonferenz seiner Partei schloss der REP-Bundesvorsitzende Dr. SCHLIERER im Februar eine Zusammen-

arbeit ausdrücklich aus. Die Distanz zwischen DVU und NPD ist weit größer. Auf Kritik des DVU-Vorsitzenden Dr. FREY stoßen vor allem die Hinwendung der NPD zu einem nationalen Sozialismus und ihre Öffnung für militante Neonazis. Tausend kriminelle „Pseudorechte“, so lautet der Vorwurf des DVU-Vorsitzenden, arbeiteten mit ihren Aktionen der „antideutschen Meinungsindustrie“ und den „deutschfeindlichen Geheimdiensten“ geradezu in die Hände. Dr. FREY findet unter den Freien Kameradschaften nicht die

geringste Akzeptanz. Sie kritisieren ihn als den „wohl bekanntesten geld- und machtgierigen Funktionär des rechten Parteienspektrums“. Die von ihm in „nationalen Kreisen“ abgeschöpften Gelder gingen dem „Nationalen Widerstand für wirklich sinnvolle politische Arbeit verloren“. Das Mitteilungsblatt der Freien Nationalisten „Zentralorgan“ (Nr. 10/2000) schmäht Dr. FREY als „DVU-Oberfuzzi“ und fordert: „Kein Platz für reaktionäre Typen im nationalen Widerstand“.



Die Republikaner (REP)

Sitz		
Bund:	Berlin	
Niedersachsen:	Hannover	
Vorsitz		
Bund:	Dr. Rolf SCHLIERER	
Niedersachsen:	Peter LAUER	
Mitglieder		
	1999	2000
Bund:	14.000	13.000
Niedersachsen:	600	600
Publikationen		
Bund:	Der Republikaner (monatlich oder zweimonatlich; Auflage 20.000 Exemplare)	
Niedersachsen:	Wir Republikaner in Niedersachsen (unregelmäßig, Auflage : 600 Exemplare)	

Die Wahlerfolge der 1983 von zwei ehemaligen Bundestagsabgeordneten und dem Fernsehjournalisten Franz SCHÖNHUBER gegründeten REP bestimmten Ende der achtziger Jahre die öffentliche Diskussion über den Rechts-Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Im Januar 1989 gelang den REP mit einem Stimmenergebnis von 7,5 % der Einzug in das Berliner Abgeordnetenhaus; im Juni desselben Jahres erzielten sie bei den Europawahlen 7,1 % der Stimmen. Die Wahlkämpfe hatten die REP vor dem Hintergrund einer sich verschärfenden Asylrechtsdebatte mit fremdenfeindlichen Parolen geführt, die bis heute die Programmatik der Partei dominieren. Parallel zu ihren Wahlerfolgen verzeichneten die REP einen deutlichen Mitgliederzuwachs. 1990 erreichten sie

erstmalig eine Mitgliederzahl von 20.000 Personen, die sie bis 1993 noch einmal auf ca. 23.000 Mitglieder steigern konnten. Seither hat sich die Mitgliederzahl permanent verringert. Dieser Trend setzte sich auch im Jahr 2000 fort, die REP verloren 1.000 Mitglieder und zählen jetzt bundesweit noch 13.000 Parteimitglieder.

Die von persönlichen Animositäten geprägten Auseinandersetzungen um den politischen Kurs der Partei, in deren Mittelpunkt die Frage einer Zusammenarbeit mit anderen rechtsextremistischen Organisationen stand, prägen das Erscheinungsbild der REP seit Beginn der neunziger Jahre. Den Mitbegründer und langjährigen Vorsitzenden der Partei, Franz SCHÖNHUBER, kostete ein Positionswechsel im Jahre 1994 den Parteivorsitz, als er sich ohne

Konsultation der Führungsgremien nach der für die REP enttäuschenden Europawahl in einer gemeinsamen Erklärung mit dem DVU-Vorsitzenden FREY für eine Kooperation zwischen DVU und REP aussprach³⁸. An seiner Stelle wählten die Delegierten des Bundesparteitages in Sindelfingen den bis heute amtierenden Dr. Rolf SCHLIERER zum neuen Parteivorsitzenden. SCHLIERER stellt sich als Politiker dar, der bemüht ist, das Image der REP zu modernisieren, um die Partei am rechten Rand des demokratischen Parteienspektrums zu etablieren. Diese Ansätze eines Imagewechsels werden jedoch immer wieder konterkariert durch die unverändert virulente Debatte über eine Zusammenarbeit mit anderen rechtsextremistischen Parteien, die rechtsextremistischen, insbesondere fremdenfeindlichen Grundsatzpositionen der Partei und Äußerungen ihres Vorsitzenden.

Die Republikaner scheiterten bei der Wahl in Baden-Württemberg am 25.03.2001 mit einem Stimmenanteil von 4,4 % (= 198.425 Stimmen) an der 5%-Hürde und sind damit in keinem Landesparlament mehr vertreten. Bei den Wahlen 1992 und 1996 hatten die REP in Baden-Württemberg, dem Heimatland ihres Vorsitzenden Rolf SCHLIERER, mit 10,9 % bzw. 9,1 % der Stimmen bundesweit ihre besten Ergebnisse erzielt. Auch bei der Wahl in Rheinland-Pfalz am 25.03.2001 musste die Partei deutliche Stimmenverluste

verzeichnen. Ihr Stimmenanteil sank von 3,5 % (1996) auf 2,4 %. Dies bedeutet einen Verlust von 26.931 Stimmen. Bei den hessischen Kommunalwahlen am 18.03.2001 büßten die REP mehr als die Hälfte ihrer Kommunalmandate ein. Sie verfügen jetzt nur noch über insgesamt 94 Mandate, nachdem sie 1997 noch 202 Mandate errungen hatten. Das schlechte Abschneiden der REP bei diesen drei Wahlen könnte die Position des Parteivorsitzenden SCHLIERER destabilisieren. Sofern kein Thema wie die Asylproblematik im Blickpunkt des öffentlichen Interesses steht, von dem die in ihren öffentlichen Auftritten monothematisch an der Ausländerfrage orientierte Partei profitieren kann, fällt ihr die Profilierung schwer. Parteiinterne Kritiker SCHLIERERs werden vermutlich auf eine Kurskorrektur drängen und nach deutlicher rechtsextremistisch ausformulierten Positionen verlangen.

Parteiorganisation und Veranstaltungen

Die REP verfügen in allen Bundesländern über Landesverbände. Der Landesverband Niedersachsen ist in vier Bezirksverbände und einzelne Kreisverbände gegliedert. Vorsitzender des Landesverbandes der REP in Niedersachsen und gleichzeitig des Kreisverbandes Hannover-Stadt ist Peter LAUER, der 1968 für die NPD in den Rat der Stadt Hannover gewählt worden war. Unter seiner Führung hatte sich der bisher zerstrittene, finanziell und organisatorisch in einer tiefgehenden Krise befindliche Landesverband auf niedrigem Niveau konsolidiert. In Übereinstimmung mit dem von ihm unterstützten Bundesvorsitzenden SCHLIERER befürwortet LAUER den Kurs einer Abgrenzung gegenüber anderen

³⁸ Auf ihrem Bundesparteitag am 7. und 8.7.1990 in Ruhlsdorf hatten die REP folgenden, heute noch gültigen Abgrenzungsbeschluss gefasst: „Niemand, der in extremistischen und verfassungsfeindlichen Organisationen (z.B. NPD, DVU, EAP, ANF, KNS, Wiking-Jugend etc.) eine aktive Rolle gespielt hat, darf in Zukunft eine Funktion in unserer Partei übernehmen. Zur Einhaltung dieses Beschlusses bedarf es keiner Ersatzspruchkammer, zuständig ist dafür der Bundesvorstand.“

rechtsextremistischen Parteien, wie er auf dem Landesparteitag am 17. Juni in Oldenburg in Anwesenheit SCHLIERERs versicherte. Abgesehen von der Verteilung von Werbematerialien in verschiedenen niedersächsischen Städten entfalteten die REP keine öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten. Kontinuierliche Präsenz ist der organisatorisch notleidenden Partei in Niedersachsen, dem zweitgrößten deutschen Flächenland, ohnehin nur in einigen Schwerpunktgebieten, wie z.B. im Landkreis Hannover, möglich.

Bundesweit waren mit Ausnahme der alljährlichen Aschermittwochsveranstaltung, die am 8. März in Geisenhausen (Bayern) stattfand, ebenfalls keine größeren öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen zu registrieren. Eine Strategiekonferenz am 19. und 20. Februar in Leipzig, an der sich Mitglieder des Bundesvorstandes und der Landesvorstände beteiligten, wurde in Reaktion auf die programmatische und personelle Krise der Partei durchgeführt. SCHLIERER sprach sich gegen gemeinsame Aktionen mit der NPD aus und mahnte eine verstärkte öffentliche Präsenz der Partei nach dem Vorbild der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ)³⁹ an. Die Forderung einiger Landesvertreter, auch mit Funktionären von DVU und NPD zu sprechen, fand nur wenig Beifall. In einem Referat am zweiten Konferenztag unterbreitete der Vorsitzende der inzwischen aufgelösten Partei Bund freier Bürger (BfB) ein Bündnisangebot. Die Orientierung an der FPÖ und die Bündnisbereit-

schaft gegenüber dem BfB sind Indizien dafür, dass SCHLIERER die REP von traditionellen rechtsextremistischen Positionen in Richtung auf eine rechts-populistische Orientierung manövrieren möchte.

SCHLIERERs Linie wurde auf dem Bundesparteitag am 18. und 19. November in Winnenden (Baden-Württemberg) bestätigt. Die Delegierten wählten ihn erneut mit deutlicher Mehrheit (312 von 384 Stimmen) zum Parteivorsitzenden. Sein Gegenkandidat Hans HIRZEL, Vertreter des SCHLIERER besonders kritisch gegenüber stehenden hessischen Landesverbandes, erhielt lediglich 63 Stimmen. Gottfried BURISCHEK, der Generalsekretär des Landesverbandes Hessen, scheiterte bei den Wahlen der stellvertretenden Parteivorsitzenden. In Anwesenheit der Parteivorsitzenden des BfB und des belgischen Vlaams Blok erteilte SCHLIERER einer Zusammenarbeit mit der NPD eine Absage: „*Wir werden auch keine Auffangbecken für jene bilden, die jetzt der NPD den Rücken kehren, um andernorts ihr Unwesen zu treiben.*“

Ein Indiz für den schlechten organisatorischen Zustand der Partei ist der Verzicht auf eine Teilnahme an den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein am 27. Februar.

Ideologie und Programmatik

Die REP streben politische Machtausübung über Wahlen und nicht auf revolutionärem Wege an. Dies setzt die formale Anerkennung der politischen Institutionen der Bundesrepublik Deutschland voraus. In den von einer rechtsextremistischen Grundausrichtung gekennzeichneten programmatischen Äußerungen der Partei jedoch werden die nach außen taktisch akzeptierten politischen Institutionen von ih-

³⁹ Der Wahlerfolg der Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) Anfang des Jahres hat die REP geradezu in Euphorie versetzt. Es wurden Grußbotschaften an den Spitzenkandidaten der FPÖ, Jörg Haider, gesandt. In der Parteizeitung (1-2/2000) war auf der ersten Seite zu lesen „Der Durchbruch in Österreich – Warum Altparteien und Medienmafia sich vor Haider fürchten“. SCHLIERER sprach von einem Vorbild für die REP.

rer Rückbindung an das im Grundgesetz konkretisierte Wertesystem entkoppelt. Eine solche instrumentelle Betrachtungsweise beraubt die Demokratie ihrer Substanz.

Fremdenfeindlichkeit, von Beginn an die Konstante in der Programmatik der REP, bestimmt weiterhin die politischen Positionen der Partei. Abzulesen ist dies insbesondere an den Artikeln des Parteiorgans Der Republikaner, in denen permanent vor einer „Überfremdung Deutschlands durch Ausländer“, „einer schleichenden Auswechslung des deutschen Staatsvolkes“ oder „einem symbolischen Austausch des deutschen Volkes durch einen ‚multikulturellen‘ Mischmasch“ gewarnt wird. In ihrer Fülle vermitteln die entsprechenden Beiträge ein typisches Beispiel für eine Feindbildkonstruktion.

Ressentiments schüren die REP insbesondere gegen die türkischen und islamischen Bevölkerungsgruppen in der Bundesrepublik Deutschland. Dabei verwischen sie den Unterschied zwischen der islamischen Religion und den politischen Strömungen des Islamismus, wie folgende Passagen aus der Internetseite der REP-Bürgerschaft in Garbsen (LK Hannover) veranschaulichen:

„Seit Jahren entwickelt sich der islamische Fundamentalismus zur größten Gefahr für die innere Sicherheit in Deutschland. Grundlage dieser Bewegung sind die unzähligen Moscheen, die in immer größerer Zahl in den deutschen Großstädten entstehen. ... Allein in Duisburg gibt es mittlerweile 37 islamische Gotteshäuser. Dort und in vielen anderen Orten ... erschallt der Ruf des Muezzin zum Gebet. Denn die Tendenz des islamischen Fundamentalismus ist nach wie vor auf den heiligen Krieg gerichtet. Eine religiöse Toleranz wie im Christentum gibt es im Islam nicht. ... Der Islam ist inzwi-

schen zur größten Gefahr für die westliche Welt geworden. ... die Muslime werten unsere Religionsfreiheit nicht als ein Zeichen der Toleranz, sondern als Schwäche. Und wer schwach ist, hat in ihren Augen keine Gnade verdient.“

(Morgenland kontra Abendland – Zwei Welten prallen aufeinander ... Zum Thema: Bedrohung durch den Islam; eingestellt auf der Homepage der REP-Bürgerschaft, Garbsen, LK Hannover, Ausdruck vom 04.07.2000) Darstellungen über die türkische bzw. islamische Bevölkerung in Deutschland kulminieren regelmäßig in Szenarien von einer existenziellen Bedrohung des deutschen Volkes:

„Schon um das Jahr 2030 herum werden z.B. in Frankfurt am Main etwa 60 Prozent, in Stuttgart und München etwa 50 % der Bevölkerung Ausländer sein! Die verbliebene deutsche Bevölkerung wird sich in einer vorwiegend orientalisches geprägten Umwelt wiederfinden. Ihre ‚zweite Vertreibung‘ ist besiegelt.“ (Leichtere Landnahme durch neues Recht. Keiner soll sagen, er habe nicht gewußt, was auf uns zukommt, in: Der Republikaner, Nr. 5/2000)

In einem anderen „Zeitbombe Ethnisierung“ überschriebenen Artikel des Parteiorgans heißt es in der Unterzeile „Wir müssen unseren Kindern Szenarien à la Sarajewo ersparen“. Ein weiterer Beitrag in derselben Ausgabe macht deutlich, dass die REP selbst die Gleichberechtigung eingebürgerter Muslime nicht zu akzeptieren bereit sind:

„Die Zahl der Muslime mit deutschem Paß wächst unaufhaltsam; bis sie auf allen politischen Ebenen direkte Mitsprache verlangen, ist nur noch eine Frage der Zeit.“ (Doppelpaß: Eine Million Einbürgerungen?, in: Der Republikaner, Nr. 12/2000)

Der Beitrag schließt mit der programmatischen Kernaussage:

„Konsequenter Widerstand gegen die Auflösung und Auswechslung unseres Volkes gibt es nur mit den Republikanern.“

Neben fremdenfeindlicher Agitation gegen Moslems und Türken pflegen die REP in ihren Verlautbarungen Resentiments gegen andere soziale Gruppen, die in diffamierender Weise für die Probleme des Sozialstaats verantwortlich gemacht werden. Ein vom Kreisverband Hannover-Stadt (Vorsitzender ist der Landesvorsitzende Peter LAUER) unter Parteimitgliedern verbreiteter Liedtext „Narrenschiff“ beispielsweise enthält folgende Passage:

*„Es ist, was da abläuft in unseren Tagen,
nur mit einer Prise Humor zu ertragen, ...
wenn Völkerwanderer aus allen vier Winden
erhoffen, bei uns das Dorado zu finden
und unseren ‚Überschuß‘ abkassieren ...
Wenn die Wissenschaft über Lesben und Schwule
wird amtlich gefördert in der Schule,
wenn Fixer mit dem Geld unserer Kassen
sich spritzen lassen,
wenn beim Gammler, der vor der Arbeit kneift,
Sozialhilfe greift ...“.*

Als Relativierung des Holocaust sind die Äußerungen zu bewerten, mit denen der Parteivorsitzende SCHLIERER seine Ablehnung des geplanten Holocaust-Denkmals zum Ausdruck brachte.

Zur Erinnerung an den Jahrestag der tschechischen Pogrome gegen Sudentendeutsche im Jahre 1919 forderte er

„... die Einführung eines Gedenktages für Vertriebene und Bombenopfer am 4. März. Statt des Holocaust –

Mahnmal brauche Deutschland ein zentrales Mahnmal für die eigenen Opfer. Deren Ansprüche auf Wiedergutmachung müssten auch in der Zwangsarbeiterfrage endlich klar ausgesprochen werden, anstatt ausländischen Erpressungen nachzugeben.“

(Kampfansage an schwarze Koffer und roten Filz, in: Der Republikaner, Nr. 3/2000, S. 8)

In stereotyper Weise verbindet sich bei den REP die Agitation gegen bestimmte Gruppen der Bevölkerung mit dem Schüren von Ängsten bei den angesprochenen „anständigen Bürgern“:

*„Sie rüsten gegen den Feind, doch der Feind ist längst hier!
Er hat die Hand an deiner Gurgel, er steht hinter dir,
im Schutz der Paragraphen mischt er die gezinkten Karten.
Jeder kann es sehen, aber alle sehen weg!
Und der Dunkelmann kommt aus seinem Versteck
und dealt unter aller Augen vor dem Kindergarten!“*

(Liedtext „Narrenschiff“)

Verantwortlich für die ihrer Meinung nach untragbare gesellschaftliche Entwicklung machen die REP die von ihnen der Korruption bezichtigten so genannten Altparteien, d.h. die Gründungsparteien der Bundesrepublik Deutschland. In typisch rechtspopulistischer Manier stilisieren sich die REP zu Anwälten der „kleinen Leute“ empor, die gegen die arroganten Herrschaftsansprüche liberaler Machteliten streiten.

Zusammenarbeit mit anderen rechtsextremistischen Parteien

Die programmatischen Positionen der REP weisen zahlreiche Parallelen zur Ideologie der DVU auf, bewegen sich

Interview: Wo liegen Deutschlands Interessen, Herr Lummer? - Seite 3



Der Skandal um die verurteilten Richter und die von dem Exkanzler

Leitartikel Seite 2



Das Tier als Waffe: Ist es bei der alljährlichen Jagd im Wald?

Kompendium Seite 2

DER REPUBLIKANER

Interview: Weshalb muß die Wehrpflicht gestrichelt werden, Herr Klatt? - Seite 3



Die Vielfalt der politischen Parteien und die...

Abgabe Seite 2



Die Freiheitliche Partei Österreichs: Bisherige...

Stimmen Seite 2

derer? und Homo-Ehe

DER REPUBLIKANER

Interview: Muß man als Christ „multikulturell“ sein, Herr Motschmann? - Seite 3

ABGERICH

Was bringt uns die...



Gründungs...

Leitartikel Seite 2



Leserbrief...

Weg mit dem...

DER REPUBLIKANER

Interview: V



Abgerichtet...

Leitartikel Seite 2

Die geistig-moralische Kapitulation

Absurde Diskussion um die „Leitkultur“



Abgabe Seite 2

DER REPUBLIKANER

ABGERICH

Spure...

Deutschland im Inderwahn

Rot-grüne Einwanderungsphantasten und schwarze Heuchler

freilich auf einem insgesamt höheren Argumentationsniveau. Weder verherrlichen die REP die Wehrmacht in einer vergleichsweise unreflektierten Form, noch pflegen sie einen ähnlich aggressiven Nationalismus und unka-schiernten Antisemitismus wie die DVU. Mit dem gemeinsamen Feindbild Ausländer – insbesondere Türken und Moslems, die verantwortlich gemacht werden für die Probleme des Sozialstaats, für Arbeitslosigkeit und steigende Kriminalität, zielen beide Parteien jedoch auf dieselbe Wählerklientel. Auch lehnen beide Parteien gleichermaßen den europäischen Integrationsprozess ab, weil er ihrer Meinung nach Deutschland zum „Zahlmeister“ Europas macht und in letzter Konsequenz das Ende der deutschen Nation bedeutet. Die zwischen beiden Parteien vereinzelte getroffenen Wahlabsprachen erscheinen vor diesem Hintergrund ebenso als logische Konsequenz programmatischer Gemeinsamkeiten wie die auf Funktionärebene ständig neu aufkeimende Diskussion über eine Kooperation mit anderen rechtsextremistischen Organisationen.

Nach wie vor widerspricht die Parteiwirklichkeit dem Anspruch SCHLIE-RERs, die REP seien eine Partei am rechten Rand des demokratischen Spektrums. Das formale Bekenntnis zum politischen System der Bundesrepublik Deutschland, mit dem die Absage an eine Zusammenarbeit mit der NPD begründet wird, muss daher angesichts programmatischer Positionen, die in einem permanenten Spannungsverhältnis zum Gleichheitsgrundsatz des Grundgesetzes stehen, weiter als Lippenbekenntnis bewertet werden:

„Der Weg der NPD kann nicht der unsere sein. Wir wollen Veränderungen in den Parlamenten erreichen und nicht auf der Straße. Wenn die NPD von ‚nationaler Revolution‘ träumt, muß sie auch die Konse-

quenzen ziehen. Wir dagegen bekennen uns ohne Einschränkungen zu den demokratischen Spielregeln.“ (Warum die NPD für uns kein Partner sein kann, in: Der Republikaner, Nr. 6/2000)

Urteil des Oberverwaltungsgerichts Lüneburg zur Beobachtung der REP durch den Niedersächsischen Verfassungsschutz

Der 11. Senat des Niedersächsischen Oberverwaltungsgerichtes gab aufgrund mündlicher Verhandlung vom 19. Oktober der Berufung des Landes Niedersachsen gegen ein Urteil des Verwaltungsgerichts Hannover vom 29. November 1993 statt. Das Verwaltungsgericht hatte dem Land untersagt, den Niedersächsischen Landesverband der Partei Die Republikaner weiterhin mit nachrichtendienstlichen Mitteln – Inanspruchnahme von geheimen Informanten und verdeckte Ermittlungen – zu beobachten. Dagegen liegen auch nach Auffassung des Senats tatsächliche Anhaltspunkte von hinreichendem Gewicht und in ausreichender Zahl für den Verdacht verfassungsfeindlicher Bestrebungen innerhalb dieser Partei vor, so dass die Voraussetzungen des Niedersächsischen Verfassungsschutzgesetzes (NVerfSchG) für eine nachrichtendienstliche Beobachtung auch unter Beachtung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit erfüllt seien. Dieser Verdacht ergebe sich nicht aus dem Parteiprogramm der REP, sondern aus einer Gesamtbetrachtung der Verhaltensweisen und Äußerungen von Funktionären und Mitgliedern der Partei. So schürten Teile der Partei Ressentiments gegen Ausländer in einer Weise, die deren durch Art. 1 Abs. 1 GG geschützte Menschenwürde missachtet. Ebenso sieht der Senat Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche

Zielsetzungen in der auf allen Ebenen der Partei zu findenden Agitation gegen die im Grundgesetz konstituierte parlamentarische Demokratie. Auch bestünden entgegen dem „offiziellen“ Abgrenzungskurs der Republikaner

nach wie vor Kontakte von Funktionsträgern zur DVU und NPD. Vor diesem Hintergrund ist die weitere Beobachtung durch den Verfassungsschutz auch im Hinblick auf die künftige Entwicklung der Partei gerechtfertigt.

Weitere rechtsextremistische Organisationen

Deutsche Liga für Volk und Heimat (DLVH)

Sitz		
Bund:	Villingen-Schwenningen	
Niedersachsen:	Braunschweig	
Vorsitzende		
Bund:	Jürgen SCHÜTZINGER Ingo STAWITZ Andre BEIERSDORF	
Niedersachsen:	Bernd Louis HEID	
Mitglieder	1999	2000
Bund:	700	700
Niedersachsen:	30	50

Die im Oktober 1991 in Schwenningen als Partei gegründete, aus dem Verein Deutsche Allianz – Vereinigte Rechte hervorgegangene DLVH war ein erneuter Versuch, die Zersplitterung des deutschen Rechtsextremismus zu überwinden. Die Erfolglosigkeit der DLVH bei Wahlen führte 1996 zur Auflösung als Partei. Die DLVH nahm die Rechtsform eines Vereins an, wobei Bezeichnung und Organisationsstruktur beibehalten wurden. In Hinsicht auf die ideologische Ausrichtung hat es keine Veränderung gegeben. Nationalisti-

sche und fremdenfeindliche Positionen kennzeichnen auch nach der Umwandlung in einen Verein die Programmatik der DLVH.

Die weltanschauliche Ausrichtung der DLVH weist deutliche Parallelen zur Programmatik von DVU und REP auf. Der ideologische Gleichklang unterstreicht die mit der Umwandlung in einen Verein intendierte Zielsetzung, den Mitgliedern den Eintritt in rechtsextremistische Parteien zu ermöglichen, um auf diese Weise die Einheit der „Rechten“ voranzutreiben. Die

reale Bedeutung der DLVH jedoch steht in eklatantem Missverhältnis zu diesem Anspruch.

In Niedersachsen tritt die DLVH unter der Bezeichnung Arbeitsgemeinschaft Ostpreußen (AG Ostpreußen) in Erscheinung, wobei Hannover den Tätigkeitsschwerpunkt darstellt. Die Aktivitäten der von Heinrich MOCK geleiteten Organisation konzentrieren sich auf Vortragsveranstaltungen mit bekannten rechtsextremistischen Referenten. Eine zweite Bezeichnung, unter der die DLVH in Niedersachsen auftritt, lautet Gemeinschaft Deutscher Bund. Anlässlich einer Veranstaltung des Bundes in Hannover am 21. Oktober referierte der Revisionist Wolfgang JUCHEM. Die Einladung zu der Veranstaltung offenbart das revisionistische Grundverständnis der Organisation:

„Die erste Hälfte dieses Jahrhunderts war geprägt von der Verwirklichung teuflischer Vernichtungspläne gegen Deutschland. Das Zusammenspiel unterschiedlichster Zentrifugalkräfte ermöglichte die Zerstörung der europäischen Mitte in zwei Etappen (1914–1918) und (1939–1945), wobei es den Zerstörern und Landräubern auch noch gelang, die Opfer ihrer Aggressionen als die ‚Schuldigen‘ zu brandmarken“.

Die Veranstaltungen wurden unterschiedlich stark besucht. Zeitweise nahmen bis hundert Personen teil.

Der Stahlhelm e.V. – Bund der Frontsoldaten

Eine außerordentliche Mitgliederversammlung am 12. Juni in Jork (LK Stade) beschloss einstimmig, den Stahlhelm e.V. – Bund der Frontsoldaten aufzulösen und die Mitglieder „sofort von der Mitgliedschaft des Bundes zu befreien“. Einen Tag später teilte der

Bundesführer des Vereins, Günter DRÜCKHAMMER, den Mitgliedern in einem Rundschreiben die Selbstauflösung der Organisation mit. Als Hauptgründe für diesen Schritt führte DRÜCKHAMMER die gegen den Stahlhelm gerichteten wiederholten Exekutivmaßnahmen an. Ausschlaggebend für die Selbstauflösung dürfte die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens gegen drei Stahlhelm-Funktionäre wegen Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen gewesen sein. Die Funktionäre waren bei der Einreise aus den Niederlanden nach Deutschland am 9. Juni von der Polizei kontrolliert worden. Die Polizei stellte erhebliche Mengen von Schrift- und Bildmaterial sowie Orden und Ehrenzeichen sicher, die überwiegend mit Hakenkreuzen versehen waren.

Betroffen von der Vereinsauflösung sind hauptsächlich die rund 25 Mitglieder des Stahlhelm-Landesverbandes Niedersachsen mit Sitz in Jork. Im Landesverband Rheinland-Pfalz sollen lediglich einige wenige ältere Mitglieder dem nunmehr aufgelösten Bundesverband angehört haben. Die jüngeren Mitglieder haben sich nicht dem Stahlhelm-Bundesverband, sondern dem „Militärhistorischen Verein – Der Stahlhelm-Landesverband Pfalz“ angeschlossen. Dieser Verein hat eine eigene Satzung und ist somit von der Auflösung nicht betroffen.

Während der Vereinsableger in der Pfalz nach wie vor turnusgemäß Veranstaltungen durchführt, sind in Niedersachsen seit Verkündung der Vereinsauflösung keine Aktivitäten des Landesverbandes, der den überwiegenden Teil der Mitgliedschaft des Bundesverbandes gestellt hat, mehr festgestellt worden. Auch die sonst im Abstand von zwei Monaten erscheinende Vereinspublikation „Der Stahlhelm“ ist seither nicht wieder aufgelegt worden.

Am 19.11. fand auf dem Ehrenfriedhof in Vahrendorf (Landkreis Harburg) eine Kranzniederlegung statt, bei der auch ein Kranz mit der Aufschrift „Der Stahlhelm“ niedergelegt wurde. Diese Aktion ist allerdings nicht dem aufgelösten Stahlhelm e.V. zuzurechnen, sondern der örtlichen Neonaziszene.

Zum Zeitpunkt der Selbstauflösung des Stahlhelm e.V. übte die in Jork ansässige Familie DRÜCKHAMMER dominierenden Einfluss auf die Organisation aus. Günter DRÜCKHAMMER leitete den Bundesverband und den niedersächsischen Landesverband, sein Sohn Kai-Uwe fungierte als Bundes- und

Landesjugendführer. Neben Niedersachsen verfügte der Stahlhelm über weitere Landesverbände in Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und im Saarland sowie über eine Untergliederung in Flandern/Belgien. Der niedersächsische Landesverband ging 1997 aus der seit 1983 bestehenden Ortsgruppe Jork des Stahlhelm hervor. Mit dem Versuch, verstärkt Frauen, Jugendliche und Kinder für die Vereinsarbeit zu gewinnen, lenkte die Organisation 1999 das Interesse der Öffentlichkeit auf sich. Die hierdurch provozierten Reaktionen mögen die Selbstauflösung des Stahlhelm e.V. beschleunigt haben.

Die Deutsche Freiheitsbewegung e.V. (DDF)

Sitz:	Kaufbeuren
Vorsitzender:	Georg-Albert BOSSE, Wolfsburg
Publikation:	Recht und Wahrheit (erscheint zweimonatlich als Doppelausgabe, Auflage ca. 2.500 Exemplare)

Die DDF, die keine organisatorischen Strukturen mehr aufweist, steht in der Tradition des vom historischen Nationalsozialismus geprägten rechtsextremistischen Denkens der unmittelbaren Nachkriegszeit, personifiziert durch ihren 1997 verstorbenen Gründer Otto Ernst REMER, der als Kommandeur des Wachbataillons „Groß-Deutschland“ maßgeblich an der Niederschlagung des Offiziersaufstandes vom 20. Juli 1944 beteiligt war. Nach dem Krieg gehörte REMER zu den Gründern der vom Bundesverfassungsgericht 1952 wegen ihrer Wesensver-

wandtschaft zum Nationalsozialismus verbotenen Sozialistischen Reichspartei (SRP).

Der wegen Leugnung des Massenmordes an Juden und Volksverhetzung verurteilte jetzige Vorsitzende Georg-Albert BOSSE, der REMER 1989 in dieser Funktion folgte und der die DDF seit einigen Jahren quasi als „Ein-Mann-Organisation“ betreibt, gewährleistet weltanschauliche Kontinuität. In der von ihm herausgegebenen Zweimonatsschrift Recht und Wahrheit glorifiziert er den Nationalsozialismus in unreflektierter Form:

„Das ‚Dritte Reich‘ gab vielen Deutschen eine Zukunftshoffnung zurück, die sie schon für sich verlorengegangen glaubten. Allein der Ausbruch des Zweiten Weltkriegs unterbrach eine Staatsentwicklung, die den nach dem verlorenen Weltkrieg gebrochenen Stolz der Deutschen wieder aufrichtete und ihnen versprach, die Früchte ihrer Arbeit in Frieden und Freiheit genießen zu dürfen.

Deutsche, die wehmütig den glanzvollen Tagen dieses Einst nachhängen und es wagen, diese Gedanken laut auszusprechen, werden wie Ausätzige behandelt!“

(Recht und Wahrheit, Nr. 9+10/2000, September/Okttober)

Die Aktivitäten der DDF beschränken sich fast ausschließlich auf die zweimal jährlich stattfindenden Lesertreffen der Publikation Recht und Wahrheit. Beide Veranstaltungen fanden im Jahr 2000 an jeweils zwei Tagen in Ilfeld/Thüringen statt. Im Mai beteiligten sich 100 bis 150 Anhänger am Lesertreffen. An dem zweiten Lesertreffen im Oktober beteiligten sich ca. 120 Personen, darunter der Hamburger Neonazi Christian WORCH und Wolfgang JUCHEM, Leiter der revisionistischen Gruppierung Aktion Freies Deutschland, der bereits im Mai am Lesertreffen teilgenommen hatte. JUCHEM tritt immer wieder als Referent bei rechtsextremistischen Veranstaltungen in Erscheinung. Sein revisionistisches Gedankengut verbreitete er als ständiger Referent auch bei den Hetendorfer Tagungswochen.

Wirkung entfaltet die DDF weniger durch die Lesertreffen, an denen mehrheitlich Personen im Alter von 60 bis 80 Jahren teilnehmen, als vielmehr durch die Verbreitung der ca. 40seitigen Publikation Recht und Wahrheit, die immerhin in einer Auflage von 2.500 Exemplaren erscheint. Die Teil-

nahme Christian WORCHs am Lesertreffen im Oktober zeigt, dass das dort verbreitete Gedankengut auch jüngere Neonazis anspricht.

Freundeskreis Deutschland e. V. / Gemeinschaftswerk Auehof e.V.

Die Aktivitäten des im September 1996 gegründeten Freundeskreis Deutschland e.V. mit Sitz in Colnrade/Landkreis Oldenburg erstrecken sich satzungsgemäß auf den kulturellen Bereich. Zu diesem Zweck unterhält der durch Spenden und Mitgliedsbeiträge finanzierte Verein in Kirchdorf/Landkreis Diepholz das Vereinsheim „Auehof“. Neben dem Freundeskreis besteht seit dem 23. September der Verein Gemeinschaftswerk Auehof e.V. mit Sitz in Kirchdorf. Während die Satzung des Freundeskreises eine nationalistische Ausrichtung erkennen lässt, gibt sich das Gemeinschaftswerk internationaler und betont in seiner wesentlich zurückhaltender formulierten Satzung den Zweck der Völkerverständigung, möglicherweise von der taktischen Überlegung geleitet, den Vorwurf des Rechtsextremismus zu entkräften. Für diese Annahme spricht, dass sich im Internet lediglich das Gemeinschaftswerk Auehof präsentiert. Ideologische Differenzen zwischen beiden Vereinen bestehen indes nicht, zumal die Vorstände nahezu personenidentisch sind.

Die schriftlichen Verlautbarungen des Freundeskreises, insbesondere die in unregelmäßigen Abständen herausgegebene Publikation Hermannsruf, offenbaren eine die Werte der Aufklärung negierende, sich an der voraufklärerischen germanischen Geschichte orientierende Weltanschauung. Zentrale ideologische Kategorie ist die völkisch-kollektivistisch interpretierte Gemeinschaft, die an die Stelle

des „äußeren Zwecken dienenden“, auf Eigennutz und Habgier gerichteten, weltweit dominierenden materialistischen Gesellschaftsmodells treten soll, das wie folgt umschrieben wird:

„In ihrer US-amerikanischen Verpackung kommt diese ‚Geißel der Völker‘ heute gewohnt bunt und harmlos daher. Mal liberalistisch verlogen, mal in alter 68er Art marxistisch-pädagogisch, mal frömmlicherisch ‚christlich-reaktionär‘ versteckt, wird sie in einer hinterhältigen politischen Korrektheit (PC) weiter erzwungen.“

(Der Hermannsruf, Nr. 3, Lenzing/Ostermond, März/April 2000, S. 4 f)

Aus dieser Weltsicht erklärt sich der dezidierte Antiamerikanismus des Freundeskreises. Den Amerikanern wird vorgeworfen, das deutsche Volk 55 Jahre lang umerzogen, d.h. „amerikanisiert“ und damit von den „Tugenden unserer Väter und Großväter“ entfremdet zu haben. Triebfeder des Handelns für den Freundeskreis sei in dieser Situation „die Sehnsucht nach der Gesundung unseres Volkes“:

„Unsere Aufgabe ist es, den Boden für den noch verratenen Teil unseres Volkes zu bereiten. ... Unsere Eigenart ist unser gemeinsamer Nenner – bewahren wir sie!“

(Der Hermannsruf, Nr. 3, Lenzing/Ostermond, März/April 2000, S. 13)

Der Freiheitsbegriff des Freundeskreises bezieht sich immer auf das Volk als Kollektiv. Insofern steht er im Widerspruch zu der für die freiheitliche demokratische Grundordnung konstitutiven Gültigkeit der Individualrechte:

„Freiheit ... verlangt Opfer, verlangt Bindung an Sippe, Volk und Heimat. Wir können als Volk nicht frei werden, wenn wir nicht bereit sind, Opfer und Pflichten auf uns zu nehmen!“

(Der Hermannsruf, Nr. 3, Lenzing/Ostermond, März/April 2000, S. 4 f)

Im Juni öffnete sich das Gemeinschaftswerk Auehof e.V. erstmals einem größeren Personenkreis, als es im Internet für eine Sommersonnenwendfeier auf seinem Anwesen in der Nähe Kirchdorfs warb. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte es lediglich interne Veranstaltungen für Vereinsmitglieder des Freundeskreises und deren Angehörige gegeben. Die Resonanz auf die Internet-Einladung war allerdings nur gering. Etwa 50 Personen, darunter auch Familien mit Kindern, beteiligten sich an der Veranstaltung. Der „Einweihungsfeier mit Namensfeier“ auf dem Auehof am 29. April wohnten ca. 60 Personen bei. Von einer Gemeinschaftsfahrt in das Wikingerdorf Haihabu bei Schleswig abgesehen, fanden ansonsten lediglich regelmäßige „Gemeinschaftsdienste“ zur Restaurierung des Vereinsanwesens statt.

Von der Konzeption her sind der Freundeskreis Deutschland und das Gemeinschaftswerk Auehof darauf ausgerichtet, rechtsextremistisches Gedankengut, scheinbar unverdächtig, nicht im politischen, sondern im kulturellen Bereich zu verbreiten. Bislang allerdings waren die tatsächlichen Aktivitäten eher binnenorientiert. Der von beiden Organisationen gepflegte Germanenkult, die Orientierung an einem vermeintlichen voraufklärerischen Idealzustand und der Glaube an eine naturwüchsige Bestimmung der Völker bilden eine kulturelle Klammer für viele organisierte Rechtsextremisten. Dies erklärt die Kontakte der beiden auf dem Auehof tätigen Organisationen über Funktionäre, Mitglieder und Förderer zur NPD, zur DVU, zu den REP und anderen rechtsextremistischen Zusammenschlüssen.

Gerichtliche Bestätigung des Verbots rechtsextremistischer Vereine

Das Niedersächsische Obergericht in Lüneburg hat am 29.03.2000 die mit Verfügung des Niedersächsischen Innenministeriums vom 9. Februar 1998 erlassenen Verbote der Vereine „Heide-Heim e.V.“ mit Sitz in Hamburg und „Heideheim e.V.“ mit Sitz in Buchholz/Nordheide bestätigt. Eine Revision gegen dieses Urteil wurde nicht zugelassen. Eine Nichtzulassungsbeschwerde gegen diese Entscheidung wurde vom Bundesverwaltungsgericht abgelehnt.

Das Heideheim diente bis Mitte der neunziger Jahre vielen neonazistischen und sonstigen rechtsextremistischen Organisationen als Tagungs- und Begegnungsstätte. Der Hamburger Rechtsanwalt und Neonazi Jürgen RIEGER war als Vorsitzender der beiden verbotenen Vereine maßgeblicher Initiator und Organisator der seit 1991 jährlich veranstalteten „Hetendorfer Tagungswochen“, bei deren Veranstaltungen Referenten rassistische Lehren vertraten, nationalsozialistische Verbrechen, insbesondere die Ermordung der Juden während der nationalsozialistischen Herrschaft in Abrede stellten sowie den Nationalsozialismus generell glorifizierten.

Neue Rechte

Der Begriff der Neuen Rechten bezeichnet eine ideologische Strömung im Rahmen rechtsextremistischer Publikationsforen, deren Autoren insbesondere an Konzepte der Konservativen Revolution der Weimarer Republik anknüpfen und eine radikal antiegalitäre Konzeption vertreten. Die Neue Rechte steht als Begriff für eine akademisch-intellektuelle, „modernisierte“

Spielart antidemokratischen Denkens, oft auch als Begriff für eine „Intellektualisierung“ des Rechtsextremismus.

Hervorgegangen aus einer Zusammenfassung rechter Intellektuellenzirkel um den französischen Publizisten Alain de BENOIST, verkörpern die französische Nouvelle Droite (und die deutsche Neue Rechte) eher eine Denkschule als eine politische Bewegung. Ihre Strategie richtet sich nicht unmittelbar auf die Übernahme politischer Macht, sondern versteht vielmehr als deren Voraussetzung die Erlangung der kulturellen und geistigen Hegemonie, d.h. der intellektuellen Meinungsführerschaft. Nach dieser auf den italienischen marxistischen Revolutionstheoretiker Antonio GRAMSCI zurückgehenden metapolitischen Konzeption stellt die Vorherrschaft über politisch-kulturelle Leitbegriffe die Voraussetzung für die Übernahme politischer Herrschaft dar.

Bestimmende Größe in der Ideologie der sich an voraufklärerischen Werten orientierenden Neuen Rechten ist die Vorstellung von der – genetisch bedingten – Ungleichheit der Menschen und Rassen. Dem sich hierauf gründenden antiegalitären und streng hierarchischen Gesellschaftsbild liegen die ideologischen Grundmuster Antiliberalismus, d.h. Forderung nach einem autoritär geführten Staat mit elitären Strukturen, Antiparlamentarismus, völkischer Nationalismus, völkischer Kollektivismus, Homogenitätsstreben sowie ein Freund-Feind-Politikverständnis (Forderung nach Homogenität im innen- sowie Kampfbereitschaft im außenpolitischen Bereich) zugrunde. Die Propagierung der nationalen Identität in der neurechten Programmatik zielt nicht auf eine nach außen gerichtete nationale Abwehrhaltung, sondern beinhaltet vielmehr – mit Blick auf die durch Migrationsbewegungen hervorgerufenen Identitätskrisen – ei-

ne an der Volksgemeinschaft ausgerichtete Ausschließung der Fremden innerhalb des Staates. Dieser Fixierung auf die ethnisch reine Nation entspricht die antipluralistische Konzeption eines autoritären, machtbewussten Staates als Garant der homogenen Volksgemeinschaft. Zentrale Kategorie ist demnach das Postulat ethnischer Homogenität und die Bindung an eine Volksgemeinschaft. Charakteristisch für das antiegalitäre und antidemokratische Grundverständnis ist die ideologische Übersteigerung von Gemeinschaft, Volk (als ethnisch definierte „Schicksalsgemeinschaft“), Nation, Organismus und Natur. Demokratie wird im neurechten Denken als Ordnungsprinzip wegen ihres immanenten Gleichheitsgedankens und ihrer kompromissorientierten Entscheidungsfindung abgelehnt.

Die Neue Rechte modifiziert fremdenfeindliche, rassistisch-biologistische Grundmuster über die Konzeption des Ethnopluralismus. Ein bestimmtes Mischungsverhältnis der Ethnien wird akzeptiert, während lediglich die falsche Mischung der Ethnien beanstandet wird. Der Zusammenhang von biologischer Bestimmung eines Volkes und einer von vermeintlichen Rassemerkmalen bestimmten Kultur bleibt bestimmend in dieser neurechten Konzeption. Propagiert wird die Anerkennung der Differenz der Ethnien in einer spezifischen, völkischen Weise. Die Betonung der durch das kulturelle Erbe definierten Identität der Völker beinhaltet in der neurechten Denkstruktur die Annahme, dass kulturelle Überfremdung auch zu „biologischem Schaden“ eines Volkes führen könne. Insofern ist dem Konzept des Ethnopluralismus eine rassistische, fremdenfeindliche Komponente immanent.

Zu den rechtsextremistischen Periodika, die ein Forum bilden für die Neue Rechte, gehören



- die seit 1951 in einer Auflage von 10.000 Exemplaren erscheinende Coburger Monatsschrift Nation und Europa, in der Positionen der Neuen Rechten neben anderen Strömungen des Rechtsextremismus veröffentlicht werden,
- die von Manfred ROUHS vierteljährlich herausgegebene Zeitschrift Signal – Das patriotische Magazin (früher: Europa Vorn),
- die von Hans Ulrich SANDER monatlich herausgegebene Zeitschrift Staatsbriefe sowie
- die zweimonatlich vom rechtsextremistischen Verlag der Freunde (VdF) herausgegebene Zeitschrift Sleinpir.

Politische Themenschwerpunkte der in einer Auflage von etwa 10.000 Exemplaren erscheinenden Wochenzeitung Junge Freiheit als bedeutendstem Publikationsorgan für die Neue Rechte, zu deren Autoren und Interviewpartnern sowohl Vertreter unterschiedlicher rechtsextremistischer Strömungen als auch des demokratischen Spektrums zählen sind: Ablehnung des europäischen Integrationsprozesses, Themati-

sierung eines „Werteverfalles“ und eines „Verlustes der nationalen Identität“, Forderung nach einem „starken Staat“ sowie Relativierung der nationalsozialistischen Verbrechen. Die ihrem Selbstverständnis gemäß parteipolitisch ungebundene Junge Freiheit versteht sich als moderne nationalkonservative Zeitung. Sie ist bestrebt, durch Besetzung von Themen im vopolitischen Raum und durch die Vernetzung der „patriotischen“ Kräfte in Deutschland eine rechtsintellektuelle Mediensubkultur zu schaffen, die als Basis zur längerfristigen Durchsetzung politischer Zielvorstellungen dienen soll.

Kennzeichnend für das autoritäre, antidemokratische und antiparlamentarische Staatsverständnis der Neuen Rechten ist die in vielen rechtsextremistischen Zeitschriften diskutierte Propagierung einer Reichsidee. Die vom Herausgeber der Staatsbriefe, Dr. Hans-Dietrich SANDER, entwickelte quasi monarchistische Staatskonzeption einer „absoluten Republik“ wurde ebenfalls in der Deutschen Stimme, der Parteizeitung der NPD, diskutiert:

„Zunächst in der österreichischen Akademikerzeitschrift Aula und dann in den Staatsbriefen propagierte Sander seine ‚Absolute Republik‘, die keine geschriebene Verfassung, dafür aber ein quasi monarchisches Staatsoberhaupt vorsieht, das nicht vom Volk gewählt wird, und das die Reichsregierung, bestehend aus Fachministern, bildet. Sanders Konzept würde die Bildung von Parteien verbieten und ein Parlament gänzlich überflüssig machen.“

(Deutsche Stimme, Nr. 2/2000, S. 14)

Die durch die neurechte Konzeption des Ethnopluralismus kaschierte Fremdenfeindlichkeit bildet eine Konstante in der Berichterstattung der Jungen Freiheit ebenso wie in anderen rechtsextremistischen Publikationen. Ein Bei-

spiel hierfür bilden die in der Deutschen Stimme in einem Interview von Alain de BENOIST dargestellten Positionen, in denen BENOIST die Einwanderung als ein Phänomen der Entwurzelung der Völker bezeichnet:

„Was heute am stärksten die Eigenheiten der Völker bedroht, ist die umfassende, die Lebensweisen gleichmacherisch einebnende Bewegung, welche die Einwanderung als eine unter vielen Folgen zeitigt. ... Gegen die Überfremdung zu kämpfen, ist unbedingt notwendig. ... Vor aller Bedrohung durch andere, wird unsere Identität vor allem gefährdet aufgrund unserer Unfähigkeit, dieser Identität selber einen Sinngehalt zu geben.“

(Deutsche Stimme, Nr. 5/2000, S. 3)

Ebenso regelmäßig finden sich in der Jungen Freiheit die für die Neue Rechte charakteristischen antiwestlichen, insbesondere antiamerikanischen Positionen:

„Wir sollen 1945 durch die Roosevelts, Stalins und Churchills ‚befreit‘ worden sein. Richtig: Wir sind auch vom Nationalsozialismus befreit worden. Zudem allerdings auch von vielem, vielem anderen: Vom Memelland, von Ostpreußen, Danzig, von weiteren großen und schönen Provinzen, Millionen sind zudem nicht nur von ihrer Heimat, sondern gleich vom Leben ‚befreit‘ worden ... Wir lassen uns geistig und kulturell von anderen, vor allem von den USA beherrschen. ... Sicher scheint demnach, daß die Dominanz der USA und die Dienstwilligkeit unserer geistigen und kulturellen Klasse enden wird; fraglich ist nur das Wann. ... Der letzte Faktor, der hier zu nennen ist: Das deutsche Volk droht fast auszusterben.“

(Franz Uhle-Wettler: „Der fatale Hang zum Träumen“, in: Junge Freiheit, Nr. 37 vom 08.09.2000, S. 14)

Linksextremismus

Einführung

Ideologisch berufen sich die linksextremistischen Organisationen in mehr oder weniger modifizierter Form auf die beiden ideengeschichtlichen Grundströmungen linken Denkens des 19. Jahrhunderts: Marxismus und Anarchismus. Diese greifen in radikal zugespitzter Form zurück auf das Freiheits- und Gleichheitspostulat der Französischen Revolution und der Aufklärung. Im Gegensatz zum Rechtsextremismus, für den voraufklärerische, das vorgeblich Naturhafte und organisch Gewachsene betonende Ideologieelemente charakteristisch sind, hat linksextremistisches Denken eine utopische Komponente, strebt als letztes Ziel die Schaffung einer klassen- und herrschaftslosen Gesellschaft an. Da nach Analyse der Linksextremisten auch ein demokratisch verfasster Rechtsstaat wie die Bundesrepublik Deutschland (nur) ein Herrschaftsinstrument im Dienste ökonomischer Interessen darstellt, ist die Realisierung der eigenen utopischen Zielsetzungen aus ihrer Sicht nur durch Überschreitung der systemimmanenten Grenzen zu erreichen.

Die Propagierung der Überwindung der bestehenden Gesellschaftsordnung gehört daher zum politischen Forderungskatalog aller linksextremistischen Organisationen. Konsequenterweise ist deshalb diese Forderung ein konstitutiver Bestandteil linksextremistischer Ideologie. Allerdings differieren die Ansichten über den einzuschlagenden revolutionären Weg und den Zeitpunkt. Der in Anlehnung an die marxistische Gesellschaftsanalyse zum Dogma erhobene Glaube, dass die Arbeiterklasse als revolutionäres Subjekt über die Diktatur des Proletariats die Vor-

aussetzungen für eine klassenlose Gesellschaft schafft, markiert das eine Extrem. Auf der anderen Seite besteht die Vorstellung, dass es möglich ist, das bestehende System durch massenhafte zivilen Widerstand und vorbildhafte Selbstorganisation gewaltlos zu überwinden. Vertreter der DKP, der MLPD und der KPF können der ersten Richtung zugeordnet werden, Vertreter der anarchistischen Graswurzelbewegung der zweiten Richtung.

Eine weitere Richtung linksextremistischen Denkens stellen trotzktistische Gruppen wie die Gruppierung Linksruck dar. Ziel trotzktistischer Gruppen ist die revolutionäre Überwindung des Systems auf dem Wege der „permanenten Revolution“. Charakteristisch für trotzktistische Gruppen ist die Taktik des Entrismus, der konspirativen Infiltration von Parteien und Massenorganisationen mit dem Ziel, diese von innen auszuhöhlen und zu desorganisieren.

Im Gegensatz zur anarchistischen Graswurzelbewegung verfügen Gruppierungen des autonomen Spektrums über keine geschlossene Gesellschaftskonzeption. Autonome Aktionen sind vielmehr geleitet durch eine Weltanschauung, die die autonomen Themenfelder Antifaschismus und Antirassismus verbindet. Prägend für die Ideologie und Aktionen der Autonomen ist die Annahme von der dreifachen Unterdrückung des Menschen durch Kapitalismus, Patriarchat und Rassismus (triple-oppression-Ansatz). Bei diesem Ansatz handelt es sich nicht um eine eigenständige Theorie, sondern um einen Versuch, militante Aktionen zu legitimieren und zu überhöhen. Tendenziell hat die Mobilisierungsfähigkeit der Autonomen in den Aktionsfeldern Atomenergie, Gentechnik, Umwelt- oder Tierschutz, Arbeitslosigkeit, Armut, soziale Desintegration abgenommen. Das immer deutlicher werdende

Legitimationsdilemma der Autonomen gilt in besonderem Maße für antifaschistisch motivierte Aktionen, sofern sich hiermit die Entlarvung angeblicher faschistischer Strukturen des Staates verbindet. Die demonstrative Frontstellung des Staates gegen den gewalttätigen Rechtsextremismus delegitimiert den „antifaschistischen Kampf“ der Autonomen und stellt sie vor Argumentationsprobleme.

Das Zurückgeworfensein auf sich selbst und der zu beobachtende Hang zur ideologischen Nabelschau werden kompensiert durch eine elitäre Grundhaltung. Als Fanal verstandene militante Aktionen, mit denen die Bevölkerung im revolutionären Sinne aufgerüttelt werden soll, sind auch Ausdruck gesellschaftlicher Randständigkeit.

Die grundsätzlich revolutionäre Ausrichtung schließt keinesfalls aus, dass Vertreter linksextremistischer Organisationen ein politisches Mitwirken im Rahmen des bestehenden Systems für

sinnvoll erachten, zum einen, um politisch Präsenz zu zeigen, und zum anderen, um die Ausgangsbedingungen für den revolutionären Kampf zu verbessern. Sofern Linksextremisten um eine revolutionäre Basis bemüht sind, bieten ihnen demokratische Protestbewegungen einen von ihnen immer wieder thematisierten aktionsbezogenen Anlass für revolutionäre Ansätze. Es ist als Ausdruck für die derzeitige Schwäche des Linksextremismus zu werten, dass diese Einflussversuche weitgehend bedeutungslos sind.

Gleichwohl richten sich mindestens die mittel- und langfristigen Zielsetzungen aller auf eine revolutionäre Umwälzung ausgerichteten linksextremistischen Bestrebungen gegen tragende Grundsätze unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Sie sind daher als verfassungsfeindliche Bestrebungen zu bewerten, die grundsätzlich den freiheitlichen Rechtsstaat beseitigen wollen.

Autonome und sonstige gewaltbereite Linksextremisten

Anhänger	1999	2000
Bund:	7.000	7.000
Niedersachsen:	670	680
Publikationen		
Bund:	INTERIM, Berlin	(14-tägig)
Niedersachsen:	RAZZ, Hannover	(monatlich)
	EinSatz!, Göttingen	(monatlich)
	göttinger Drucksache	(wöchentlich)
	alhambra, Oldenburg	(monatlich)
	Fight back! Braunschweig	(unregelmäßig)

Ende der 60er Jahre entwickelten sich aus dem anarchistischen und undogmatischen Teil der studentischen Protestbewegung neue Formen des Wi-

derstandes gegen das politische System der Bundesrepublik Deutschland heraus, auf die die heutige autonome Bewegung zurückgeht. Die Autono-

men standen in einem bewussten Gegensatz zum Organisationsverständnis des Marxismus-Leninismus mit einer zentralistischen Partei und dem Konzept einer revolutionären Avantgarde. Kennzeichnend für Autonome ist das Fehlen einer einheitlichen Ideologie. Identitätstiftend wirkt ein Grundgefühl von „Antistaatlichkeit“. Gemeinsamkeit besteht in dem demonstrativen Ausscheren aus dem als „kapitalistischen Verwertungsprozess“ empfundenen Gesellschaftssystem. Einigkeit besteht in dem Kampf gegen das kapitalistische System als Ursache aller gesellschaftlichen Missstände. Diese Gegnerschaft zum Staat und zum Kapitalismus wirkt integrierend auf die autonome Bewegung.

Kennzeichnend für autonome Gruppierungen ist eine fundamentale Kapitalismus- und Imperialismuskritik, aus der Unterdrückungsmechanismen des Staates abgeleitet werden, denen die Menschen im kapitalistischen System ausgesetzt seien: die dreifache Unterdrückung durch Kapitalismus, patriarchale Strukturen und Rassismus. Für autonome Aktions- und Themenfelder bestimmend sind diese „Unterdrückungsmechanismen“ des Staates: Kampf gegen „staatliche Repression“, Kampf gegen „Umstrukturierung“, „Häuserkampf“, „Antifaschismus“, „Antiimperialismus“, „Antimilitarismus“, „Antirassismus“, Kampagnen gegen die als repressiv dargestellte Asylpraxis, Kampf gegen „Patriarchat und sexuelle Unterdrückung“, Kampf gegen Nutzung der Atomenergie sowie Solidarität mit Freiheitsbewegungen der Dritten Welt. Autonome Aktionen, die sich gegen diese „Unterdrückungsmechanismen“ richten, zielen auf die Schaffung einer „Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung“. In politischen Forderungen der Autonomen wie „Auflösung der Herrschaft von Menschen über Menschen“ oder

„Revolutionäre Abschaffung des herrschenden patriarchalisch-imperialistischen Systems“ spiegeln sich ihre anarchistischen utopischen Zielsetzungen wieder. Kennzeichnend für das autonome Gesellschaftsbild sind anarchistische („herrschaftsfreie Gesellschaft“) und anarcho-kommunistische Ideologieelemente (Ablehnung jeden Privateigentums – „Alles gehört allen“).

Während die autonome Bewegung in den 80er Jahren noch über einen höheren Grad an Einflussmöglichkeiten auf den Protest von vielfältigen Bürgerinitiativen verfügte, führte der Bedeutungsrückgang der Protestbewegungen allgemein zu einem Bedeutungsverlust und Rückzug der Autonomen auf sich selbst. Ausdruck hierfür sind vielfältige, von den Autonomen als „Spaßguerilla“ bezeichnete lebensweltbezogene Protestaktionen in überwiegend regionalen Szenen wie in Berlin oder Göttingen.

Die problematische Vermittelbarkeit sowie das begrenzte Mobilisierungspotenzial innerhalb der autonomen Szene sind Ausdruck der schmalen thematischen Bandbreite autonomer Aktionen. Für die Autonomen wurde es zunehmend schwieriger, für ihre Aktionen zu mobilisieren. Themen wie EXPO oder Weltwirtschaftsgipfel, die aus der autonomen Weltanschauung heraus vielfältige Ansatzpunkte für Aktionen ergeben hätten, wirken nicht mehr massenmobilisierend. Themenfelder wie Gentechnik, Atomenergie, Umwelt- oder Tierschutz sind u. a. durch bürgerlich-demokratische Protestbewegungen besetzt, die autonomem Engagement die Exklusivität nehmen. Von Autonomen aufgegriffene soziale Themenbereiche wie Arbeitslosigkeit, Armut und soziale Desintegration bedingen in ihren milieugebundenen Protestformen eine Isolierung autonomer Aktivitäten.

Antifaschistische Aktion / Bundesweite Organisation (AA/BO)

Die Gründung der AA/BO geht maßgeblich auf die Initiative der Göttinger Autonomen Antifa (M)⁴⁰ (AA(M)) zurück, die mit der Veröffentlichung eines Diskussionspapiers im Jahr 1991 den Anstoß zur sog. Organisationsdebatte in der autonomen Szene gegeben hatte. In dem Papier bemängelte die AA(M), dass die Unverbindlichkeit autonomer Strukturen eine kontinuierliche Theorie und Praxis verhindere und man damit zu einem bedeutungslosen Nischen- und Ghettodasein verdammt sei. Die These, dass effektive Arbeit nur in einer organisierten Bewegung möglich sei, befürworteten trotz grundsätzlicher Ablehnung hierarchischer und bürokratischer Strukturen weite Teile des autonomen Spektrums, die sich 1992 zur AA/BO zusammenschlossen. Seither blieb die Gesamtzahl der Mitgliedsgruppen der AA/BO trotz vorhandener Fluktuation zunächst relativ konstant. Nach Austritten von einzelnen Gruppen im Jahr 2000 verblieben zum Jahresende bundesweit nur noch sieben Gruppen – darunter aus Niedersachsen auch weiterhin die Göttinger AA(M) – sowie drei Gruppen mit „Beobachterstatus“.



Die AA/BO betreibt nach ihrem Selbstverständnis „revolutionär antifaschistische Politik“ mit dem Ziel einer Überwindung der „Zersplitterung der Linken“. Bestimmend für die in der

AA/BO organisierten Gruppen ist deren grundlegende Gegnerschaft zum politischen System der Bundesrepublik Deutschland. Propagiert werden der „revolutionäre Klassenkampf“ und eine „kommunistische Perspektive“:

„Nur durch die Entwicklung einer eigenständigen revolutionären Politik, die den nach einer Systemalternative suchenden Menschen eine wirkliche Perspektive bietet, kann auch den Nazis das Wasser abgegraben werden ... Dazu gehört auch, den antifaschistischen Kampf radikal und klassenkämpferisch zu führen.“

(Zitiert nach einer Textsammlung zu dem von der AA/BO organisierten „antifaschistischen Camp“ bei Witzenhausen, Juli 1998)

Im zurückliegenden Jahr konnte die AA/BO nicht an die im Vorjahr durchgeführte bundesweite Kampagne „Antifa Offensive 99 – den rechten Vormarsch stoppen!“ anknüpfen, mit der es der Organisation zumindest teilweise gelungen war, andere, nicht der AA/BO angehörende Gruppen, stärker einzubinden. Zu einer Nachfolgekampagne im Jahr 2000 kam es nicht. Vielmehr bestimmten vermeintlich sexistisches Verhalten innerhalb der autonomen Szene und die sich daraus ergebenden Auseinandersetzungen die Diskussionen. Im Mittelpunkt der „Sexismusdebatte“ steht das Verhalten der Antifaschistischen Aktion Berlin (AAB) – neben der Göttinger AA(M) die sowohl personell als auch logistisch stärkste Gruppierung innerhalb der AA/BO –, der von anderen Mitgliedsgruppen vorgeworfen wurde, nicht entschieden genug gegen einen Vergewaltiger in den eigenen Reihen vorgegangen zu sein. Ein erst nach langem Zögern von der AAB in der Berliner Szenepublikation INTERIM Nr. 493 vom 10. Februar veröffentlichtes Positionspapier wurde in autonomen Kreisen als antifeministisch abgelehnt und

⁴⁰ Das M steht für das Treffen der Gruppe am Mittwoch.

als Beitrag zum „Täterschutz“ verurteilt. Der Stellenwert der existentiellen Auseinandersetzung erklärt sich vor dem Hintergrund des autonomen Verständnisses von sexistischem Verhalten, das für Autonome gleichwertig ist mit einer rassistischen Handlungsweise. Nach ihrem Selbstverständnis stellt der Sexismus, der als Vorstellung von der Höherwertigkeit des männlichen und der Minderwertigkeit des weiblichen Geschlechts definiert wird, eine institutionalisierte Form der Diskriminierung dar. Ein als sexistisch bezeichnetes Verhalten in den eigenen Reihen rührt daher an das weltanschauliche Selbstverständnis der Autonomen.

Die Sexismusdebatte, in der der AAB patriarchalisches Verhalten vorgeworfen wird, führte innerhalb der Mitgliedsgruppen der AA/BO zu erheblichen Konfrontationen. Im Gegensatz zu anderen Gruppen hat sich die Göttinger AA(M) nicht ausdrücklich von der AAB distanziert, da ein Bruch mit der AAB angesichts der politischen Schwäche der AA/BO einem Ende des autonomen Organisationsprojektes gleichgekommen wäre. Im Szeneblatt göttinger Drucksache übte die AA(M) lediglich verhalten Kritik an der AAB und betonte die Notwendigkeit der Auseinandersetzung mit patriarchalischen Strukturen und der damit verbundenen kapitalistischen Unterdrückung:

„Patriarchale Ausbeutung und kapitalistische Unterdrückung sind auf vielen Ebenen eng miteinander verbunden und festigen sich gegenseitig. Deshalb ist es sinnvoll, sie als einen Unterdrückungskomplex zu begreifen und den Kampf gegen Kapitalismus Hand in Hand mit dem Kampf gegen das Patriarchat zu führen.“

(göttinger Drucksache, Nr. 374, 28.07.2000)

Demgegenüber distanzieren sich an-

dere autonome Gruppen im Zuge der „Sexismusdebatte“ von der AA/BO, z.B. die noch im Vorjahr an der „Antifa Offensive“ beteiligte Antifa Saar, die in einer Stellungnahme in der INTERIM (Nr. 502 vom 18.05.2000) eine gemeinsame Organisation mit der AAB ablehnte, sowie das Braunschweiger Antifaschistische Plenum (AP) und die Berliner Rote Antifaschistische Initiative (RAI), die die AA/BO bereits im Frühjahr wegen der Unmöglichkeit eines gemeinsamen Verbleibs mit der AAB verließen. Das Braunschweiger AP hatte in seiner Austrittserklärung im Februar der AAB vorgeworfen, mit ihrer patriarchalen Verhaltensweise im Widerspruch zu stehen zum Anspruch emanzipatorischer und revolutionärer autonomer Politik. Im Laufe des Jahres sah sich auch die Antifaschistische Aktion Dresden (A2D2), eine „beobachtende“ Gruppe innerhalb der AA/BO, dem Vorwurf des „Täterschutzes“ wegen eines ähnlichen Vorfalls ausgesetzt. Neben dem Verlust langjähriger Mitgliedsgruppen wirkte sich die intensive Aufarbeitung der Thematik lähmend auf die in der AA/BO verbliebenen Gruppen aus und behinderte eine Konzentration auf das wichtigste Aktionsfeld der AA/BO, den Kampf gegen rechtsextremistische Strukturen.

Die bestehenden erheblichen Differenzen zwischen der AA/BO und dem zweiten bundesweiten autonomen Orientierungsmodell, dem Bundesweiten Antifa Treffen (BAT), verschärften sich im Rahmen der anhaltenden Debatte.

Die im BAT zusammengeschlossenen autonomen Gruppen, die sich weniger verbindlich organisieren und ohne starre Konzepte auskommen wollen, stehen den für das autonome Selbstverständnis relativ straff organisierten Strukturen der AA/BO seit langem kritisch gegenüber. Ob eine erneute Zusammenarbeit zwischen BAT und

AA/BO, wie zuletzt im Jahr 1997 bei der gemeinsamen Koordinierung von Gegenaktionen zu den von Rechtsextremisten initiierten Aufmärschen zum Rudolf-Heß-Gedenktag, möglich sein wird, erscheint gegenwärtig unwahrscheinlich.

RZ-Kampagne

Trotz der internen Auseinandersetzungen gelang es der AA/BO im April unter Federführung der AA(M), eine Solidaritätskampagne zugunsten der ehemaligen Revolutionären Zellen (RZ) sowie der entsprechenden Frauenorganisation Rote Zora zu initiieren. Der Kampagne vorausgegangen waren bundesweite Hausdurchsuchungen, unter anderem in Niedersachsen und Berlin sowie Festnahmen von Personen, die im Verdacht stehen, als ehemalige Angehörige der RZ/Rote Zora von 1985 bis 1993 an Anschlägen beteiligt gewesen zu sein.

Charakteristisch für die RZ/Rote Zora war im Gegensatz zur linksterroristischen Rote Armee Fraktion (RAF) das ausgeprägte Bemühen um Vermittelbarkeit und Akzeptanz ihrer Aktionen. Ihr Konzept eines „sozialrevolutionären Kampfes“ gegen den „imperialistischen Staat“ sollte so lange wie möglich aus der Legalität heraus umgesetzt werden („Feierabend-Terrorismus“). Zu diesem Zweck sollten sich die RZ nach dem Zellenprinzip mit Handlungsspielraum für die einzelnen Gruppen organisieren.

Im Rahmen einer Beitragsserie in der Publikation EinSatz! rechtfertigt die AA(M) die Militanz der RZ/Rote Zora:

„Eine Politik der bewaffneten Propaganda, die verdeutlicht, dass Ausbeutung und Unterdrückung konsequent bekämpft gehören, kann nur dann Wirkung entfalten, wenn die

Grenze nicht vom Gewaltmonopol – juristisch wie polizeilich – bestimmt wird. Die Funktion ist so einfach wie offensichtlich: zu einer Perspektive linker Politik gehört die Möglichkeit des Eingreifens auf allen Ebenen.“

(EinSatz!, Nr. 46, Juni/Juli 2000)

Für die AA(M) ist demnach das Scheitern der Organisationen RZ/Rote Zora nicht gleichbedeutend mit dem Scheitern ihres Konzeptes (EinSatz!, Nr. 44, April 2000).

Aus Sicht der AA/BO dient das Verfahren gegen RZ/Rote Zora-Mitglieder der Zerschlagung des bisher vom Zugriff der „staatlichen Repression“ noch am wenigsten betroffenen Teils der „bewaffneten Linken“. Diese Linke erlebe nun die Abwicklung eines wichtigen Teils ihrer Nachkriegsgeschichte.

Die Solidaritätskampagne der AA/BO nimmt die Auseinandersetzung um die Bedeutung der RZ zum Anlass, auch die Freilassung der letzten sechs Gefangenen der ehemaligen RAF zu fordern:

„Ohne die bedingungslose Freilassung der politischen Gefangenen kann keine offene gesellschaftliche Debatte um die Geschichte des bewaffneten Kampfes geführt werden.

... Solange die Gefangenen symbolisch und tatsächlich für den Staat als Faustpfand für die Unmöglichkeit grundsätzlicher Kritik an den bestehenden Verhältnissen (dienen), wird jede Auseinandersetzung um die bewaffnete Politik der 70er/80er Jahre mit der Frage der Gefangenen verknüpft sein.

Zunächst heißt es, ... eine Politik zu verteidigen, die für Widerstand gegen ein unmenschliches System und für eine Perspektive jenseits von Ausbeutung und Unterdrückung steht.“

(Internetveröffentlichung zur Solidaritätskampagne „Freiheit für die Gefangenen aus der RZ/Rote Zora“, April 2000)

Medien der autonomen Szene

Die regional und überregional erscheinenden Publikationen autonomer und anderer linksextremistischer Gruppierungen stellen ein wichtiges Kommunikationsmittel innerhalb der autonomen Bewegung dar. Teils konspirativ hergestellt und verbreitet, dienen sie als Diskussionsforum zur Herstellung einer „Gegenöffentlichkeit“. Zunehmend größere Bedeutung haben bei den Autonomen das Internet mit Mailinglisten und E-Mail-Anschlüssen sowie Handys, mit denen sie bei ihren Aktionen Telefonalarmketten auslösen. Mailboxsysteme, Infoläden und autonome Jugendzentren nutzen sie ebenfalls zur Kommunikation und Entwicklung einer „Gegenöffentlichkeit“.

Bei der Planung und Vorbereitung von Aktionen sowie Demonstrationen kommt ihnen auch eine wichtige Rolle zu. Info- und Kontaktstellen für die autonome Szene in Niedersachsen sind das Alhambra in Oldenburg, das Antifaschistische Café in Braunschweig, das Juzi und der Rote Buchladen in Göttingen sowie das Unabhängige Jugendzentrum Kornstraße in Hannover.

In autonomen Publikationen werden Aktions- und Demonstrationsaufrufe, Diskussionspapiere, aber auch Selbstbezeichnungen zu Tatanschlägen sowie „Bastelanleitungen“ zu Sabotagemitteln veröffentlicht. Die von unbekanntem Verfassern herausgegebenen Broschüren „Direkte Aktion“ oder „Die kleine Blockadefibel“ enthalten Hinweise auf Blockadetechniken sowie Anleitungen zum Herstellen von „Handschellen“, „Jacken-Schlaufen-Handschellen“, „Armrohren“ oder „Tripods – Dreibeine aus Metall“.

Eine der maßgeblichen überregionalen Schriften der autonomen Bewegung ist die seit 1988 wöchentlich erscheinende Berliner Publikation INTERIM, die die autonomen Themen-

schwerpunkte Antifaschismus und Antimperialismus widerspiegelt.

Einen weiteren Schwerpunkt bildet die Thematisierung militanter Aktionen. In einer Sonderausgabe (Nr. 498 vom 30. März) veröffentlichte die INTERIM unter dem Titel „Runder Tisch der Militanten – Die RZ, die Vergangenheit und die Zukunft militanter Politik“ einen Beitrag über Ziele und Perspektiven des militanten revolutionären Kampfes. In dem Beitrag, der ein Gespräch zwischen fünf „militanten AktivistInnen verschiedener Herkunft“ wiedergibt, bekennen einige der Gesprächsteilnehmer, auch an militanten Aktionen – beispielsweise an Brandanschlägen auf Kraftfahrzeuge – beteiligt gewesen zu sein. Als „antifaschistischen Widerstand“ propagiert der Beitrag den direkten Angriff auf die Infrastruktur der „organisierten Nazis“, z. B. Druckereien, Autos, Treffpunkte, Kneipen und Plattenläden. Die Bereitschaft von Autonomen zur Militanz wird deutlich in der grundsätzlichen Befürwortung des „politischen Mordes“, der unter bestimmten politischen Voraussetzungen als legitim betrachtet wird:

„Wir sind nicht in der Situation, Menschen zu erschießen. ... Für die Zukunft kann das jedoch grundsätzlich bei einer Verschärfung der gesellschaftlichen Verhältnisse (wie z. B. Diktatur oder Faschismus) nicht ausgeschlossen werden. Der Zeitpunkt, dieses Mittel anzuwenden, und die Auswahl derer, die zu liquidieren sind, müssen jedoch genau, sehr genau diskutiert werden. ... Politischer Mord ist und sollte das letzte und unausweichliche Mittel sein, um weiteres Verbrechen zu verhindern, um weiteres Menschenleben zu retten.“

(INTERIM, Nr. 498, 30.03.2000)

Bei der Frage nach den Perspektiven militanter Kampfes propagiert dieser

- Abbestellung**
- Diese Zeitschrift gibt es nicht mehr. Bitte den Abbestellungsantrag an die Redaktion senden.
 - Bitte um 10,- € für die Abbestellung.
 - Bitte um 10,- € für die Abbestellung.
 - Bitte um 10,- € für die Abbestellung.
 - Bitte um 10,- € für die Abbestellung.

Seite: Nazi-Aufmarsch in Göttingen am 15. April 2000

Nicht nur Nazi-Aufmärsche...

15 Göttingen, den 15. April 2000. Bei der Demonstration am 15. April 2000 in Göttingen gegen die Nazis und die rechtsextremistische Bewegung, die sich als "EinSatz" bezeichnet, haben sich viele Menschen an der Demonstration beteiligt. Die Nazis zogen mit ihren Fahnen und Schreihäusern durch die Stadt. Die Polizei hat versucht, die Demonstration zu verhindern, aber die Demonstranten haben sich nicht beugen lassen. Die Demonstration wurde von der Polizei aufgelöst, aber die Demonstranten haben sich nicht beugen lassen.

Die Polizei hat versucht, die Demonstration zu verhindern, aber die Demonstranten haben sich nicht beugen lassen. Die Demonstration wurde von der Polizei aufgelöst, aber die Demonstranten haben sich nicht beugen lassen.



15. April 2000: Demonstration gegen die Nazis in Göttingen.

Die Demonstration wurde von der Polizei aufgelöst, aber die Demonstranten haben sich nicht beugen lassen. Die Demonstration wurde von der Polizei aufgelöst, aber die Demonstranten haben sich nicht beugen lassen.

Die Demonstration wurde von der Polizei aufgelöst, aber die Demonstranten haben sich nicht beugen lassen. Die Demonstration wurde von der Polizei aufgelöst, aber die Demonstranten haben sich nicht beugen lassen.

Die Demonstration wurde von der Polizei aufgelöst, aber die Demonstranten haben sich nicht beugen lassen. Die Demonstration wurde von der Polizei aufgelöst, aber die Demonstranten haben sich nicht beugen lassen.

Kampf 1. Teil

Am 15. April 2000 in Göttingen. Die Demonstration gegen die Nazis und die rechtsextremistische Bewegung, die sich als "EinSatz" bezeichnet, haben sich viele Menschen an der Demonstration beteiligt.

Fight Back!

Antifaschistisches (Jugend) Info Braunschweig

Nazis auf's Maul ...



ist die beste "Zivilcourage"!

August/September 2000

ALHAMBRA

Januar 2000

Zeitung und Programm

Demonstration
Kein Raum für Nazis!
29.01
13 Uhr Schlossplatz 01

Text die Einbeziehung „neuer Technologien“ („auch in diesem Bereich widerständig die Herrschenden (zu) bekämpfen, auch mit ihren eigenen Waffen und ihrer eigenen Technologie.“).

Neben den Themenfeldern Antifaschismus, Antirassismus und Anti-Castor stellt der Beitrag als weitere thematische Optionen für militante Aktionen die Verhinderung der Fußballweltmeisterschaft 2006 in Deutschland („eine schöne Prestige- und Image-Schädigung!!!! Dies könnte vielleicht ein Erfolg wie bei der Anti-Olympia-Kampagne werden“) sowie die Zwangsarbeiterentschädigung dar („die deutschen Firmen, die sich weigern, den ZwangsarbeiterInnen freiwillig minimale Entschädigung zu zahlen, an(zu)greifen – von Bosch zu Porsche.“).

Verschiedene Druckschriften, die in den vergangenen Jahren bereits unregelmäßig und in größeren Abständen herausgegeben worden waren, erschienen im Berichtsjahr z.T. nicht mehr. Dazu gehört die überregionale radikal, die letztmalig 1999 eine Ausgabe herausbrachte, sowie die in Göttingen für die jugendliche Leserschaft konzipierte und kostenlos verbreitete BRAST, eine „offensive jugendinformation“. Ebenfalls ihr Erscheinen eingestellt haben die bisher in Oldenburg verbreitete Zeitschrift NO RESPECT der nicht mehr existenten Autonomen Antifa Weser-Ems sowie die von der autonomen Antifaschistischen Aktion Oldenburg als „Jugendinfo für Oldenburg und umzu“ herausgegebene Zeitschrift Revolution Inside.

Im Raum Oldenburg ist die nach dem gleichnamigen Aktions- und Kommunikationszentrum in Oldenburg benannte, bereits in den achtziger Jahren gegründete monatlich erscheinende Zeitung alhambra das bekannteste Diskussionsforum. Die Zeitung wird nach



eigenen Angaben u. a. unterstützt von der Antifaschistischen Aktion Oldenburg, der DKP Oldenburg sowie der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ) Oldenburg. In der sich selbst als „Programm und Zeitung“ bezeichnenden Publikation werden zu den für die autonome Szene Oldenburgs relevanten Aktionsfeldern Beiträge und Termine veröffentlicht. Bedeutendstes autonomes Aktionsfeld war in Oldenburg der Antifaschismus –

nicht zuletzt aufgrund der in Oldenburg immer stärker werdenden Auseinandersetzungen zwischen links- und rechtsextremistischen Gruppen. Unter der Überschrift „Antifa Aktuell“ berichtet die Schrift kontinuierlich in jeder Ausgabe über Aktionen von und gegen „Nazis“. Als ideologische Kernthese des militanten Antifaschismus wird der Faschismus als eine allen kapitalistischen Systemen immanente Erscheinung beschrieben:

„Eigentlich (liegt) die Wurzel der faschistischen Menschenverachtung im kapitalistischen System. Der antifaschistische Widerstand muss auch den Ursprung des Problems bekämpfen und nicht nur die Spitze des Eisbergs.“

(alhambra, Februar 2000)

Die bereits seit Ende der 80er Jahre in Hannover erscheinende RAZZ – Zeitung für ein radikales Hannover – hatte ihren thematischen Schwerpunkt in den vergangenen Jahren auf den EXPO-Widerstand ausgerichtet und insbesondere Beiträge der hier engagierten, dem autonomen Spektrum zuzuordnenden Anti-EXPO-AG aus Hannover veröffentlicht. Im Verlauf der EXPO 2000 entwickelte sich die RAZZ jedoch zu einem Diskussionsforum, das in einer Nachlese die größtenteils ohne besondere Öffentlichkeitswirksamkeit verlaufenen Aktionen des EXPO-Widerstandes beschrieb.

Für den Bereich Göttingen stellen weiterhin die seit 1995 monatlich erscheinende EinSatz! Zeitung für autonome Politik Göttingen sowie die göttinger Drucksache regionale Diskussionsforen dar, die den zentralen autonomen Themenfeldern Antifaschismus und Antirassismus breiten Raum widmen. So zitiert EinSatz! eine maskierte Rednerin der Autonomen Antifa (M) anlässlich einer Demonstration am 29. Januar in Göttingen und bringt damit erneut die dem autonomen Antifa-



schismus-Begriff zugrundeliegende Systemgegnerschaft zum Ausdruck:

„Antifaschistischer Widerstand gegen Nazis bedeute auch immer Widerstand gegen die totalitaristischen Phrasen bürgerlicher Parteien.“

(EinSatz!, Nr. 43, Februar 2000)

Im Zusammenhang mit den autonomen Aktionen zum 1. Mai beschreibt EinSatz! die grundlegende Ablehnung des als „herrschende Verhältnisse“ umschriebenen politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland sowie die Distanzierung von der demokratischen Linken:

„Die revolutionäre Linke wird auch in diesem Jahr den 1. Mai nutzen, um ihren entschiedenen Widerstand gegen die herrschenden Verhältnisse gegen jene ins Feld zu führen, die sich mit diesen Verhältnissen schon lange arrangiert haben.“

(EinSatz!, Nr. 44, April 2000)

Im der göttinger Drucksache wird regelmäßig die Frage der Militanz durch die autonome Szene auch überregional reflektiert. In verschiedenen Diskussionsbeiträgen zur „Theorie und Praxis einer neuen antikapitalistischen (?), ... militanten (?) und kreativen (?) Bewegung (?) gegen den Neoliberalismus“, die quasi als Nachbetrachtung zum so genannten „global action day“ am 26. September in Prag in der Ausgabe Nr. 380 vom 27. Oktober unter der Überschrift „Seattle, Prag, Befreiung? – Zu Risiken und Nebenwirkun-

gen einer linken Massenbewegung“ veröffentlicht wurden, werden Eskalation der Auseinandersetzungen und Militanz als „erstrebenswert“ dargestellt.

Darüber hinaus wird immer wieder direkt zu militanten Aktionen aufgerufen. Eine „Dokumentation“ unter der Überschrift „Maul auf & auf's Maul“ beinhaltet den konkreten Aufruf zu Militanz, zu strafbaren Handlungen gegenüber rechtsextremistischen politischen Gegnern sowie gegenüber der Polizei, wenn diese zulässige Demonstrationen von Neonazis schützen muss:

„... unverzichtbar, daß gegen den erneuten versuch der nazis, in göttingen zu marschieren ... entschlossen demonstriert wird. ... wir müssen mit ALLEN mitteln verhindern, daß sie ungestört (wenn überhaupt ...) durch göttingen marschieren! daher fordern wir euch auf, euch in kleingruppen zu organisieren und militant gegen den aufmarsch vorzuge-

hen. ... auch das perfektteste bullenkonzept hat schwachpunkte. decken wir sie auf, schlagen wir zu: schnell, flexibel, effektiv, hinterhältig.“
(göttinger Drucksache, Nr. 363, 07.01.2000)

Das für den Raum Braunschweig bisher lediglich in Papierform regelmäßig herausgegebene Antifaschistische (Jugend) Info Braunschweig – Fight Back! ist inzwischen auch im Internet vertreten. Die Braunschweiger Publikation kann dem Antifaschistischen Plenum/ Jugend Antifa Aktion (AP/JAA), das bis zum Frühjahr noch Mitglied der AA/BO war, zugerechnet werden. Die nach eigenen Angaben kostenlos an Schulen, Jugendzentren und in Kneipen verteilte Zeitung hat wie bisher den Antifaschismus als Schwerpunkt.

NAZIAUFMÄRSCH NEUE MITTE NATIONALER KONSENS
... KIPPEN!

samstag | 15. april 2000 | göttingen
demonstration | gegen den naziaufmarsch
ab 9 uhr | platz der synagoge

Aktionsfelder Antifaschismus und Antirassismus

Der militante Antifaschismus ist das zentrale Aktionsfeld autonomer Bestrebungen. Staat und Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland werden in einer ungebrochenen faschistischen Tradition des NS-Regimes gesehen, dessen ökonomische und politische Strukturen erhalten geblieben und weiterentwickelt worden seien. Antifaschistisch motivierte Aktionen konzentrieren sich demnach nicht nur auf rechtsextremistische Organisationen, sondern auch auf das diese Strukturen angeblich fördernde kapitalistische System. Faschismus gilt militanten Autonomen als eine kapitalistischen Systemen immanente Erscheinung. Über die politische Instrumentalisierbarkeit hinaus erfüllt der „antifaschistische Kampf“ eine wichtige organisationsinterne Funktion: er ist für den Zusammenhalt des autonomen Spektrums von herausragender Bedeutung.

Exemplarisch für dieses Verständnis von Antifaschismus ist die im Herbst im Internet veröffentlichte Selbstdarstellung des Braunschweiger Antifaschistischen Plenums (AP/JAA):

„Konsequente antifaschistische Politik, die auch eine militante Praxis einschließt, führt zwangsläufig zu einer Konfrontation mit dem bürgerlichen Staat, sei es durch das Vorgehen des Staatsapparat(s), sei es durch die Auseinandersetzung mit dem staatlichen Rassismus oder die Beschäftigung mit dem historischen Faschismus und seinen Kontinuitäten.“

Als wichtig werde erachtet, die behaupteten Kontinuitäten des BRD-Imperialismus zum Faschismus aufzudecken und dadurch deutlich zu machen, dass der antifaschistische Kampf sich nicht auf „Anti-Nazikampf“ beschränken könne, sondern ebenso den

Kampf gegen Militarismus, Geschichtsrevisionismus und Imperialismus einschließen.

Anlässlich einer Demonstration gegen die NPD am 15. April in Göttingen verdeutlichte die Autonome Antifa (M) in einem Flugblatt ihre revolutionär-antifaschistischen Positionen. Der über den eigentlichen Demonstrationsanlass hinausgehende systemkritische Ansatz wird deutlich in der Formulierung der Gegnerschaft zum kapitalistischen System, das es als die Wurzel des Faschismus anzugreifen gelte. Faschisten bekämpfen bedeute, den „nationalen Konsens von Faschisten, Reaktionären und neuer Mitte zu kippen.“

Durch den engagierten Kampf demokratischer Organisationen und staatlicher Behörden gegen den militanten Rechtsextremismus hat die autonome Szene die mit ihrem „antifaschistischen“ Kampf teilweise erreichte öffentliche Beachtung eingebüßt.

Durch den Anstieg rechtsextremistisch motivierter Straftaten, menschenfeindliche Gewalttaten und die NPD-Verbotdiskussion wurde der Rechtsextremismus zu dem die innenpolitische Diskussion bestimmenden Thema. In der Auseinandersetzung über Ursachen und Bekämpfungsmöglichkeiten des militanten Rechtsextremismus engagierte sich das gesamte demokratische Spektrum. Den Autonomen wurde damit teilweise faktisch ein Aktionsfeld beschnitten, das sich von allen Themenfeldern am besten zur linksextremistischen Profilierung eignete und gleichzeitig in der Gesellschaft am leichtesten vermittelbar war. Befürchtungen von Autonomen um den Erhalt ihrer „antifaschistischen“ Exklusivität sowie der Vermittelbarkeit ihrer Positionen werden in einem Beitrag in der Göttinger autonomen Publikation *Ein Satz!* offen angesprochen, indem Bundes- und Landesregierung sowie demokratischen und gesellschaftlichen

Organisationen die Kompetenz im Kampf gegen den militanten Rechtsextremismus abgesprochen wird.

Gegen dieses als „bürgerlichen Antifaschismus“ diffamierte Engagement gegen Rechtsextremismus grenzt sich die AA(M) in einem im August/September veröffentlichten Flugblatt „alle gegen nazis!?“ ab. Der „bürgerliche Antifaschismus“ ziele lediglich auf den Schutz des Wirtschaftsstandortes Deutschland:

„Ein bürgerlicher Staat kann weder Rassismus noch `Rechtsextremismus` wirkungsvoll bekämpfen, sondern bringt beide selbst mit hervor. Sich gegen die Nazis als Erscheinungen der bürgerlichen Gesellschaft zu richten, ist nur als Widerstand gegen den Staat möglich. Nur der Kampf gegen die Wurzeln, aus denen nicht nur die braune Brut erwächst, bietet eine tatsächliche Perspektive auf Befreiung – nicht nur von den Nazis. Die Aufgabe, vor die uns ein in diesem Sinne ernstgenommener Antifaschismus stellt, ist der Aufbau einer Form von Gesellschaftskritik – nichts anderes also als revolutionärer Widerstand.“

Die grundlegende autonome Behauptung eines systembedingten Faschismus und damit – in der Konsequenz – eines notwendigerweise systemüberwindenden Antifaschismus wird deutlich in einer Stellungnahme der AA(M):

„Konfrontative Politik erfordert hier nicht die Debatte als verlogene Abzuntun, sondern sie zu forcieren. Erfasst die Analyse inzwischen durchaus den rassistischen Konsens in breiten Schichten der Bevölkerung, bleibt bürgerlicher Antifaschismus in der Konsequenz letztlich hilflos; er kann kaum zu den Wurzeln des Übels vordringen, ohne die Systemfrage zu stellen.“

(EinSatz!, Nr. 47, Oktober 2000)

Der von den Autonomen verwendete Antifaschismus-Begriff umfasst auch den von ihnen unterstellten „Rassismus der demokratischen bürgerlichen Mitte“, der in einen angeblichen Zusammenhang mit neonazistischen Bestrebungen gebracht wird.

„(Es ist) schon immer Teil linker, antifaschistischer Politik (gewesen), die Zusammenhänge zwischen den Nazis auf der Straße, dem `normalen` Rassismus der `anständigen` Durchschnittsbürger und der rassistischen Hetze der Schreibtischtäter und geistigen Brandstifter aus der demokratischen bürgerlichen Mitte gegen Flüchtlinge und MigrantInnen aufzuzeigen und anzugreifen“

(Aufruf des Antifaschistischen Plenums (AP/JAA) Braunschweig zu einem antifaschistischen Stadtrundgang am 21. Oktober)

Das zentrale Aktionsfeld der Autonomen stellten militante, antifaschistische Aktionen gegen rechtsextremistische Veranstaltungen dar. Exemplarisch hierfür stehen militante Übergriffe Autonome auf NPD-Informationsstände. Auch an Demonstrationen gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, wie sie beispielsweise in Göttingen durchgeführt wurden, nahmen zahlreiche Autonome teil. Charakteristisch für das Vorgehen der Autonomen bei diesen Aktionen ist das Bemühen um verstärktes Zusammengehen mit nichtextremistischen Gruppen in Aktionsbündnissen, durch die sie zwar ihren Aktionsradius erhalten, durch die sie aber auch einen Konturenverlust ihrer eigenen Positionen befürchten:

„In der Praxis bedeutet das, dass linksradikale Positionen in Anti-Nazi-Bündnissen zunehmend unter der großen miefig-warmen, Wir-Antifaschisten-Decke verschwinden, die man sich dann auch noch mit der Bundesregierung teilen muss. Die

politische Verortung der Antifa findet aber leidigerweise nach wie vor maßgeblich über den Kampf gegen Nazis statt.“

(EinSatz!, Nr. 49, Januar 2001)

Das Zusammengehen mit demokratischen Organisationen fordert den Autonomen, zumindest nach außen, eine taktische Kompromissbereitschaft ab. Im Ergebnis hat diese Taktik die Verwischung des eigenen Profils zur Folge. Dieses gilt um so mehr, als die autonome Szene zur Zeit mehr durch Aktionismus als durch inhaltliche Diskussionen gekennzeichnet ist. Nach einem im Oktober im Internet veröffentlichten Strategiepapier des autonomen Bündnis gegen Rechts (BgR) aus Leipzig darf Bündnispolitik nur unter der Prämisse der intensiven Auseinandersetzung und des Beharrens auf eigenen inhaltlichen Positionen betrieben werden:

„Wir möchten hiermit nicht generell gegen Bündnisarbeit plädieren Jedoch warnen wir vor einer Bündnisarbeit um der Masse willen, einem blinden Aktionismus, der jegliche eigene inhaltliche Positionierung und Problematisierung aufgibt und die TäterInnen aus ihrer Mitschuld an den deutschen Zuständen entlässt.“
(Strategiepapier Bündnis gegen Rechts (BgR) aus Leipzig, Internet im Oktober)

Der von den Autonomen propagierte „antifaschistische Kampf“ umfasst auch gewalttätige Angriffe auf Rechtsextremisten, die mit dem Begriff „antifaschistische Selbsthilfe“ verharmlost werden.

- In einem einer Zeitung zugesandten Schreiben bekannten sich Autonome zu einem Brandanschlag auf einen PKW in Hannover am 1. März. In ihrem Selbstbekennungsschreiben, das auch in der Märzausgabe der Hannoverschen Szenezeitschrift RAZZ abgedruckt wurde, nahmen die Verfasser Bezug auf einen in der

Berliner autonomen Publikation INTERIM dargestellten Brandsatz. Den Halter des Fahrzeuges bezeichneten die Verfasser unter Namens- und Adressennennung als Rechtsextremisten, der sich im „Nazi-Hooligan-Milieu“ bewege und zur „Schutztruppe“ des bekannten Neonazi Thorsten HEISE gehöre. Das Schreiben endete mit der Aufforderung zu weiteren Straf- und Gewalttaten:

„Antifaschistische Praxis verstärken!“

- Vermutlich als Reaktion auf eine von einem Rechtsextremisten angemeldete Demonstration der NPD-Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten (JN) in Verden wurde im Januar auf dessen PKW ein Anschlag verübt, indem die Bremsleitungen durchtrennt wurden.
- Neben den direkten Angriffen auf Personen des rechtsextremistischen Spektrums gehört das gezielte steckbriefähnliche Kenntlichmachen von vermeintlichen oder tatsächlichen Rechtsextremisten zu den Varianten des von Autonomen propagierten „antifaschistischen Kampfes“. Das so genannte „Outen“ umfasst die Veröffentlichung aller verfügbaren, im Detail genau recherchierten persönlichen Daten sowie die umfassende Darstellung der rechtsextremistischen Aktivitäten.
- Am 25. März war der Wohnsitz eines JN-Funktionärs in Oytzen bei Bremen Ziel einer militanten Aktion teilweise verummter Autonome. Die etwa 45 Aktivisten verteilten Flugblätter mit dem Bild des Rechtsextremisten und Informationen über dessen Aktivitäten. Die Garagenwand wurde mit der Parole „Nazis raus“ besprüht, die Hauswand mit steckbriefartigen Plakaten mit der Überschrift „Achtung Nazi“, dem Bild des Betroffenen und dem Zusatz „Lasst ihm keine Ruhe. Keine Toleranz für Neonazis“ beklebt. Verantwortlich hierfür zeich-

neten „Antifaschistische Gruppen“.

- In einem Oldenburger Kaufhaus, dem Arbeitsplatz eines stadtbekanntesten Rechtsextremisten, verteilten Autonome Flugblätter, in denen ein Lichtbild des Betroffenen abgebildet und er als aktives Mitglied der örtlichen Nazi-Szene bezeichnet wurde. Mit diesen Aktionsformen sollen die „Täter aus ihrer Anonymität“ geholt und ihrer angeblichen „Scheinheiligkeit als brave Bürgerinnen und Bürger“ entkleidet werden.
- Eine auf den Raum Göttingen begrenzte, aufwendige Plakataktion veröffentlichte unter der Überschrift „Schlagzeile“ die vollständigen Namen und Lichtbilder von vier führenden NPD-Mitgliedern. Der Hinweis auf mögliche Treffpunkte von Rechtsextremisten war als Aufforderung zu Übergriffen zu verstehen.

Die beiden Aktionsfelder Antifaschismus und Antirassismus stehen im ideologischen Verständnis der Autonomen in einem unmittelbaren Zusammenhang. Faschismus und Rassismus gelten in gleicher Weise als systemimmanent. Ebenso wie der Faschismus stellt Rassismus in der autonomen Weltanschauung eine folgerichtige, zwangsläufige Erscheinung des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland dar. Deshalb gehört der „Kampf gegen staatlichen Rassismus“ zu den propagandistischen Grundthemen der Autonomen. Der Widerstand gegen die staatliche Asylrechtspraxis stellt einen agitatorischen Schwerpunkt des Aktionsfeldes Antirassismus dar. Die AA(M) kritisiert die Asylrechtspraxis der Abschiebung abgelehnter Asylbewerber als Form „staatlichen Rassismus“:

„Abschiebung, Abschiebehaft, und Illegalisierung sind eine ständige Bestätigung der Teilnehmer am deutschen Staatsvolk als höherwertige Menschen. So wird die mörderische Praxis dann auch verstanden

und die deutsche Identität bleibt konsensual an Blut und Boden geknüpft. Dieser Staat bringt somit Rassismus selbst hervor.“

(EinSatz!, Nr. 47, Oktober 2000)

Als besonderen Ausweis rassistischer Politik begreifen Autonome die so genannte Residenzpflicht, die Flüchtlingen und Asylbewerbern verbietet, ohne Genehmigung den ihnen von den Behörden als Aufenthaltsbereich zugewiesenen Landkreis zu verlassen. Zu den antirassistisch motivierten Aktionen zählt die unter dem Motto „Deportation Class – gegen das Geschäft mit Abschiebungen“ initiierte bundes-

FASCHISTENBEKÄMPFEN!

Nachgewiesene antifaschistische AA in Göttingen

zusammen, auf noch mehr abwärts, mit noch mehr mitreis.

Am 4. November 1999 demonstrierten 2000 Menschen, dass der überlegende Teil autonomer antifaschistischer aus der ganzen Welt, gegen einen geplanten Nazi-Marsch in Göttingen. Der Nazi-Anmarsch hat nicht statt, weil der politische Druck und der Druck auf der Straße so hoch war, aber werden wir aus nicht vor. Durch einen jahrelangen kontinuierlichen Kampf die Nazis nicht in die nächste Instanz vor die Oberverwaltungspraxis, selbst es für Göttingen und fast in jedem Fall, den Verlust der Nazi-Demonstration vermeiden.

Hierfür einen riesigen Polizeiaufgebot werden die Polizei eingesetzt. Denn nicht alle Abschiebungen anwesend Kräfte, die zu Blockaden aufgerufen haben, wenn verboten werden. Lediglich eine kleine Gruppe Demonstration – organisiert durch den IZD – können stattfinden. Von wollen die Funktionäre der NPD am Samstag, den 29. Januar 2000 ebenfalls den Versuch unternehmen, in Göttingen zu marschieren.

Jugendlich 1 Tag vor dem Jahrestag der Machtergreifung auf die Nationalsozialisten am 24. Januar 1933, angekündigt 2 Tage nach dem Jahrestag der Befreiung des KZ Auschwitz am 27. Januar 1945, wird die Funktionäre darauf aus, Werklich aufzutreten. Machen wir keine, der Gleichsetzung von Leben und Tod und dem Phänomen des Antifaschismus einen Schritt durch die Geschichte.

infotelefon: [M] antifa@antifa.gwdg.de

samstag - 29. januar 2000 - göttingen
ab 9 uhr kundgebungen antifaaktion demonstration
auf weiteren abschiebungen selbst

weite Kampagne gegen die Beteiligung der Lufthansa am „Abschiebebegegnung“. In einer über Internet verbreiteten Pressemitteilung wird sie als „willfähriger Handlanger der brutalen staatlichen Abschiebepaxis“ diffamiert. In diesem Begründungszusammenhang führten Autonome Protestaktionen gegen die Abschiebepaxis am Flughafen Hannover-Langenhagen durch.

Der Begriff Rassismus erfährt im autonomen Verständnis eine über die Benachteiligung aufgrund biologischer Unterschiede hinausgehende Definition. Im autonomen Verständnis umfasst Rassismus vielmehr den Mechanismus der Ausgrenzung von Minderheiten generell. Staatlicher bzw. gesellschaftlicher Rassismus zielt in der autonomen Argumentation ebenso auf soziale wie auf ethnische Minderheiten:

„Entscheidend ist die Einteilung in eine Gruppe, die mehr Rechte hat und sich überlegen fühlen darf (weiß, männlich, bürgerlich, wohlhabend, gesund und mittleren Alters) und Gruppen von ‚anders‘ definierten, die weniger Rechte bekommen ... Wer keinen deutschen Pass hat, braucht auch nicht wählen ..., bekommt einen Arbeitsplatz nur, wenn keine Deutsche den will, ... ist stets durch die drohende Vertreibung / Abschiebung disziplinierbar ... Rassismus funktioniert in enger Verbindung mit anderen Diskriminierungen wie Sexismus, Homophobie und Klassegegensatz. Diese Formen von Diskriminierung verstärken sich gegenseitig und zersplittern die Gesellschaft in flexibel abgestufte Teilgruppen, die in unterschiedlichstem Maße über Privilegien verfügen bzw. Repressionen ausgesetzt werden.“
(INTERIM, Nr. 512, 19.10.2000)

Maßstab für dieses autonome Begriffsverständnis von Rassismus ist dabei die utopische, anarchistische Ideologie ei-

ner von staatlicher Herrschaft freien Weltgesellschaft, die keine nationalen Grenzen kennt.

Autonome Aktivitäten gegen die Weltausstellung EXPO 2000

Nachdem Hannover den Zuschlag zur Ausrichtung der Weltausstellung bekommen hatte, entwickelte sich der Widerstand gegen die EXPO 2000 für die Szene zu einem Aktionsschwerpunkt von zunächst regionaler Bedeutung. Die Interpretation der EXPO 2000 als ein Symbol für die Auswüchse eines bekämpften Gesellschaftssystems bereitete die ideologische Voraussetzung für politisch motivierte Aktivitäten. Die seit 1990 von Hannover aus operierende Anti-EXPO-AG behauptete, Weltausstellungen seien schon immer „Selbstinszenierungen kapitalistischer Macht gewesen, die das Kulturverständnis der Herrschenden“ transportierten. Kritische Mitarbeit verschleierte nur die hinter der EXPO stehenden Kapitalinteressen und erschwerte es, auf Widersprüche und die vernichtenden Auswirkungen des kapitalistischen Systems hinzuweisen. Diese Argumentation zieht sich als Konstante durch alle von Autonomen gegen die EXPO publizierten Artikel und Schriften.

Den Ausführungen in der hannoverschen autonomen Zeitschrift RAZZ ist uns schwer anzumerken, dass auch der Widerstand gegen die Weltausstellung von der für das autonome Spektrum maßgeblichen „triple-oppression-Ideologie“ (Annahme einer staatlichen Unterdrückung des Menschen durch Patriarchat, Rassismus und Kapitalismus) getragen war:

„Wir stellen uns eine ganz andere Zukunft vor als die, die sie uns mit der EXPO verkaufen wollen. Gegen den patriarchalen, rassistischen und

anti atom aktuell

Zeitung für die sofortige Stilllegung aller Atomanlagen
Juni 2000 5,00 DM Nr. 123



kapitalistischen Zukunftsentwurf und den Bauplan der Konzerne, Regierungen, Technokraten für ihre 'Schöne Neue Welt' setzen wir weltweiten Widerstand von Atomkraft-

gegnerInnen bis Zapatistas⁴¹, von antipatriarchal bis zersetzend."

(RAZZ, Nr. 123, Mai/Juni 2000)

Seit 1998, als sich abzeichnete, dass sich die Ausrichtung der Weltausstellung nicht mehr würde verhindern lassen, konzentrierte sich die Anti-EXPO-AG auf die Ausdehnung und bundesweite Vernetzung des Anti-EXPO-Protests mit der Intention, ihn über den

⁴¹ Sozialrevolutionäre indianische Landarbeiterbewegung in Mexiko.

mittelbaren Anlass hinaus zu einem Kristallisationspunkt für gesellschaftliche Gegenentwürfe weiterzuentwickeln.

Ganz im Sinne der thematischen Ausdehnung verband die regionale autonome Szene in Hannover den Widerstand gegen die Weltausstellung mit dem „Kampf gegen Umstrukturierung“, der sich gegen die angebliche „Säuberung“ der hannoverschen Innenstadt für die EXPO richtete. Im Rahmen einer gezielten Standortpolitik, lautete der Vorwurf, erfolge die Ausgrenzung sozial benachteiligter Bevölkerungsschichten. Diejenigen, die sich „unangepasst, nicht konsumierend und widerständig“ verhielten, würden „aussortiert“.

Initiiert von Angehörigen des EXPO-Widerstandes in der Region Hannover fanden von Dezember 1998 bis Mai 2000 acht „bundesweite Anti-EXPO-Treffen“ statt, auf denen konkrete Strategien des Widerstandes ent-

wickelt werden sollten. Anstelle zentral organisierter Großaktionen favorisierte der EXPO-Widerstand das so genannte Kleingruppenkonzept, dem zufolge Aktionen von „autonom handlungsfähigen Gruppen und Zusammenhängen“ getragen werden sollten. Die Aktionen selbst sollten sich in subversiver Form vorrangig gegen zentrale Punkte der hannoverschen Infrastruktur richten.

Der Schwerpunkt der Aktivitäten gegen die EXPO sollte sich auf die Eröffnungswoche der Weltausstellung konzentrieren. Einem Aufruf zu einer Großdemonstration am 27. Mai in Hannover folgten statt der erhofften 2.000 lediglich 1.000 Personen, die überwiegend dem linksextremistischen autonomen Spektrum zuzurechnen waren. Der von den Autonomen als „Blockade- und Aktionstag“ gekennzeichnete Eröffnungstag am 1. Juni selbst war von mehreren Aktionen insbesondere im Großraum Hannover geprägt. So



wurden Autoreifen auf der Autobahn A 2 und auf Bahnstrecken verbrannt, Hakenkrallenanschlüge auf eine Bahnstrecke und eine Stadtbahnlinie, Blockaden von Straßenkreuzungen, Sabotage an Fahrscheinautomaten und Abschlaktionen von einer Brücke in den fließenden Straßenverkehr am EXPO-Gelände vorgenommen. An einer Sponsandemonstration am Abend des 1. Juni beteiligten sich ca. 350 Personen. Insgesamt wurden am 1. Juni in Hannover über 300 Personen in Gewahrsam genommen. Die Strafverfolgungsbehörden leiteten gegen mehr als 200 überwiegend nicht aus Hannover stammende Personen Ermittlungen ein.

Die sich dem Eröffnungstag anschließenden „Innenstadtaktionstage“ vom 2. bis 4. Juni blieben ohne größere öffentliche Resonanz. In der folgenden Zeit verlor der EXPO-Widerstand immer mehr an Bedeutung. Zwar waren noch einige Nationentage von Protesten begleitet, eine überregionale Beteiligung an den Aktionen jedoch blieb aus. Hierin kommt zum Ausdruck, dass es dem autonomen Spektrum trotz mehr als einjähriger bundesweiter Vorbereitung nicht gelungen ist, in den eigenen Reihen für die Notwendigkeit des Kampfes gegen die Weltausstellung zu mobilisieren. Die Weltausstellung eignete sich offensichtlich weit weniger für den Kampf gegen die von den Autonomen bekämpfte Gesellschaftsordnung als Aktivitäten gegen rechtsextremistische Bestrebungen.

Aktionsfeld Kampagne gegen Kernenergie und Castor-Transporte

Agitationen und Aktionen gegen die friedliche Nutzung der Kernenergie bilden für das autonome Spektrum seit zwanzig Jahren ein zentrales politisches Aktionsfeld. Autonome Linksex-

tremisten hoffen, als Trittbrettfahrer vom breiten Bürgerprotest profitieren zu können. Handelt es sich beim Engagement der übergroßen Mehrheit um einen Protest innerhalb der verfassungsmäßigen Ordnung, wenn auch z. T. in Verbindung mit bewusst begangenen Gesetzesverstößen, so verfolgen Linksextrémisten mit ihren Aktivitäten systemüberwindende Zielvorstellungen. Für sie stellt die politische und gesellschaftliche Ordnung der Bundesrepublik Deutschland ausschließlich ein von Kapitalinteressen dominiertes System dar, das aus einer inneren Logik heraus „menschenverachtende“ Erscheinungen wie die Kerntechnologie hervorbringt. Wer das Ende der friedlichen Nutzung der Kernenergie herbeiführen will, muss daher aus Sicht der Autonomen die eigentliche Ursache, das politische System, überwinden.

So argumentiert z. B. die Publikation *anti atom aktuell*. In einem Beitrag weist eine „Solidaritätsgruppe Goldene Hakenkralle“ darauf hin, dass sie „schon ein sehr ernsthaftes Anliegen“ haben, das sich „gegen die bestehenden Herrschaftsverhältnisse“ richtet. Nach eigener Aussage geht es nicht nur darum,

„ ... die Atomtechnologie zu stoppen – und zu glauben, danach ist alles in Ordnung – sondern es geht uns um eine Gesellschaft, in der u. a. diese menschenverachtende Technologie keinen Platz hat. Die Atomtechnologie ist nicht ein Fehler, sondern konsequenter Ausdruck dieser herrschenden Verhältnisse.“

(*anti atom aktuell*, Nr. 112, Juli 2000, S. 50ff)

Die Autonomen haben zwar immer wieder Militanz in die Auseinandersetzungen hinein getragen, mit ihrer ideologischen Sichtweise den Protest der Anti-Atombewegung aber nicht dominieren können. Von ihrem Engagement versprochen sie sich stets, eine



Massenbasis für ihre Zielsetzungen zu gewinnen bzw. der Vorreiter einer Massenbewegung zu sein. In diesem Sinne nutzten Linksextremisten den vom 26. bis 29.03.2001 durchgeführten CASTOR-Transport. Linksextremistische bzw. linksextremistisch beeinflusste Gruppen, darunter die Initiative X-tausendmal quer überall, die Deutsche Kommunistische Partei Niedersachsen, Linksruck sowie das Anti-Atom-Plenum Berlin unterstützten Aufrufe zur Teilnahme an der Auftaktkundgebung gegen den CASTOR-Transport am 24. März 2001 in Lüneburg. Aufrufe aus dem autonomen Spektrum zur Teilnahme an der Veranstaltung wurden im gesamten Bundesgebiet sowie aus Dänemark bekannt. Obwohl einige Redner zu militanten Aktionen aufforderten, verlief die Demonstration, an der sich ca. 10.000 Personen beteiligten, störungsfrei. Allerdings besetzten im Anschluss an die Veranstaltung 30 Personen die Gleise im Bahnhof Lüneburg. Eine bereits 1997 praktizierte Taktik wieder aufgreifend kündigten Auto-

nome, insbesondere in Göttingen, unter dem Motto „Unsere Bullen bleiben zu Hause“ regionale Aktionen an, mit dem Ziel, Polizeikräfte für den Transportzeitraum an Standorten außerhalb des Wendlandes zu binden. Eine am 27. März am Bahnhofsvorplatz in Göttingen unter dem Motto „Der Castor fährt durch Göttingen ... wir fahren ihm entGEGEN!“ durchgeführte Kundgebung fand allerdings nicht die von den Veranstaltern erwartete Resonanz.

Obwohl Kleingruppen Gleisanlagen und Straßen blockierten, Gleise unterhöhlten, Barrikaden errichteten und Schwellenschrauben entfernten, erreichte der Transportzug am 27. März 2001 Lüneburg. In der Nacht vom 27. auf den 28. März kam es zu schweren Ausschreitungen. So wurden im Bereich Dahlenburg und Dannenberg, insbesondere an der so genannten „Es-so-Wiese“ in Dannenberg, Einsatzfahrzeuge der Polizei mit Signalmunition beschossen und mit Steinen beworfen. Nach Abschluss des Transportes am 29. März fanden keine nennenswerten Störaktionen mehr aus dem Umfeld der noch verbliebenen Demonstranten statt.

An den Protestaktionen aus Anlass des CASTOR-Transportes in das Zwischenlager Gorleben beteiligten sich insgesamt ca. 10.000 Personen. Der Anteil der gewaltbereiten Autonomen wird auf etwa 700–800 Personen geschätzt. Die Polizei nahm 116 Personen vorläufig fest. Verletzt wurden 27 Polizeibeamtinnen bzw. Polizeibeamte, davon drei schwer. Es wurden rd. 380 Ermittlungsverfahren eingeleitet, darunter in 213 Fällen gegen bekannte Täter. Hinzu kommen 300 Verfahren nach dem Ordnungswidrigkeitengesetz gegen bekannte Personen. Die seit dem 1. Januar 2001 im Zusammenhang mit dem CASTOR-Transport registrierten ca. 100 Straftaten dürften zum großen Teil von militanten Linksextre-

misten verübt worden sein. Im Einzelnen handelt es sich um Sachbeschädigungen an Fahrzeugen, Ortstafeln, Verkehrszeichen und Gebäuden; Bombendrohungen; Anschläge auf Kraftfahrzeuge sowie Gebäude, insbesondere der Deutschen Bahn AG, im gesamten Bundesgebiet; gefährliche Eingriffe in den Bahnverkehr durch Unterhöhlen, Anheben und Heraussägen der Gleise sowie neun versuchte bzw. vollendete Hakenkrallenanschläge an Bahnstrecken in Niedersachsen, Brandenburg, Hessen und Nordrhein-Westfalen. Insgesamt war jedoch im Vergleich zu 1997 ein Rückgang militanter Aktionen erkennbar.

Das autonome Spektrum war insgesamt nicht mehr in vergleichbarer Weise aktionsfähig wie in den 90er Jahren. Auf Ankündigungen folgen nicht immer Taten. Ein Beispiel für einen solchen Verbalradikalismus lieferte die autonome Szenepublikation INTERIM, die einen Zusammenhang zwischen CASTOR-Transport und der parallel dazu in Hannover durchgeführten Messe CeBit herstellte. Unter der Überschrift „Get the spirit of tomorrow“ wurden „Überlegungen zur Anti-Castor-Kampagne“ der „Autonomen Gruppen ‚Reisen macht Spaß‘“ unter Hinweis darauf angestellt, dass

„... wir mit 8.015 Unternehmen aus 60 Ländern dort (in Hannover, d. V.) ein riesiges Forum (haben) um unser Anliegen öffentlich zu machen und Deutschland bloßzustellen ... Es gibt unzählige Möglichkeiten dort zu intervenieren, ... Buttersäure ..., das Parkleitsystem, die elektronischen Eintritts- und Ticketkassen, etc. Packen wir es an!“.

(INTERIM, Nr. 521, 08.03.2001)

Entsprechende Aktionen wurden nicht festgestellt.

Auch die Weltausstellung EXPO 2000 in Hannover war nicht in dem Maße von Störungen begleitet, wie es von

linksextremistischen Autonomen sowie Vertretern der Graswurzelbewegung in der Vorbereitungsphase angekündigt worden war. Die derzeitige Mobilisierungsschwäche des autonomen Spektrums darf jedoch nicht über die fortbestehende Militanz der autonomen Szene hinwegtäuschen. Öffentlichkeitswirksam in Szene setzen können sich Autonome vor allem in zwei Themenbereichen: bei den Aktionen gegen Nukleartransporte und dem „Antifaschismuskampf,“. In beiden Fällen sehen sie die Möglichkeit, an einen breit angelegten demokratischen Protest anzuknüpfen und ihr politisches Ghetto zu verlassen.

Aktionsfeld Internationalismus

In analytischer Übereinstimmung mit der leninistischen Imperialismustheorie der kapitalistischen, auf Ausbeutung von Menschen ausgerichteten Staatenwelt stellen Autonome die ausgebeuteten Entwicklungsländer gegenüber. Die Entwicklungsländer (Peripherie) unterliegen demnach den gleichen kapitalistischen Ausbeutungsinteressen wie die unterprivilegierte Bevölkerung in den Industriestaaten (Metropolen). Aus Sicht der Autonomen lassen sich die antagonistischen Gesellschafts- und Ausbeutungsverhältnisse nur durch das internationalistische Zusammenwirken aller von Repression betroffenen Menschen überwinden. Für das militant autonome Antifaschistische Plenum in Braunschweig stellt der Internationalismus nach einer im Internet veröffentlichten Selbstdarstellung eine wichtige Lehre aus der Geschichte des Widerstandes dar. Bündnisse mit revolutionären Gruppen und Befreiungsbewegungen anderer Länder seien zu entwickeln, um einen gemeinsamen Kampf gegen den Imperialismus zu führen. Hierbei handelt es sich um

einen antirassistischen Befreiungskampf, der sich sowohl gegen die behauptete Dominanz westlicher Kapitalinteressen richtet als auch gegen die nach Auffassung der Autonomen von kapitalistischen Fremdinteressen gesteuerten „Vasallenregime“ in den Entwicklungsländern. Die Ausbeutung und Unterdrückung der Menschen in den Entwicklungsländern ist für Autonome gleichbedeutend mit Rassismus. Insofern erstreckt sich der „triple-oppression-Ansatz“ auch auf das Aktionsfeld Internationalismus.

Ihrem internationalistischen Selbstverständnis verpflichtet führte die AA(M) in der Zeit vom 30. März bis zum 26. Mai in Zusammenarbeit mit der Kurdistan-Solidarität eine „Internationalistische Veranstaltungsreihe“ unter dem Motto „Neoliberalismus und der Widerstand von unten“ durch, in deren Mittelpunkt Kolumbien, Ecuador, Peru, Mexiko, Kamerun sowie Kurdistan standen. Die Terminankündigung verdeutlicht, dass sich die AA (M) als Bestandteil eines internationalen Befreiungskampfes betrachtet:

„Ob es ... um den Guerillakampf in Kolumbien, die Frauenbefreiung in Kurdistan, die Lage der politischen Gefangenen in Kamerun oder Universitätsbesetzungen in Mexiko geht, handelt es sich doch in allen Fällen um Kämpfe gegen die Auswirkungen der von USA und EU dominierten wirtschaftlichen und politischen Weltordnung. Dabei soll klarwerden, dass sich die Solidarität der Metropolenlinken nicht auf Sympathiebekundungen für (die) gerade aktuellen Bewegungen des Trikont⁴² beschränken kann, sondern dass sie selbst Teil eines weltweiten gemein-

samen Kampfs gegen 'Globalisierung' und 'Neue Weltordnung' ist.“
(EinSatz!, Nr. 44, April 2000)

Der von internationalistischer Überzeugung getragenen „Solidaritätsarbeit“, der Autonomen zugunsten der in der Türkei nach Unabhängigkeit strebenden Volksgruppen der Kurden kommt seit Jahren ein besonderer Stellenwert zu. Die anfänglich euphorische Unterstützung der PKK ist einer allmählichen Desillusionierung gewichen, seitdem die PKK in Europa vorläufig auf Gewalt verzichtet hat. Kritiker innerhalb des autonomen Spektrums monieren, dass die primär nationalistische Zielsetzung der PKK, der hierarchische Aufbau des Parteiapparates und der ausgeprägte Führerkult um den PKK-Generalvorsitzenden Abdullah ÖCALAN im Widerspruch zu dem von der autonomen Szene verfolgten Ziel der Schaffung einer hierarchielosen, antipatriarchalischen Gesellschaft stehen.

Graswurzelbewegung

Das Entstehen der Graswurzelbewegung in Deutschland lässt sich als eine Spätfolge der Studentenbewegung betrachten, die neben der weltanschaulich dominierenden marxistischen Gesellschaftskritik auch zu einer Wiederbelebung anarchistischer Denktraditionen beigetragen hat. Den eigentlichen Beginn der Graswurzelbewegung markiert die erstmalige Herausgabe der Zeitung Graswurzelrevolution im Jahre 1972. Mit dem Begriff Graswurzelbewegung bezeichnen sich Gruppen und Bewegungen, die die Gesellschaft von unten, also von der Basis und nicht durch Parteien oder hierarchische Organisation verändern wollen. Der 1980 gegründete Dachverband, die Föderation Gewaltfreier Aktionsgruppen (FÖGA), ruht seit 1997.

⁴² Gemeint sind die unterentwickelten Länder der drei Kontinente Asien, Afrika und Lateinamerika.

Ideologisch ist die Graswurzelbewegung einem anarchischen Freiheitsbegriff verpflichtet. Nach der Lehre der Graswurzelbewegung werden alle Menschen als AnarchistInnen geboren, denen Unterordnung und Ungerechtigkeit von Natur aus fremd sind. Die Graswurzelbewegung widersetzt sich daher allen Verhältnissen, in denen sich Menschen unterordnen müssen, in denen Menschen über Menschen herrschen. Als Zwangsinstrument wird auch der demokratisch verfasste Rechtsstaat abgelehnt.

Die von der Graswurzelbewegung propagierte, langfristig auf die Überwindung von Herrschaftsstrukturen angelegte Strategie der sozialen Revolution operiert auf zwei Ebenen. Zum einen soll der angepassten Bevölkerungsmehrheit in verschiedenen Gesellschaftsbereichen im Kleinen vorgelebt werden, dass der Aufbau einer hierarchielosen „freien, grenzenlos sich föderalistisch vereinigenden Welt“ möglich ist. Die Organisationsform soll also das Gesellschaftsziel vorwegnehmen. Zum anderen soll der staatlichen Macht durch massenhafte „direkte gewaltfreie Aktionen“, durch massiven „zivilen Ungehorsam“ entgegengewirkt werden. Zu den Widerstandsformen gehören „Boykottaktionen, massenhafter Bruch von Gesetzen, Sabotage, Massenstreiks bis zum Generalstreik und Kriegsdienstverweigerung“. Gewalt gegen Personen wird kategorisch abgelehnt:

„Der Einsatz von Waffengewalt prägt Denken und Verhalten in autoritärer Weise: Vernichtung des Feindes ist das Ziel. Die Gewöhnung daran, sich durch physische Macht durchzusetzen, ist mit Moral und Menschenbild des Anarchismus unvereinbar.“

(„Thesen über Staatlichkeit und Anarchie heute“, seit Jahren unveränderte Internetdarstellung der Graswurzelrevolution)

Von den „autoritären Sozialisten“ – das sind in der Terminologie der Graswurzelbewegung Marxisten und Marxist-Leninisten – unterscheidet die Anhänger der Graswurzelbewegung, die sich als libertäre Sozialisten verstehen, neben dem unterschiedlichen Organisationsverständnis eine grundsätzlich andere Lehre von einer sozialistischen Revolution. Im Gegensatz zu den autoritären Sozialisten lehnen die Anarchisten der Graswurzelbewegung die Eroberung staatlicher Machtpositionen zur Durchsetzung der eigenen Ziele ab. Aktionseinheiten zwischen diesen beiden Strömungen des revolutionären Sozialismus sind deshalb unwahrscheinlich, wie die Geschichte des Anarchismus ausweist.

Die Graswurzelbewegung ist nicht in der Lage, auf eigenständige Weise politische Themenfelder zu bestimmen, vielmehr knüpft sie an bestehende soziale Bewegungen an. Die bevorzugten Themenfelder, in denen sie staatliche Macht auf exemplarisch vorgelebte Weise zurückdrängen möchte, sind Antimilitarismus sowie der Widerstand gegen die Nutzung der Kernenergie und die gentechnische Forschung. Darüber hinaus agitierte die Graswurzelrevolution im Jahr 2000 gegen die in Hannover veranstaltete Weltausstellung.

Die überragende Bedeutung des Themenfeldes Antimilitarismus erklärt sich aus der Verwurzelung der Graswurzelbewegung in der Tradition der „War Resister’s International“ (WRI).

Militärische Organisationsstrukturen sind mit den auf ein hierarchieloses Zusammenleben ausgerichteten anarchistischen Vorstellungen der Graswurzelbewegung unvereinbar. Deutlich wird dies in der Kommentierung des Urteils, mit dem der Europäischen Gerichtshof Frauen den uneingeschränkten Zugang zur Bundeswehr eröffnete (Artikel „Frauen sollen die Effizienz der Tötungsmaschine erhöhen“):

Deutsche Kommunistische Partei (DKP)

Sitz

Bund:	Essen
Niedersachsen:	Hannover

Vorsitzende

Bund:	Heinz STEHR
Niedersachsen:	Detlef FRICKE

Mitglieder

	1999	2000
Bund:	5.000	4.500
Niedersachsen:	430	400

Publikationen

Bund:	Unsere Zeit (wöchentlich, Auflage etwa 8.000)
Niedersachsen:	Hannoversches Volksblatt, Die Rote Spindel, Pulverturm Betriebszeitungen: Roter Käfer (VW Braunschweig), KarlOS (Karmann, Osnabrück)

In der Gründungs- und Konsolidierungsphase der Bundesrepublik Deutschland stellte die 1945 in allen Besatzungszonen neugegründete Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) die vorherrschende Organisation im Linksextremismus dar. Ihre marxistisch-leninistische Ausrichtung war entscheidend für das Verbot der Partei durch das Bundesverfassungsgericht 1956.

Die von früheren Funktionären der verbotenen KPD im Jahr 1968 gegründete Deutsche Kommunistische Partei (DKP) vermied bei ihrer Gründung im Programm sowie öffentlichen Stellungnahmen ideologische Aussagen, die für das Verbot der KPD ausschlaggebend waren. Bis 1989 war die DKP pro-

grammatisch, ideologisch und finanziell von der damaligen Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) der DDR abhängig. Nach der Wiedervereinigung geriet insbesondere der marxistische Linksextremismus durch den Zusammenbruch des so genannten realen Sozialismus in eine politisch-ideologische Krise. Der Zusammenbruch der DDR durch eine friedliche Revolution bedeutete zugleich das Ende der logistischen und finanziellen Unterstützung der orthodox kommunistischen Parteien und Organisationen in der Bundesrepublik. In erster Linie galt dies für die DKP, die in Folge dieser Krise einen drastischen Mitglieder- und Bedeutungsverlust erlitt, aber auch für von der DKP beeinflusste

Organisationen, wie die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes / Bund der Antifaschisten (VVN/BdA). Während die DKP 1978 tatsächlich noch etwa 42.000 Mitglieder hatte, zählte sie 1989 nur noch 22.000 Anhänger. Im Zuge der Wiedervereinigung halbierte sich der Mitgliederbestand erneut auf 11.000 Mitglieder im Jahre 1990. 1993 hatte die DKP nur noch 6.000 Mitglieder. Der Mitgliederstand von 5.000 im Jahr 1999 verringerte sich erneut auf etwa 4.500 im Jahr 2000. Diese Mitgliederentwicklung der DKP belegt ihre zunehmende Bedeutungslosigkeit als Partei.

Herausragendes Ereignis für die DKP, die sich auch weiterhin zum Marxismus-Leninismus und zur revolutionären Umgestaltung der Gesellschaft bekennt, war der 15. Parteitag vom 2. bis 4. Juni in Duisburg, an dem sich mehr als 200 Delegierte beteiligten. Der Parteitag bestätigte den bisherigen Parteivorsitzenden Heinz STEHR in seiner Funktion. In den 36köpfigen Parteivorstand wurden aus Niedersachsen Detlef FRICKE, Uwe FRITSCH, Manfred SOHN und Wolfgang TEUBER gewählt.

In ideologischer Hinsicht markiert der Parteitag keine Zäsur. In ihrem unverändert dogmatischen Selbstverständnis betrachtet sich die DKP weiterhin als „revolutionäre Partei der Arbeiterklasse“, die als Avantgarde auf der Grundlage der „wissenschaftlichen Theorien von Marx, Engels und Lenin“ den „grundlegenden Bruch mit den kapitalistischen Eigentums- und Machtverhältnissen“ anstrebt.

Im Mittelpunkt des Parteitags stand der Beschluss über den von der Programmkommission erarbeiteten Leittrag des Parteivorstandes „DKP – Partei der Arbeiterklasse – Ihr politischer Platz heute“, der die Grundlage für ein neues Parteiprogramm bilden soll.



Der ohne nennenswerte Diskussion zustande gekommene Beschluss schließt eine programmatische Erneuerung und ein Abrücken von den Positionen eines dogmatisierten Marxismus-Leninismus aus. Die DKP hält vielmehr auch weiterhin an den grundlegenden Lehren des Kommunismus fest, ohne in ihrer Ideologie auf die veränderten historischen Rahmenbedingungen zu reagieren. Vor dem Hintergrund dieser ideologischen Erstarrung vollzog sich seit dem letzten Parteitag ein weiterer drastischer Rückgang der Mitgliederzahlen.

Als Reaktion auf den Mitgliederrückgang initiierte die DKP im September eine Kampagne zur Mitgliedergewinnung, die zugleich dazu dienen sollte, das unter Auflagenrückgang leidende Zentralorgan Unsere Zeit (UZ) durch Werbung neuer Abonnenten zu konsolidieren. Angesichts der organisatorischen Defizite und der überholten ideologischen Positionen der DKP sind dafür die Erfolgsaussichten als gering zu veranschlagen. Von dem zum Kampagnenstart ausgegebenen Ziel einer



Steigerung der Mitgliederzahl um real 3 Prozent ist die DKP noch deutlich entfernt, zumal sie weiterhin jährlich rund 4 Prozent ihrer Mitglieder vor allem wegen der Überalterung der Partei verliert. Die Gesamtauflage der UZ sank bereits unter 8.000 Exemplare.

Die Notwendigkeit, sich verstärkt um jüngere Mitglieder zu bemühen, fand in den Beschlüssen des 15. Parteitages Niederschlag. Von entscheidender Bedeutung für die Stärkung und Konsolidierung der DKP sei die Gewinnung der jungen Generation für die kommunistische Bewegung. Gute Rekrutierungsmöglichkeiten sieht die DKP demnach in der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ), die trotz formeller Unabhängigkeit von der DKP als Jugendorganisation der Partei betrachtet wird.

Der auf dem SDAJ-Bundeskongress im Januar neu gewählte Bundesvorsitzende Jürgen WANGLER, dem mittlerweile mit der Nachnominierung der Oldenburgerin Tina SANDERS eine gleichberechtigte Bundesvorsitzende zur Seite gestellt wurde, betonte in sei-

nem Referat auf dem 15. Parteitag der DKP die weltanschauliche Gemeinsamkeit beider Organisationen. Die ideologische Übereinstimmung mit der DKP zeigt das „Zukunftspapier“ der SDAJ auf. Demnach müsse der Imperialismus überwunden werden, die „gesellschaftliche Alternative zum kapitalistischen Ausbeutersystem“ sei der Sozialismus. Zugleich sei er der erste Schritt auf dem Weg zum Kommunismus, der klassenlosen Gesellschaft. Zur Erreichung dieses Ziels müsse die politische Macht in den Händen der Arbeiterklasse liegen. Der Weg zum Sozialismus führe über den Klassenkampf der Arbeiterklasse gegen das kapitalistische System:

„Der Aufbau einer sozialistischen Gesellschaftsordnung kann nur gegen den erbitterten Widerstand des Kapitals durchgesetzt werden. Er kann ... (nicht) ... das Ergebnis von Reformen innerhalb des kapitalistischen Systems sein ... Die Macht des Kapitals kann nur durch bewussten Klassenkampf der Arbeiterklasse zurückgedrängt und überwunden werden. Ein revolutionärer Bruch mit den kapitalistischen Eigentums- und Machtverhältnissen kann nur ... erkämpft und verteidigt werden, wenn die Mehrheit der Bevölkerung von der Notwendigkeit einer solchen Revolution überzeugt ... ist. ... Die Verbreitung von Klassenbewusstsein innerhalb der Arbeiterjugend betrachten wir als eine wesentliche Aufgabe der SDAJ.“

(„Zukunftspapier“, der SDAJ, S. 31)
Auch die Assoziation Marxistischer StudentInnen (AMS), eine in der Tradition der früheren DKP-Studentenorganisation Marxistischer Studentenbund Spartakus stehende Gruppierung, der die DKP eine vergleichbare Bedeutung wie der SDAJ zumisst, ist mit André SCHEER im Bundesvorstand der DKP vertreten.

Die sich als „aktiv in der antifaschistischen Aktion“ verstehende DKP ist auch weiterhin um einen Kontakt zu militant-autonomen Gruppen bemüht. Die DKP gewährte in der Vergangen-

heit Autonomen – in der Sprachregelung der Partei „junge Menschen, die sich gegen Faschismus, Rassismus und Krieg einsetzen“ – anlassbezogene Unterstützung.

Kommunistische Plattform der PDS (KPF)

Mitglieder	1999	2000
Bund:	2.000	2.000
Niedersachsen:	25	25
Publikationen		
Bund:	Mitteilungen der KPF (monatlich, Auflage etwa 1.000)	
Niedersachsen:	offen-siv (zweimonatlich, anlassbezogene Sonderausgaben, Auflage etwa 600)	

Als offen tätiger Zusammenschluss innerhalb der PDS tritt die KPF, die die Bewahrung und Weiterentwicklung der marxistischen Weltanschauung als ihr Hauptanliegen betrachtet, allen von ihr als antikommunistisch bewerteten Tendenzen in der Öffentlichkeit, aber auch besonders parteiintern rigoros entgegen. Die KPF profiliert sich parteiintern mit Kritik an dem auf Wahlerfolge, also auf Akzeptanz des politischen Systems ausgerichteten Kurs der PDS-Parteiführung, der sie vorwirft, die „Sozialdemokratisierung“ der PDS herbeizuführen. Das ökonomistisch verengte Marxismusverständnis der KPF steht in der orthodoxen Tradition der von der SED gepflegten Marx-Auslegung. Folgerichtig betrachtet die KPF die insbesondere ökonomisch gescheiterte DDR als den im Grundsatz besseren deutschen Staat, der ein höheres Maß an sozialen Errungenschaften hervorgebracht habe als die Bundesrepublik Deutschland.

Obwohl sich die KPF mit diesen Positionen in einem permanenten Spannungsverhältnis zu der Regierungsverantwortung anstrebenden Parteiführung der PDS befindet, ist es bisher – vermutlich aus Rücksichtnahme auf die überalterte, einer DDR-Nostalgie verhafteten Parteibasis – zu keinen ernsthaften Abgrenzungen von der KPF gekommen. Die Positionen der KPF, deren Anhängerschaft an der Gesamtmitgliedschaft der PDS ca. 2 Prozent beträgt, gehören nach wie vor zur programmatischen Bandbreite der PDS. Der Rückhalt, den sie innerhalb



der PDS mobilisieren kann, wurde bei den Vorstandswahlen auf dem 7. Parteitag der PDS vom 14.–15. Oktober in Cottbus deutlich. Die Delegierten wählten das Mitglied des Bundeskoordinierungsrates der KPF Sahra WAGENKNECHT mit deutlicher Mehrheit in den Vorstand. WAGENKNECHT, die in dieser Funktion als Vertreterin der KPF dem im August verstorbenen Michael BENJAMIN nachfolgte, hatte dem Vorstand bereits von 1991 bis 1995 angehört. Auf dem Parteitag der PDS im Jahr 1995 war ihre Wiederwahl durch Rücktrittsdrohungen der Parteiführung verhindert worden.

Im Bundeskoordinierungsrat, der neben dem Bundessprecherrat das Leitungsgremium der KPF darstellt, ist mit der hannoverschen KPF-Funktionärin Monika WINDHORN ein Mitglied des Landesvorstandes der PDS Niedersachsen vertreten. Gleichberechtigter Vorsitzender des niedersächsischen Landesverbandes der PDS ist der sich nach eigenen Aussagen weltanschaulich der KPF zugehörig fühlende und dem Marxistischen Forum⁴³ nahe stehende ehemalige Bundestagsabgeordnete der PDS Rolf KÖHNE.

Neben den vom Bundeskoordinierungsrat herausgegebenen Mitteilungen der KPF der PDS erscheint in Niedersachsen die Zeitschrift *offen-siv*, die sich selbst als „klar marxistisch, antirevisionistisch und nicht korrumpierbar“ bezeichnet. Die PDS-Kreisverbände



Göttingen und Hannover haben sich im Dezember 1999 und Mai 2000 von der zuvor als „Sozialistisches Zwei-Monatsblatt der PDS Hannover und Göttingen“ erschienenen Publikation distanziert und die Streichung ihrer Kreisverbände aus dem Titel der Zeitschrift betrieben.

Die Nachbetrachtung der *offen-siv* zur „Luxemburg-Liebkecht-Demonstration“ am 9. Januar in Berlin verdeutlicht die Gegnerschaft zur Parteiführung. Die Berliner Versammlungsbehörde hatte aus Sicherheitsgründen – ein flüchtiger Straftäter drohte mit einem Anschlag – ein von der PDS akzeptiertes Verbot der Demonstration angeordnet. Die Redaktion der *offen-siv* warf daraufhin in ihrer Ausgabe 1/2000 führenden Mitgliedern der PDS vor, als Sozialisten „mit der Ordnungsmacht des Klassenfeindes“ kooperiert zu haben. In einem in der *offen-siv* abgedruckten, an den Parteitag der PDS gerichteten Antrag fordern die ehemaligen Mitglieder des Bundeskoordinierungsrates der KPF FLEGEL und HEINRICH dazu auf, die Verantwortlichen „zwecks Wiederherstellung der Glaubwürdigkeit der PDS“ von ihren Funktionen zu entbinden. Sie hätten gegenüber der „Provokation kapituliert“ und mit den als „Manipulatoren“ bezeichneten Sicherheitsbehörden „kollaboriert“. In einem weiteren Beitrag führt FLEGEL aus, dass man die Mitglieder der Parteiführung spätestens dann als „Konterrevolutionäre“ werde erkennen können, wenn diese „im Bundestag dem nächsten Kriegseinsatz“ zustimmten. Zudem besäßen sie bereits „mehr Gemeinsamkeiten mit der Polizei der BRD, der bewaffneten Macht der Bourgeoisie für innerstaatliche Angelegenheiten“, als mit „konse-

⁴³ Das Marxistische Forum der PDS konstituierte sich 1995. Es handelt sich um einen Kreis von theoretisch tätigen Parteintellektuellen, die in Anknüpfung an den „gescheiterten Sozialismusversuch“ der DDR eine sozialistische Alternative zur Überwindung der Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland entwickeln wollen. Die Mitglieder des Marxistischen Forums stehen in Opposition zur von ihnen konstatierten Parlamentarisierung der PDS. Aus ihrer Zielsetzung – Schaffung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung – resultiert ein taktisches Verhältnis zum Grundgesetz.

quenten Systemgegnern und antiimperialistisch orientierten Jugendlichen“, womit FLEGEL militante Autonome gemeint haben dürfte, die am 9. Januar verbotswidrig zu demonstrieren versucht hatten.

Die Nähe der offen-siv zu autonomen Positionen dokumentiert sich darin, dass der Autonomen Antifa (M) aus Göttingen anlässlich ihrer zehn Jahre zurückliegenden Gründung in der gleichen Ausgabe fünf Seiten zur Selbstdarstellung eingeräumt wurden. Bereits im Juni 1998 hatte die offen-siv Vertretern der Göttinger Autonomen in Form eines Interviews Raum zur Verbreitung systemablehnender Thesen geboten. Darüber hinaus dient die offen-siv in letzter Zeit auch Abweichlern aus den Reihen der DKP als Forum.

Sonstige revolutionär-marxistische Linksextremisten

Auch andere orthodoxe linksextremistische Zusammenschlüsse stimmen in ideologischer Hinsicht mit den dargestellten theoretischen Grundlagen von DKP und KPF überein.

Obwohl teilweise um Anhänger konkurrierend, sind den Gruppierungen einige fundamentale ideologische Elemente gemein:

- ein lineares Fortschrittsmodell, das auf die Realisierung des Sozialismus durch einen von der Arbeiterklasse getragenen revolutionären Umsturz zielt, die Anpassung an die leninsche Imperialismustheorie,
- die Forderung nach einem weltweiten Zusammenschluss aller ausgebeuteten Menschen gemäß der marxischen Formel „Proletarier aller Länder vereinigt euch!“ sowie
- die positive Bezugnahme auf die von der geschichtlichen Entwicklung

überholten sozialistischen Gesellschaftssysteme des ehemaligen Ostblocks.

Die 1982 aus dem Kommunistischen Arbeiterbund Deutschlands entstandene Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD) beharrt neben der Berufung auf Theorien von Marx, Engels und Lenin auch auf der Anwendung der Lehren von Stalin und Mao Tsetung.⁴⁴ Die MLPD, die ihren Sitz in Gelsenkirchen hat, verfügt bundesweit über rund 2.000 Mitglieder. In Niedersachsen zählt sie nur wenige Anhänger.

Das auf ihrem VI. Parteitag im Dezember 1999 beschlossene neue Parteiprogramm enthält keine Ansätze einer ideologischen Neuausrichtung. So heißt es in einer Parteitagresolution:

„Auf dem Weg zu Sozialismus müssen viele neue qualitative Stufen im Klassenkampf erreicht werden: Der Übergang zur Arbeiteroffensive, der Übergang zur akut revolutionären Situation, der Übergang zur Partei der Massen und von der Partei der Massen zur revolutionären Massenpartei, der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus, vom Sturz der Diktatur der Monopole zur Errichtung der Diktatur des Proletariats.“

Die MLPD ruft in der Resolution ihre Mitglieder zu offensiverer Parteilarbeit auf:

„Stärkt mit MLPD und (dem) Jugendverband REBELL lebendig die sozialistische Alternative! Gewinnt tausende von Mitgliedern und Mitkämpfern... für unsere große revolutionäre Sache! ... Festigt die Betriebsgruppen

⁴⁴ Nach den Lehren des Führers der Kommunistischen Partei (KP) der Volksrepublik China Mao Tsetung (1893–1976) muss die Revolution in erster Linie gewaltsam als Volks- oder Guerillakrieg „vom Land in die Städte hinein“ durchgeführt werden. Der Maoismus gilt im Hinblick auf sein Konzept des von der Bauernschaft getragenen Volkskrieges als Theorie des chinesischen Weges zum Sozialismus.

als Rückgrat des proletarischen Parteiaufbaus und verwirklicht mit dem organisationspolitischen Schwerpunkt Jugendarbeit die Massentaktik des Parteiaufbaus! ... Tragt den Geist des Internationalismus als Markenzeichen der MLPD unter die Massen! Übernehmt ... Verantwortung ... für die ... Gründung eines Internationalen Kampfbundes für Befreiung ...! Ergreift so das ... Kettenglied zur Vorbereitung der internationalen sozialistischen Revolution!“

Zu den etwa 25 trotzkistischen Gruppen und Zirkeln in der Bundesrepublik Deutschland gehört die bundesweit etwa 1.200 Mitglieder zählende Gruppierung Linksruck (LR). Trotzkiismus ist eine marxistische Strömung, die nach dem russischen Kommunisten Leo Bronstein, genannt Trotzki (1879–1940), benannt wurde, der mit Stalin um die Nachfolge Lenins konkurrierte und verlor. Endziel der trotzkistischen Lehre ist ebenfalls die Errichtung einer kommunistischen Gesellschaftsordnung. Die „Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates“, die Errichtung der „Diktatur des Proletariats“ sind unabdingbare Voraussetzungen für den Aufbau des Sozialismus. Politisches Ziel auch des Trotzkiismus ist die „Eroberung der Macht durch das Proletariat zum Zweck der Enteignung der Bourgeoisie“. Der Trotzkiismus unterscheidet sich vom orthodoxen Marxismus-Leninismus vor allem hinsichtlich der Revolutionstheorie und der Parteilehre. Wesentlicher Bestandteil des Trotzkiismus ist die Theorie der „permanenten Revolution“: die sozialistische Revolution wird als permanenter Prozess unter Führung von Arbeiter- und Fabrikräten verstanden. Charakteristisch für trotzkistische Bewegungen ist die von ihnen zeitweise angewendete Taktik des „Entrismus“, der konspirativen Infiltration von Parteien und Massenorganisationen mit dem Ziel,

diese von innen auszuhöhlen, zu desorganisieren und für trotzkistische Zielsetzungen zu nutzen.

Die bisher erst mit wenigen Orts- und Hochschulgruppen in Niedersachsen vertretene Organisation Linksruck (LR) wird angeleitet vom Dachverband „International Socialists“ (IS) mit Sitz in London⁴⁵. Die Organisation Linksruck (LR), die den Aufbau einer revolutionär kommunistischen Partei unter Führung von Arbeiterräten anstrebt, greift aktuelle politische Themen auf, um Akzeptanz zu erzielen. In den regelmäßig in der organisationseigenen Zeitung Linksruck veröffentlichten „Leitsätzen“ finden sich die gemeinsamen ideologischen Elemente des orthodoxen Linksextremismus wieder. Die trotzkistische Linksruck bewertet dabei im Gegensatz zur MLPD die Rolle Stalins kritisch:

„Das Linksruck-Netzwerk ist die Strömung der revolutionären Sozialisten. Wie die Erfahrungen der DDR und der westlichen Sozialdemokratie gezeigt haben, kann der Sozialismus nicht durch eine kleine Elite über staatliche Maßnahmen eingeführt werden. Der wirkliche Sozialismus wird nicht das Ergebnis von Parlamentsabstimmungen oder dem Einmarsch einer Armee sein, sondern durch die selbständige und selbstbewußte Aktion der Arbeiterklasse er-

⁴⁵ Die Gruppierung „International Socialists“ (IS) ist ein internationaler trotzkistischer Zusammenschluss, hervorgegangen aus der von Trotzki 1938 gegründeten IV. Internationale, die in viele unterschiedliche rivalisierende Richtungen und Gruppierungen zerfallen ist, von denen jede beansprucht, die einzige legitime Nachfolgerin Trotzki zu sein. Anfang der 60er Jahre spaltete sich in Großbritannien von der britischen Sektion der IV. Internationale eine Gruppe ab, die sich für ein offeneres Auftreten der Trotzkiisten aussprachen und die Organisation der Arbeiter an der Basis forderten. Die „Internationalen Sozialisten“ (IS) verfügen über nationale Sektionen in Großbritannien, Irland, USA, Kanada und Australien.

reicht werden. Die Befreiung der Arbeiter kann nur das Werk der Arbeiter selbst sein. ... Das Scheitern der russischen Revolution mit der Machtübernahme Stalins hat ... bewiesen, daß eine sozialistische Revolution nicht isoliert in einem Land erfolgreich sein kann. Der Kapitalismus ist ein internationales System, das nur international besiegt werden

kann. Der Kampf findet daher nicht zwischen Ländergrenzen, sondern zwischen Klassengrenzen statt. Darum unterstützen wir als Internationalisten Arbeiterkämpfe in aller Welt ebenso, wie Bestrebungen zur nationalen Befreiung unterdrückter Völker.“

„Leitsätze“, in jeder Linksruck-Ausgabe

Rote Hilfe e. V. (RH)

Bundesgeschäftsstelle:	Göttingen	
Mitglieder	1999	2000
Bund:	3.000	4.000
Niedersachsen:	450	500
Publikation:	Die Rote Hilfe (vierteljährlich, Auflage 5.000)	

Der Ursprung der Roten Hilfe reicht in die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg zurück. 1922 initiierte die Kommunistische Internationale die Gründung der Internationalen Roten Hilfe. Unter den ihr angeschlossenen Sektionen entwickelte sich die 1924 gegründete, von der KPD dominierte, sich gleichwohl als überparteilich darstellende Rote Hilfe Deutschland (RHD) zur stärksten Sektion außerhalb der Sowjetunion, die bis zu 1 Million Mitglieder hatte. Von den Nationalsozialisten wurde die RHD sofort nach der Machtübernahme verboten und zerschlagen. Eine Neugründung der Organisation in der Bundesrepublik Deutschland erfolgte 1975 durch die linksextremistische KPD/ML. Nachdem die KPD/ML jegliche Bedeutung verloren hatte und die autonome Bewegung zur prägenden Erscheinung des Linksextremismus geworden war,

trat 1986 auf Beschluss einer Bundesdelegiertenkonferenz die parteiunabhängige Rote Hilfe e.V. an die Stelle der RHD, die zu diesem Zeitpunkt nur noch 600 Mitglieder zählte. Der überparteiliche linksextremistische Charakter der RH dokumentiert sich in ihrer Mitgliederstruktur. Ihr gehören neben Mitgliedern der PDS und der DKP auch Autonome und Anarchisten an.

Die Bundesgeschäftsstelle der Roten Hilfe hat ihren Sitz in Göttingen, Redaktion der Mitgliederzeitschrift und Literaturvertrieb befinden sich in Kiel. Die Ortsgruppe Göttingen ist die mitgliederstärkste in Niedersachsen, weitere Ortsgruppen bestehen in Braunschweig und seit Ende 1999 auch in Hannover. Das Vereinsorgan Die Rote Hilfe soll sich nach einem Redaktionswechsel weg von der bisherigen Flugblattsammlung entwickeln. Geplant

ist, den Bundesarbeitstreffen, Arbeits- und Ortsgruppen künftig mehr Raum für Veröffentlichungen einzuräumen.

Die Selbstdarstellung, die sich in jeder Ausgabe des Vereinsorgans wiederfindet, spiegelt sowohl die kommunistische Tradition als auch den autonomen Einfluss auf die RH wider. Das Spektrum der politischen Betätigung umfasst „das Eintreten für die Ziele der Arbeiterbewegung, den antifaschistischen, antisexistischen, antirassistischen, demokratischen oder gewerkschaftlichen Kampf und den Kampf gegen die Kriegsgefahr“. Ihre Hauptaufgabe sieht die RH darin, durch organisierte Solidarität „staatlicher Repression“ entgegenzutreten. Von diesem Gedanken geleitet bezuschusst sie Prozess- und Rechtsanwaltskosten von linksextremistischen Straftätern und betreut „politische Häftlinge,“. Außerdem unterhält sie so genannte Ermittlungsausschüsse (EA), deren Aufgabe darin besteht,

„ ... vor, während und nach Demonstrationen nach Verhafteten und Verschwundenen zu forschen, sich um AnwältInnen zu kümmern und den Demonstrationsverlauf für eventuelle Verfahren zu dokumentieren.“
(Flugblatt EA, verteilt vor NPD-Gegendemonstration am 29.01.2000 in Göttingen)

Ein Schwerpunktthema des Jahres 2000 betraf die Betreuung der noch inhaftierten ehemaligen RAF-Mitglieder.

Nach Auffassung der RH genügen die Strafverfahren gegen ehemalige RAF-Mitglieder ebenso wenig rechtsstaatlichen Maßstäben wie die Haftbedingungen.

Neben Gruppierungen aus dem autonomen und dem antiimperialistischen Spektrum riefen Ortsgruppen der RH zum mittlerweile 5. Mal dazu auf, sich am bundesweiten Aktionstag „Für die Freiheit der politischen Gefangenen,“ zu beteiligen.

Die internationalen Hilfsaktionen der RH konzentrieren sich auf den Beistand für den in den USA wegen Polizistenmordes zum Tode verurteilten farbigen Staatsbürger Mumia Abu JAMAL und auf die Unterstützung des inhaftierten PKK-Generalvorsitzenden ÖCALAN. Gemeinsam mit der in die Öffentlichkeitsarbeit der PKK eingebundenen Föderation kurdischer Vereine YEK-KOM gründete die RH den Rechtshilfefonds Azadi.



DIE ROTE HILFE

Ausländerextremismus

Einführung

Der Begriff Ausländerextremismus bezieht sich auf ausländische Gruppen und Organisationen von Ausländern, von denen in der Bundesrepublik Deutschland Bestrebungen ausgehen, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungs-handlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden bzw. auch Bestrebungen, die gegen den Gedanken der Völkerverständigung oder gegen das friedliche Zusammenleben der Völker gerichtet sind. Darüber hinaus entwickeln einige Ausländerorganisationen inzwischen auch Bestrebungen, die sich wie bei deutschen Organisationen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung richten.

Organisationen wie die türkischen linksextremistischen „Parteien“, DHKP/C und TKP/ML, die kurdische PKK, die tamilische LTTE, der iranische NWRI oder verschiedene palästinensische Zusammenschlüsse bedienen sich zur Realisierung ihrer Ziele in den Heimatländern militanter und auch terroristischer Methoden. Sie treten, wenn sie es für zielführend erachten, auch in der Bundesrepublik militant in Erscheinung und unterlassen aus zwei Beweggründen gewalttätiges Auftreten: zum einen wenn sie ihre logistische Basis nicht durch provokative Militanz in Deutschland gefährdet wollen – typisch hierfür ist das Verhalten der LTTE –, zum anderen wenn Organisationen wie die PKK und die IGMG sich politische und diplomatische Unterstützung durch zurückhaltendes Auftreten in der Bundesrepublik Deutschland versprechen.

Ungeachtet ihres taktisch motivierten Auftretens in der Öffentlichkeit entspricht keine der Organisationen im Bereich des Ausländerextremismus den Grundsätzen innerorganisatorischer Demokratie. In einigen Fällen sind interne Auseinandersetzungen blutig eskaliert. Beispiele hierfür lassen sich bei den linksextremistischen türkischen Parteien, bei der PKK und beim islamistischen ICCB (Ermordung des Gegenkalifen SOFU) finden.

Die Aktivitäten und das Verhalten der ausländerextremistischen Organisationen in Deutschland stehen in einem ursächlichen Zusammenhang mit politischen Auseinandersetzungen in den Heimatländern. Von besonderer Bedeutung für den Ausländerextremismus in Deutschland ist die Entwicklung in der Türkei, weil ca. 2,1 Mio. türkische Staatsbürger den mit Abstand größten Anteil der ausländischen Bevölkerung in Deutschland stellen. Der Gesamtzahl von ausländischen Extremisten in Höhe von 58.800 Personen stehen 52.600 türkische und kurdische Extremisten gegenüber. Die Krisen der türkischen Innenpolitik spiegeln sich innerhalb der türkischen Gemeinde in der Bundesrepublik Deutschland wider. So führte die von türkischen Sicherheitskräften Ende des Jahres beendete Hungerstreikrevolte von linksextremistischen Gefängnisinsassen in der Türkei zu zahlreichen Protestkundgebungen in Deutschland. Die Aktivitäten der PKK in der Bundesrepublik wären ohne das ungelöste Kurdenproblem in der Türkei nicht vorstellbar. Der Kausalzusammenhang zwischen politischer Entwicklung im Heimatland und den Bestrebungen des Ausländerextremismus in Deutschland lässt sich auch für den iranischen NWRI, die tamilische LTTE oder die palästinensischen Organisationen aufzeigen, doch erreichen deren Aktivitäten wegen des geringeren Bevölkerungsanteils (ca. 100.000 Ira-

ner, ca. 40.000 Palästinenser, ca. 40.000 Tamielen) bei weitem nicht die gleiche politische und sicherheitsbehördliche Aufmerksamkeit wie bei den türkischen Organisationen.

Einer differenzierteren Betrachtung bedürfen dabei die Aktivitäten der türkischen Organisationen Islamische Gemeinschaft Milli Görüs (IGMG) und Deutsche Türk-Föderation (ATF). Zwar werden die Aktionen dieser Zusammenschlüsse in Deutschland wesentlich durch die politische Entwicklung in der Türkei beeinflusst, doch entfalten sie auch eine eigenständige innerdeutsche Bestrebung, weil viele ihrer Mitglieder und Anhänger unter ihren Landsleuten ihren Lebensmittelpunkt dauerhaft in Deutschland haben und teilweise schon die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen. Insbesondere die islamistische IGMG versucht, sich dabei als Interessenvertretung der türkischen Bevölkerungsgruppe darzustellen. Die politische Praxis offenbart jedoch, dass sie gleichzeitig weiter die Interessen der islamistischen Fazilet-Partei in der Türkei wahrnimmt, so wie die ATF, bildlich gesprochen, auch als verlängerter Arm der nationalistischen MHP bezeichnet werden kann. Einfluss gewinnen beide Organisationen vor allem deshalb, weil sie an bestehende Integrationsdefizite mit ihren politischen Bestrebungen anknüpfen können. Die von ihnen verfolgten politischen Zielsetzungen sind geeignet, Desintegration noch zu verstärken, statt Integrationshemmnisse abzubauen. Als Konsequenz ihres Handelns haben sich gesellschaftliche Parallelwelten ethnischer Ghettos herausgebildet mit negativen Konsequenzen für die Chancen auf Partizipation und Integration in der deutschen Gesellschaft. Die in Deutschland sozialisierten und in die Arbeitswelt integrierten jüngeren Türken stellen andere Anforderungen als die erste, auf ihr Heimatland fixierte

Generation türkischer Gastarbeiter. Man kann deshalb annehmen, dass sie sich teilweise auf Dauer nicht mehr so wie ihre Elterngeneration für die Ziele der politischen Mutterparteien in der Türkei einspannen lassen und sich von diesen emanzipieren werden. Unter ihrem Einfluss könnte sich Erscheinungsbild und Schwerpunktsetzung von Organisationen wie der IGMG verändern.

Seit der Revolution von 1979 im Iran ist der Islamismus bzw. sind islamistische Gruppierungen zu einem Faktor der internationalen Politik geworden. Es handelt sich um kein einheitliches Phänomen. Je nach Herkunftsland differieren die islamistischen Organisationen in ihrem Erscheinungsbild und in ihren Methoden. Allen gemein ist die Idealisierung eines Ur-Islam als Vorstellung von einer gerechten Gesellschaft. Dabei wird die islamische Frühgemeinde verklärt und zum Idealbild für die Gegenwart erhoben. Neben dem Koran bilden die so genannte Tradition (sunna), die Lebensbeschreibung und die überlieferten Aussagen des Propheten (hadith) den weltanschaulichen Bezugspunkt. Vereinfacht gesagt vertreten die Islamisten das „Zurück zur Scharia“, dem islamischen Religionsgesetz, d. h. zum Koran und seinen späteren Auslegungen. Mit ihrer Interpretation der islamischen Geschichte und der Religionsvorschriften haben sie das Interpretationsmonopol der häufig politische Herrschaft legitimierenden islamischen Orthodoxie aufgebrochen. Hieraus resultiert die ideologische Attraktivität der Islamisten für die sozial unterprivilegierten Schichten in den islamischen Ländern, die sie durch ein breitgefächertes soziales Engagement noch verstärken. Der Islamismus stellt eine islamische Reaktion auf eine durch eine gesellschaftliche Umbruchsituation hervorgerufene Modernisierungs- und kulturelle Orientierungskri-

se in den islamischen Ländern dar. Einige islamistische Organisationen wie die HAMAS sind militant, andere Organisationen – wie die IGMG – zielen auf Veränderung durch geistige Einflussnahme ab.

Die in Westeuropa arbeitenden islamistisch-extremistischen Vereinigungen wollen teilweise nicht mehr nur die in ihren Heimatländern existierenden politischen Systeme durch ein auf dem islamischen Rechtssystem aufbauendes islamistisches Gesellschaftssystem ersetzen, sondern einen weltweiten antilaizistischen Gottesstaat errichten. Auf dem Weg zu diesem islamistischen Endziel verstehen diese Vereinigungen es als ihre Aufgabe in der Bundesrepublik, ihren Anhängern ein nach diesen Grundsätzen geordnetes, von der übrigen Gesellschaft abgegrenztes gesellschaftliches Leben zu ermöglichen. Nach ihrer Auffassung werde der Islamismus sich nach dem Versagen des Kommunismus und dem sich ihrer Ansicht nach abzeichnenden Scheitern des Kapitalismus als „dritter Weg“ durchsetzen. Der Islamismus schaffe die von allen Menschen herbeigesehnte „zivilisierte“ Gesellschaft, in der staatliche Herrschaft nicht mehr von der Willkür des Menschen abhängig sei, sondern allein von Gott ausgehe. Der darin angelegte ideologische Absolutheitsanspruch kollidiert mit fundamentalen Grundsätzen der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, wie der Achtung der Menschenrechte – z.B. der Gleichberechtigung der Frau –, dem Prinzip der Volkssouveränität, dem Prinzip der Gewaltenteilung, dem Mehrparteienprinzip oder dem Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition⁴⁶.

Im Gegensatz zur Mehrzahl der islamistischen Gruppierungen aus dem arabischen Raum, die Gewaltanwendung als Mittel zur Durchsetzung ihrer

politischen Ziele befürworten, setzt die türkische IGMG auf politische Aktivitäten zur Veränderung der gesellschaftlichen Ordnungen in der Türkei und in der Bundesrepublik Deutschland.

Die Verfassungsschutzbehörden beobachten entsprechend ihrem gesetzlichen Auftrag weder den „Islam“ als Religion noch den Islamismus als religiöse Bewegung zur „Rückbesinnung“ auf islamische Werte und Inhalte (Fundamentalismus). Ihr Arbeitsfeld ist vielmehr eine militante Sonderströmung, die islamistische Inhalte zu einer politischen Ideologie instrumentalisiert. Diese Spielart des Islamismus unterfällt dem Beobachtungsauftrag der Verfassungsschutzbehörden, wenn und soweit von ihr politisch bestimmte Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung ausgehen und/oder sie durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden. Die Träger dieser Bestrebungen werden zur Abgrenzung von anderen islamistischen Varianten als islamistische Extremisten bezeichnet.

⁴⁶ Vgl. Bundestags-Drucksache 14/4530 vom 08.11.2000 zum Islam in Deutschland sowie Thomas Lemmen, Islamische Organisationen in Deutschland, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 2000.

Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)

Vorsitzender:	Abdullah ÖCALAN	
Mitglieder	1999	2000
Bund:	12.000	12.000
Niedersachsen:	1.600	1.500
Publikationen:	Serxwebun (Unabhängigkeit), monatlich Kurdistan-Report, zweimonatlich Weitere Publikationen der Teil- und Nebenorganisationen der PKK, wie z. B.: Jina Serbilind (Die stolze Frau) Roja Kurdistane (Sonne Kurdistans) Sterka Civan (Stern der Jugend) Ronahi (Licht)	

Gründungsgeschichte der PKK und Entwicklung des Kurdistan-Konflikts

Die Entstehungsgeschichte der PKK reicht zurück bis in die siebziger Jahre, als der Linksextremismus in der Türkei, ausgehend von den Hochschulen, eine Hochphase erlebte. Der armen Verhältnissen entstammende, in der Region Hilvan-Siverek in Anatolien beheimatete Abdullah ÖCALAN engagierte sich während dieser Zeit als Student der Politischen Wissenschaften in Ankara in der marxistisch-leninistisch geprägten linken Studentenbewegung. Wegen illegaler Aktivitäten wurde er zu einer Gefängnisstrafe von sieben Monaten verurteilt. Nach einer Amnestie gründete er 1973 mit sechs Freunden eine marxistisch-revolutionäre Bewegung ausschließlich für türkische Kurden. Die Gruppierung Kurdistan-Revolutionäre (Kürdistan Devrimçeleri) verstand es, durch Aktionen gegen ein-

flussreiche kurdische Landbesitzer und Führer im kurdisch besiedelten Südosten der Türkei Anhänger zu rekrutieren. Am 27. August 1978 erfolgte die Umbenennung der Gruppierung in PKK (Partiya Karkeren Kurdistan). Die PKK, deren Führung sich 1979 ins Exil nach Syrien begab, propagierte den bewaffneten Kampf „gegen Kolonialisten und Kollaborateure“ mit dem Ziel der Schaffung eines gesamtkurdischen Staates, der die kurdisch besiedelten Gebiete in der Türkei, im Irak, im Iran und in Syrien umfassen sollte. Dieses von ÖCALAN später modifizierte Ziel hatte in erster Linie propagandistischen Charakter. Abgesehen von den international garantierten Staatsgrenzen, steht das Stammesbewusstsein der Kurden einer staatlichen Einheit entgegen. Wie die zahlreichen innerkurdischen Konflikte demonstrieren, dominiert das Clan-Interesse und nicht ein wie auch immer zu definierendes kur-

disches Gemeinwohl. Überdies erschweren die stark differierenden Dialekte die wechselseitige Verständigung. Hinzu kommt, dass es nur eine kurdische Schriftsprache gibt, das süd-irakische Sorani. Die Heterogenität erschwert Schätzungen über die Größe des kurdischen Volkes. Die Angaben schwanken zwischen 20 und 25 Millionen Menschen. Mit Abstand am meisten Kurden siedeln in der Türkei (ca. 13 Mio., davon 8 Mio. in den osttürkischen Gebieten), jeweils etwa 5 Mio. Kurden leben im Iran bzw. im Irak und 1 Mio. in Syrien.

Der 15. August 1984 markiert den offiziellen Beginn des bewaffneten Kampfes, für den sich PKK-Anhänger seit 1981 von palästinensischen Gruppen im Libanon hatten ausbilden lassen. Der Aufnahme des bewaffneten Kampfes folgten 1985 die Gründung der Nationalen Befreiungsfront Kurdistans (ERNK) als Frontorganisation und 1986 auf dem 3. Kongress der PKK die Gründung der Volksbefreiungsarmee (ARGK).

In der Folgezeit eskalierten Terroranschläge der PKK – auch gegen Dorfbewohner, die sich der PKK nicht anschließen wollten – und Gegenterror seitens des türkischen Militärs, das als Verbündete aus loyalen kurdischen Stämmen bewaffnete Milizen, so genannte Dorfschützer, rekrutierte. Innerparteilich hatte ÖCALAN seine Macht zu diesem Zeitpunkt durch die Brandmarkung und Ermordung abtrünniger PKK-Kader gefestigt. Mehrfache „Säuberungen“ richteten sich insbesondere gegen Intellektuelle. Parallel dazu erhielt die PKK aufgrund ihrer Erfolge einen erheblichen Zulauf an Guerillakämpfern, darunter auch viele Frauen.

In den neunziger Jahren entwickelte ÖCALAN neben dem Guerillakampf verstärkt politische Initiativen. Der Tod des damaligen türkischen Staatspräsi-

denten Özal verhinderte, dass ein von ÖCALAN am 17.03.1993 einseitig verkündeter Waffenstillstand eine Phase der Deeskalation hätte einleiten können. Nach Özals Tod lebte der Guerillakampf mit wachsender Brutalität wieder auf. Die Ermordung von 33 unbewaffneten Soldaten durch PKK-Kämpfer förderte in der türkischen Öffentlichkeit das Verlangen nach un-nachsichtiger Verfolgung der PKK.⁴⁷ Es gelang der türkischen Regierung und dem Militär, die PKK auf zwei Handlungsebenen – durch diplomatischen Druck und militärische Erfolge – immer stärker in die Defensive zu drängen. Als Syrien auf massiven Druck der von den USA unterstützten türkischen Regierung im Oktober 1998 die PKK-Führung des Landes verwies, begann für ÖCALAN eine Odyssee, die ihn zunächst nach Italien führte, bevor er am 15.02.1999 in Kenia festgenommen und an die Türkei überstellt wurde. Am 29.06.1999 verurteilte das türkische Staatssicherheitsgericht ÖCALAN zum Tod. Parallel zu dieser Entwicklung gerieten die Kampftruppen der PKK immer stärker in die Defensive. Mittlerweile haben sie die Kampfgebiete im Osten der Türkei weitgehend räumen müssen und sich in den Norden Iraks zurückgezogen, wo die noch verbliebenen ca. 8.000 Kämpfer zum Spielball in der Auseinandersetzung zwischen den wechselseitig mit der türkischen Regierung kooperierenden irakischen kurdischen Parteien Patriotische Union Kurdistans (PUK) und Kurdische Demokratische Partei (DKP-I) geworden sind.

⁴⁷ Nach Schätzungen von Menschenrechtsorganisationen forderte der militärische Kampf insgesamt ca. 40.000 Todesopfer, über die Hälfte davon dürften gefallene PKK-Kämpfer sein.

Organisationsstrukturen der PKK

Zur Unterstützung ihres Kampfes in der Türkei hat die PKK in westlichen Industriestaaten Organisationsstrukturen aufgebaut. Von besonderer Bedeutung ist Deutschland, wo mit schätzungsweise 600.000 Menschen die meisten Kurden außerhalb der eigentlichen Siedlungsgebiete leben. Die von der PKK zu verantwortenden Gewalttaten in Deutschland führten am 26.11.1993 zu einem Betätigungsverbot durch das Bundesministerium des Innern.

Auf ihrem 7. Parteikongress (2. bis 23. Januar 2000) beschloss die PKK, die nach wie vor nach dem Vorbild einer marxistisch-leninistischen Kaderpartei hierarchisch gegliedert ist, die politischen und militärischen Flügel – ERNK und ARGK – umzubenennen und damit in der bisherigen Form aufzulösen. Im Rahmen eines von der PKK ausgearbeiteten „detaillierten Friedensprojektes“

sollte das militärische Potenzial der PKK als Verteidigungsarmee erhalten bleiben und an die Stelle des bewaffneten Kampfes eine Strategie des „demokratisch-politischen Kampfes“ in den Vordergrund gestellt werden. An die Stelle der ERNK trat die neu gegründete „Kurdische Demokratische Volksvereinigung“ (YDK – Yekîtiya Demokratîk a Gelê Kurd, türkisch: Kürt Demokratik Halk Birlikleri – KDHB). Auf dem vom 2. bis 10. Mai durchgeführten Gründungskongress der YDK, an dem 150 Delegierte kurdischer Institutionen und Einrichtungen teilnahmen, propagierte die YDK die Lösung der Kurdenfrage mit demokratischen Mitteln:

„Wir streben den Kampf auf der Linie der demokratischen Republik zusammen mit dem türkischen Volk an und zwar in einem Raum, in dem beide Völker leben.“

(Özgür Politika, 20.05.2000)

ÖZGÜR POLİTİKA
1. EYLÜL 2000 • Martı • Yeni Sayı: 92 • 1000 ₺

PKK 7. Kongresi sonuçlandı

Basın toplantısı

ÖZGÜR POLİTİKA

PKK Hac seferleri başladı

Basın toplantısı

PKK



SERXWEBÛN

JI SERXWEBÛN Û AZADIYÛ BI RÛMETTIR TIŞTEK NÛNE

L-DN

Mit den Umbenennungen der Teil- und Nebenorganisationen unter Beibehaltung der ansonsten konspirativen Kaderstruktur signalisiert die PKK im Rahmen der vorgegebenen Strategie eine „neue Struktur“ der Organisation und den Wandel von einer militärisch geprägten zu einer nunmehr politisch operierenden Kraft. Als Ziele formulierte die YDK in der Gründungserklärung die *„Organisierung einer ausgedehnten kulturellen Bewegung, die Organisierung der Frau, der Jugend und die Freiheit der verschiedenen Glaubensrichtungen“*. Nationalität bezeichnete die YDK als etwas, das *„über die Grenzen des engehaltenen Nationalismus hinausgehe und sich als zeitgenössische Nationalität, aufgrund der Identität formiere“*. (Özgür Politika, 21.05.2000). Als Schwerpunkt der sich an dem Friedensprojekt der PKK orientierenden YDK wurde die *„Legalisierung kurdischer Institutionen“* in Deutschland benannt.

Die oberste Funktionärs Ebene in Europa, die Europäische Frontzentrale – ACM (Avrupa Cephe Merkezi) wurde im Rahmen einer auf dem PKK-Partei-kongress vom Januar neu ausgearbeiteten Satzung in Volksvertretung bzw. Einheitsparlament (Birlik Meclisi) umbenannt und stellt fortan die quasi politische Ebene für Europa dar, während die neu gegründete YDK die Handlungsebene der PKK bildet. Der militärische Flügel, die ARGK wurde umbenannt in „Legitime Volksverteidigungskräfte“.

Die Organisationsstruktur in der Bundesrepublik Deutschland umfasst

sieben Regionen, die wiederum untergliedert sind in ca. 30 Gebiete mit jeweils mehreren so genannten Räumen. Niedersachsen gehört der PKK-Region NORD sowie der PKK-Region NORD/WEST an. Zur Region NORD zählen die PKK-Gebiete Kassel, Bielefeld Hannover, Salzgitter und Osnabrück, zur Region NORD/WEST gehört u. a. das Gebiet Oldenburg.

Zahlreiche Teil- und Nebenorganisationen sollen den Einfluss der PKK auf die in Europa lebenden Kurden sichern. So sind der im März 1994 in Bochum gegründeten, in die Öffentlichkeitsarbeit der PKK eingebundenen YEK-KOM („Föderation der kurdischen Vereine in Deutschland“) Vereine in vielen deutschen Städten angeschlossen, u. a. in Hannover, Celle, Braunschweig, Peine und Oldenburg. Nach Angaben der YEK-KOM gehören ihnen mehr als 10.000 Mitglieder an. Die YEK-KOM war nach dem 1993 erfolgten Verbot des Dachverbandes FEYKA-Kurdistan und seiner Mitgliedsvereine als „neue Föderation“ neuer örtlicher „Kulturvereine“ gegründet worden.

Der am 20. und 21. Mai in Dortmund durchgeführte 7. Kongress der YEK-KOM widmete sich der Neustrukturierung der Föderation. Bestandteil dieser Neustrukturierung war die Bildung von Kommissionen für Jugend, Kultur, Sport und Ausbildung. Eine „Kommission für Beziehungen nach Außen“ soll im Rahmen einer gesellschaftliche Akzeptanz fördernden, breit angelegten Öffentlichkeitsarbeit „gesellschaftlich relevante Multiplikatoren“ einbinden. Beispiele für die angestrebte Öffent-

**PKK-Partiya Karkeren Kurdistan
= Arbeiterpartei Kurdistans**

Generalvorsitzender: Abdullah **ÖCALAN** (APO)
z.Zt. vertreten durch den Präsidialrat



**ARGK-Artesa Rizgariya Gele
Kurdistan**
=Volksbefreiungsarmee Kurdistans
aktuell umbenannt in **Legitime Volks-
verteidigungskräfte**

Europa



**Volksparlamente
(Halk Meclisî - HM)**
auf Regionsebene

Eyalat = Region
- 7 Regionen -

Bölgê = Gebiet
- 30 Gebiete -

Alan = Raum
diverse Räume je Gebiet

**Stadtkomitees und Stadtteilkomitees
in den Gebieten**

lichkeitsarbeit waren die Teilnahme von örtlichen YEK-KOM-Vereinen an den 1. Mai-Veranstaltungen sowie eine an die Innenminister der Länder gerichtete Briefaktion, in der die Aufhebung des Betätigungsverbots der PKK gefordert wurde.

Unter dem Dach der YDK agieren darüber hinaus europaweit so genannte Y-Gruppen. Das Y steht für Yekitia und bedeutet Union oder Vereinigung. Von besonderer Bedeutung sind die häufig in Erscheinung tretenden Organisationen für Jugendliche, Studenten und Frauen. Der Freie Frauenverband Kurdistans (YAJK) hatte bereits 1999 eine Umwandlung in die Partei Freier Frauen Kurdistans (PJKK) vollzogen und parallel dazu die „Front Freier Frauen Kurdistans“ (EJAK) mit kulturellem Arbeitsschwerpunkt gegründet. Im Rahmen des vom 29. Juli bis 21. August in Südkurdistan durchgeführten 3. Kongresses der PJKK, an dem auch Frauen aus Deutschland teilnahmen, wurde die Umbenennung der PJKK in „Partei der Freien Frauen“ (PJA) bzw. „Partei der Freien Frauen Kurdistans“ (PJK) beschlossen. Die Frauenorganisation sprach sich für die Übernahme der Entschließungen des 7. Parteikongresses der PKK sowie für den Aufbau einer „legalen Verteidigungskraft der Frauen“ in Anlehnung an die Volksverteidigungskräfte der PKK aus.

Die Aktivitäten der Y-Gruppen bewegen sich im Rahmen der von der PKK vorgegebenen politischen Zielsetzungen und Strategien und sind außerdem ein wichtiger Faktor, um über die soziale Gemeinschaftskomponente aus kurdischen Bevölkerungsgruppen heraus neue Kader für die Organisation zu gewinnen.

Medien für die Propaganda der PKK

Für die Verbreitung ihrer Propaganda bedient sich die PKK vor allem des Fernsehens. Nach Entzug der Sendelizenz (wegen Gewaltaufrufen für ÖCALAN) für den von der PKK gesteuerten, 1995 in Betrieb genommenen Fernsehsender MED-TV durch die britische Fernsehbehörde im März 1999, war ein Kultur- und Bildungsprogramm für Kurden zunächst über den Sender CTV, dessen Programm inzwischen eingestellt ist, ausgestrahlt worden. Im Juli 1999 nahm auf Betreiben der PKK mit MEDYA-TV ein neuer kurdischer Fernsehsender seinen Sendebetrieb auf, der neben kulturellen Beiträgen auch Nachrichten und politische Magazine sendet. Seit dem 21. März sendet ein weiterer kurdischer Fernsehsender Mezopotamya Broadcasting A/S (METV) über Satellit. Empfangsgebiete sind der Nahe Osten, Europa und die GUS. MEDYA-TV und METV nutzen zeitversetzt dieselbe Satellitenfrequenz für kulturelle Beiträge und politische Informationen, bei denen im Interesse der PKK liegende Themen einen breiten Raum einnehmen. Auch wird führenden Funktionären der PKK in Live-Interviews die Möglichkeit gegeben, das Parteiprogramm, Kommentare und Einschätzungen vor einem großen Publikum zu verbreiten.

Ein weiteres wichtiges Propagandamedium der PKK ist die seit 1995 in Deutschland erhältliche türkischsprachige Tageszeitung Özgür Politika (Freie Politik). Neben Verlautbarungen der Führungsebene veröffentlicht die Zeitung regelmäßig Interviews mit PKK-Funktionären und mobilisiert zu regionalen und überregionalen Veranstaltungen. Nebenorganisationen der PKK geben zusätzlich noch eigene Publikationen heraus. Als weiteres Informationsmedium erlangt das Internet für die PKK zuneh-

mend Bedeutung. Neben Kontaktadressen verschiedener PKK-Organisationen sind aktuelle Verlautbarungen der Führungsebene abrufbar. Zusätzlich zu Kurdistan Report, MEDYA-TV und diversen Nebenorganisationen betreibt auch das seit 1995 in Köln bestehende und seit Mai 1999 in Berlin ansässige Kurdistan-Informationszentrum (KIZ) eine eigene Homepage und informiert die Öffentlichkeit im Stile einer Nachrichtenagentur aktuell über die Kurdenproblematik.

Finanzierung

Zur Finanzierung des militärischen Apparates in Kurdistan und der Parteiorganisation sind die Einnahmequellen der PKK in Deutschland und Europa von zentraler Bedeutung. Der hohe Finanzbedarf der PKK erklärt sich zum einen aus den weiterhin aktionsfähig bereitgehaltenen „Verteidigungskräften“. Zum anderen setzen der Unterhalt der konspirativen Kaderstruktur und die Verstärkung der Öffentlichkeitsarbeit entsprechende Finanzmittel voraus.

Neben den monatlichen Mitgliedsbeiträgen der Anhänger erzielt die PKK Erlöse aus dem Verkauf von Publikationen und Eintrittskarten für Großveranstaltungen. Ein erheblicher Teil der Einnahmen stammt aus den jährlich durchgeführten Spendenkampagnen, denen für alle Ebenen der PKK bestimmte Sollvorgaben unterliegen. Die Einstellung des bewaffneten Kampfes führte bereits 1999 zu sinkender Zahlungsmoral bei der PKK-Basis und damit zu Einnahmeeinbußen. Ihren weiterhin hohen Finanzbedarf konnte die PKK vor dem Hintergrund der Einstellung des bewaffneten Kampfes nicht glaubhaft vermitteln. Entsprechend der auf politische Lösungen zielenden Linie verzichtete sie bei

der Spendenkampagne auf Drohkulissen und Gewaltanwendung. Die Einnahmeeinbußen konnten durch entsprechende Rücklagen der Organisation aufgefangen werden, lediglich in den örtlichen Vereinen zeigten sich teilweise Finanzprobleme ab.

Erkenntnisse über Geldgewinne aus einer direkten, organisierten Beteiligung der PKK am Drogenhandel liegen nicht vor. Die Partizipation an Gewinnen kurdischer Drogenhändler im Rahmen der Spendenkampagne der PKK ist als indirekte Beteiligung zu sehen.

Aktuelle Zielsetzungen und Aktivitäten der PKK

Auf ihrem 7. Parteikongress vom 7. – 23. Januar bestimmte die PKK die Richtlinien ihrer künftigen Politik und Strategie. Gleichzeitig wählten die 400 Delegierten Abdullah ÖCALAN erneut einstimmig zu ihrem Parteivorsitzenden. Das verabschiedete Programm enthält als Kernpunkt die Forderung nach Anerkennung der nationalen Identität und nach verfassungsmäßiger Festschreibung der staatsbürgerlichen Rechte der Kurden. Verlangt werden ferner die Einstellung des bewaffneten Kampfes, die Abschaffung des Dorfschützersystems, ein Aufbauprogramm für die kriegszerstörten Gebiete und die Bestrafung von Kriegsverbrechern. Der kurdenspezifische Forderungskatalog ist eingebettet in allgemeinpolitische Programmpunkte, die die Demokratisierung der türkischen Politik und Gesellschaft zum Inhalt haben. Indem sie sich als Bestandteil einer parteiübergreifenden Demokratisierungsbewegung versteht, versucht die PKK, ihren Zielsetzungen vor dem Hintergrund innenpolitischer Auseinandersetzungen in der Türkei auf taktisch geschickte Weise zusätzlich Legitimation zu verleihen. Äußerungen ÖCALANs verdeut-

lichen diesen Zusammenhang beispielhaft:

„Wir sind auf Seiten der Türkei. Wir sind auf Seiten des wirtschaftlichen Aufschwungs. Wir wollen Demokratie, Frieden und Brüderlichkeit. ... Die Wirtschaft der Gewinner wurde durch den Krieg genährt. Zwanzig Jahre lang wurden die Politiker genährt. ... Es ist notwendig, dass das Volk gegen das Gewinnertum aktiv wird. ... Die PKK möchte an der demokratischen und gesetzmäßigen Phase des Staates teilnehmen.“

(Özgür Politika, 03.06.2000)

Am 3. September bekräftigte ÖCALAN einem weiteren Bericht von Özgür Politika zufolge seinen Wunsch, dass sich „die legale Verteidigungslinie der PKK mit der schöpferischen Linie der Demokratie und des Friedens vereinigt und so zum Erfolg führt“.

Ihren pankurdischen Anspruch hat die PKK jedoch nicht aufgegeben, wie das vom PKK-Parteirat am 11. September verabschiedete „Nationale Manifest des Friedens und der Einheit“ verdeutlicht, das als Ziel die „Überwindung jeglicher Art von Separatismus“ und „die freie Einheit auf der Grundlage des demokratischen Wandels und der demokratischen Lösung der Kurdenfrage“ festlegt. Mit dem Manifest reagierte der Parteirat der PKK auf die erneuten Angriffe der PUK auf Guerillaeinheiten der PKK im Nordirak, wohin die PKK bereits seit 1999 den Großteil ihrer Verbände aus dem Südosten der Türkei zurückgezogen hatte. Die im Nordirak etablierten militärischen Einheiten der PUK und der DBK-I, die z.T. in Übereinstimmung mit den Interessen der Türkei handeln, sehen ihre traditionellen Einflussbereiche durch die PKK gefährdet.

Eine besondere Rolle bei dem angestrebten nationalen Einigungsprozess obliegt dem „Kurdischen Nationalkongress“ (KNK), der als „parlamentarische Exilvertretung der Kurden in Eu-

ropa“ im Mai 1999 aus der seit 1995 bestehenden, von der PKK gesteuerten Vorläuferorganisation Kurdisches Exilparlament gegründet wurde. Der KNK soll im Einigungsprozess der Kurden die oberste Verwaltung und das Beschlussorgan bilden. Der Einigungsprozess selbst soll auf demokratischer Grundlage im Einklang mit denjenigen „gesellschaftlichen und staatlichen Stellen der souveränen Staaten“ erfolgen, „die die nationalen demokratischen Rechte des kurdischen Volkes anerkennen“. Mit ihren Bemühungen, PUK und DBK-I zu einer Mitarbeit im KNK zu bewegen, blieb die PKK bisher erfolglos. PUK und DBK-I kritisieren den aus ihrer Sicht zu großen Einfluss der PKK.

Die dargelegten politischen Vorgaben bestimmen die Aktivitäten der PKK auch in Deutschland, wo die Organisation ihre Ziele unter weitgehendem Verzicht auf Militanz bereits seit den Newroz-Feierlichkeiten⁴⁸ des Jahres 1996, bei denen es zu gewalttätigen Ausschreitungen kam, öffentlich verfolgt. Die Verhaftung ÖCALANs und die gegen ihn ausgesprochene Todesstrafe haben entgegen ersten Befürchtungen zu keiner Änderung dieser Ausrichtung geführt. Auch im Jahr 2000 standen politische Bemühungen eindeutig im Vordergrund. An den für sie wichtigen Jahrestagen beschränkte sich die PKK auf friedliche Protestbekundungen für ihren inhaftierten Vorsitzenden und für eine politische Lösung des Kurdistan-Konflikts. Zum Jahrestag der Festnahme ÖCALANs am 15. Februar beispielsweise organisierten Anhänger der PKK im gesamten

⁴⁸ Das NEWROZ-Fest geht auf einen ca. 2.600 Jahre alten Mythos zurück. Seinerzeit hatte sich das Volk mit einem Fackelmarsch gegen die Tyrannie eines Despoten erhoben. Seitdem wird dieses Fest als Symbol für Freiheit und Unabhängigkeit jedes Jahr begangen.

Bundesgebiet friedliche Demonstrationen, darunter eine Mahnwache in der hannoverschen Innenstadt. Unter den ca. 15.000 Teilnehmern einer zentralen Veranstaltung in Straßburg befanden sich auch zahlreiche aus Niedersachsen angereiste PKK-Anhänger. Ebenfalls gewaltfrei verliefen die Aktionen aus Anlass des kurdischen Neujahrsfestes Newroz, darunter Veranstaltungen der Deutsch-Kurdischen Freundschaftsvereine in Celle und Leer sowie eine Veranstaltung der Kulturellen Begegnungsstätte Kurdistan e. V. in Braunschweig. Die zentralen Feiern für den nördlichen Teil der Bundesrepublik am 19. März in Dortmund und am 25. März in Hamburg wurden von jeweils mehreren tausend PKK-Anhängern besucht. Den türkischen Nationentag während der EXPO 2000 am 19. August nutzte die YEK-KOM, um gegen „Menschenrechtsverletzungen in der Türkei“ zu demonstrieren. An der Veranstaltung beteiligten sich jedoch nur 200 Personen.

Demonstrative Aktionen für ÖCALAN und eine politische Lösung des Kurden-Konflikts kennzeichneten auch die Veranstaltungen zum Jahrestag der Aufnahme des bewaffneten Kampfes am 15. August bzw. anlässlich des 2. Jahrestages der „Vertreibung“ ÖCALANs aus Syrien vom 7. bis 9. Oktober. Die alljährlich größte Veranstaltung, das „Internationale Festival für Frieden, Demokratie und Freiheit“, an dem sich am 2. September in Köln mehr als 50.000 Menschen beteiligten, war ebenfalls von Friedensbeteuerungen und plakativen Bekundungen zur Friedenspolitik der Partei geprägt. Der Jahrestag der PKK-Gründung wurde am 17. Dezember von ca. 2.200 PKK-Anhängern der Region NORD in Fallingbostal gefeiert. Ähnliche für den Zusammenhalt der Partei wichtige Veranstaltungen fanden im gesamten Bundesgebiet statt.

Von größter Bedeutung für die PKK war das am 21. November vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in Straßburg begonnene Prüfverfahren, das klären sollte, ob die von ÖCALAN wegen seiner Verurteilung gegen die Türkei angestrebte Klage zulässig ist. Der erste Verhandlungstag wurde von Protesten sowohl von Anhängern als auch von Gegnern ÖCALANs begleitet. In der Straßburger Innenstadt versammelten sich zu getrennten Kundgebungen mehr als 15.000 PKK-Anhänger – darunter zahlreiche Teilnehmer aus Niedersachsen – und etwa 3.000 Mitglieder und Anhänger türkischer Vereinigungen, die die Hinrichtung ÖCALANs befürworteten. Die Konfrontation verdeutlicht, in welcher Weise die Frage nach dem Umgang mit der PKK und die Verurteilung ÖCALANs die türkische Gesellschaft nach wie vor emotional spaltet. Am 15. Dezember erklärte der EGMR die Klage für zulässig und verwies sie gleichzeitig wegen ihrer politischen Bedeutung an die mit 17 Richtern besetzte Große Kammer.

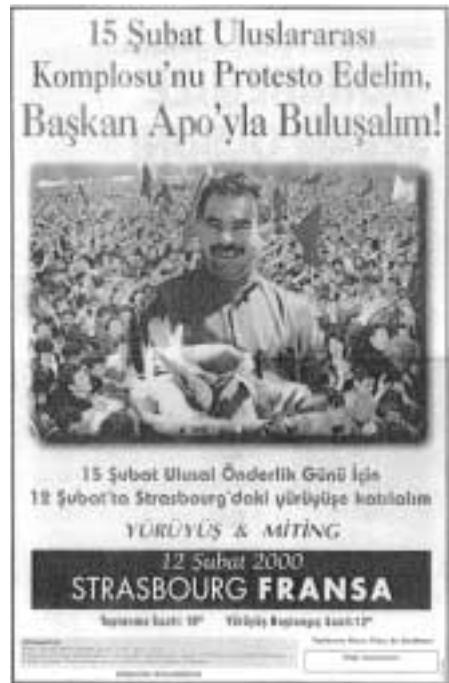
Ausblick

Die Situation der PKK ist gekennzeichnet durch für die PKK ungünstigen politischen Rahmenbedingungen. Ungeachtet des Rückzuges der PKK aus dem Südosten der Türkei in den Nordirak und ihrer „Friedensbereitschaft“, signalisiert der türkische Staat keine grundsätzlich neue Einstellung zur Kurdenfrage. Nach offizieller Sicht des türkischen Staates existiert kein Kurden-, sondern vielmehr ein Terrorismusproblem, das durch den Rückzug der PKK bis zu einem gewissen Grad gelöst sei. Starke nationalistische Tendenzen in der Türkei erschweren zudem eine

Annäherung an die PKK. Die an der Koalitionsregierung Ecevit beteiligte nationalistische MHP, die als zweitstärkste Fraktion im türkischen Parlament den Parlamentspräsidenten stellt, fordert unnachgiebige Härte im Kampf gegen die PKK sowie die Hinrichtung ÖCALANs. Ansätze für eine Lösung der Kurdenfrage – wie die Pläne zur Aufhebung des kurdischen Sprachverbots in den Massenmedien – werden ohne Mitwirkung der PKK entwickelt und sind weniger Ausdruck einer grundsätzlich veränderten Kurdenpolitik, als dass sie den von der EU aufgestellten Kriterien für einen möglichen EU-Beitritt der Türkei Rechnung tragen.⁴⁹

Auch nach der Inhaftierung ÖCALANs und der für die PKK eher ungünstigen politischen Rahmenbedingungen scheint die Unterstützung der kurdischen Bevölkerung für ÖCALAN ungebrochen. Durch Anweisungen, die über ÖCALANs Anwälte weitergegeben werden, gelingt es ÖCALAN trotz der Inhaftierung weiterhin, die Zielsetzungen der PKK vorzugeben. Nach anfänglichen Flügelkämpfen seit seiner Inhaftierung setzt der Präsidialrat uneingeschränkt dessen Weisungen um. Zwar wächst organisationsintern Unzufriedenheit darüber, dass die Türkei kein Entgegenkommen signalisiert, dennoch entwickelt sich trotz der für die PKK insgesamt unbefriedigenden Situation nur wenig interne Opposition. Die auf politische Lösungen zielende taktische Ausrichtung der PKK stieß organisationsintern sowohl in den kurdischen Gebieten als auch in Europa

⁴⁹ Die Türkei wurde am 4. Dezember 2000 offiziell als EU-Beitrittskandidat anerkannt. Als Beitrittskriterien werden von der Türkei u. a. die Abschaffung der Todesstrafe, die Anpassung der Rolle des Militärs an die Regeln einer demokratischen Gesellschaft sowie die Aufhebung des Ausnahmezustandes im Kurdengebiet im Südosten des Landes gefordert.



auf Kritik. So wird die politische Linie von Teilen der PKK als Verrat an der kurdischen Sache bezeichnet. Ein Beispiel für parteiinterne Kritik ist die von ehemaligen hochrangigen Führungsfunktionären der PKK gegründete „Nationale Demokratische Initiative Kurdistans“. In ihrer am 18. August im Internet veröffentlichten Erklärung kritisiert sie den auf Ausgleich mit der Türkei gerichteten Kurs der PKK als Verrat an der kurdischen Nation. ÖCALAN wird als „ideologisch-politischer Verräter“ bezeichnet, der die PKK in eine Sackgasse geführt habe.

Es bestehen keine Anzeichen dafür, dass die innerorganisatorische Opposition bereits die Gefahr einer Spaltung der PKK in sich birgt. Vielmehr scheinen die Kritiker bei der PKK-Basis auf wenig Resonanz zu stoßen. Die Äußerungen von Abweichlern sprechen dafür, dass die PKK im Rahmen des von ihr propagierten demokratischen Kurses Kritikern kurz nach dem 7. Partei-

kongress größeren Freiraum eröffnete, was jedoch durch Druck oder öffentliche Verunglimpfung inzwischen weitgehend unterbunden wurde. Obwohl bisher eine rigorose Bestrafung von Abweichlern zur Parteigeschichte der zentralistisch geführten PKK gehörte, legt sie sich derzeit Zurückhaltung bei der Bestrafung von Dissidenten und desertierten Guerillakämpfern auf, zumal der gegenwärtige Kurs auch die Öffnung für kritische Dialoge innerhalb und außerhalb der Organisation propagiert.

Zwar lassen Äußerungen u. a. in dem PKK-Parteiorgan Serxwebun den Schluss zu, dass sich die PKK die militärische Option offen hält, falls eine friedliche Lösung des Kurdenproblems nicht vorankommt. Dennoch deuten keine konkreten Anzeichen darauf hin, dass sie ihren auf politische Anerkennung zielenden Friedenskurs in nächster Zeit aufgeben wird.

Ob die PKK zu einer militärischen Option im Krisengebiet bzw. zu militanten Aktionen in Deutschland zurückkehrt, wird mittelfristig von dem Erfolg des politischen Kurses abhängen. Ausschlaggebend hierfür wird sein, inwieweit der türkische Staat zu einem Einlenken und zu Zugeständnissen in der Kurdenfrage bereit ist und die PKK überhaupt als Ansprechpartner akzeptiert. Ein solches Entgegenkommen dürfte jedoch erschwert werden durch den Einfluss der nationalistischen Kräfte auf die türkische Politik, nicht zuletzt durch die Regierungsbeteiligung der nationalistischen MHP. Die Beibehaltung des auf politische Anerkennung zielenden Kurses der PKK oder aber eine mögliche Rückkehr zum bewaffneten Kampf ist auch in großem Maße abhängig vom persönlichen Schicksal des zum Tode verurteilten Generalvorsitzenden ÖCALAN.

Devrimci Sol (Revolutionäre Linke)

Vorsitzender:	Dursun KARATAS	
Mitglieder	1999	2000
Bund:	1.100	1.000
Niedersachsen:	80	75

Die Organisation ist gespalten in:

Revolutionäre Volksbefreiungspartei/-front (DHKP-C)
"KARATAS-Flügel"

Türkische Volksbefreiungspartei/-front
(THKP-C Devrimci Sol) "YAGAN-Flügel"

Publikationen: Vatan (Vaterland), KARATAS-Flügel
Tavir (Haltung), KARATAS-Flügel
Devrimci Cözüm (Revolutionäre Lösung),
YAGAN-Flügel



Willkommen auf den deutschen Seiten des Volksbefreiungskampfes in der Türkei. Dies ist ein anti-Imperialistischer und anti-faschistischer Krieg gegen die Kräfte des Imperialismus und ihrer türkischen Helfer, der türkischen Oligarchie. Der Kampf für Freiheit, Menschenwürde und Sozialismus in der Türkei wird geführt von der DHKP/C



Revolutionären Volks Befreiungs Partei - Front

Wenn Sie noch nichts über die DHKP/C wissen, schlagen wir vor, das Dokument OUR COUNTRY IS RIPE FOR REVOLUTION zu lesen. Es existiert allerdings leider nicht auf deutsch. Es ist ein wichtiges Dokument der DHKP/C. Es beschreibt den Weg zur türkischen Revolution und wie die Türkei nach dem Sieg der revolutionären Kräfte im Befreiungskampf aussehen soll. Wenn Sie nichts englisches lesen wollen schlagen wir das Dokument von der THKP-C zur DHKP-C vor. Es enthält einen Abriss der Geschichte der DHKP/C

Gründungsgeschichte und Ideologie

Der Ursprung der 1978 in der Türkei gegründeten Devrimci Sol (Revolutionäre Linke) liegt in der „Revolutionären Jugendbewegung“ (Devrimci Genclik), die 1969 in studentischem Umfeld gegründet worden war sowie in der ursprünglichen THKP-C (Türkische Volksbefreiungspartei-Front). Die Devrimci Genclik (Revolutionäre Jugend) vertrat die militante Linie der ursprünglichen THKP-C (Türkische Volksbefreiungspartei-Front), die Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre mit anderen türkischen Linksextremisten den bewaffneten Kampf in der Türkei und in den kurdischen Gebieten führte und im März 1972 bei einer militärischen Konfrontation mit den türkischen Streitkräften zerschlagen wurde.

Erklärtes Ziel der Devrimci Sol seit ihrer Gründung ist die Zerschlagung des türkischen Staates und die Errichtung einer klassenlosen Gesellschaft auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus.

Den bewaffneten Kampf ihrer „antiimperialistischen“ und „antioligarchischen“ Guerilla in der Türkei und in den kurdischen Gebieten sieht die Devrimci Sol gerechtfertigt als „Zurückdrängung des offenen Faschismus“. Die nach dem Militärputsch von 1980 neu konstituierte türkische Verfassung bezeichnete die Devrimci Sol als eine „Institutionalisierung des Faschismus“.

Infolge zahlreicher Terroranschläge wurde die Devrimci Sol am 12.09.1980 in der Türkei verboten. Nach gewalttätigen Ausschreitungen im Jahr 1982 ist die auch in Deutschland tätige Devrimci Sol als erste Ausländerorganisation am 27.01.1983 durch den Bundesinnenminister verboten worden. Nach dem Verbot setzte die Devrimci Sol ihre Aktivitäten konspirativ fort.

Nach jahrelangen internen Flügelkämpfen spaltete sich die Devrimci Sol 1993 in zwei konkurrierende, sich später gewaltsam bekämpfende Flügel auf, die nach ihren jeweiligen Führungsfunktionären, Dursun KARATAS

und dem im März 1993 in der Türkei von Sicherheitskräften getöteten Bedri YAGAN, als KARATAS- und YAGAN-Flügel bezeichnet werden. Die stärkere Fraktion, der KARATAS-Flügel, gab sich die Bezeichnung Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front (DHKP-C, Devrimci Halk Kurtulus Partisi-Cephesi), während sich der kleinere Teil, der YAGAN-Flügel, in Anknüpfung an den Ursprungsnamen der Devrimci Sol seit Oktober 1994 als THKP-C – Decrimci Sol (Turkiye Halk Kurtulus Partisi-Cephesi-Devrimci Sol / Türkische Volksbefreiungspartei-Front – Revolutionäre Linke) bezeichnete. Beide Gruppen benutzen dasselbe Emblem, ein Hammer- und Sichel-Zeichen.

Die DHKP-C, die – der Tradition der Devrimci Sol verpflichtet – den Umsturz des türkischen Staates mit dem Endziel der Errichtung einer kommunistischen Ordnung nach marxistisch-leninistischen Grundsätzen propagiert, gliedert sich in der Türkei in einen politischen Arm – Revolutionäre Volksbefreiungspartei (DHKP) – und in einen militärischen Arm unter der Bezeichnung Revolutionäre Volksbefreiungsfrente (DHKC). Das von ihr vertretene Konzept des Befreiungskampfes versteht die DHKP-C nicht als nationalen Befreiungskampf, sondern als Revolutionsprozess der anatolischen Völker auf dem Staatsgebiet der Türkischen Republik, innerhalb dessen der ökonomisch-demokratische Kampf dem bewaffneten Kampf nachgeordnet ist. Charakteristisch für die DHKP-C sind Terroranschläge gegen staatliche und militärische Einrichtungen in der Türkei.

Die in Deutschland weniger bekannte THKP-C – Devrimci Sol weist nur in Nuancen ideologische Unterschiede zur DHKP-C auf.

Beide Gruppierungen betrachten Gewalt als legitimes Mittel zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele sowohl in

der Türkei als auch in Deutschland und anderen westeuropäischen Staaten. Beide Flügel, zwischen denen eine erbitterte Feindschaft bis hin zu gegenseitigen Mordanschlägen besteht, beanspruchen für sich die legitime Nachfolge der Devrimci Sol. Als Devrimci Sol-Nachfolger wurden beide Flügel am 13.08.1998 durch das Bundesministerium des Innern verboten. Während die DHKP-C als Ersatzorganisation der bereits 1983 verbotenen Devrimci Sol eingestuft wurde, erging gegen die THKP-C-Devrimci Sol ein Betätigungsverbot. Das Vereinsverbot der DHKP-C wurde am 1. Februar durch Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes bestätigt.

Organisationsstruktur und Aktivitäten

Beide Gruppierungen finanzieren ihre Aktivitäten aus Mitgliedsbeiträgen, dem Verkauf von Propagandamaterial und Veranstaltungserlösen sowie in erster Linie aus Spendengeldern, die in regelmäßig in Europa – teilweise unter Gewaltanwendung – durchgeführten Spendenkampagnen gesammelt werden.

Zahlreiche Strafverfahren gegen führende Mitglieder der DHKP-C haben mit zu einem Rückgang der gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen DHKP-C und THKP-C – Devrimci Sol beigetragen. Seit 1997 wurden in Deutschland und im benachbarten Ausland mehrere Führungsfunktionäre und Aktivisten der DHKP-C festgenommen und meist zu hohen Freiheitsstrafen verurteilt. So verurteilte am 11. April der 3. Strafsenat des Oberlandesgerichtes Celle die Aktivistinnen der DHKP-C im Raum Hannover, Nese und Sonnur YILDIRIM, wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung zu einer Jugendstrafe von einem Jahr auf Bewährung bzw. zu 15 Monaten Freiheitsstrafe auf Bewährung.

Einen Schwerpunkt der Aktivitäten der DHKP-C bildeten Solidaritätsaktionen für hungerstreikende Gefangene in der Türkei vor dem Hintergrund der Änderungen im türkischen Strafvollzug. Mit den Aktionen protestierte die DHKP-C gegen die Verlegung von Parteimitgliedern in „Isolationsgefängnisse“.

Die DHKP-C hatte sich zunächst mit den türkischen linksextremistischen Organisationen Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten (TKP/ML) und der Marxistisch-Leninistischen Kommunistischen Partei (MLKP) zu einem „Solidaritätskomitee mit den politischen Gefangenen in der Türkei“ (Devrimci Tutuklu Dayanisma Komitesi = DETUDAK) zusammengeschlossen. Da die DHKP-C innerhalb dieses Solidaritätsbündnisses DETUDAK eher eine untergeordnete Rolle einnahm, gründete sie das „Komitee gegen Isolationshaft“ (Izolasyon Iskenesine Karsi Mücadele Komitesi = IKM), in dem ausschließlich sie aktiv ist.

Die in der Regel vom IKM oder DETUDAK initiierten Protestaktionen in Form von Demonstrationen, Fackelzügen, Spontankundgebungen und Besetzungsaktionen verliefen bis auf vereinzelte gewalttätige Aktionen weitestgehend gewaltfrei. Bei den Räumungen des besetzten Verwaltungsgebäudes der Hamburger Justizbehörde am 14. Dezember sowie der am 20. Dezember besetzten SEKER-Bank in Köln leisteten die Besetzer teilweise erheblichen Widerstand. Ebenfalls im Zusammenhang mit den Protesten gegen die Gefängnisreform in der Türkei stand ein Brandanschlag mit geringem Sachschaden auf die türkische ZIRAAT-Staatsbank in Hannover am 21. Dezember. Bei einer Demonstration für die Opfer des Hungerstreiks in der Türkei am 22. Dezember in Hannover beteiligten sich 250 Personen.

Schwerpunkt der DHKP-C in Niedersachsen, deren Aktivitäten im Jahr 2000 abgenommen haben, ist die Stadt Hannover. Wegen der niedrigen Einschreitschwelle und der finanziellen Schwierigkeiten gelingt es der DHKP-C kaum noch, ihre Anhänger zu mobilisieren. So demonstrierten am Nationaltag der Türkei während der EXPO am 19. August nur einige DHKP-C-Sympathisanten gegen den türkischen Strafvollzug.

Die in Niedersachsen vor allem in Salzgitter aktive THKP-C verliert immer mehr an Bedeutung.

Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten (TKP/ML)

Leitung:	Zentralkomitee	
Leitung Deutschland:	Auslandsbüro	
Mitglieder	1999	2000
Bund:	1.900	1.800
Niedersachsen	160	160
Publikationen:	Özgür Gelecek (Freie Zukunft) Halkın Günlüğü (Tagebuch des Volkes) Partizan (Partisan) İsci-Köylü Kurtuluşu (Arbeiter- und Bauernbefreiung) Devrimci Demokrasi (Revolutionäre Demokratie)	

Die in der Türkei verbotene Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten (TKP/ML) wurde 1972 von dem 1973 in einem türkischen Gefängnis gestorbenen Ibrahim KAYPAKKAYA gegründet. In der Folgezeit führten von persönlichen Machtambitionen bestimmte interne Auseinandersetzungen mehrfach zu Abspaltungen und zu veränderten Organisationsbezeichnungen, ohne dass sich die ideologische Grundausrichtung geändert hätte. Die Ideologie der TKP/ML ist eine Synthese aus marxistisch-leninistischen und maoistischen Elementen. Mit dem Bezug auf Mao wird den Bauern eine zentrale Rolle im Rahmen einer revolutionären Strategie zugesprochen, die darauf abzielt, das gegenwärtige politische System in der agrarisch geprägten Türkei durch eine „demokratische Volksrevolution“ zu stürzen und durch eine kommunistische Gesellschaftsordnung zu ersetzen. Zur Durchsetzung dieses Ziels hat sich die TKP/ML einen militärischen Arm, die Türkische Arbeiter-

und Bauernbefreiungsarmee (TIKKO), geschaffen, die in der Türkei einen bewaffneten Guerillakrieg führt. Im März berichtete die türkische Presse von der Verhaftung des Generalsekretärs der TIKKO, GÜLMEZ, der beschuldigt wird, ein Bombenattentat auf den Gouverneur von Cankiri angeordnet zu haben. In diesem Zusammenhang wurde Haftbefehl gegen drei weitere Mitglieder der Organisation erlassen. Im April kamen bei einer Polizeiaktion in Tunceli acht Kämpfer der TIKKO ums Leben.

Die Aktivitäten der sich durch jährliche Spendenkampagnen finanzierenden TKP/ML in Deutschland sind ein Reflex auf Ereignisse in der Türkei. Anlass für Aktionen bot der von linksextremistischen Zusammenschlüssen organisierte Widerstand gegen die Gefängnisreform in der Türkei. Am 20. Oktober traten in mehreren türkischen Haftanstalten Angehörige linksextremistischer türkischer Organisationen, u. a. auch der TKP/ML, aus Protest gegen

gen ihre beabsichtigte Verlegung in Einzelzellen in einen Hungerstreik.

Neben solchen auf aktuelle politische Ereignisse Bezug nehmenden Aktivitäten führte die TKP/ML die traditionellen Gedenkveranstaltungen anlässlich des Todestages des Parteigründers KAYPAKKAYA durch. Bei den Veranstaltungen am 20. Mai in Ludwigshafen und am 3. Juni in Essen wurden jeweils zwischen 4.500 und 6.000 Anhänger, darunter zahlreiche Aktivisten aus Niedersachsen, registriert.

Ehemalige Mitglieder der TKP/ML gründeten 1994 die Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei (MLKP), die als Ziel ebenfalls die revolutionäre Zerschlagung der türkischen Republik verfolgt. Der MLKP gehören im Bundesgebiet ca. 700 Mitglieder an. Als Basisorganisation der MLKP fungiert die Föderation der Arbeiterimmigranten aus der Türkei in Deutschland e. V. (AGIF).



Föderation der türkisch-demokratischen Idealistenvereine in Europa e. V. (ADÜTDF) / Deutsche Türk-Föderation (ATF)

Sitz:	Frankfurt/Main - Riederwald	
Vorsitzender:	Cemal CETIN	
Mitglieder	1999	2000
Bund:	7.800	7.800
Niedersachsen:	500	500
Publikationen:	Türk Federasyon (Türk Föderation) Ortadoyu (Der Nahe Osten) Bulletin der Türkischen Föderation	

Die ATF wurde 1978 in Frankfurt/Main durch den Zusammenschluss zahlreicher türkischer Vereine unter der Bezeichnung Föderation der türkisch-demokratischen Idealistenvereine in Eu-

ropa e. V. (ADÜTDF) gegründet. Auf ihrem 19. Jahreskongress in Essen im Oktober 1996 benannte sich die ADÜTDF um in Deutsche Türkföderation (Almanya Türk Federasyon -ATF-).

Zum gleichen Zeitpunkt wurde die Gründung des neuen europäischen Dachverbandes Konföderation der idealistischen Türken in Europa, Avrupa Ülkücü Türk Demekleri (AÜTDK) beschlossen. Diesem Gremium obliegt die Koordinierung der Arbeit der einzelnen nationalen Türk-Föderationen in Europa. Die Umbenennung der ADÜTDF ist bislang nicht im Vereinsregister vollzogen worden, von der neuen Bezeichnung wird bislang auch innerhalb der Organisation, z. B. in den Publikationen oder auf den Internetseiten, nicht Gebrauch gemacht. Vereinszweck ist satzungsgemäß die „Förderung der Zusammenarbeit und Solidarität der in Europa lebenden türkischen Staatsangehörigen“. Neben Kultur- und Sportvereinen bietet die ATF hierfür auch religiöse Einrichtungen – Korankurse und Gebetsstätten – an.

Die ATF ist im Bundesgebiet in über 180 Vereinen hierarchisch organisiert. Die niedersächsischen Vereine – u. a. in Hannover, Goslar, Braunschweig und Salzgitter – sowie einzelne Vereine aus Hessen und Nordrhein-Westfalen gehören zur Region (Bölge) Niedersachsen. Abgesehen von lokalen Vereinsveranstaltungen entwickelte die ATF-Region Niedersachsen nur geringe Aktivitäten. Lediglich die Kulturveranstaltungen, zu denen regelmäßig MHP-Abgeordnete als Gastredner auftreten, am 25. Februar in Minden (NRW) mit 4.000 Teilnehmern und am 12. November in Hannover mit 1.500 Teilnehmern fanden überregionales Interesse.

Die ATF kann als Auslandsvertretung der türkischen MHP betrachtet werden, auch wenn keine formalen organisatorischen Verbindungen bestehen, weil das türkische Parteiengesetz zum Zeitpunkt der Gründung der ATF die Bildung von Auslandsorganisationen verbot. Die enge Bindung an die MHP

zeigte sich darin, dass der 1997 verstorbene Gründer der MHP, Alparslan Türkeş, immer wieder als Redner auf Veranstaltungen der ATF in Erscheinung trat.

Der 1917 geborene Offizier Türkeş, der wegen seiner Sympathien für Hitler 1944 kurzzeitig inhaftiert war, ist der führende Propagandist pantürkischen nationalistischen Gedankenguts gewesen. Er gehörte zu den Initiatoren des Militärputsches von 1960. 1980 wurde er wegen der von ihm über die Bozkurtlar („Graue Wölfe“) gelenkten Terroraktionen vor Gericht gestellt und verurteilt, 1995 aber letztinstanzlich freigesprochen. Von 1975 bis 1978 fungierte der nationalistische Politiker in zwei Regierungen als stellvertretender Regierungschef.

Die zunächst an vorislamischem Gedankengut orientierte MHP integrierte in den siebziger Jahren religiöse Elemente in ihre Programmatik. Diese türkisch-islamische Synthese begründete eine doppelte Identität: ein Türke ist immer zugleich Moslem. Verbunden ist dies mit dem aus der Zeit des Osmanischen Reiches abgeleiteten Anspruch, dass der Türkei eine Führungsrolle innerhalb der islamischen Welt zukommt. Als Konsequenz aus der Hinwendung zum Islam änderte sich das Wappen der Organisation. Dem Wappentier, dem grauen Wolf, der der Sage nach den Stammvater der Türken vor dem Verhängen bewahrt und ihm zehn Söhne geboren hat, wurde ein die religiöse Identität symbolisierender Halbmond hinzugefügt. Der als Bezeichnung für die Jugendorganisation verwendete Beiname „graue Wölfe“ (Bozkurtlar) geht auf das Wappentier zurück. Mit dieser Bezeichnung verbindet sich die Erinnerung an in den siebziger Jahren an politischen Gegnern verübte Mordtaten.

Nach wie vor stellen Abgeordnete der MHP durch Deutschlandbesuche

die Bindung der ATF an die Mutterpartei sicher. Unter der Führung des neuen Vorsitzenden und stellvertretenden Ministerpräsidenten Bahçeli hat die MHP einen politischen Kurswechsel eingeleitet. Gegenüber der türkischen Zeitung *Türkiye* stellte er sich nach der Übernahme des Parteivorsitzes aber dennoch in die Kontinuität seines Vorgängers:

„Wir haben unsere Linie aus den siebziger Jahren nicht geändert, aber wir sind heute weniger aggressiv.“

(Rede Bahçeli's auf dem 6. Parteitag der MHP in Ankara am 06.11.2000)

Die für die Ära Türkes charakteristischen Ideologiemerkmale – Pantürkismus, Nationalismus, Antikommunismus und die Ablehnung demokratischer Prinzipien – sind in den Hintergrund getreten. Bahçeli bekennt sich zum parlamentarischen System der Türkei und unterstützt die Forderung nach Aufnahme der Türkei in die Europäische Union.

Aus den Parlamentswahlen im April 1999 ging die MHP mit 18 % der Stimmen als zweitstärkste Partei hervor. Mit der Demokratischen Linkspartei (DSP) des Ministerpräsidenten Ecevit und der Mutterlandspartei (ANAP) stellt sie die amtierende türkische Koalitionsregierung. Ihren Wahlerfolg hatte sie allerdings nicht geläuterten politischen Positionen, sondern ihrer pantürkischen Agitation gegen die PKK und deren Vorsitzenden ÖCALAN zu verdanken. Entsprechend ihrem nationalistischen Grundsatzprogramm steht die MHP in extremer Gegnerschaft zu den linksextremistischen türkischen Organisationen sowie der PKK. Besonders radikal ist die Gegnerschaft hinsichtlich kurdischer Autonomiebestrebungen ausgeprägt: die bloße Anerkennung kurdischer Minderheitenrechte gilt als strafwürdiger Separatismus. MHP-Parlamentarier betonen in

Vorträgen auch in Deutschland immer wieder, dass 80 % der MHP-Fraktion des türkischen Parlamentes eine Vollstreckung des Todesurteils gegen den PKK-Generalvorsitzenden ÖCALAN befürworten.

Die Beteiligung der MHP an der Regierungspolitik beeinflusst auch das Verhalten der ATF. Möglicherweise mit Blick auf das gegen die PKK und die DHKP-C in Deutschland verhängte Betätigungsverbot appellieren der ATF-Vorsitzende Cemal CETIN und der MHP-Vorsitzende Devlet Bahçeli an die in Deutschland lebenden Mitglieder, die deutschen Gesetze zu respektieren, keine Gewalt anzuwenden und Besonnenheit zu wahren. Die Presseorgane der ATF bemühen sich, nationalistische Tendenzen zu unterlassen und sich nicht zu Problemen in der Türkei zu äußern. Auseinandersetzungen sollen auch im Falle von Provokationen durch PKK-Angehörige auf deutschem Boden vermieden werden. Führende ATF- und MHP-Funktionäre versichern öffentlich immer wieder, dass sie die Integration der in Deutschland lebenden Türken anstreben. Gleichzeitig fordern sie Islam-Unterricht an deutschen Schulen sowie das Recht, Kopftücher zu tragen.

Im deutlichen Widerspruch zu der offiziellen Generallinie der ATF stehen nationalistische und rassistische Äußerungen in der Juni-Ausgabe des Bulletin der Türkischen Föderation. So wird in einer Kolumne ausgeführt:

„In jeder Zeit gab es defekte Rassen, die nichts Besseres zu tun hatten, als den Türken zu schaden. Diese Rassen sind behindert und erhalten ihre Befehle von anderswo. Sie essen unser Brot und versuchen gleichzeitig, ihren missgestalteten Rassen dienlich zu sein. Auf diese müssen wir achten und ihnen keine Gelegenheit geben“.

(Bulletin der Türkischen Föderation, Nr. 23, Juni 2000)

Andere Beiträge der Juni-Ausgabe des Zentralorgans glorifizieren die osmanische Epoche der Türkei, während der die Völker Europas und des Balkans von Ungerechtigkeit und Ausbeutung befreit worden seien. Die Osmanen hätten „Ungläubigkeit durch den rechten Glauben, Unmoral durch Ethik und Ungerechtigkeit und die Willkür der Kirche durch Gerechtigkeit“ ersetzt. An anderer Stelle wird an pantürkisches Gedankengut angeknüpft, wenn von der „türkischen Herrenrasse“ die Rede ist, die sich von Anbeginn der türkischen Geschichte fremde Völker unterworfen habe, und wenn Ost-Turkistan – gemeint sind zu Russland und China gehörende, von Turkmenen besiedelte Gebiete – eine hellere Zukunft versprochen wird. Solche Ambitionen decken sich mit dem „Projekt Eurasien“, das der Vorsitzende der MHP Bahçeli auf dem Parteitag seiner Organisation entwickelte. Bahçeli reklamiert damit für sein Land, anknüpfend an die Parteitradition, einen Führungsanspruch für alle Turkvölker, die östlich der Türkei siedeln.

Einen zentralen Stellenwert innerhalb der Aktivitäten der Organisation nimmt die Jugendarbeit ein. Wie in einer Studie der Universität Bielefeld⁵⁰ aus dem Jahre 1996 herausgearbeitet wurde, gelingt es der ATF, in Reaktion auf Desintegrationserscheinungen jugendlichen Türken ein politisches, religiöses und soziales Geborgenheitsgefühl zu geben. Den Vorstandsmitgliedern der örtlichen Vereine ist auferlegt, im Rahmen ihrer Vorbildfunktion nach islamischen Regeln zu leben. Das von ihnen vermittelte Gedankengut

stellt eine Synthese aus pantürkischen und religiösen Ideologieelementen dar. Ein Beitrag im Bulletin der Föderation lässt darauf schließen, dass den Jugendlichen ein nationalistisch überhöhtes Selbstwertgefühl vermittelt wird:

„Aber sowohl in der Türkei, als auch in Europa und im besonderen in Deutschland, sind die türkischen Jugendlichen diejenigen, die sich am schnellsten weiterentwickeln. Auch sind die türkischen Jugendlichen die dynamischsten Jugendlichen überhaupt.“

(Bulletin der Türkischen Föderation, Nr. 23, Juni 2000)

Führungskreise der ATF registrieren mit Sorge, dass sich jugendliche Mitglieder entgegen der taktischen Weisung der Partei auf Auseinandersetzungen mit PKK- und DHKP-C-Mitgliedern einlassen. Ein Trend zur Bewaffnung und zu wachsender Militanz gegenüber politischen Gegnern aus dem linken Parteienspektrum ist spürbar. Im Dezember kam es in Rotterdam während einer Demonstration aus Anlass der so genannten Gefängnisreform in der Türkei zu gewaltsamen Zusammenstößen zwischen Mitgliedern der DHKP-C und der ATF, in deren Verlauf ein Mitglied der DHKP-C getötet und eine weitere Person schwer verletzt wurde.

Der Versuch der ATF, in Deutschland als gemäßigte Organisation Anerkennung zu finden, wird in dem Maße fragwürdig, wie sie an ihrer pantürkischen Ideologie und an ihrer kompromisslosen Gegnerschaft gegenüber den Kurden festhält. Ein endgültiger Urteilspruch im Falle ÖCALAN könnte Anlass zu einer Eskalation der Gewalt zwischen Mitgliedschaft der ATF und Angehörigen linksextremistischer türkischer Organisationen führen.

⁵⁰ Universität Bielefeld – Interdisziplinäre Forschungsgruppe für multi-ethnische Konflikte, Wilhelm Heitmeyer, Joachim Müller, Helmut Schröder: „Türkische Jugendliche und islamischer Fundamentalismus“, Bielefeld 1996.

Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e. V. (IGMG)

Sitz:	Köln	
Vorsitzende		
Bund;	Dr. Yusuf ISIK (kommissarisch) Dr. Mehmet Sabri ERBAKAN (seit 15.04.2001)	
Land:	Kadir SÜRÜCÜ	
Mitglieder	1999	2000
Bund:	27.000	27.000
Niedersachsen:	2.600	2.600
Publikationen:	Milli Görüs & Perspektive (Neue Weltsicht und Perspektive)	

Geschichte und Organisationsstruktur

Die Entstehungsgeschichte der IGMG beginnt im Jahre 1976 mit der Gründung der Vorläuferorganisation Türkische Union Europa e. V., die sich 1982 in Islamische Union Europa e. V., umbenannte. Interne Auseinandersetzungen, in deren Verlauf Cemalettin KAPLAN und seine Anhänger die Organisation verließen, waren 1985 Anlass für die Gründung der Vereinigung der Neuen Weltsicht in Europa (AMGT), der unmittelbaren Vorläuferorganisation der heutigen IGMG. Im Dezember 1994 wurde die AMGT durch die Europäische Moscheebau und Unterstützungsgemeinschaft e.V. (EMUG) sowie zusätzlich kurze Zeit später durch die Islamische Gemeinschaft Milli Görüs ersetzt. In einer Selbstdarstellung des Jahres 1996 verdeutlichte die IGMG den Zweck der Neuorganisation:

„Die EMUG verwaltet die Immobilien der ehemaligen AMGT. Die neugegründete Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e. V. (IGMG) übernahm

die religiösen, sozialen und kulturellen Aufgaben der Gemeinschaft.“

Organisationschwerpunkt der weltweit operierenden IGMG ist Deutschland. Hier rechnen sich 300 „Gemeinden“ zur IGMG. Nicht immer ist die Mitgliedschaft in der IGMG aus den die Organisationszugehörigkeit verschleiernden Bezeichnungen der ihr angeschlossenen Vereine ablesbar. Die vielfältigen Bezeichnungen sind geeignet, einen nicht vorhandenen Pluralismus vorzutäuschen. Frauen-, Jugend- und Studentenorganisationen ermöglichen es der IGMG, ihren Einfluss durch ein zielgruppenspezifisches Angebot auszuweiten. Die alle Facetten des sozialen Lebens abdeckende hochdifferenzierte Organisationsstruktur wird ergänzt durch einen Bestattungsfond, eine Wallfahrtsorganisation, einen Buchvertrieb für religiöse Literatur, ein muslimisches Sozialwerk sowie durch Handelsgesellschaften für den Import und Export von Lebensmitteln. Auch wenn die IGMG vereinsrechtlich in Bonn registriert ist, befindet sich der



eigentliche Verwaltungssitz in Köln, von wo aus die von der Orts- über die Regional- bis zur Bundesebene hierarchisch aufgebaute Organisation zentralistisch geführt wird. Die Machtbefugnisse des Bundesvorstandes wurden deutlich, als auf seine Anordnung hin zu Anfang des Jahres 2000 ein Austausch der niedersächsischen Landesvorstandsmitglieder begann mit dem Ziel, den auf Landesebene in die Kritik geratenen Vorsitzenden der Islamischen Föderation Niedersachsen zu stützen. In Niedersachsen verfügt die IGMG über ein ausgedehntes Organisationsnetz mit Ortsvereinen in allen größeren Städten und Gemeinden. Am mitgliederstärksten sind die Vereine in Hannover, wo sich der Landesvorsitz befindet, in Braunschweig, Peine, Hameln und Garbsen. Darüber hinaus gibt es Vereine, die mit der IGMG eng verbunden sind. Bei Neugründungen ist festzustellen, dass Attribute wie „türkisch“ oder „islamisch“ vermieden werden. Statt dessen wird lediglich der Tätigkeitsbereich, sei es Bildung, Kultur oder Sport, herausgestellt.

Die IGMG ist mit verschiedenen islamischen Dachorganisationen verflochten. Dominierend ist ihr Einfluss auf den Islamrat⁵¹, dem der IGMG-Funktionär Hassan ÖZDOGAN vorsteht. Mit dem Zentralrat der Muslime in Deutschland (ZMD)⁵², dem die IGMG selbst nicht angehört, ist sie über den EMUG-Vorsitzenden Ibrahim EL-ZAYAT verbunden. EL-ZAYAT ist gleichzeitig Bundesvorsitzender der im ZMD vertretenen Muslim Studentenvereinigung in Deutschland (MSV). Ferner ist die IGMG im Islamischen Konzil⁵³ vertreten, als dessen Vizepräsident Hassan ÖZDOGAN fungiert.

Im Mittelpunkt der IGMG-Aktivitäten stehen umfassende Schulungsmaßnahmen, die an organisationseigenen Schulungseinrichtungen und Bildungszentren durchgeführt werden. Für die Weiterbildung von Funktionären steht eine Führungsakademie zur Verfügung. Als Beispiel für die Aktivitäten im Jugendbereich ist der 5. Internationale Tag der Jugend der IGMG am 14. Oktober in der Essener Gruga-Halle mit

⁵¹ Der „Islamrat für die Bundesrepublik Deutschland“ (IR) ist im November 1996 gegründet worden und versteht sich als gemeinsame Gesprächsebene und Koordinationsinstanz für islamische Arbeit der Mitglieder. 1997 waren im IR 18 Gruppierungen organisiert, von denen nur einige kleinere nichtextremistisch sind; der IR wird trotz gegenteiliger Beteuerungen durch die Mitgliedschaft des Bundesverbandes bis zu einzelnen Ortsvereinen sowie der Leitung des Verbandes deutlich von der IGMG dominiert.

⁵² Der „Zentralrat der Muslime in Deutschland e.V.“ (ZMD) umfasst als größte übergeordnete Dachorganisation 17 Organisations- sowie zwei Personenmitglieder; neben nichtextremistischen Organisationen sind zahlreiche Gliederungen der Muslimbruderschaft sowie das iran-gesteuerte IZ Hamburg vertreten. Der ZMD versteht sich als Anlaufstelle für alle die Muslime in Deutschland betreffenden Fragen und Anliegen.

⁵³ Das „Islamische Konzil in Deutschland“ (IK) ist 1989 von überwiegend arabischen Muslimen gegründet worden. Neben kleineren islamischen Organisationen sind die IGMG und die Muslimbruderschaft vertreten.

5.000 Teilnehmern anzuführen. Auf einer als „Jugend Plattform 2000“ bezeichneten Veranstaltung leitete der stellvertretende Vorsitzende der IGMG KARAHAN aus der von ihm aufgestellten Behauptung, bis zu 60 % der inhaftierten Jugendlichen seien Ausländer, die Forderung nach verstärkter religiöser Unterweisung ab.

Nachdem sich der Kauf einer Immobilie für Schulungszwecke in Laatzen zerschlagen hatte, bezog die IGMG in Braunschweig ein Gebäude, das ein Kultur- und Bildungszentrum beherbergen soll. In dem Gebäude sind sämtliche IGMG-Einrichtungen Braunschweigs untergebracht. Dies entspricht dem zentralistischen Organisationsverständnis der IGMG und erleichtert die Kontrolle der örtlichen Aktivitäten durch die Bundeszentrale. Anfang März fand in Braunschweig der erste Erziehungsrat des IGMG-Bezirks Hannover statt. In Anwesenheit des Bezirksvorsitzenden SÜRÜCÜ wurde ein Stufenprogramm für Kinder, Jugendliche, Frauen und Waisenkinder entwickelt.

Finanzierung

Die IGMG finanziert sich neben Spenden und Mitgliedsbeiträgen zu einem großen Teil durch wirtschaftliche Aktivitäten. Sie unterhält eigene Wirtschaftsbetriebe, vorrangig im Handelsbereich, betreibt Hotels und veranstaltet Pilgerfahrten nach Mekka und Medina. In einem Interview mit der tageszeitung vom 3. August bezifferte der Generalsekretär der IGMG, ERBAKAN, den Jahresumsatz seiner Organisation auf 400 bis 450 Millionen DM, den sie europaweit mit über 500 Moscheevereinen erwirtschaftet. Nach Feststellungen des Bayerischen Landesamtes für Verfassungsschutz basiert die Finanzkraft der Organisation auch

auf einer Symbiose zwischen IGMG und einem Netzwerk von Unternehmen. Bedeutende Unternehmen dieses Netzwerkes sind „die Kombassan-Holding als Verbund von Papierfabriken und Lebensmittelgeschäften ... und die Lebensmittelkette Yimpas.“⁵⁴

Indem die IGMG ihre Mitgliedsvereine anhält, bei den Firmen des Netzwerkes zu kaufen, verbessert die Organisation kontinuierlich ihre Finanzkraft, die von ihr zum Auf- und Ausbau ihrer islamistischen Erziehungs- und Bildungsarbeit genutzt wird.

Nach wie vor profitiert die IGMG von den Verbindungen zu so genannten islamischen Holdings. Hierbei handelt es sich um Kapitalsammelstellen, die es gläubigen Moslems ermöglichen sollen, ihr Vermögen unter Umgehung des aus dem Koran abgeleiteten Zinsverbots auf islamkonforme Weise zu mehren. Zwischen der IGMG-Führungsebene und den Vorständen der Holdings bestehen enge Beziehungen und personelle Verflechtungen zum wechselseitigen finanziellen Vorteil. Die der IGMG nahestehende Zeitung Milli Gazete enthält regelmäßig Hinweise auf Veranstaltungen der Holdings. Als Gegenleistung unterstützen die Holdings die IGMG finanziell bei der Durchführung von Veranstaltungen. Als Sponsoren für die Opferfest-Feier im März in Braunschweig nennt Milli Gazete z. B. die Sancak-Holding und für das Ramadanfest am 16. Januar in Hannover die Büyük-Anadolu-Holding.

⁵⁴ Islamischer Extremismus in Bayern, Online-Publikation, Internet-Ausdruck 19. Woche 2001.

Weltanschauliche Ausrichtung

Kennzeichnend für die ideologische Zuordnung der IGMG ist die 1985 angenommene Selbstbezeichnung „Milli Görüs“, die die IGMG als „*das entschlossene Streben nach dem Wohlergehen der ganzen Menschheit auf der Grundlage des monotheistischen Glaubens*“ definiert (Internetseite der IGMG, Ausdruck vom 08.05.01) und mit „neue Weltsicht“ übersetzt, obgleich es wörtlich „nationale Sicht“ bedeutet.

Die Selbstbezeichnung „Milli Görüs“ umschreibt den begrifflich-konzeptionellen Kern der politischen Ideologie des türkischen Islamistenführers Necmettin Erbakan.

Der 1926 geborene Erbakan hat ein Maschinenbau-Studium absolviert. Er promovierte 1954 an der TH Aachen. 1970 gründete er die Nationale Ordnungspartei (MNP) und nach deren Verbot 1973 die Nationale Heilspartei (MHP). Nach dem Militärputsch von 1980 stand er unter Politikverbot, bis er 1987 an die Spitze der neugegründeten Refah-Partei (Wohlfahrtspartei) rückte. Nachdem die Refah-Partei aus den Parlamentswahlen vom 24.12.1995 als stärkste Partei hervorgegangen war, wurde Erbakan im Juni 1996 als Ministerpräsident mit der Regierungsbildung beauftragt. Auf Druck des türkischen Militärs musste Erbakan, der seine Amtszeit genutzt hatte, um Islamisierungstendenzen in der Innen- und Außenpolitik voranzutreiben, das Regierungssamt am 18.07.1997 niederlegen. Die Refah-Partei wurde in der Folgezeit verboten, Erbakan mit einem fünfjährigen Politikverbot belegt. An die Stelle der Refah-Partei ist die ebenfalls von einem Verbot bedrohte Fazilet-Partei getreten. Erbakan wurde am 20. März wegen Volksverhetzung in erster Instanz zu einem Jahr Gefängnis verurteilt.

Erbakan hat die türkische Gesellschaft mit seinem programmatischen Konzept der „Gerechten Ordnung“ nachhaltig beeinflusst und mitgestaltet. In diesem Konzept besitzt „Milli Görüs“ eine zentrale Bedeutung. Erbakan und seine Anhänger verstehen dieses Konzept als die durch den Islam inspirierte Weltanschauung und Lebensweise, die für Islamisten den ideologischen Beweggrund zur aktiven Verwirklichung der „Gerechten Ordnung“ darstellt.

Durch die Selbstbezeichnung „Milli Görüs“ bringt die IGMG – neben allen anderen Belegen – unzweideutig ihre enge weltanschauliche Verbundenheit mit Erbakans verbotener türkischer Wohlfahrtspartei zum Ausdruck, deren Funktion gegenwärtig von der islamistischen Tugendpartei fortgeführt wird. Aufgrund dieses Sachverhalts ist am 12. Dezember ein Verbotsverfahren vor dem türkischen Verfassungsgericht gegen die Tugendpartei eröffnet worden.

Die 6. Generalversammlung der IGMG am 3. Juni in Köln, an der – nach Geschlechtern getrennt – 30.000 IGMG-Anhänger aus Deutschland und dem benachbarten Ausland teilnahmen, fand in Anwesenheit des frenetisch gefeierten Necmettin Erbakan statt. In seiner Rede führte Erbakan aus:

„Der Tag bricht an. Ihr solltet wissen, dass sehr bald neue Zeiten anbrechen werden. Die Schwierigkeiten, die wir heute haben, sind nur die Geburtswehen einer neuen Ära.“

(Hürriyet, 05.06.2000)

Die tatsächliche Bedeutung Erbakans für die IGMG wird dadurch verdeutlicht, dass ihn die der IGMG nahestehende Zeitung Milli Gazete als „Vorsitzenden der IGMG“ (Ausgabe vom 2. September) bzw. als „Führer der Milli Görüs“ (Ausgabe vom 3. Juni) bezeichnet.

Auf einer Podiumsdiskussion des IGMG-Bezirks Ruhr über den Koran äußerte der dortige Bezirksvorsitzende:

„Uns reicht nicht nur unsere eigene Befreiung. Wir setzen uns für die Befreiung der ganzen Menschheit ein ... Die Befreiung der Menschheit, ihr Wohl und Glück sind über den Koran möglich“.

(Der Weg in die Befreiung führt über den Koran; in: Milli Gazete, 20.03.2000, S. 3)

Der Bezirksvorsitzende der Abteilung für religiöse Weisung und Lehrer am islamischen Mädchenkolleg ergänzte:

„Der Koran ist eine Lebensordnung und gleichzeitig die schriftliche Form des gesetzlichen Systems in der islamischen Ordnung.“

Die Ausführungen des stellvertretenden Vorsitzenden der IGMG Mustafa

BASARAN verdeutlichen die für Islamisten typische Teilung zwischen einer moralisch verkommenen Welt und der Erlösung versprechenden islamischen Religion:

„Wir müssen die Menschen zur Moral des Koran rufen. Wir als Muslime können das Gute befehlen und vor dem Bösen bewahren. Unsere Pflicht ist es, nach Gottes Befehl zu leben.“

Aufrufe wie diese sind nicht lediglich als religiöse Appelle zu verstehen. Sie beziehen sich auf die Ebene gesamtgesellschaftlichen Handelns und markieren den Anspruch, eine nach religiösen Vorstellungen geformte Gesellschaftsordnung zu schaffen. Derartige Bestrebungen stehen auch aufgrund ihres Absolutheitsanspruches grundsätzlich im Widerspruch zu Grundprinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung.

Der Kalifatsstaat (vormals ICCB)

Sitz:	Köln	
Leitung:	Metin KAPLAN	
Mitglieder:	1999	2000
Bund:	1.100	1.100
Niedersachsen:	250	180
Publikationen:	Ümmet-i Muhammed (Die Gemeinde Mohammeds)	

Gründung und ideologische Ausrichtung

Der Kalifatsstaat wurde am 25. November 1984 unter der Bezeichnung Verband der Islamischen Vereine und Gemeinden e. V. (Islami Cemaat ve Cemiy-

etler Birligi / ICCB) mit Sitz in Köln von Cemaleddin KAPLAN als Abspaltung von der AMGT (heute IGMG) gegründet. Cemaleddin KAPLAN (1926–1995), der als Khomeini von Köln bezeichnet wurde, war als hochrangiger Mitarbeiter des Präsidiums für Religionsangele-

genheiten (DiYanet Isleri Baskanligi – DIB) in der Türkei tätig gewesen. Nach dem Militärputsch 1980 kam KAPLAN als Asylsuchender nach Deutschland. In der 1982 aus der 1976 gegründeten Türkischen Union Europa e. V. hervorgegangenen Islamischen Union Europa e. V. nahm er führende Funktionen wahr. Die Auseinandersetzungen um die politische Ausrichtung im Laufe des Jahres 1984 führten zur Spaltung der Islamischen Union und zur Gründung des ICCB durch KAPLAN. In der Folge dieser Auseinandersetzungen gründete sich am 20. Mai 1985 in Köln die Vereinigung der Neuen Weltansicht in Europa e. V. (Avrupa Milli Görüs Teskilatları /AMGT) als Nachfolgerin der mittlerweile bedeutungslos gewordenen Islamischen Union.

Das Ziel des Kalifatsstaates unter Führung von Metin KAPLAN ist – wie schon unter dessen im Mai 1995 gestorbenen Vaters und Vorgängers Cemaleddin KAPLAN – der revolutionäre Sturz des laizistischen Staatswesens in der Türkei und die Errichtung eines islamischen Gottesstaates. Nach Auffassung KAPLANs sind weder eine laizistische Staatsordnung noch die Demokratie mit den Grundlagen des Islams vereinbar. Muslime seien vielmehr zur Rückkehr zu einer islamischen Staats- und Gesellschaftsordnung aufgerufen. Im Unterschied zu anderen islamischen Verbänden vertritt der Kalifatsstaat KAPLANs den Anspruch zur Islamisierung der Türkei mit einer militanten Exklusivität, die zur Abschottung der Gemeinschaft nicht nur gegenüber der deutschen Gesellschaft, sondern auch gegenüber anderen türkisch-islamischen Verbänden geführt hat. Anderen islamischen Organisationen wirft KAPLAN vor, sich „kompromissüchtig“ auf die westliche Wertegemeinschaft eingelassen zu haben.

Als einzig legitime Grundlage für eine Rechts- und Gesellschaftsordnung

gilt die „Scharia“, ein aus Koran, Hadith (Aussprüche Mohammeds) und Sunna (Gewohnheiten Mohammeds) hergeleitetes islamisches Rechtssystem. In diesem Sinne verkündete Metin KAPLAN in einer Grundsatzrede auf der Jahreshauptversammlung 1996, der Koran sei das Grundgesetz und das Strafgesetzbuch des Islam. Weltliche Gesetze stünden hierzu in Widerspruch. Ausdrücklich bekannte er sich zur Gewaltanwendung im Namen des Islam. Das aus dem universellen Anspruch des Islam abgeleitete Fernziel des Kalifatsstaates ist die weltweite Islamisierung.

Die Betonung des islamischen Rechts als Maßstab für jede staatliche Ordnung und die antidemokratische Grundhaltung des Kalifatsstaates bildet einen konstanten Themenschwerpunkt in den Veröffentlichungen des Verbandsorgans Ümmet-i Muhammed:

„Der Islam ist gleichzeitig eine göttliche Ordnung, er ist Verfassung, das Schariagesetz, er ist das Gesetz Allahs und in allem vollkommen. Er hat keine Fehler und keine Lücken. Aus diesem Grund machen wir keine Zugeständnisse und schlagen niemals den Weg der Einigung mit dem Unglauben und den ungläubigen Regimen ein. Im Islam gibt es keine laizistische Ordnung und der Islam verträgt sich nicht mit der Demokratie. Ein Muslim kann kein Demokrat sein und ein Demokrat kann kein Muslim sein. Der Islam hat einen Staat und dies ist eine kanonische Vorschrift im Koran. Dieser kanonisch vorgeschriebene Staat ist der islamische Staat, es ist der Kalifatsstaat.“
(Ümmet-i Muhammed Nr. 318 vom 16. März)



Organisationsstruktur

Nach der Proklamation eines „Föderativen Islamstaates Anatolien“ (A.F.I.D.) („heiliger Koranstaat“) am 18. 04.1992 in Koblenz durch Cemalettin KAPLAN und der Selbsternennung KAPLANs zum Kalifen, d. h. zum „Befehlshaber der Gläubigen“ am 08.03.1994 bezeichnete sich die Bewegung als Kalifatsstaat (Hilafet Devleti). Der islamische Alleinvertretungsanspruch des Kalifatsstaates sowie die Verpflichtung zur Endogamie – weibliche Mitglieder dürfen nur solche Männer heiraten, die den Treueschwur auf den Kalifen abgelegt haben – weisen auf den sektenartigen Charakter der Vereinigung hin. Der zentralistisch geführte Kalifatsstaat ist in Deutschland, in Frankreich, den Niederlanden und in Belgien mit Vereinen vertreten. Auch in der Türkei hat die Organisation Anhänger.

Der Kalifatsstaat finanziert sich zum überwiegenden Teil aus Spendengeldern und Mitgliedsbeiträgen. Darüber

hinaus wurde auf die Vereine des Kalifatsstaates Druck ausgeübt, die vereinseigenen Immobilien auf die bereits 1990 in Rotterdam errichtete „Stichting Dinaar aan Islam“ zu überschreiben. Als weitere Einnahmequellen dienen die Verbandszeitung Ümmet-i Muhammed sowie der Verkauf von Büchern und Schriften des Gründers Cemalettin KAPLAN. Der Kalifatsstaat unterhält den eigenen Fernsehsender HAKK-TV. Darüber hinaus verbreitet die Organisation ihre Propaganda im Internet.

Die Rolle Metin KAPLANs innerhalb der Bewegung ist wegen seines übersteigerten Führungsanspruchs sowie einer ihm von seinen Gegnern vorgeworfenen mangelnden Kompetenz stark umstritten. Unter seiner Führung beschleunigte sich ein Prozess von Abspaltungen, in dessen Verlauf bereits zu Lebzeiten Cemalettin KAPLANs die Zahl der dem Verband angeschlossenen Vereine stark abgenommen hatte. Als Abspaltungen entstanden 1989 in

Köln die Islamische Bewegung (IB) und 1994 die Union der Muslimischen Bewegung (MCB), die aber wenig Außenwirkung zeigen. Während Mitte der 80er Jahre noch 10.000 bis 12.000 Mitglieder dem Verband angehörten, sind es heute nur noch etwa 1.100, davon ca. 180 in Niedersachsen.

Hauptkonkurrent des Metin KAPLAN jedoch war der am 08.05.99 in seiner Berliner Wohnung von bisher unbekanntem Tätern erschossene Funktionär Dr. Yusuf Ibrahim SOFU, der sich Anfang 1996 zum Gegenkalifen hatte ausrufen lassen⁵⁵. Um SOFU, der für sich die Nachfolge Cemaleddin KAPLANs reklamiert hatte⁵⁶, gruppierten sich von Metin KAPLAN enttäuschte Mitglieder des Kalifatsstaates. Hierdurch wurde die Autorität Metin KAPLANs nachdrücklich in Frage gestellt, denn SOFU genoss als Bundesvorsitzender der Jugendorganisation und loyaler Anhänger Cemaleddin KAPLANs zu dessen Lebzeiten hohes Ansehen innerhalb des Kalifatsstaates. Infolge der Auseinandersetzungen wechselten viele Mitglieder des Kalifatsstaates zu SOFU bzw. zur IGMG.

Als Reaktion auf die Ausrufung SOFUs zum Gegenkalifen hatte KAPLAN in einem am 19.07.1996 in der Verbandszeitung Ümmet-i Muhammed veröffentlichten religiösen Gutachten den Tod des Gegenkalifen gefordert. Wörtlich hieß es in dem Gutachten:

⁵⁵ Unter Berufung auf den Koran gilt das Grundprinzip, dass es jeweils nur einen einzigen Kalifen geben darf. Eine vom Propheten Mohammed nach den Traditionen erlassene Vorschrift in Bezug auf den Kalifen besagt: „Wenn es zwei Kalifen gleichzeitig gibt, dann tötet den zweiten und bewahrt den ersten, denn der zweite ist ein Rebell.“

⁵⁶ In seiner Anfang 1997 verbreiteten Schrift „Das System von 'Deccal': Die Demokratie“ hatte SOFU Demokratie als „Gewaltherrschaft“, als Herrschaft des „Deccal“ (d. h. Betrug, Schwindel) bezeichnet. Menschenrechte hatte er als „Täuschungsmittel“ dargestellt.

„Was passiert mit einer Person, die sich, obwohl es einen Kalifen gibt, als einen zweiten Kalifen verkünden läßt? Dieser Mann wird zur Reuebekundung gebeten. Wenn er nicht Reue bekundet, dann wird er getötet.“

Prozess gegen Metin KAPLAN und Anhänger des Kalifatsstaates

Am 15. November wurde das Urteil in dem seit Februar vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf anhängigen Prozess gegen Metin KAPLAN und die beiden mitangeklagten Funktionäre GÖKBULUT und AYDIN verkündet. KAPLAN, dem vor dem Hintergrund des Mordes an SOFU Rädelsführerschaft in einer kriminellen Vereinigung und öffentliche Aufforderung zu Straftaten vorgeworfen worden war, erhielt eine Freiheitsstrafe von vier Jahren. Die Richter des Oberlandesgerichtes hielten es für erwiesen, dass KAPLAN 1996 zweimal öffentlich seine Anhänger zur vorsätzlichen Tötung seines Widersachers SOFU in Berlin aufgerufen hatte.

Zum Verhältnis der schweren Straftat zum Grundrecht auf freie Religionsausübung stellte das OLG fest:

„Einer Verurteilung der Angeklagten Kaplan und Gökbulut wegen öffentlicher Aufforderung zur vorsätzlichen Tötung eines Menschen steht auch nicht das Grundrecht der Freiheit des Glaubens und der Religionsausübung aus Artikel 4 des Grundgesetzes entgegen. Zwar hat sich der Angeklagte Kaplan mehrfach sinngemäß dahingehend verteidigt, er habe in seinen Reden nur verkündet, was in den religiösen Schriften geschrieben stehe. Das Grundrecht auf freie Religionsausübung ist jedoch nicht uneingeschränkt gewährleistet. Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts (BVerfGE 32, Seite 98,

108) ergeben sich seine Grenzen allerdings nur aus der Verfassung selbst, insbesondere aus der in Artikel 1 Abs. 1 des Grundgesetzes garantierten Würde des Menschen, die als oberster Wert das ganze grundrechtliche Wertesystem beherrsche. Eine solche immanente Grundrechtschranke stellen hier die elementaren Grundrechte des Halil Ibrahim Sofu auf Schutz seiner Menschenwürde, seines Lebens und seiner körperlichen Unversehrtheit dar...
 Dass die Angeklagten die Verbindlichkeit dieses Rechts für sich ggfl.

ablehnten – da für sie allein die Scharia Geltung habe – ist unerheblich, denn dass in Deutschland die deutschen Gesetze gelten und dass danach die Aufforderung zur Tötung eines Menschen verboten ist, war auch den Angeklagten klar.“

(OLG Düsseldorf, Urteil des 6. Strafsenats vom 15.11.2000, S. 121f.)

Anlässlich der Urteilsverkündung demonstrierten ca. 150 KAPLAN-Anhänger vor dem Oberlandesgericht in Düsseldorf unter dem Motto „Freiheit für den Kalifen“ und „Wir sind Muslime und keine Terroristen“.

Muslimbruderschaft (MB)

Sitz:	München / Aachen	
Leitung:	Dr. Ahmed AL-KHALIFA / Dr. Issam EL-ATTAR	
Mitglieder: ⁵⁷	1999	2000
Bund:	1.100	1.000
Niedersachsen:	90	95
	Publikationen: Al Ra'id (Der Kundschafter) Sawt Almanya (Stimme Deutschlands)	

Eigenen Angaben zufolge ist die 1928 in Ägypten von Hassan al-Banna gegründete MB in über 70 Ländern regional vertreten. Dabei tritt sie sowohl unter dem Namen Muslimbruderschaft als auch unter anderen Bezeichnungen auf. Neben der ägyptischen Muslimbruderschaft ist die 1945/46 in Syrien entstandene Muslimbruderschaft die historisch bedeutsamste Organisation. Hauptziel der MB ist die Errichtung eines moslemischen Staates. Gemäß ihrer legalistischen Taktik ist sie bestrebt,

die Gesellschaft durch soziale Überzeugungsarbeit auf die Akzeptanz islamischer Gesetze in der von ihr interpretierten Form vorzubereiten.

In der Bundesrepublik Deutschland übt die panislamisch orientierte MB, die dem Zentralrat der Muslime (ZMD) angehört, Einfluss auf verschiedene sunnitisch-extremistische Organisationen aus. Vorrangiges Ziel ist es, die

⁵⁷ Mitgliederzahlen der MB einschließlich IGD und Islamische Avantgardisten.

hier lebenden Muslime ideologisch zu beeinflussen, um auf diese Weise Anhänger zu rekrutieren. Die Anhänger der Muslimbruderschaft operieren konspirativ und treten öffentlich nur durch Publikationen in Erscheinung. Die von der Organisation betriebenen Islamischen Zentren dienen zum einen als Veranstaltungsorte für politische Agitation, zum anderen haben sie als Begegnungsstätten die Funktion einer Klammer für islamistische Organisationen diverser Länder.

Die folgenden, personell vielfach miteinander verflochtenen Organisationen gelten als regionale Vertretungen der MB:

Mit bundesweit etwa 500 Anhängern gehört die 1960 gegründete Islamische Gemeinde in Deutschland e.V. (IGD) zu den größeren Gruppen der MB, die dem Einfluss des ägyptischen Teils unterliegt. Ihr Sitz ist das von ihrem Generalsekretär, dem Ägypter Dr. Ahmed KHALIFA geleitete Islamische Zentrum München (IZM). Darüber hinaus verfügt die IGD über Zweigstellen in der Bundesrepublik Deutschland.

Als weitere – dem syrischen Zweig der Muslimbruderschaft zu zurechnende – Gruppe sind die Anfang der 80er Jahre vom Leiter des Islamischen Zentrums Aachen (IZA), Dr. Issam EL-ATTAR, gegründeten Islamischen Avantgarden anzuführen, deren Ziele den Bestrebungen der IGD entsprechen. Untergruppierungen der 500 Mitglieder starken Organisation sind die Union Muslimischer Studentenorganisationen in Europa e.V. (UMSO) und die Union für die in den europäischen Ländern arbeitenden Muslime e.V. (UELAM).

Der algerische Zweig der MB ist die Islamische Heilsfront (FIS), die im März 1989 in einer Phase innerstaatlicher Liberalisierung in Algerien gegründet wurde. Ihr Ziel ist die Errichtung eines islamischen Staatswesens in Algerien.

Die algerische Regierung nahm Unruhen im März 1992 zum Anlass, die aus den Parlamentswahlen 1991/92 als Sieger hervorgegangene FIS zu verbieten. Die FIS verfügt über einen militärischen Arm, die Islamische Heilsarmee (AIS). Im April 1992 spaltete sich die Bewaffnete Islamische Gruppe (GIA) ab, die die Verantwortung für Massaker an der algerischen Zivilbevölkerung und die Ermordung ausländischer Bürger in Algerien trägt. In Niedersachsen sind lediglich Einzelmitglieder algerischer islamistischer Gruppierungen festgestellt worden.

Der Islamische Bund Palästina (IBP) wurde im Mai 1981 im IZ München gegründet. Er vertritt seit Beginn der ersten Intifada, dem Aufstand der palästinensischen Jugend im Dezember 1987 die Interessen der bislang ausschließlich in Israel und den teilautonomen palästinensischen Gebieten terroristisch aktiven Islamischen Widerstandsbewegung (HAMAS). Die HAMAS (Eifer, Begeisterung) repräsentiert den palästinensischen Zweig der Muslimbruderschaft. Ihr Ziel ist die Errichtung eines islamischen palästinensischen Staates auf dem gesamten Gebiet Palästinas. Die israelisch-palästinensischen Friedensgespräche waren immer wieder begleitet von Terroranschlägen und Selbstmordattentaten der HAMAS. 1996 kamen bei vier Selbstmordanschlägen 61 Menschen ums Leben. Die Unruhen in den palästinensischen Autonomiegebieten, die sich am umstrittenen Status von Jerusalem entzündet haben, werden von der HAMAS entscheidend beeinflusst. In Deutschland waren neben Anhängern der Hizb Allah und der PFLP auch Anhänger der HAMAS an der Organisation von Protestkundgebungen gegen die israelische Palästinapolitik beteiligt.

Bisher waren HAMAS und IBP im Bundesgebiet lediglich propagandis-

tisch tätig. Auf europäischer Ebene knüpft die HAMAS Verbindungen zu anderen islamistischen Organisationen, z.B. durch die Teilnahme an Konferenzen unter Beteiligung der GIA, der libanesischen Hizb Allah und dem Paläs-

tinensischen Islamischen Jihad (PIJ). Von den ca. 200 Anhängern im Bundesgebiet sind nur einzelne Mitglieder und Funktionäre in Niedersachsen ansässig.

Hizb Allah (Partei Gottes)

Mitglieder	1999	2000
Bund:	800	800
Niedersachsen:	110	110
Publikation:	Al Ahd (Die Verpflichtung)	

Die schiitisch-extremistische libanesisch-Hizb Allah (Partei Gottes) wurde 1982 nach der israelischen Militärintervention im Libanon von jüngeren libanesischen schiitischen Klerikern um den geistlichen Führer Scheich Muhammad Husain Fadlallah gegründet. Im Verlauf des libanesischen Bürgerkrieges (1975–1991) hatten sich die Schiiten zur zahlenmäßig stärksten Bevölkerungsgruppe entwickelt, nachdem sie im nachkolonialen System zunächst durch die christlich-muslimische Koalition von Maroniten und Sunniten marginalisiert worden war.

Das Vorbild für die Hizb Allah stellt der revolutionäre Iran dar, die Lehren Khomeinis gelten als richtungweisend. Fernziel der Organisation ist die Errichtung einer islamischen Republik im Libanon. Durch ihre Forderung nach einem islamischen Staat trat die Hizb Allah seit ihrer Gründung als innerschiitische Konkurrenz der 1975 von dem Schiitenführer Sayyid Musa as-Sadr gegründeten Amal-Miliz an, die für eine zivile, säkulare Neuordnung der libanesischen Gesellschaft eintrat.

Die Hizb Allah wurde vom Iran nicht nur ideologisch beeinflusst, sondern in der Folgezeit auch finanziell und militärisch unterstützt bei der Entwicklung zu einer militanten Sammlungsbewegung libanesischer Schiiten. Ihre Mitglieder rekrutiert die Hizb Allah unter der größtenteils armen schiitischen Bevölkerungsmehrheit des Libanon.

Die Hizb Allah hat sich als unversöhnlicher Gegner jeglicher Friedensabkommen im Nahen Osten bewiesen. Hauptfeind der Hizb Allah ist der Staat Israel, gegen den sie einen unerbittlichen Kampf in Form von Bombenattentaten, auch auf zivile Einrichtungen, führt. In den zurückliegenden Jahren hat die Hizb Allah immer wieder Anschläge auf israelische Einrichtungen im Südlibanon, aber auch im Ausland verübt – u. a. in Istanbul, Ankara und Buenos Aires. Auch nach dem Abzug der israelischen Armee aus dem Südlibanon und der Auflösung der mit Israel verbündeten Südlibanesischen Armee (SLA) im Mai 2000 setzten Einheiten der Hizb Allah Raketenangriffe sowohl auf militärische Einrichtungen



als auch auf in Nordisrael gelegene Ortschaften fort.

Die politische und militärische Kompromisslosigkeit der Hizb Allah wird deutlich in einem im August – nach dem Rückzug der israelischen Armee aus dem Südlibanon – veröffentlichten Interview der Zeitung Al-Hayat mit dem Generalsekretär der Hizb Allah, Scheich Hassan NASRALLAH. NASRALLAH bekräftigte in diesem Interview, dass „die Zionisten dieses Land früher oder später werden verlassen müssen“. Die Hizb Allah bezeichnete NASRALLAH als einzige Hoffnung für das palästinensische Volk:

„Diejenigen, die den Weg der friedlichen Beilegung suchen, werden nichts außer Krisen ernten. Der Weg des Widerstandes aber hat ein klares Ergebnis. Mit ihm erreicht man den Sieg, die Würde und die Ehre. Dazu rufen wir die Völker unserer Region auf.“

Die in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Hizb Allah-Anhänger agieren unter der Bezeichnung „Islamischer Widerstand“. Sie sind weiterhin um die Verfestigung ihrer Strukturen bemüht, um ihren politischen Aktivitäten einen organisatorischen Rahmen zu geben. Funktionäre aus dem Libanon instruieren die Anhänger in den hiesigen Zweigorganisationen über die politische Linie der Hizb Allah.

Am 2. Januar fand in Berlin – wie schon in den letzten Jahren – eine Demonstration anlässlich des „Ghods“-Tages („Jerusalem“-Tag) statt, an der ca. 1.600 Muslime verschiedener Nationalitäten teilnahmen, darunter u. a. Iraner, Türken, Libanesen, Iraker und Afghanen. Während des Demonstrationzugs wurden Parolen skandiert wie „Zionisten sind Faschisten und töten Kinder und Feministen“, „USA und Israel raus aus Palästina – schnell“.

In Niedersachsen haben sich Anhänger der Hizb Allah, die sich u. a. durch Spendengelder finanziert, konspirativ in mehreren Ortsgruppen bzw. Stützpunkten, u. a. in Hannover und Osnabrück organisiert. Treffpunkte der Hizb Allah-Anhänger sind insbesondere Moscheen in Münster, Hannover, Braunschweig, Hildesheim, Einbeck sowie im Raum Osnabrück.

Die nach dem vorläufigen Scheitern der israelisch-palästinensischen Friedensverhandlungen beginnenden gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen palästinensischen Demonstranten und israelischen Sicherheitskräften führten auch in Deutschland zu teilweise militanten Demonstrationen von palästinensischen Organisationen und islamistischen Gruppen. Die seit dem 1. Oktober durchgeführten Aktionen haben gezeigt, dass es gelungen ist, Teilnehmer aus verschiedenen arabischen und palästinensischen Lagern für die Demonstrationen zu mobilisieren. An der Vorbereitung von Protestkundgebungen in zahlreichen Großstädten – u. a. in Berlin, Bonn, Hamburg, München, Saarbrücken,

Freiburg und Essen – waren die Hizb Allah sowie Anhänger der HAMAS (Islamische Widerstandsbewegung) beteiligt. Trotz ideologischer Differenzen organisierten Hizb Allah, PFLP (Volksfront für die Befreiung Palästinas) und HAMAS die Demonstrationen teilweise gemeinsam.

In Niedersachsen wurden Kundgebungen am 6. und 21. Oktober in Hannover mit 200 bzw. 50 Teilnehmern, am 7. Oktober in Hameln mit 150 Teilnehmern sowie am 11. Oktober in Uelzen mit 150 Teilnehmern durchgeführt. Neben der DFLP (Demokratische Front für die Befreiung Palästinas) zählen die PFLP (Volksfront für die Befreiung Palästinas), der PIJ (Palästinensischer Islamischer Jihad), der IBP (Islamischer Bund Palästina), die PFLP-GC (Volksfront für die Befreiung Palästinas – Generalkommando) und die ANO (ABU-NIDAL-Organisation) zu den extremistischen palästinensischen Organisationen, die in Deutschland nicht mehr als jeweils 250 Mitglieder haben, aber über ein Mobilisierungspotenzial von mehreren tausend Anhängern verfügen.

Nationaler Widerstandsrat Iran (NWRI) / Volksmodjahedin (MEK)

Sitz		
International:	Paris	
Deutschland:	Köln	
Mitglieder	1999	2000
Bund:	900	900
Niedersachsen:	50	50
Publikation:	Mojahed (Glaubenskämpfer)	

Die 1965 in Teheran gegründete Organisation der Volksmodjahedin Iran (Modjahedin-e Khalgh (MEK) = Glaubenskämpfer des Volkes)⁵⁸, deren Ideologie eine Synthese aus marxistischen Versatzstücken und einer sozialrevolutionären Interpretation des schiitischen Islam darstellt. Sie übt heute einen dominierenden Einfluss auf den NWRI aus, der als Dachorganisation linksgerichteter iranischer Oppositionsgruppen 1981 unter Führung von Massoud RADJAVI 1981 in Paris gegründet wurde. Der MEK bekämpfte seit 1971 das Schah-Regime mit Banküberfällen und Terroranschlägen gegen iranisches und amerikanisches Militär, die Fluggesellschaften El Al und British Airways sowie der Mineralölkonzerne BP und Shell. Nach Rückkehr von Ayatollah Khomeini aus dem französischen Exil im Jahre 1979 leisteten die Volksmodjahedin an seiner Seite einen wichtigen militärischen Beitrag in der beginnenden iranischen Revolution, die mit dem Sturz des Schah-Regimes endete. Sie wirkten auch an der Besetzung der Teheraner US-Botschaft mit.

Schon bald gerieten die sozialistisch orientierten Volksmodjahedin jedoch in Gegnerschaft zu Khomeinis Vorstellungen eines Gottesstaates. Sie bekämpften sein Regime mit Terroranschlägen, bei denen zahlreiche Menschen ihr Leben verloren. Die Volksmodjahedin wurden deshalb von den Machthabern der Islamischen Republik brutal verfolgt. Den Höhepunkt der Verfolgung markierten der 20. Juni („Tag des Widerstandes“ – 30. Khordad nach iranischem Kalender) und der 21. Juni 1981 („Tag der Märtyrer“), als eine Großdemonstration der Volksmodjahedin in Teheran niedergeschlagen wurde. Der Vorsitzende der Volksmod-

jahedin Massoud RADJAVI floh nach Paris, wo er den von seiner Organisation dominierten NWRI als Sammelbecken linker iranischer Oppositionsgruppen gründete.

Während des iranisch-irakischen Krieges kämpften die Volksmodjahedin auf Seiten des Irak. Dort entstand 1987 als militärischer Arm der Organisation die National Liberation Army (NLA), eine mehrere tausend Kämpfer zählende Guerillaarmee, die seit Jahren – seit 1997 wieder mit steigender Tendenz – bewaffnete Überfälle auf iranischem Gebiet und terroristische Anschläge gegen das iranische Regime durchführt.

1993 konstituierte sich der NWRI als „iranisches Exilparlament“ und bestimmte Maryam RADJAVI, die Ehefrau von Massoud RADJAVI, zur „künftigen iranischen Präsidentin“.

Brutale Anschläge der Volksmodjahedin und Überfälle auf Armee- und Polizeiposten im Iran, deren sich die MEK in ihrer Publikation Mojahed fortlaufend rühmt, hat das politische Ansehen der Organisation und ihren politischen Arms, des NWRI, bei der iranischen Bevölkerung beeinträchtigt.

Auch stellt der NWRI weder eine demokratische Alternative zum derzeitigen iranischen Herrschaftssystem dar, noch übt er innerhalb der iranischen Gesellschaft nennenswerten Einfluss aus. Die vorsichtige Liberalisierungspolitik des iranischen Staatspräsidenten Khatami, der sich unterstützt von breiten Kreisen der Bevölkerung in einem Machtkampf mit den islamischen Fundamentalisten um Revolutionsführer Khamenei befindet, entzieht dem NWRI zusätzlich die Basis zur Legitimation seiner Aktivitäten. Er versucht daher fehlenden Rückhalt durch öffentlichkeitswirksame Aktionen und die gezielte Ansprache westlicher Politiker zu kompensieren. Diese Aktivitäten sollten nicht darüber hinwegtäuschen,

⁵⁸ Andere aus der englischen Namenswiedergabe abgeleitete Akronyme: MKO und PMOI.

dass es sich beim NWRI um eine undemokratische Organisation handelt.⁵⁹

Mit dem Sieg der Reformkräfte bei der Parlamentswahl im Februar 2000 und der Wahl des heutigen Reform-Anhänger Mehdi Karrubi zum Parlamentspräsidenten wurde die Stellung des liberalen Staatspräsidenten gegenüber dem Religionsführer Ayatollah Ali Khamenei gestärkt.

Im Zusammenhang mit dem Deutschlandbesuch des iranischen Staatspräsidenten vom 10. bis 12. Juli hatte der NWRI bereits im Mai mit einer bundesweiten Unterschriftenkampagne begonnen, die an Informationsständen der Organisation in allen größeren Städten Deutschlands durchgeführt wurde. Begleitend hierzu nutzte die Organisation ihre Homepage im Internet als Podium für ihre Protestkampagne.

Zum Auftakt des Besuches von Khatami am 10. Juli in Berlin beteiligten sich ca. 7.000 Personen an einer von der NWRI-Tarnorganisation Verein Iranischer Demokratischer Akademiker e. V. (VIDA) angemeldeten Demonstration. Auch während des anschließenden Aufenthaltes des iranischen Staatsgastes in Weimar am 12. Juli folgten ca. 300 Demonstranten dem Aufruf einer weiteren Tarnorganisation des NWRI, des Vereins zur Förderung der Musik Irans e. V. (VFMI).

Einen weiteren Anlass, Präsenz in der Öffentlichkeit zu zeigen, bot sich der MEK mit dem EXPO-Nationentag Iran am 27. Oktober in Hannover. Während der Eröffnungszeremonie, bei der neben iranischen Regierungsmitgliedern der iranische Botschafter und die EXPO-Generalkommissarin anwesend waren, störten Anhänger mit lauten Paro-

len und Farberierwürfen den Ablauf der Veranstaltung.

Neben den bereits genannten Organisationen VIDA und VFMI verfügt die Organisation über weitere Zusammenschlüsse, derer sie sich zur Anmeldung von Aufzügen und Demonstrationen bedient. Insbesondere treten diese Vereine bei den alljährlichen Spendensammelkampagnen in Aktion. Hierzu gehören die Flüchtlingshilfe Iran e. V., der Verein zur Eingliederung iranischer Flüchtlinge e. V. (VEIF), Frauen für Demokratie im Iran sowie die Iranische Moslemische Studentenvereinigung e. V. (IMSV).

Bei den teilweise als Haus- und Straßensammlung angemeldeten, teilweise aber auch illegal durchgeführten Sammelaktionen werben die NWRI – Anhänger u. a. mit Hinweisen auf die Notlage von Kindern im Iran um Geldspenden. Der Erlös aus diesen Spendenaktionen dient vorwiegend der Finanzierung der militärischen Ausrüstung der NLA und zum Unterhalt der Organisation.

⁵⁹ Im Oktober 1997 setzte die amerikanische Regierung die den NWRI dominierende Organisation der Volksmodjahedin auf die Liste der Terrorgruppen aus dem Nahen Osten.

Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE)

Sitz in Deutschland:	Oberhausen	
Vorsitzender:	Rajendran PIRATHEEBAN	
Mitglieder:	1999	2000
Bund:	750	750
Niedersachsen:	60	60
Publikationen:	Tamil-Land An der Front Ee Lamurasu (Nachrichten des Landes) Vulkan	

Die Auseinandersetzungen zwischen der in Sri Lanka dominierenden singhalesischen Mehrheitsbevölkerung buddhistischen Glaubens (74 %) und der hinduistischen Minderheit der Tamilen (18 %) gehen zurück auf die Zeit der britischen Kolonialherrschaft über die Kolonie Ceylon.

Nach der Unabhängigkeit Sri Lankas im Jahre 1948 und dem Wahlsieg der Singhalesen 1956 dominierte die singhalesische Bevölkerung Regierung und Verwaltung und erklärte den Buddhismus zur Staatsreligion. Die vorangegangene Bevorzugung der Tamilen durch die britische Kolonialmacht bildete den Nährboden für den ethnischen Konflikt zwischen der Singhalesen-Mehrheit und der Minderheit der „Herren“-Tamilen.

Durch die Diskriminierung und Unterdrückung der tamilischen Minderheit eskalierte der ethnische Konflikt in den fünfziger Jahren zu schweren Ausschreitungen. Eine Serie von Tamilenpogromen erreichte 1983 einen Höhepunkt, als eine Gruppe Singhale-

sen in Colombo Tamilen ermordete. Diese Pogrome, die mehr als 2.000 Todesopfer forderten, sind als Ausgangspunkt des bewaffneten Kampfes der Tamilen für einen eigenen Staat zu bezeichnen. Zuvor hatte die singhalesische Regierung die Forderung der Tamilen, die Bildung eines tamilischen Staatsgebildes in die Verfassung Sri Lankas aufzunehmen, unter Strafe gestellt.

Die andauernden Auseinandersetzungen beförderten auch den Aufstieg der 1972 von Velupillai PRABHAKARAN gegründeten Organisation Tamil New Tigers. Die einer revolutionär-marxistischen Ideologie verpflichtete Organisation, 1976 umbenannt in Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE) trat als Verteidiger der Tamilen gegen Übergriffe der singhalesischen Mehrheit auf. Kernforderungen der LTTE waren seitdem der Rückzug der srilankischen Armee aus den Siedlungsgebieten der Tamilen im Norden des Landes und vor allem die Bildung eines eigenen, durch Selbstbestimmung zu

gründenden Staates „Tamil Eelam“.

Kennzeichnend für die seit dem 27.01.1998 in Sri Lanka offiziell verbotenen LTTE sind mit großer Brutalität durchgeführte Mordanschläge, insbesondere durch Selbstmordkommandos, Hinrichtungen in den eigenen Reihen sowie Terror unter der „beschützten“ Bevölkerung. Der bewaffnete Kampf der Tamilen provozierte wiederum nicht minder grausame Racheakte der Singhalesen. Dem inzwischen 50 Jahre währenden Konflikt sind auf beiden Seiten zusammen mehr als 60.000 Menschen zum Opfer gefallen.

Einen Schwerpunkt der Aktivitäten der LTTE bilden die Spendenkampagnen zur Finanzierung des Kampfes in Sri Lanka. Die LTTE-Europaleitung hat für das Jahr 2000 festgelegt, dass jeder in Europa lebende Tamile ein Monatsgehalt abzuführen hat. Als Ziel für die europaweite Spendensammlung wurde eine Summe von 7 Millionen DM festgesetzt. Die Spendensammlungen obliegen den jeweiligen Repräsentanten (Stadtführern), die in Niedersachsen in allen größeren Städten vertreten sind. Vor dem Hintergrund diverser Strafverfolgungsmaßnahmen wurde bei der Spendenkampagne auf Anwendung oder Androhung von Gewalt verzichtet. Regelmäßige Spendensammlungen gibt es auch bei Kultur- und Heldengedenkveranstaltungen, die von der LTTE-Tarnorganisation World Tamil Movement (WTM) organisiert werden.

Bei zahlreichen Demonstrationen – unter Federführung der LTTE-Tarnorganisation Tamil Rehabilitation Organisation (TRO) – wies die LTTE auf Menschenrechtsverletzungen in Sri Lanka hin und protestierte gegen die Abschiebung von Tamilen nach Sri Lanka. Demonstrationen mit größerer Teilnehmerzahl fanden am 15. April in Dortmund mit ca. 300 Teilnehmern sowie am 5. Juni in Düsseldorf mit ca.

800 Teilnehmern statt. Am 3. April demonstrierten etwa 8.000 Tamilen in Genf gegen Menschenrechtsverletzungen in Sri Lanka. Am „Heldengedenktag“ (25. November) in Dortmund beteiligten sich etwa 10.000 Personen.

Im Vorfeld des Nationentages Sri Lanka während der EXPO in Hannover führte die LTTE am 16. August eine Plakataktion auf dem Messegelände im srilankischen Pavillon durch, um auf Menschenrechtsverletzungen in Sri Lanka hinzuweisen. Gegen die Abschiebung von Tamilen aus Deutschland richtete sich eine von der LTTE organisierte Mahnwache in Hannover vom 11. bis 13. September. Eine Kulturveranstaltung am 30. September in Göttingen unter Beteiligung von etwa 300 Tamilen aus Hannover, Göttingen, Seesen, Goslar, Einbeck und Northeim diente der Artikulation des Protestes gegen Menschenrechtsverletzungen in Sri Lanka.

Tätigkeitsschwerpunkte der LTTE in Niedersachsen sind Salzgitter, Göttingen, Hannover sowie der Harz und sein Umland.

Scientology-Organisation (SO)

Sitz:	Los Angeles, Kalifornien/USA	
Präsident:	Heber JENTZSCH David MISCAVIGE (Leiter der Scientology-Verwaltung)	
Mitglieder:	1999	2000
Bund:	5.000–6.000	5.000–6.000
Niedersachsen:	600	750 ⁶⁰
Publikationen:	Freiheit (für die Öffentlichkeit bestimmt), Dimensionen, Impact, Auditor (interne Publikationen)	
Gemeinden:	Berlin, Düsseldorf, Frankfurt, Hamburg, Hannover, München, Stuttgart	

Entwicklung und Ziele der Scientology-Organisation

Im Jahre 1950 legte der amerikanische Science-Fiction-Autor Lafayette Ron HUBBARD (1911 – 1986) mit der Veröffentlichung seines Buches „Dianetik – Die moderne Wissenschaft der geistigen Gesundheit“ den Grundstein für den Beginn der Entwicklung der Scientology-Organisation. Zur Umsetzung der von ihm zur Freisetzung „unge-nutzten geistigen Potenzials“ und zur Verwirklichung „wahrer Fähigkeiten“ entwickelten Selbsthilfemethode wurden zunächst in den Vereinigten Staaten von Amerika „Dianetik-Zentren“ zwecks Schaffung eines neuen Menschen mit scientologischer Prägung eingerichtet. Erst vier Jahre später, nachdem Probleme mit der amerikanischen Steuerbehörde aufgetreten wa-

ren, gründete HUBBARD die erste offizielle „Scientology-Kirche“ in Los Angeles. Sein Ziel war es aber weiterhin, die Alleinherrschaft in einer neuen, ausschließlich nach scientologischen Richtlinien funktionierenden Welt zu erlangen, weil die Gesellschaft in ihrer derzeitigen Erscheinungsform zum absoluten Untergang verurteilt sei. Scientology ist als eine „Erlösungsreligion“⁶¹ organisiert, deren Anliegen „die Errettung aller Menschen auf dem einzig wahren Weg zur persönlichen Unsterblichkeit“ ist.

Im Zuge der internationalen Ausbreitung der SO stellten die deutschen Verfassungsschutzbehörden fest, dass das

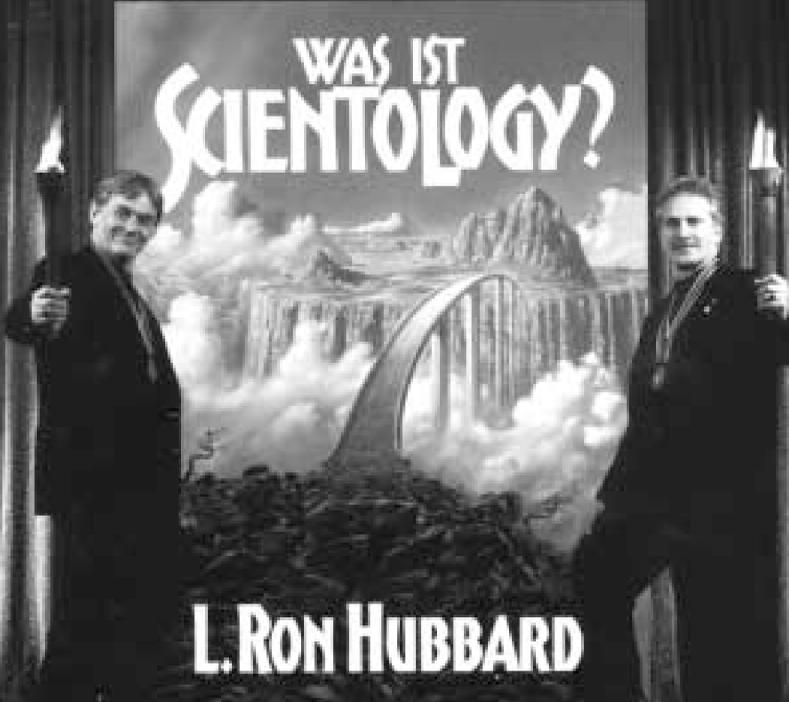
⁶⁰ Die Angaben beziehen sich auf die bisher festgestellten Mitgliederzahlen und stellen keine Zunahme in der Mitgliederentwicklung dar.

⁶¹ Satzung der „Scientology Kirche Niedersachsen e.V.“, § 3.

MAGAZIN DER INTERNATIONAL ASSOCIATION OF SCIENTOLOGISTS AUSGABE 84

IMPACT

WAS IST
SCIENTOLOGY?



L. RON HUBBARD

DER VON DER IAS FINANZIERT

WAS IST
SCIENTOLOGY?

KREUZZUG

SCIENTOLOGY: PHILOSOPHIE EINES NEUEN ZEITALTERS
VON L. RON HUBBARD

SONDERBERICHT: EHRENDÄMPLICHE GEISTLICHE
- HILFE FÜR ERDBEHÖRTER IN KOLUMBIEN

kollektive Verhalten der Organisation eine politische Zielsetzung erkennen lässt, die darauf ausgerichtet ist, unsere verfassungsmäßige Ordnung zu beeinträchtigen bzw. zu beseitigen. Aufgrund der sich aus Publikationen und Äußerungen HUBBARDs in Verbindung mit aktuellen Stellungnahmen der SO ergebenden scientologischen Programmatik liegen tatsächliche Anhaltspunkte für Bestrebungen vor, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtet sind. Im Wesentlichen kommen sie nach wie vor zum Ausdruck

- in der Missachtung von Menschenrechten und dem Verstoß gegen den Gleichheitsgrundsatz (keine Rechte für Nicht-Scientologen);
- durch das Verbot der freien Meinungsäußerung (Unterdrückung von Kritik mit jeden Mitteln);
- in einer totalitären Organisation, in der Intoleranz und Willkür herrscht.

Organisation

Scientology ist eine hierarchisch strukturierte, weltweit operierende Organisation, die unter der Leitung von David MISCAVIGE (Vorsitzender des „Religious Technology Center“)⁶² steht. Das System der SO funktioniert nach den Grundsätzen von Befehl und unbedingtem Gehorsam, in dem sich jedes Mitglied einem rigiden Kontroll- und Disziplinarsystem unterwirft und Anweisungen übergeordneter Scientologen uneingeschränkt akzeptiert.

Die SO tritt teils offen, teils auch verdeckt auf. Als Teil der Scientology-Organisation sofort zu erkennen sind Einrichtungen, die sich in der Öffentlichkeit zumeist als „Kirchen“ bezeichnen. Nach eigenen Angaben soll es in mehr

als 100 Ländern über 3.000 „kirchliche“ Organisationsgruppen geben, von denen sich acht „Kirchen“ („Orgs“⁶³), etliche „Missionen“⁶⁴ und zwei „Celebrity-Centren“⁶⁵ mit insgesamt ca. 30.000 Mitgliedern in Deutschland befinden. Tatsächlich konnte von den Verfassungsschutzbehörden nur eine Mitgliedsstärke zwischen 5.000 und 6.000 Personen im Bundesgebiet festgestellt werden. Mit großer Wahrscheinlichkeit ist die erhebliche Differenz in der Anzahl der Scientologen auf werbende Aspekte sowie auf den Umstand, dass Scientology nicht zwischen einmaligen Kontaktaufnahmen, Aussteigern und aktiven Mitgliedern bei der Erfassung unterscheidet, zurückzuführen.

Zunehmend wird das Internet von Scientology genutzt, um neue Interessenten für die Organisation zu gewinnen. Beispielsweise ist seit Juli 2000 stundenweise ein englischsprachiger Radiosender unter der Bezeichnung New Era Radio im Netz vertreten, dessen zugehörige Homepage professionell für kostenpflichtige scientologische Leistungen wirbt.

Scientology in Niedersachsen

Die Organisation ist mit einer Gemeinde in Hannover (Gemeinde Hannover der Scientology Kirche Hamburg e.V.) sowie mit der in Seevetal-Maschen ansässigen Firma New Era Publications Deutschland GmbH, die zuständig für den Vertrieb scientologischer Druckschriften, Video- und Tonmaterial ist, vertreten.

⁶³ „Org“ ist die interne SO-Abkürzung für Organisation.

⁶⁴ „Mission“ ist die von der SO nicht näher definierte Größe einer Anlaufstelle.

⁶⁵ SO-„Betreuungsstelle“ für Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens (Schauspieler, Musiker, etc.).

⁶² Weltweit zuständiges Managementzentrum in Los Angeles.

Etwa 200 der rd. 750 Scientologen mit niedersächsischem Wohnsitz nutzen die hannoversche „Org“ als regelmäßige Anlaufstelle. Von diesen rd. 200 Mitgliedern sind ca. 20 Personen als Vollzeitmitarbeiter („Staffs“) zu bezeichnen, die den reibungslosen Ablauf innerhalb der Einrichtung gewährleisten sollen.

Aufgrund der räumlichen Nähe orientieren sich viele der im nordniedersächsischen Raum lebenden Scientologen auf Einrichtungen in Hamburg und Bremen. Der Einzugsbereich der Gemeinde Hannover erstreckt sich bis nach Nordrhein-Westfalen bzw. Sachsen-Anhalt.

Insgesamt nehmen die niedersächsischen SO-Strukturen im nationalen Vergleich keine herausragende Stellung ein. Im Gegensatz zu anderen scientologischen Gruppierungen in Deutschland ist es der „Org“ Hannover aber gelungen, ihren wirtschaftlichen Verpflichtungen nachzukommen, ihre personelle Situation stabil zu halten und darüber hinaus Auftritte in der Öffentlichkeit zu forcieren, die aber zu keinen nennenswerten Erfolgen führten.

Hinweistelefon

Für Hinweise steht im Niedersächsischen Landesamt für Verfassungsschutz weiterhin der Telefonanschluss mit der Nummer

0511/6709-393

zur Verfügung.

Spionageabwehr

Einführung

Ein im Mai 2000 beim Oberlandesgericht Celle abgeschlossenes Spionagestrafverfahren hat einmal mehr gezeigt, dass eine im Anschluss an die Wende festgestellte operative Zurückhaltung der russischen Nachrichten- und Sicherheitsdienste nach und nach wieder aufgegeben wird. Wie bereits im letzten Verfassungsschutzbericht umfassend dargestellt, waren am 28. Juli 1999 der 38-jährige Kaufmann Michael K. aus Walsrode und der 52-jährige Dipl.-Ing. Peter S., Mitarbeiter der Daimler Aerospace (DASA) im Raum München, wegen des dringenden Verdachts der geheimdienstlichen Agententätigkeit (Wirtschaftsspionage) für einen KGB-Nachfolgedienst (KGB = Komitet Gosudarstwennoi Bezopasnosti, Komitee für Staatssicherheit) festgenommen worden.

Nach Abschluss der Ermittlungen und Anklageerhebung durch den Generalbundesanwalt im Februar 2000 verurteilte das Oberlandesgericht Celle nach vierwöchiger Hauptverhandlung am 29.05.2000

- den Angeklagten K. zu einer Freiheitsstrafe von 3 Jahren und 6 Monaten bei gleichzeitigem Verfall eines Agentenlohns in Höhe von 160.000,- DM;
- den Angeklagten S. zu einer Freiheitsstrafe von 3 Jahren und 3 Monaten bei gleichzeitigem Verfall eines Agentenlohns in Höhe von 120.000,- DM.

Beide Urteile sind seit Juni 2000 rechtskräftig.

Das Gericht sah es in seiner Urteilsbegründung als erwiesen an, dass S. als Angestellter der DASA ab Juli 1997 bis Juli 1999 bei mindestens 20 Treffen

umfangreiche rüstungstechnische Unterlagen und sonstige Gegenstände aus seinem Arbeitsbereich an Michael K. zum Verkauf an Dritte übergeben hatte. Dabei handelte es sich im Wesentlichen um Unterlagen über Panzerabwehrsysteme, Panzerabwehrhubschrauber sowie see-, land- und luftgestützten Lenkflugkörper, die K. wiederum bei seinen zahlreichen Moskaureisen dort an Valentin Petrowitsch K., einen „pensionierten“ und weiterhin nachrichtendienstlich tätigen Mitarbeiter des ehemaligen sowjetischen Nachrichtendienstes KGB, aushändigte. Die bei K. aufgefundene Telefonnummer des Petrowitsch K. war westlichen Nachrichtendiensten als Anschluss eines russischen Geheimdienstes bereits bekannt.

Deutlich wurde in der Urteilsbegründung ebenfalls, dass die Angeklagten knapp an der Erfüllung des Tatbestands eines besonders schweren Falles der geheimdienstlichen Agententätigkeit gemäß § 99 Abs. 2 StGB mit einer Strafandrohung von bis zu zehn Jahren vorbeigekommen waren.

Für welchen der zivilen russischen Nachrichtendienste SWR oder FSB K. bzw. Petrowitsch K. tätig waren, konnte nicht abschließend geklärt werden.

Nachrichtendienste der Russischen Föderation

Das Auseinanderbrechen der Sowjetunion in 15 Einzelstaaten und der – mit Ausnahme der drei baltischen Staaten – Zusammenschluss der ehemaligen Sowjetrepubliken zu einer Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS) hatte zwangsläufig auch zur Auflösung des sowjetischen Nachrichtendienstes KGB und anschließenden Einrichtung eigenständiger Geheimdienste in den Nachfolgestaaten geführt. Hierbei nimmt Russland mit Moskau

als historischem Zentrum des ehemaligen KGB und der unverändert fortbestehenden GRU über seine heutigen Spionagedienste eine geheimdienstbezogene Vormachtstellung innerhalb der GUS-Staaten ein:

- SWR (Sluschba Wjneschnej Raswedki) „Dienst für Auslandsaufklärung“;
- FSB (Federalnaja Sluschba Bezopasnosti) „Föderaler Sicherheitsdienst der Russischen Föderation“ mit überwiegenden Abwehraufgaben, aber auch Spionage-Operationen im In- und Ausland;
- FAPSI (Federalnoje Agenstwo Prawitelstwennoj Swazi i Informazij) „Föderale Agentur für Regierungsverbindung und Information beim Präsidenten der Russischen Föderation“, spezialisiert auf Fernmelde- und elektronische Aufklärung (u. a. Überwachung inländischer und ins Ausland gehender Fernmeldeverbindungen);
- GRU (Glawnoje Raswediwatelnoje Uprawlenje) „Hauptverwaltung für Aufklärung beim Generalstab“ als militärischer Geheimdienst mit entsprechenden Aufklärungszielen, aber auch zunehmenden Spionageaktivitäten in den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft und Technik.

Die Methodik der russischen Nachrichtendienste hat sich im Vergleich zum KGB nur unwesentlich geändert. Die Bundesrepublik Deutschland steht weiterhin im Mittelpunkt des Aufklärungsinteresses der russischen Nachrichtendienste. Belege dafür sind

- im Mai 2000 die Einsetzung des neuen SWR-Leiters General Sergej Nikolajewitsch LEBEDEW als ausgewiesenen Deutschlandexperten, der als Offizier der zivilen Aufklärung ab 1979 bis zuletzt 1995 die meisten Jahre seiner Geheimdiensttätigkeit in der ehemaligen DDR und in der

Bundesrepublik Deutschland verbrachte;

- in Abstimmung zwischen SWR und GRU neu definierte Schwerpunkte der nachrichtendienstlichen operativen Bearbeitung der Bundesrepublik Deutschland mit Auflistung aller Interessengebiete und Aufklärungsziele;
- der unverändert hohe Anteil von Angehörigen russischer Nachrichtendienste in den offiziellen diplomatischen Vertretungen der Russischen Föderation in der Bundesrepublik Deutschland (Legal-Residenturen);
- die umfassende Überwachung und Abklärung von Kontakten russischer Bürger mit ausländischen Arbeitgebern durch den FSB sowie eingehende Überprüfungen von Wissenschaftlern und Geheimnisträgern vor und nach Auslandsreisen.

Nachrichtendienste der übrigen GUS-Republiken

Die Nachrichtendienste der übrigen elf GUS-Republiken zeigten unvermindert Interesse an einer kooperativen Zusammenarbeit mit den Nachrichtendiensten Russlands. Diese reicht von kontinuierlichem Erkenntnisaustausch bis hin zu gemeinsamen operativen Maßnahmen, wobei die intensive Zusammenarbeit zwischen Weißrussland und Russland besonders auffällig ist.

Die personellen Probleme bei der Einrichtung eigener Dienste zeigten sich am Beispiel Kasachstans, dessen 1992 gegründetes Komitet po Natsionalnoj Bezopasnosti (Komitee für Nationale Sicherheit) auf Strukturen des ehemaligen KGB basiert, aber im zivilen und militärischen Bereich lediglich Abwehraufgaben wahrnimmt. Kasachstans Bemühungen, mit dem Nachrichtendienst BARLAU einen eigenständigen Auslandsnachrichtendienst aufzu-

bauen, scheinen immer noch nicht abgeschlossen zu sein. Neben schwerwiegenden Finanzierungsproblemen dürften ebenso personelle Engpässe ein Grund dafür sein. Noch 1998 hatte die russische Militärzeitung Krasnaje Zvezda gemeldet, dass „Spezialisten“ für BARLAU in Russland ausgebildet würden. Das ist sicherlich sowohl in Kasachstan als auch in allen anderen GUS-Republiken eine Folge davon, dass große Teile der früheren KGB-Kader in die Russische Föderation umgesiedelt sind.

Unvermindert stark ist das Interesse der Nachrichtendienste aller GUS-Republiken an ausreisewilligen Bürgern deutscher Abstammung, deren Zahl sich von 213.000 im Jahr 1994 auf 103.000 im Jahr 1999 mittlerweile mehr als halbiert hat. Nach Erhebungen des Bundesverwaltungsamtes kamen 1998 und 1999 ca. 50 % der Spätaussiedler allein aus Kasachstan. Geht man für den Zeitraum 1987–1999 von insgesamt ca. 1,8 Mio. deutschen Spätaussiedlern und ihrer Angehörigen aus dem Gebiet der ehemaligen UdSSR aus, wird ein großes Potenzial nachrichtendienstlich ansprechbarer und vereinzelt nutzbarer Personen deutlich, über die interessante Informationen aus der Bundesrepublik Deutschland für die Regierungen der GUS-Republiken beschafft werden können und vermutlich bereits beschafft worden sind.

Es wurden zahlreiche Fälle bekannt, in denen GUS-Dienste versucht haben, ausreisewillige Spätaussiedler bzw. deren Angehörige vor dem Verlassen ihres bisherigen Wohnlandes für eine nachrichtendienstliche Zusammenarbeit zu gewinnen, beginnend mit bloßen Einschüchterungsversuchen und Hinweisen auf die zurückbleibenden Verwandten bis zum emotionsgeladenen Appellen an das russische Nationalbewusstsein.

Ausspähung und Bekämpfung ausländischer Oppositioneller durch Nachrichtendienste des Nahen und Mittleren Ostens

Nicht nur wegen ihrer politischen und wirtschaftlichen Bedeutung, sondern auch wegen ihrer liberalen Asyl- und Ausländerpolitik ist die Bundesrepublik Deutschland für Staaten des Nahen und Mittleren Osten ein interessantes Ausspähungsziel. Neben der „klassischen“ Spionage geraten vor allem diejenigen ausländischen Staatsangehörigen in das Blickfeld der Nachrichtendienste dieser Länder, die in Opposition zu dem politischen Regime im Heimatland stehen. Ein Hauptaufgabefeld ist die Unterwanderung und Ausspähung von in Deutschland bestehenden Oppositionellenvereinigungen.

Der iranische Nachrichtendienst bekämpft weiterhin die von den in Deutschland lebenden Iranern gesteuerten und gegen die iranische Regierung gerichteten Aktivitäten. Primär gehen diese von den Volksmujahedin Iran (MEK) bzw. deren politischem Arm, dem Nationalen Widerstandsrat Iran (NWRI) aus. Diese tarnen ihre Aktivitäten in so genannten Kulturvereinen. Der iranische Nachrichtendienst ist ständig bemüht, diese zu infiltrieren, um über deren Mitglieder und geplante Aktionen Informationen zu erhalten.

Die Ausforschung und Überwachung systemkritischer Landsleute im Ausland ist nach wie vor auch einer der Schwerpunkte der syrischen Nachrichtendienste. Diese tarnen ihre geheimdienstlichen Aktivitäten über die diplomatischen Vertretungen („Legal-Residenturen“) ihres Landes in der Bundesrepublik Deutschland. Auch direkte nachrichtendienstliche Verbindungen nach Syrien wurden festgestellt.

Nach aktuellen Feststellungen der Verfassungsschutzbehörden setzt der

türkische Nachrichtendienst MILLI-ISTİHBARAT TESKİLATI (MIT) seine Aktivitäten innerhalb der Bundesrepublik Deutschland unvermindert fort, um hier lebende Regimegegner und Oppositionelle auszuforschen. Im Vordergrund stehen dabei die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) und zahlreiche türkische Vereine. Bei der Informationsgewinnung bedient der Geheimdienst sich eines weitverzweigten und stetig wachsenden Netzes nachrichtendienstlich geführter Informanten und Quellen. Deren Anwerbung und Betreuung erfolgt nahezu ausnahmslos über diplomatisch abgetarnte Nachrichtenspezialisten, allesamt Angehörige der türkischen diplomatischen Vertretungen in der Bundesrepublik Deutschland.

Aufklärung von nachrichtendienstlicher Proliferation

Die Aufklärung der Proliferationsbemühungen ist ebenfalls ein wesentlicher Aufgabenschwerpunkt der Verfassungsschutzbehörden. Ziel dieser Spionageabwehr ist es zu verhindern, dass sich insbesondere der Iran, aber auch andere Krisenländer mit Hilfe nachrichtendienstlich gesteuerter Beschaffungsaktivitäten in den Besitz von Gütern bringen, die zur Herstellung von atomaren, biologischen und chemischen Massenvernichtungswaffen einschließlich deren Trägersysteme benötigt werden.

Die Schwierigkeit, Proliferation zu erkennen und zu verhindern, besteht wesentlich auch in dem Umstand, dass derartige Waffen nicht als Fertigprodukte gehandelt werden, sondern als so genannte Dual-Use-Ware. Das sind Anlagen, Geräte und Technologien, die sowohl im militärischen als auch im zivilen Bereich Verwendung finden können. Die Entscheidung, ob derartige Teile proliferationsrelevant sind oder

nicht, hängt in der Regel von dem tatsächlichen Einsatzzweck bei dem Endverwender ab. Dieser Zweck ist aber oftmals nicht bekannt. Da bei der Proliferation eine wesentliche Komponente auch die Erlangung des Know-how darstellt, erstreckt sich die Prüfung der Proliferationsrelevanz auf umfangreiche ingenieurwissenschaftliche und naturwissenschaftlich-technische Bereiche in Bildung, Forschung und Wirtschaft westlicher Industriestaaten.

Westliche Nachrichtendienste in Deutschland

In den Medien wird zunehmend darüber berichtet, dass westliche Industriestaaten wie die USA, Großbritannien, Frankreich oder Japan Wirtschaftsspionage als ein legitimes Mittel der Wirtschaftspolitik betrachten. Konkrete Belege für solche Aktivitäten sind in der Regel nicht vorhanden. Allerdings legen einige bekannt gewordene Fälle öffentlich diskutierte politische Aufträge befreundeter Nachrichtendienste und die Auswertung verschiedener Quellen den Schluss nahe, dass es nachrichtendienstliche Aktivitäten westlicher Industriestaaten zur Unterstützung ihrer Wirtschaft tatsächlich gab und auch weiterhin geben wird.

Der amerikanische „Jahresbericht an den Kongress über Wirtschaftsaufklärung und Industriespionage durch ausländische Staaten“ für das Jahr 1998 geht ausdrücklich auf die Ausforschungsbemühungen durch einige „traditionell Verbündete“ der USA ein, ohne diese allerdings konkret zu benennen. Die in Paris ansässige „École de guerre économique“ hat neue Formen der Aggression im Wirtschaftsbe- reich erkannt und will ihre Kursteilnehmer fit machen für den „weltweiten

Wirtschaftskrieg“: „Wir müssen die Information eher bekommen als der Wettbewerber und wir müssen verhindern, dass er unsere eigene Information bekommt – oder aber sie ihm in manipulierter und verfälschter Form als gezielte Desinformation zuspiele.“ So lautet die dort propagierte Theorie der Informationsbeschaffung, mit der vor allem die Offensiven Amerikas und Asiens gekontert werden sollen. Auch unter diesem Aspekt ist der so genannte 360°-Rundumblick der deutschen Verfassungsschutzbehörden von Wichtigkeit. Aufgrund der Auswertungsergebnisse der Spionageabwehr mit den nachrichtendienstlichen Aktivitäten „befreundeter“ Länder wird davon ausgegangen, dass keine flächendeckende nachrichtendienstliche Informationsbeschaffung durch westliche Staaten mit Hilfe von menschlichen Quellen gegen die Bundesrepublik Deutschland durchgeführt wird. Daher erfolgt bisher auch keine systematische Beobachtung von nachrichtendienstlichen Aktivitäten westlicher Dienste in der Bundesrepublik Deutschland, sondern nur eine auf dem Einzelfall basierende Verdachtsfallbearbeitung. Die Spionageabwehr geht jedem Verdachtshinweis intensiv nach, sobald sich konkrete Anhaltspunkte für das konspirative Tätigwerden eines ausländischen Nachrichtendienstes in Deutschland abzeichnen. Dabei ist es gleichgültig, ob es sich um den Dienst eines „befreundeten“ Staates oder den Nachrichtendienst eines früher als gegnerisch bezeichneten Landes handelt. Ausschlaggebend ist allein, dass ein Nachrichtendienst eines anderen Staates mit nachrichtendienstlichen Mitteln gegen die Bundesrepublik Deutschland und ihre nationalen Interessen tätig wird.

Zur Spionage westlicher Nachrichtendienste in Deutschland und zum 360 Grad-Blick der deutschen Spionageabwehrbehörden

Auszüge aus einem Interview („Tacheles – Das Streitgespräch“ – Sendung von DeutschlandRadio Berlin vom 02.03.2001) mit Heinz Fromm, Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, geführt von Robert Leicht, die ZEIT, und Dieter Jepsen-Föge, DeutschlandRadio Berlin:

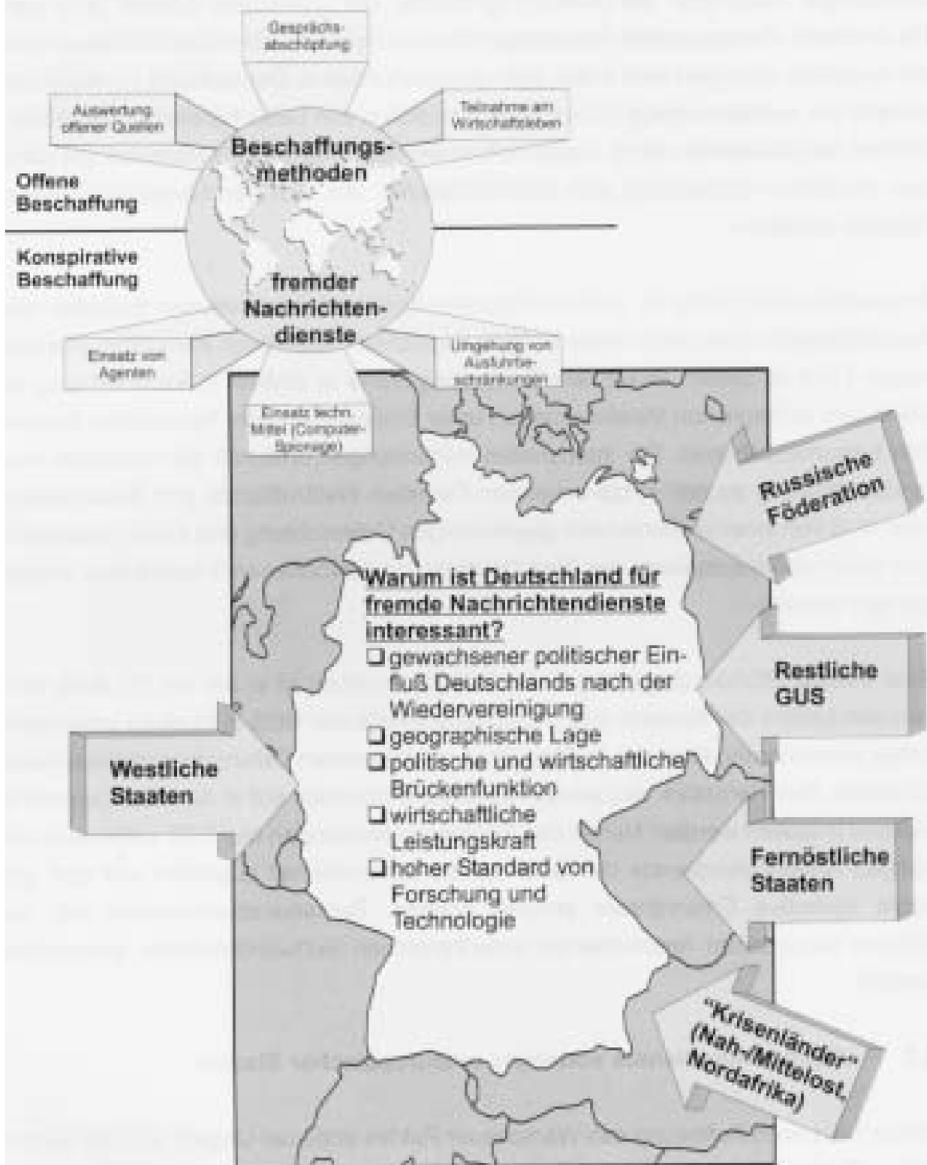
Hat sich denn an der Aufgabenstellung des Verfassungsschutzes etwas geändert seit Ende des Kalten Krieges, seit Auflösung der Stasi nach der deutschen Einheit? Sind die Aufgabenschwerpunkte andere?

Im Prinzip hat sich nichts verändert um das vorauszuschicken, aber es hat sich natürlich von der Zielrichtung unserer Arbeit einiges geändert. Der Linksextremismus ist im abklingen, ... Er spielt nicht mehr die große Rolle wie zur Zeit des Ost-West-Gegensatzes ... Wir konzentrieren uns seit etwa zehn Jahren sehr stark – das wird Sie nicht wundern – auf den Rechtsextremismus, obwohl natürlich schon früher der Rechtsextremismus immer auch im Blickfeld des Verfassungsschutzes war, aber die Schwerpunktverlagerung ist ganz unverkennbar. Darüber hinaus ist als Veränderung festzustellen, dass im Spionagebereich natürlich die Ostblockstaaten nicht mehr in der Weise tätig sind wie früher ...

Darf ich denn einfach frech dazwischen fragen: aber die westlichen Nachbarstaaten immer noch?

Ja, sicher. Davon ist auszugehen. Das sehen wir auch, wobei wir mit, zumindest den NATO-Partnern, oder jedenfalls insbesondere mit den Staaten, die zur Europäischen Union gehören, sehr gute Verbindungen haben, auch viel gemeinsam machen. Aber gleichwohl wissen wir, dass es Interesse gibt, auch

Operationsgebiet Deutschland



Grafik: LfV BW

der westlichen Nachrichtendienste hier an unserem Land – an der Wirtschaft, wie natürlich auch an der Politik. Und bei uns hat sich der Begriff eingebürgert '360 Grad-Blick', das heißt, wir gucken in alle Richtungen. Wenn ein fremder Staat – so heißt es im Gesetz – hier in Deutschland nachrichtendienstlich tätig ist, dann ist das illegal ...

360 Grad und in alle Richtungen mit gleicher Intensität? Man sollte doch denken, unsere westlichen Verbündeten, die westlichen Demokratien, die haben das gar nicht nötig. Mit denen sind wir ohnehin im Kontakt, so dass die Gefahr der Spionage höchstens aus dem Osten kommt?

Ja sicher – also nicht mit der gleichen Intensität, natürlich nicht, weil die Aktivitäten sehr unterschiedlich ausgeprägt sind. Russland ist hier, was Spionage angeht, was die Präsenz russischer Nachrichtendienstler angeht, natürlich sehr viel stärker vertreten, sehr viel aktiver als westliche Länder...

Keusch sind die westlichen auch nicht ganz?

Nein, nein. Das ist ganz klar, und deswegen kümmern wir uns auch darum. Wenn es Probleme gibt, besprechen wir das miteinander, und dann werden diese Probleme gelöst. Wir bemühen uns auch immer, das einvernehmlich zu tun, weil wir überhaupt gar kein Interesse daran haben, dass diese Dinge kontrovers geregelt werden – womöglich noch in der Öffentlichkeit diskutiert werden! Daran haben wir kein Interesse.

Annex: Zwischenergebnisse der Arbeit des Sonderausschusses ECHELON des Europäischen Parlaments

Der deutsche Europaabgeordnete Dr. Gerhard Schmidt, der als Berichtserstatter des Echelon-Ausschusses fungiert, hat in seinen Internetseiten (Ausdruck vom 02.05.2001) folgenden persönlichen Bericht zu den bisherigen Arbeitsergebnissen veröffentlicht:

„Der Ausschuss wurde im Juli 2000 eingesetzt, weil zwei vom Europäischen Parlament in Auftrag gegebene Studien zu folgender Ausgangsbehauptung geführt hatten:

Es gäbe ein global vom US-Geheimdienst NSA organisiertes Abhörsystem, mit dessen Hilfe jegliche elektronische Kommunikation (Telephon, E-mail, Fax, mobile-phone) weltweit, also auch in Europa, abgehört werden könne. Dieses System mit dem Codenamen ECHELON werde inzwischen hauptsächlich für Wirtschaftsspionage zugunsten der USA verwendet.

Die Studien wurden von Recherchejournalisten erstellt und nicht gegenüberprüft. Der Ausschuss erhielt deshalb vom Plenum des Parlaments das Mandat, folgende Fragen aufzuklären:

- Existiert ein von den USA betriebenes globales Abhörsystem für Kommunikation mit dem Codenamen Echelon und gibt es außerdem noch andere globale Abhörsysteme?
- Was bedeuten solche Abhörsysteme für die Freiheit und Privatsphäre europäischer Bürger? Sind die Rechte der Bürger hinreichend gegen Geheimdienstaktivitäten geschützt?
- Beinhaltet das Abhören der globalen Kommunikationen auch Risiken für die europäische Industrie?
- Stellt die Verschlüsselung einen geeigneten und hinreichenden Schutz für Bürger und Industrie dar oder bedarf es ergänzender Maßnahmen?
- Wie kann das Bewusstsein der eu-

ropäischen Behörden für Risiken aufgrund dieser Aktivitäten gestärkt werden und welche Maßnahmen können getroffen werden?

- Welche politischen und gesetzgeberischen Konsequenzen müssen gezogen werden?

Der Ausschuss hat keinerlei Rechte eines Untersuchungsausschusses. Solche besonderen Rechte der Akteneinsicht könnten aber nur gegenüber den Europäischen Institutionen und den Mitgliedstaaten geltend gemacht werden, wenn es sich um den Vollzug von EU-Recht handelt. Der Geheimdienstbereich ist davon ausgenommen und gegenüber Drittstaaten gibt es ohnehin keine Untersuchungsrechte.

Der Ausschuss hat deshalb öffentlich zugängliche Quellen ausgewertet und analysiert und kommt zu folgenden Ergebnissen:

Ergebnis 1: Der Erfolg beim Abhören ist ortsgebunden

Vor Ort kann fast alles abgehört werden, wenn der Lauscher zum Rechtsbruch entschlossen ist (Mikrofone einbaut, Kabel anzapft, funkgebundene Kommunikation abhört etc.) und der Abgehörte sich nicht schützt.

- Global kann von einem Nationalstaat wie z.B. den USA nur ein begrenzter Teil der internationalen Kommunikation erfasst werden (Kommunikation über Satellit und Kommunikation über den Teil der Kabel, zu dem der abhörende Staat physisch Zugriff hat).

- Die Möglichkeiten eines globalen Abhörsystems für Satellitenkommunikation wurden hoffnungslos überschätzt und seine Bedeutung nimmt wegen der zunehmenden Verlagerung der Kommunikation auf optische Unterwasser-Glasfaserkabel ab.

Ergebnis 2: Es gibt mindestens ein global arbeitendes Abhörsystem für Satellitenkommunikation

- Die Nachrichtendienste zumindest der großen Staaten betreiben Abhör-

systeme, mit denen die private Auslandskommunikation ohne besondere richterliche Anordnung registriert wird. Dabei gilt nach Auffassung dieser Staaten der Grundrechtsschutz nur für die eigenen Bürger oder für im Staatsgebiet lebende Ausländer, aber nicht für andere Bürger.

- In der EU sind dies z.B. Dienste in Dänemark, Frankreich, Deutschland, Italien, Spanien, Großbritannien.

- Die USA haben als „Weltpolizist“ und als Basisstaat von Weltkonzernen ein weltweites Interesse am Zugriff auf Kommunikation.

- Zum Abhören von internationaler Kommunikation, die über die INTEL-SAT-Fernmeldesatelliten abgewickelt wird, sind aufgrund der Anatomie des Satellitensystems (die Antenne kann nicht „um die Ecke sehen“) Lauchstationen mindestens in drei Bereichen notwendig:

- im Bereich des Atlantiks (USA und Europa)

- im Bereich des Indischen Ozeans (Australien)

- im pazifischen Raum (Australien, Neuseeland)

Da die USA zumindest formal keine Kolonien oder mit Ausnahme von Hawaii kein überseeisches Territorium haben, sind sie bei der Organisation eines globalen Abhörsystems auf die Kooperation mit anderen Staaten angewiesen. Wir wissen aufgrund von deklassifizierten Dokumenten der NSA, Regierungsinformationen, Auswertung von parlamentarischen Anfragen, überprüften Berichten von Journalisten und Anwendung von physikalischem und nachrichtentechnischem Wissen, dass in den drei genannten Zonen der Erde Abhörsysteme existieren, in denen Amerikaner tätig sind oder zu denen sie Zugang haben. Ob dieses Abhörsystem den Codenamen ECHELON trägt, ist unerheblich; es existiert, unter welchem Namen auch immer ...

Ergebnis 3: Der Wirtschaftskrieg hat den kalten Krieg abgelöst

Der kalte Krieg zwischen West und Ost hatte zumindest zum Teil verhindert, dass sich die wirtschaftliche Konkurrenz im Westen unter Inanspruchnahme aller Handlungsmöglichkeiten der beteiligten Staaten entfaltet hat ...

- Seit 1990 ist dies anders. Dazu kommt, dass bereits die Clinton-Administration mit der Einrichtung des so genannten „Advocacy Center“ alle staatlichen Möglichkeiten gebündelt hat, um amerikanischen Unternehmen bei der Erschließung des internationalen Marktes zu helfen. Dem Ausschuss liegen Dokumente vor, aus denen sich ergibt, dass Mitarbeiter der CIA an Sitzungen des Advocacy Centers teilgenommen haben.

- Die USA erklären offen, dass ein Teil ihrer nachrichtendienstlichen Tätigkeiten auch die Wirtschaft berührt: Handel mit dual-use Gütern, Überwachung der Einhaltung von Sanktionen, strategische allgemeine Informationen (z.B. Rohstoffmärkte, Branchenentwicklungen) ...

Das eigentliche Problem besteht in der Frage, ob nachrichtendienstliche Erkenntnisse gezielt einzelnen Unternehmen zugeleitet werden, damit sie Wettbewerbsvorteile gewinnen können.

- Die USA bestreiten das. Sie behaupten, nur dann interveniert zu haben, wenn sie Bestechungsversuche europäischer Firmen mit dem Ziel, Aufträge zu erhalten, festgestellt hätten ...

- Das kann man glauben oder nicht glauben. Wir haben aber bisher keine belegten Fälle gefunden, dass gezielt die Resultate von staatlicher Spionage an Unternehmen weitergegeben wurden. Solche Fälle ließen sich nur beweisen, wenn Mitarbeiter der Nachrichtendienste öffentlich ausgehen würden oder geschädigte Firmen an die Öffentlichkeit gehen würden. Unter-

nehmen reden aber aus vielerlei Gründen nicht gerne darüber, dass sie ein Opfer von Wirtschaftsspionage gewesen sind.

- Entscheidend ist aber: wenn es dieses Risiko gibt, muss sich die eigene Wirtschaft darauf einstellen und sich so verhalten, als sei es so. Das ist schon deshalb notwendig, weil wir sicher wissen, dass die Nachrichtendienste bestimmter anderer Länder Wirtschaftsspionage im Detail betreiben ...

Ergebnis 4: Der Nationalstaat kann Lauschangriffe anderer Staaten nicht abwehren

- Für die Verletzung der Privatsphäre spielt die quantitative Effektivität eines Abhörsystems keine Rolle. Ein Fall reicht, damit die Privatsphäre verletzt ist!

- „Für die Frage des Gebrauchs von Abhörsystemen für Wirtschaftsspionage ist aber der quantitative Aspekt sehr wohl von Bedeutung! ...“

Wirtschafts- und Geheimschutz

Seit dem 1. Oktober hat das Niedersächsische Landesamt für Verfassungsschutz eine Sachgebiet eingerichtet, das sich ausschließlich mit Wirtschaftsschutz und Geheimschutz in der Wirtschaft befasst. Die Erfahrungen, die das NLFV bisher im Bereich des Wirtschaftsschutzes gesammelt hat, werden hier gebündelt und umgesetzt für die Betreuung und Beratung von Wirtschaftsunternehmen in sicherheitsrelevanten Vorfällen.

Gemäß § 3 Abs. 1 Nr. 2 NVerfSchG hat das NLFV die Aufgabe, Informationen über sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten in der Bundesrepublik Deutschland für eine fremde Macht zu sammeln und auszuwerten. Damit ist dem NLFV eine gesetzliche Zuständigkeit auch im Bereich der Wirtschaftsspionage und

Proliferation zugeschrieben. Für eine Bearbeitung der Konkurrenzausspähung zwischen Wirtschaftsunternehmen hat der Verfassungsschutz keine Rechtsgrundlage. Da bei Sicherheitsvorfällen in der Wirtschaft von vornherein nicht zu erkennen ist, ob es sich um nachrichtendienstliche Wirtschafts- oder unternehmerische Konkurrenzspionage handelt, hat das NLFV gerade hier eine wichtige „Katalysatorfunktion“ wahrzunehmen. Während beim Geheimschutz in der Wirtschaft klare Aufgabenzuordnungen im NVerfSchG, im Niedersächsischen Sicherheitsüberprüfungsgesetz (Nds.SÜG), in der Verschlussangelegenheitenverordnung (VSA) und im Geheimschutzhandbuch (GHB) vorhanden sind, findet der Wirtschaftsschutz als Aufgabe für den Verfassungsschutz keine explizite Erwähnung. Die Rechtmäßigkeit für Wirtschaftsschutzmaßnahmen begründet sich einmal aus den präventiven Wirkungen des § 3 Abs. 1 Nr. 2 NVerfSchG und zum anderen aus der Aufgabenzuweisung für das NLFV nach § 3 Abs. 2, letzter Satz, „ergänzend durch eigene Maßnahmen an der Aufklärung der Öffentlichkeit“ über die gesamte Breite der gesetzlichen Verfassungsschutzaufgaben mitzuwirken.

Neben einer intensiven Grundlagenarbeit im Themenfeld Wirtschaftsspionage ist als entscheidende Voraussetzung für einen funktionierenden Wirtschaftsschutz ein stärkere Beratung und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Wirtschaft zu sehen. Beratungen, Gefährdungsanalysen und Vorträge bei Firmen, die im Rahmen des Wirtschaftsschutzes betreut werden sollen, sind daher ein elementarer Bestandteil des neuen Konzeptes, das zudem eine gezieltere und eingehendere Kontaktpflege zu Behörden und anderen Einrichtungen vor dem Hintergrund von Wirtschaftsschutzinteressen beinhaltet.

Die Notwendigkeit für eine engere Zusammenarbeit zwischen den Sicherheitsbehörden, den Verbänden und der Wirtschaft hat auch dazu geführt, dass am 6. November in Niedersachsen die Vereinbarung über die Bildung einer Sicherheitspartnerschaft gegen Wirtschaftskriminalität unterzeichnet wurde. Bei den Partnern handelt es sich um die Vereinigung der Niedersächsischen Industrie- und Handelskammern (IHKV), den Verband für Sicherheit in der Wirtschaft Niedersachsen e.V. und das Land Niedersachsen. Anlässlich des zweiten Sicherheitsforums, das bei der IHK in Hannover stattfand und sich mit der Sicherheit in der Informationstechnik befasste, wurde mit der Unterzeichnung der Vereinbarung festgeschrieben:

Reduzierung des durch Wirtschaftskriminalität, insbesondere durch Wirtschaftsspionage und Konkurrenzausspähung verursachten Schadens. Darüber hinaus werden auch andere Formen der Wirtschaftskriminalität thematisiert, wie etwa die Bereiche IT-Sicherheit, Marken- und Produktpiraterie und Produkterpressung. Das Themenfeld wird regelmäßig auf seine Aktualität überprüft:

- Förderung des Verständnisses der Wirtschaft für staatliche Maßnahmen und der gegenseitigen Kooperationsbereitschaft;
- Intensivierung und Vereinfachung des Informationsaustausches sowie der gegenseitigen Beratung und Unterstützung zwischen der niedersächsischen Landesverwaltung – insbesondere der niedersächsischen Polizei und dem NLFV – und der Wirtschaft;
- Sensibilisierung hinsichtlich des Gefahrenpotenzials für die niedersächsischen Wirtschaftsunternehmen.

Zu diesem Zweck verstärken die Partner ihre bisherige Zusammenarbeit, indem sie regelmäßig ihre Erfahrungen

austauschen, gemeinsame Projekte zu sicherheitsrelevanten Themen durchführen und die verschiedenen Aktivitäten der beteiligten Vereinbarungsparteien koordinieren und abstimmen.

In einer Anlage zu der Vereinbarung über die Sicherheitspartnerschaft ist das Konzept für die Zusammenarbeit von Polizei und Verfassungsschutz mit der gewerblichen Wirtschaft in Niedersachsen niedergelegt. Das Landeskriminalamt Niedersachsen (LKA) als Zentralstelle der Polizei und das NLFV nehmen danach die Aufgaben im Rahmen der Zusammenarbeit mit den niedersächsischen Unternehmen auf der Basis der Sicherheitspartnerschaft wahr.

Der Verfassungsschutz in Niedersachsen

Bedienstete

Im Haushaltsplan 2000 waren für das Niedersächsische Landesamt für Verfassungsschutz 220 Stellen ausgewiesen. In der Gesamtzahl ist die Zahl der Bediensteten für die nicht verfassungsschutzspezifischen Aufgaben enthalten, die bei jeder Behörde erforderlich sind, also Schreibkräfte, Verwaltungspersonal, Hausmeister etc. (sog. Intendanturpersonal).

Nach Abzug dieser Funktionen liegt die Zahl der mit originären Verfassungsschutzaufgaben befassten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei 166. Im Arbeitsbereich der Beobachtung rechtsextremistischer Bestrebungen wurde im Jahr 2000 durch Binnenrotation zusätzliches Personal eingesetzt, um den gestiegenen Anforderungen in diesem Schwerpunktbereich der Arbeit der niedersächsischen Verfassungsschutzbehörde gerecht werden zu können.

Haushalt

Der Haushalt des Verfassungsschutzes hatte 2000 ein Ausgabevolumen von 24.548.000 DM. Davon waren 18.040.300 DM für Personalausgaben und 6.507.700 DM für Sachausgaben veranschlagt.

In den für Sachausgaben zur Verfügung stehenden Ansätzen war ein einmaliger Betrag von 2.000.000 DM für die aus der Lagebewältigung zur EXPO 2000 erwarteten Mehrausgaben für personelle und sächliche Aufwendungen enthalten. Davon wurden rd. 900.000 DM verausgabt, so dass die tatsächlichen Sachausgaben im Haushaltsjahr 2000 eine Endsumme von 5.400.000 DM ausmachten.

Nachrichtendienstliches Informationssystem (NADIS)

Das Niedersächsische Landesamt für Verfassungsschutz ist – wie die übrigen Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder – gesetzlich befugt, die zur Aufgabenerfüllung erforderlichen personenbezogenen Daten zu erheben und in Akten und Dateien einzustellen, wobei das NVerfSchG und interne Vorschriften bestimmte Speichervoraussetzungen sowie Regelungen für Sperrung und Löschung der Daten vorsehen. Deren Beachtung wird durch den Landesbeauftragten für den Datenschutz (LfD), das Innenministerium und den im NLFV besonders bestellten behördlichen Datenschutzbeauftragten kontrolliert.

Aufgrund der in Art. 73 Nr. 10 des Grundgesetzes und im Bundesverfassungsschutzgesetz (BVerfSchG) normierten Verpflichtung zur Zusammenarbeit und gegenseitigen Unterrichtung unterhalten alle Verfassungsschutzbehörden gem. § 6 BVerfSchG eine gemeinsame, beim Bundesamt für

Verfassungsschutz (BfV) eingerichtete Datenbank, das sog. „Nachrichtendienstliche Informationssystem“ (NADIS).

Alle Teilnehmer dürfen dort die nach Maßgabe der jeweiligen eigenen rechtlichen Befugnisse erhobenen sach- und vor allem personenbezogenen Daten einstellen, auf den gesamten NADIS-Datenbestand zugreifen und Daten abrufen.

Aus Gründen der Verhältnismäßigkeit und des Datenschutzes sind aus NADIS nur der Name der Person, die zu ihrer Identifizierung erforderlichen Merkmale wie z. B. Wohnanschrift, Kfz, Staatsangehörigkeit, die speichernde Behörde sowie deren Aktenzeichen ersichtlich, das nach einem einheitlichen Aktenplan vergeben wird. Nicht gespeichert ist der Inhalt der jeweiligen Information.

Benötigt eine Verfassungsschutzbehörde zur eigenen Aufgabenerfüllung personenbezogene Informationen, die von einer anderen Verfassungsschutzbehörde gespeichert und in das NADIS eingestellt sind, so fragt sie in der Regel auf elektronischem Wege nach. Der Übermittlung dieser angeforderten Informationen ist eine Relevanzprüfung durch die speichernde Stelle vorgeschaltet.

Nicht allgemein bekannt ist, dass es sich bei den im NADIS gespeicherten Daten nur teilweise um Personen handelt, die im Bezug zu extremistischen, sicherheitsgefährdenden oder geheimdienstlichen Aktivitäten (vgl. § 3 Abs. 1 NVerfSchG) stehen.

In NADIS werden vielmehr auch Angaben zu Personen erfasst, bei denen eine Sicherheitsüberprüfung mit dem Ergebnis einer VS-Ermächtigung durchgeführt wurde oder die als Zielpersonen terroristischer oder geheimdienstlicher Aktivitäten gelten.

Vom NLFV waren am 31.12.2000 folgende personenbezogene NADIS-Spei-

cherungen veranlasst (Vorjahreszahlen in Klammern):

- im Zusammenhang mit Sicherheitsüberprüfungen 9.894 (9.883)
- im Zusammenhang mit originären Aufgaben im Bereich Extremismus, Terrorismus, Spionageabwehr 6.120 (5.698)

Dabei ist die Steigerung im originären Aufgabenbereich des § 3 Abs. 1 NVerfSchG nicht auf einen entsprechenden Anstieg verfassungsschutzrelevanter Aktivitäten, sondern darauf zurückzuführen, dass auch 2000 zahlreiche bis dahin nur amtsintern in einer so genannten Amtsdatei erfasste personenbezogene Informationen im Interesse einer verbesserten Zusammenarbeit mit den übrigen Verfassungsschutzbehörden bei der Aufklärung von Extremismus und Terrorismus auch in das NADIS eingestellt worden sind.

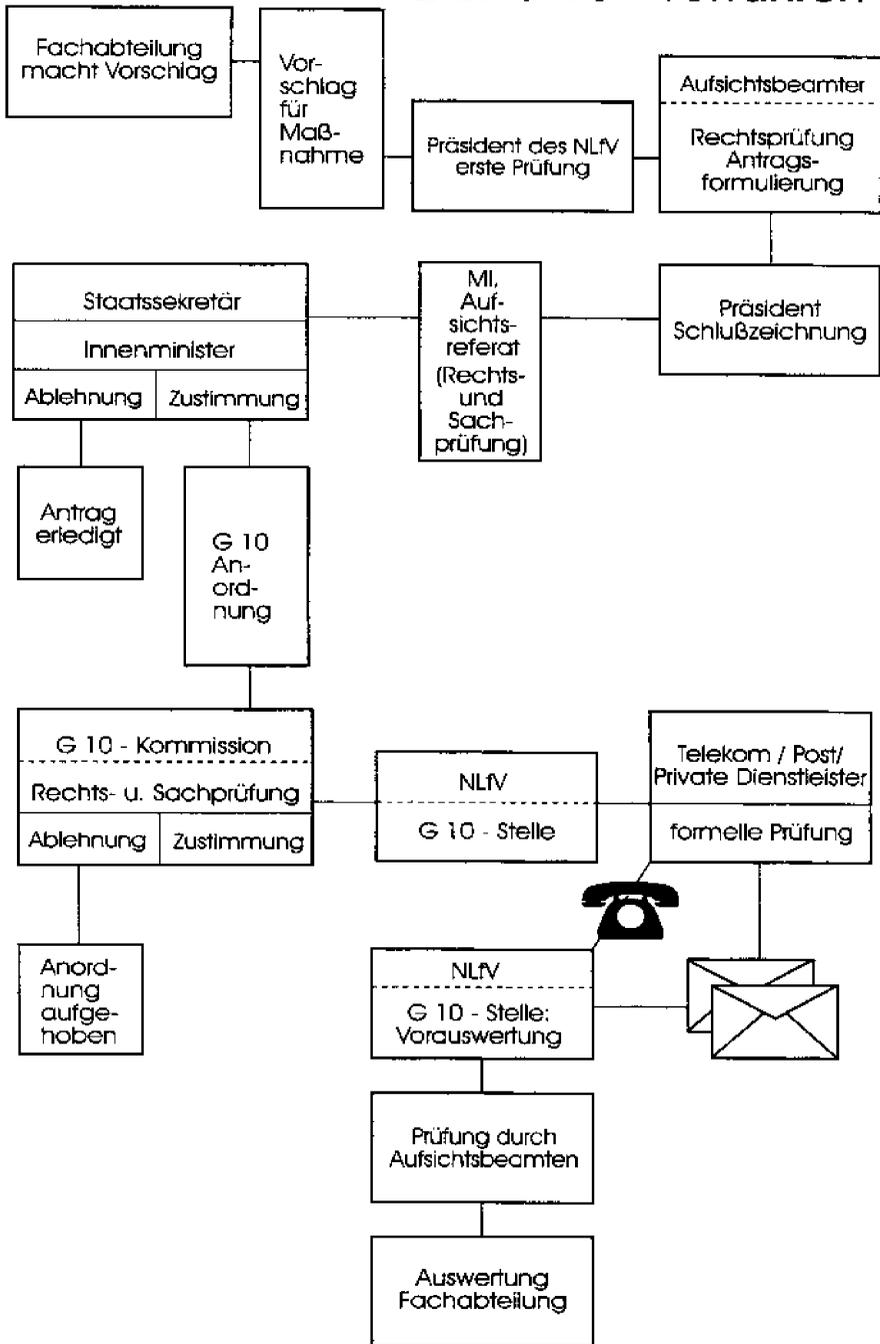
Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel

Nach § 6 NVerfSchG darf das NLFV zur Beschaffung der für seine originären Aufgabenbereiche erforderlichen Informationen auch die abschließend aufgezählten nachrichtendienstlichen Mittel (ND-Mittel) einsetzen, soweit dies für die Erkenntnisgewinnung unverzichtbar ist.

Bei dem Einsatz von ND-Mitteln wird geprüft, ob die von den jeweiligen Bestrebungen ausgehenden Gefahren, die Konspiration bzw. Gewaltbereitschaft einer Organisation den Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel erfordern und hiervon Betroffene in den vom Grundgesetz geschützten Rechtspositionen am wenigsten belasten (Prinzip des geringstmöglichen Eingriffs).

Nach der erklärten Absicht der Landesregierung wurde auf den Einsatz von verdeckt ermittelnden Beamtin-

Das G 10 - Verfahren



nen und Beamten, das heimliche Mit-hören und Aufzeichnen des nicht öffentlich gesprochenen Wortes unter Einsatz technischer Mittel außerhalb des Schutzbereiches des Art. 13 GG und die Beobachtung des Funkverkehrs auf nicht für den allgemeinen Empfang bestimmten Kanälen verzichtet. Diese Mittel sollen für besondere Situationen vorbehalten bleiben.

Von dem nachrichtendienstlichen Mittel der Überwachung des Brief-, Post- und Fernmeldeverkehrs nach Maßgabe des Gesetzes zu Art. 10 GG („G10“) wurde während des Berichtszeitraumes wiederum nur in dem der Schwere des jeweiligen Verdachts angemessenem Maße Gebrauch gemacht.

Die Grafik verdeutlicht das Prüfungsverfahren, das einer G 10-Maßnahme vorausgeht.

Die Anwendung nachrichtendienstlicher Mittel beschränkte sich im Berichtszeitraum im Wesentlichen auf die Inanspruchnahme von Vertrauensleuten und sonstigen Informanten, verdeckte Ermittlungen und Befragungen sowie auf zeitlich befristete Observationen.

Auskunftersuchen von Bürgerinnen und Bürgern

2000 wurden 12 Auskunftersuchen gemäß § 13 NVerfSchG gestellt. In 9 Fällen hatte das NLFV keine Erkenntnisse gespeichert. In einem Fall wurde eine Komplettauskunft erteilt, in den verbleibenden 2 Fällen wurde den Anfragenden der ihrer Erfassung zu Grunde liegende Sachverhalt eingeschränkt mitgeteilt und sie gemäß § 13 Abs. 2 an den Landesbeauftragten für den Datenschutz verwiesen.

Auch im Berichtsjahr erreichten das NLFV zahlreiche schriftliche und mündliche Anfragen, mit denen sich Bürge-

rinnen und Bürger an das NLFV wandten und um Rat und Hilfestellung bezüglich vermuteter Grundrechtsverletzungen durch Behörden, Gerichte oder im persönlichen Umfeld baten.

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Die Öffentlichkeitsarbeit des Verfassungsschutzes hat zwei zentrale Aufgabenstellungen: 1. Informationen für Bürgerinnen und Bürger über die gesetzlichen Grundlagen, Arbeitsweisen und die Kontrolle des Verfassungsschutzes; 2. Darstellung der Erscheinungsformen und ideologischen Grundlagen verfassungsfeindlicher Bestrebungen. Ziel dieser Öffentlichkeitsarbeit sind die informierte Bürgerin und der informierte Bürger, die selbst in der Lage sind, wirksam unsere Verfassung zu schützen. Der Gesetzgeber hat im Niedersächsischen Verfassungsschutzgesetz ausdrücklich die Notwendigkeit der Öffentlichkeitsarbeit festgeschrieben. Nach § 3 Abs. 2 NVerfSchG soll das Innenministerium die Öffentlichkeit durch zusammenfassende Berichte über verfassungsfeindliche Bestrebungen und sicherheitsgefährdende bzw. geheimdienstliche Tätigkeiten aufklären. Das Landesamt für Verfassungsschutz wirkt ergänzend durch eigene Maßnahmen an der Aufklärung der Öffentlichkeit mit. Bereits 1975 hatte das Bundesverfassungsgericht die Pflicht des Staates zur Öffentlichkeitsarbeit über verfassungsfeindliche Bestrebungen – in diesem Fall der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) – festgestellt.

Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen

Die Einladungen von Referenten des Niedersächsischen Verfassungsschutzes

zu Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen sind seit Mitte des Jahres 2000 sprunghaft in die Höhe gestiegen. Der Rechtsextremismus wird von vielen Bürgerinnen und Bürgern – quer durch alle politischen Richtungen und gesellschaftliche Gruppierungen – nicht nur als Herausforderung, sondern vielfach auch als konkrete Bedrohung empfunden.

Erscheinungsformen darzustellen, Hintergründe zu analysieren und auch auf Möglichkeiten des Zurückdrängens rechtsextremistischer Positionen einzugehen, steht bei den Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Verfassungsschutzes im Mittelpunkt. Im Hauptamt eingesetzt sind hier der Referent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, im Nebenamt die beiden wissenschaftlichen Mitarbeiter des Hauses und ein Verwaltungsjurist.

Seit Anfang 2000 sind rund 200 Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen durchgeführt worden. Dabei stand die Darstellung der Erscheinungsformen und Hintergründe des Rechtsextremismus ebenso im Mittelpunkt wie Diskussionsveranstaltungen zum NPD-Verbot. Erwähnenswert sind beispielsweise Diskussions-Veranstaltungen an den juristischen Fachbereichen der Universitäten Hannover und Göttingen, zahlreiche Fortbildungsveranstaltungen für Polizeieinrichtungen ebenso wie für Gemeinschaftskundelehrerinnen und -lehrer sowie Vorträge an schulischen Bildungseinrichtungen

den gesendet. Im Mittelpunkt dabei stand ebenfalls die Diskussion über das NPD-Verbot. Auch Informationen zu extremistischen Aktivitäten gegen die Weltausstellung EXPO 2000 in Hannover wurden häufig gegeben – nicht nur der nationalen, sondern auch der internationalen Presse sowie Hörfunk- und Fernsehsendern.

Pressearbeit

Im Rahmen der Pressearbeit gaben die Behördenleitung und der Referent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit mehr als 300 Auskünfte an lokale, regionale und überregionale Medien. Über 100 Hörfunk- und Fernsehinterviews wur-

Napster und Nazi-Musik

Jan*In sieht man jetzt: Das Internet ist ein Januskopf -- offenbart auch die Randerscheinungen der G...
Braunschweiger Zeitung

Rechtsradikalismus

Verfassungsschützer warnen vor rechtsextremen Ködern im Internet

Das Netz der „braunen Spinnen“ ist nur schwer zu zerreißen

Nicht wegschauen

Gewalt von Rechtsextremisten, aggressive Skinhead-Musik und das Internet beunruhigen niedersächsische Verfassungsschützer

Hannoversche Allgemeine Zeitung **Flauer Expo-Protest**

„NPD hat sämtliche Demonstrationen abgesagt“

Verfassungsschutz sieht Reaktionen auf Verbots-Diskussion

lokales

<http://www.landesszeitung.de/lokalseiten/lokal6.htm> rter Rundschau

Plädoyer für ein Verbot der NPD

Verfassungsschützer Hesse spricht in Lüneburg

Napster verbreitet Neonazi-Musik

Land Verfassungsschutz nutzt Rechte Plattform zum Tausch

DONNERSTAG, 20. NOVEMBER 2000

VERFASSUNGSSCHUTZ / „Türkischer Identitäten-Verein“ wird beobachtet

Für nationalistische Ziele bis in den Tod

Neue Presse **Verfassungsschutz: „Material für Verbot der NPD reicht aus“**

Ausstellung gegen Rechts

Landtag informiert über Neonazis

HANNOVER. Seit gestern informiert im Landtag in Hannover die Wanderausstellung „Demokratie gegen Rechtsextremismus“ über Aktivitäten von Neonazis. Auf 30 Tafeln werden etwa Skinhead-Musik, Straftaten gegen Ausländer sowie rechtsextreme Internetseiten dokumentiert. Ausstellung wurde vom Landesamt für Verfassungsschutz erarbeitet. Sie ist noch bis Freitag und in der kommenden Woche von Montag bis Donnerstag jeweils von zehn bis 17 Uhr in der Wandelhalle zu sehen.

Bild-Zeitung

Landtag: Ausstellung gegen Rechts

Wanderausstellung

Die Wanderausstellung des Niedersächsischen Verfassungsschutzes zum Thema „Demokratie gegen Rechtsextremismus“ hat eine außerordentlich positive Resonanz gefunden. Insbesondere Lehrer und Schüler haben dieses Informationsangebot sehr intensiv genutzt. Seit ihrer Eröffnung im September 2000 im Niedersächsischen Landtag durch Landtagspräsident Prof. Wernstedt und Innenminister Heiner Bartling wurden mehrere tausend jüngere und ältere Bürgerinnen und Bürger erreicht. Die Ausstellung ist bereits bis in das Jahr 2002 hinein nachgefragt:

2000

September	19.09. bis 28.09.	Hannover, Nds. Landtag
Oktober	09.10. bis 20.10.	Celle
November	07.11. bis 16.11.	Duderstadt, BGS
Dezember	11.12. bis 20.12.	Georgsmarienhütte

2001

Januar / Februar	22.01. bis 09.02.	Lüneburg, Bezirksregierung
Februar	15.02. bis 26.02.	Gifhorn
	28.02.	Göttingen
März	01.03.	Lüneburg, Universität
	13.03. bis 29.03.	Melle (LK Osnabrück)
April / Mai	17.04. bis 03.05.	Wunstorf, Schulzentrum Auestraße
	05.05.	Hannover, Polizeidirektion
	07.05. bis 18.05.	Hannover, Universität
Mai / Juni	21.05. bis 15.06.	Nienburg
Juni	18.06. bis 29.06.	Stadthagen
August	08.08. bis 26.08.	Salzgitter
August / September	27.08. bis 19.09.	Braunschweig, Bezirksregierung
September / Oktober	20.09. bis 10.10.	Goslar, Kreisverwaltung
	15.10. bis 31.10.	Hameln
November	14.11. bis 30.11.	Hildesheim
Dezember	03.12. bis 20.12.	Emden

2002

Januar/Februar	21.01. bis 08.02.	Horneburg
Februar	10.02. bis 28.02.	Osterholz
März	01.03. bis 20.03.	Oldenburg
April/Mai	15.04. bis 03.05.	Uelzen
	07.05. bis 24.05.	Buchholz
August	05.08. bis 16.08.	Helmstedt



Internet

Neben der bisherigen Darstellung der Auswertungsergebnisse des Verfassungsschutzes im Internet hat die Niedersächsische Landesregierung im September eine neue Website ausschließlich zum Thema Rechtsextremismus eingerichtet, die schnell und umfassend Informationen bietet.

www.NiedersachsenGegenRechts.de

Die seit Dezember eingestellte Homepage „Für Demokratie und Toleranz – Gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit“ der norddeutschen Verfassungsschutzbehörden

www.VerfassungsschutzgegenRechtsextremismus.de

wird von der Öffentlichkeitsarbeit des Niedersächsischen Verfassungsschutzes verantwortlich betreut. Beteiligt sind neben Niedersachsen die Länder Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein.

Die Homepage ist national und international auf eine sehr positive Resonanz gestoßen. Die Zugriffszahlen lagen bisher bei über 10.000.

Definition der Arbeitsbegriffe

(unter Verwendung des Internet-Lexikons des Bundesministeriums des Innern)

Ausländerextremismus

Unter diesem Arbeitsbegriff werden von den Verfassungsschutzbehörden alle politisch bestimmten Bestrebungen von Ausländern zusammengefasst, wenn und soweit diese

- sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung richten (§ 3 Abs. 1 Ziffer 1, 1. Alternative NVerfSchG), *indem sie darauf ausgehen, z. B. eine Parallelordnung zu errichten;*
- sich gegen den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes richten (§ 3 Abs. 1 Ziffer 1, 2. Alternative), *indem sie politische Auseinandersetzungen ihres Heimatlandes gewaltsam in Deutschland austragen und damit die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gefährden;* oder
- in der Bundesrepublik Deutschland durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange gefährden (§ 3 Abs. 1, Ziffer 3).

Der Sammelbegriff Ausländerextremismus schließt inhaltlich rechtsextremistisch-nationalistische, linksextremistische und sonstige extremistische Bestrebungen von ausländischen Personenzusammenschlüssen mit ein. Er stellt immer das zusammenfassende Ergebnis einer Bewertung anhand der dargestellten Tatbestandsmerkmale dar. Der Arbeitsbegriff vermag deshalb begrifflich die Aufgabenstellung des Verfassungsschutzes für dieses Beobachtungsfeld selbst nicht zu begründen.

Extremismus

Die Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder bezeichnen seit 1974 verfassungsfeindliche Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung einheitlich als extremistisch (extremus lat.: äußerst). Verfassungsfeindlich oder extremistisch sind alle von Personenzusammenschlüssen ausgehenden, politisch bestimmten Bestrebungen (Aktivitäten), die insbesondere gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung oder einzelne ihrer tragenden Grundsätze gerichtet sind. Organisationen, die erkennbar solche extremistische Bestrebungen verfolgen, werden von den Verfassungsschutzbehörden als verfassungsfeindlich bewertet.

Linksextremismus

Mit dem Arbeitsbegriff werden die linksextremistischen verfassungsfeindlichen Bestrebungen von deutschen Personenzusammenschlüssen bezeichnet, die sich auf der Grundlage einer marxistisch-leninistischen, revolutionär marxistischen oder anarchistischen Ideologie in Deutschland gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung und ihre tragenden Grundsätze richten. Für Linksextremisten vielfach kennzeichnend ist ein grundsätzliches Bekenntnis zur „revolutionären Gewalt“, obgleich sie tagespolitisch auf „legale“ Kampfformen setzen.

Rechtsextremismus	Als rechtsextremistisch werden von den Verfassungsschutzbehörden alle verfassungsfeindlichen oder extremistischen Bestrebungen bezeichnet, die auf der ideologischen Grundlage einer nationalistischen oder rassistischen Weltanschauung in Deutschland von deutschen Personenzusammenschlüssen ausgehen und sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung richten. Rechtsextremistischem Denken liegt vielfach die Vorstellung menschlicher Ungleichwertigkeit (Ideologie der Ungleichheit) zugrunde.
Rechts- bzw. Linksradikalismus	Bis 1974 wurden die Begriffe Extremismus sowie „Radikalismus“ bzw. „Rechts- oder Linksradikalismus“ von den Verfassungsschutzbehörden nebeneinander als Synonyme zur Kennzeichnung verfassungsfeindlicher Bestrebungen verwendet. Der Radikalismusbegriff wird seitdem von den Verfassungsschutzbehörden nicht mehr für verfassungsfeindliche Bestrebungen benutzt, da er in der politischen Tradition der Aufklärung positiv besetzt ist und im Rechtssinne nur der Extremismusbegriff „der Tatsache Rechnung (trägt), dass politische Aktivitäten oder Organisationen nicht schon deshalb verfassungsfeindlich sind, weil sie eine ... ‚radikale‘, das heißt eine bis an die Wurzel einer Fragestellung gehende Zielsetzung haben.“ (BMI Prof. Maihofer) Wenn die Verfassungsschutzbehörden überhaupt noch den Terminus „rechts- bzw. linksradikal“ verwenden, werden damit in Abgrenzung zu dem verfassungsfeindlichen Rechts- bzw. Linksextremismus politische Aktivitäten und Zielsetzungen bezeichnet, die sich grundsätzlich (noch) nicht gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mit dem Ziel einer revolutionären Systemüberwindung richten.
Spionage	Staatlich gesteuerte Ausspähungsaktivitäten durch einen staatlich gelenkten Nachrichtendienst erfüllen den Straftatbestand der Spionage nach §§ 94 ff. Strafgesetzbuch. Die Beobachtung und Abwehr dieser Spionage ist eine gesetzliche Aufgabe der Verfassungsschutzbehörden. Dazu gehört grundsätzlich nicht der Verrat von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen zwischen konkurrierenden Unternehmen, der nach §§ 17 ff. des Gesetzes über den unlauteren Wettbewerb strafbar ist.
Terrorismus	Terrorismus war in der Bundesrepublik Deutschland eine Form des politischen Extremismus, der die Beseitigung des demokratischen Verfassungsstaates mittels systematischer, massiver Gewaltanwendung zum Ziel hatte. Kennzeichen des Terrorismus ist eine nachhaltige Anschlagstaktik durch arbeitsteilig organisierte, grundsätzlich verdeckt operierende Gruppen.
Verfassungsfeindliche/ extremistische Bestrebungen	Als verfassungsfeindlich oder extremistisch werden politische Bestrebungen (Aktivitäten) bezeichnet, die den demokratischen Verfassungsstaat und seine fundamentalen Werte ablehnen und darauf abzielen, die freiheitliche demokratische Grundordnung

durch eine andere Ordnung zu ersetzen. Verfassungsfeinde oder Extremisten wenden sich mittelbar oder unmittelbar gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, d.h. gegen die im Grundgesetz konkretisierten Grund- bzw. Menschenrechte (wie insbesondere die Glaubens-, Gewissens- und Bekenntnisfreiheit, die Meinungs- und Pressefreiheit und die Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit) sowie weitere grundlegende Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung wie das Rechtsstaatsprinzip, beruhend auf der Gewaltenteilung, die Bindung der Verwaltung an Recht und Gesetz, die Unabhängigkeit der Gerichte, die Volkssouveränität, ausgeübt durch die parlamentarische Demokratie, die Verantwortlichkeit der Regierung, das Mehrparteienprinzip und das Recht auf die Bildung und Ausübung einer Opposition (vgl. zur Definition der fdGO BVerfGE Bd. 2 S. 12 sowie zur Definition verfassungsfeindlicher Bestrebungen § 4 NVerfSchG).

**Verbot verfassungsfeindlicher Organisationen/
Verfassungswidrigkeit**

Die Innenminister des Bundes und der Länder dürfen nach dem Vereinsrecht das Verbot einer Vereinigung aussprechen, die keine politische Partei oder Religions- bzw. Weltanschauungsgemeinschaft ist, wenn sich diese nachweislich „gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder den Gedanken der Völkerverständigung richtet“ (§ 3 Vereinsgesetz).

Mit dem rechtskräftigen Vereinsverbot ist festgestellt, dass die verfassungsfeindliche bzw. extremistische Organisation verfassungswidrig ist.

Auf Antrag der Verfassungsorgane Bundesregierung, Bundestag oder Bundesrat kann bei einer politischen Partei allein das Bundesverfassungsgericht deren Verfassungswidrigkeit feststellen (Art. 21 Abs. 2 Grundgesetz; § 13 Nr. 2, § 43 ff. Bundesverfassungsgerichtsgesetz). Mit der Feststellung der Verfassungswidrigkeit einer Partei wird deren Auflösung insgesamt (oder eines selbständigen Teils der Partei) sowie das Verbot, Ersatzorganisationen zu schaffen, vom Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

Solange verfassungsfeindliche Parteien und sonstigen Organisationen nicht verboten sind, dürfen sie sich im Rahmen der für alle geltenden Gesetze frei betätigen.

Stichwortverzeichnis

A

AAE, Per Lennart • 50, 55
Adelaide-Institut • 28, 29
Alhambra • 85, 90, 91, 92, 93
Anarchismus • 84, 86, 99, 105-107
ANO (ABU-NIDAL-Organisation) • 151
anti atom aktuell • 100, 102
Anti-Atom-Plenum Berlin • 103
Anti-EXPO-AG • 93, 99 f.
Antifaschistische Aktion / Bundesweite Organisation (AA/BO) • 87-89, 94
Antifaschistische Aktion Berlin (AAB) • 87 f.
Antifaschistische Aktion Dresden (A2D2) • 88
Antifaschistische Aktion Oldenburg • 92
Antifaschistisches Plenum (AP) • 88, 104
Antifaschistisches Plenum/Jugend Antifa Aktion (AP/JAA) • 94, 95, 96
Antisemitismus • 15 f., 20 f., 23, 25, 26, 36, 41, 53, 57, 67, 75
APFEL, Holger • 53, 55, 58
Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) • 8, 24, 105, 116, 117, 120-130, 137, 138, 163
Arbeitsgemeinschaft Ostpreußen (AG Ostpreußen) • 77
Assoziation Marxistischer StudentInnen (AMS) • 110
Auschwitz-Lüge • 27-29
Ausländerextremismus • 8, 15 f., 20, 117-119
Autonome • 7, 13, 84 f., 85-105, 111, 113, 115 f.
Autonome Antifa (M) (AA(M)) • 87, 88, 89, 93, 95, 96, 98, 105, 113
Azadi • 116

B

BASARAN, Mustafa • 143
BENOIST, Alain de • 50, 81, 83
Bewaffnete Islamische Gruppe (GIA) • 148, 149
Bildungswerk Deutsche Volksgemeinschaft (BDVG) • 59
Blood & Honour-Skinheads • 27, 31, 42, 53
BÖRM, Manfred • 46
BOSSE, Georg-Albert • 78
BRAST • 92
Bulletin der Türkischen Föderation • 135, 137 f.
Bund Deutscher Patrioten (BDP) • 44
Bundesweites Antifa Treffen (BAT) • 88 f.
Bündnis gegen Rechts • 97
BURISCHEK, Gottfried • 71
BUSSE, Friedhelm • 53

C

CARLS, Richard • 62
Castle Hill Publishers • 28

CASTOR-Transport (Aktionen gegen den -) • 7, 23, **102-104**, 107
CETIN, Cemal • 135, 137
CORDES, Florian • 58, 60

D

DELLE, Alexander • 59
Deutsche Kommunistische Partei (DKP) • 7, 84, 92, 103, **108-111**, 113, 115
Deutsche Liga für Volk und Heimat (DLVH) • 12, **76 f.**
Deutsche Stimme • 43, 47, 48, 49, 50, 51, 53, 54, 83
Deutsche Volksunion (DVU) • 6, 7, 12, 27, 28, 46, **62-68**, 70, 71, 73, 75, 76, 80
Devrimci Sol (Revolutionäre Linke) • **130-133**
DFLP (Demokratische Front für die Befreiung Palästinas) • 151
DHKP-C (Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front) • 130, **132 f.**, 137, 138
Die Deutsche Freiheitsbewegung e.V. (DDF) • **78 f.**
DISTLER, Jürgen • 49, 52, 53, 58
DRÜCKHAMMER, Kai Uwe • 78
DRÜCKHAMMER, Günter • 77, 78
DSZ-Verlag • **63 f.**, 66

E

Echelon • 166-168
EIBICHT, Rolf-Josef • 60
EIGENFELD, Ulrich • 43, 46
EinSatz! • 85, 89, 91, **93**, 95, 96, 97, 98, 105
EISENECKER, Hans Günter • 53, 55
EL-ZAYAT, Ibrahim • 140
ERBAKAN, Mehmet Sabri • 139, 141 f.
Erbakan, Necmettin • 142
Ethnopluralismus • 27, 82, 83
Europäische Frontzentrale – ACM • 123, 124
Europäische Moscheebau und Unterstützungsgemeinschaft e.V. (EMUG) • 139, 140
EZER, Achim • 59

F

Fanzines • 31, **35**
FAURISSON, Robert • 28
FIEDLER, Michael • 49, 51, 52
Fight Back! • 85, 91, **94**
FLEGEL, Frank • 112, 113
Flüchtlingshilfe Iran e. V. • 153
Föderation der türkisch-demokratischen Idealistenvereine in Europa e. V.
(ADÜTDF) / Deutsche Türk-Föderation (ATF) • 118, **135-138**
Föderation Gewaltfreier Aktionsgruppen (FÖGA) • 105
Frauen für Demokratie im Iran • 153
Freie Nationalisten • 6, **36-38**, 45, 54, 55, 59, 68
Freiheitliche Deutsche Volkspartei (FDVP) • 63
Fremdenfeindlichkeit • 15, 16, 20 f., 23, **25 f.**, 27, 36, 38, 44, **48 f.**, 57, 60, **65**, 72 f.,
76, 82, 83
Freundeskreis Deutschland e. V. / Gemeinschaftswerk Auehof e.V. • 79 f.

FREY, Gerhard • 7, 62, 63, 64, 65, 66, 68, 70
FRICKE, Detlef • 108, 109
FRITSCH, Uwe • 109
FZ-Verlag • 63

G

Gemeinschaft Deutscher Bund (GDB) • 77
GERG, Jürgen • 45
GERLACH, Heinrich • 64
Geschichtsrevisionismus • 26, **27-29**, 50, 53, 77, 78 f., 95
göttinger Drucksache • 85, 88, 93, 94
GRAF, Jürgen • 28
Graswurzelbewegung • 8, 84, 104, **105-107**
Graswurzelrevolution • 105, 106, 107
GREWE, Sven • 31

H

HAKK-TV • 145
HAMAS (Islamische Widerstandsbewegung) • 119, **148 f.**, 151
Hamburger Sturm • **38**, 42
Hammerskins • **31**, 53
Heide-Heim e.V. und Heideheim e.V. • **42**, **81**
HEINRICH • 112
HEISE, Thorsten • 32, 33, 37, 39, 97
Hermannsruf • 79, 80
Hetendorfer Tagungswochen • 79, 81
Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V. (HNG) • 26, **39 f.**
HIRZEL, Hans • 71
Hizb Allah • 148 f., **149-151**
HUBBARD, Lafayette Ron • 156, 158
HUPKA, Steffen • 45, 55

I

IBP (Islamischer Bund Palästina) • 148, 151
Institute for Historical Review • 28
INTERIM • 7, 85, 87, 88, 90, 97, 99, 104
International Socialists (IS) • 114
Internet (Nutzung durch Extremisten) • 6, **9-11**, 28, 29, 33, 36, 41, 60, 61, 65, 71, 79, 80, 89, 90, 94, 97, 99, 104, 125 f., 145, 153, 158
Iranische Moslemische Studentenvereinigung e. V. (IMSV) • 153
IRVING, David • 28, 29, 64
Islamische Gemeinde in Deutschland e.V. (IGD) • 148
Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e.V. (IGMG) • 117, 118, 119, **139-143**, 146
Islamische Heilsarmee (AIS) • 148
Islamische Heilsfront (FIS) • 148
Islamische Zentrum München (IZM) • 148
Islamische Widerstandsbewegung (HAMAS) • 119, **148 f.**, 151
Islamisches Zentrum Aachen (IZA) • 148

Islamischer Bund Palästina (IBP) • 148, 151
Islamisches Konzil • 140
Islamismus • 14, 72, 118, **119**, 139-143, 143-147, 147-149
Islamistische Extremisten • 119
Islamrat für die Bundesrepublik Deutschland (IR) • 140
IZ Hamburg • 140

J

JUCHEM, Wolfgang • 77, 79
Junge Freiheit • 82, 83
Junge Nationaldemokraten (JN) • 34, 44 f., 46, 54, 55, 57, **58-61**, 97
JÜRGENSEN, Peter • 64

K

Kalifatsstaat (vormals ICCB) • **143-147**
KAPLAN, Cemaleddin • 139, 143 f., 145, 146
KAPLAN, Metin • 143, 144, 145, 146 f.
KARATAS, Dursun • 130, 131, 132
KAYPAKKAYA, Ibrahim • 134, 135
KHALIFA, Ahmed • 147, 148
KÖHNE, Rolf • 112
Kommunistische Plattform der PDS (KPF) • 7, 84, **111-113**
Konföderation der idealistischen Türken in Europa (AÜTDK) • 136
Kurdische Demokratische Partei (DKP-I) • 121
Kurdische Demokratische Volksvereinigung (YDK) • 122, 123, 125
Kurdischen Nationalkongress (KNK) • 127
Kurdistan-Informationszentrum (KIZ) • 126

L

Landser (Skinhead-Band) • 32, 33, 34
LAUCK, Gary Rex • 41
LAUER, Peter • 69, 70, 73
LAYER, Mike • 59
LEBEDEW, Sergej Nikolajewitsch • 161
Leuchter-Report • 28
Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE) • 107, **154-155**
Linksextremismus (Begriff) • 7, **84 f.**
Linksruck • 84, 103, **114 f.**

M

MAHLER, Horst • 47, 54
MAIER, Waldemar • 46
MARQUARDT, Danny • 58, 59, 60
Marxismus-Leninismus • 84, 86, 108, 109, 111, 113, 114, 122, 131, 132, 133, 134 f.
Marxistisches Forum der PDS • 112
Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei (MLKP) • 133, 135
Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD) • 84, **113 f.**
MATTOGNO, Carlo • 28
MEDYA-TV • 125, 126

MEGRET, Bruno • 50
METV • 125
Milli Gazete • 141, 142
MILLIISTIHBARAT TESKILATI (MIT) • 163
MISCAVIGE, David • 156, 158
Mitteilungen der KPF • 111, 112
MOCK, Heinrich • 77
MÜLLER, Ursula • 39, 53
Muslim Studentenvereinigung in Deutschland (MSV) • 140
Muslimbruderschaft (MB) • 140, **147-149**

N
Nachrichten der HNG • 39, 40
NASRALLAH, Hassan • 150
National Liberation Army (NLA) • 152, 153
Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) • 6, 12, 23, 27, 35, **43-57**, 58, 59,
60, 62, 63, 68, 70, 71, 75, 76, 80, 83, 95, 96, 98
Nationaldemokratischer Hochschulbund (NHB) • 60
Nationale Befreiungsfront Kurdistans (ERNK) • 121, 122, 124
Nationaler Widerstandsrat Iran (NWRRI) • 117, **151-153**, 162
Nationales und Soziales Aktionsbündnis Norddeutschland • 37
Nationalismus • 6, 25, 30, 45, 47, 48, 49, 60, 75, 81
Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei/Auslands- und Aufbauorganisation
(NSDAP/AO) • 26, **41**
National-Zeitung/Deutsche-Wochen-Zeitung • 62, 64, 65, 66, 68
Neonazismus • 12, **26**, 28, 30-42
Neonazistische Kameradschaften • 26, **36-38**, 44, 54, 58
Neue Rechte • 27, **81-83**
New Era Publications • 158
New Era Radio • 158
Niedersachsen-Spiegel • 43, 49, 50, 51, 52
NO RESPECT • 92
NS-KAMPFRUF • 40, **41**

O
ÖCALAN, Abdullah • 105, 116, 120 f., 125, 126, 127, 128, 129 f., 137, 138
offen-siv • 111, **112 f.**
Oi-Skins • 31
ÖZDOGAN, Hassan • 140
Özgür Politika • 122, 125

P
Palästinensischen Islamischen Jihad (PIJ) • 149, 151
Partei Freier Frauen Kurdistans (PJFK) • 125
Patriotische Union Kurdistans (PUK) • 121, 127
PFLP (Volksfront für die Befreiung Palästinas) • 148, 151
PFLP-GC (Volksfront für die Befreiung Palästinas - Generalkommando) • 151
PIJ (Palästinensischer Islamischer Jihad) • 149, 151
PRABHAKARAN, Velupillai • 154

Proliferation • 163, 169

PÜHSE, Jens • 55

R

radikal • 92

RADJAVI, Maryam • 152

RADJAVI, Massoud • 152

RASSINIER, Paul • 28

Rassismus • 25, **26**, 30, 31, 36, 38, 57, 84, 86, 96, 98 f.

RAZZ - Zeitung für ein radikales Hannover • 85, **93**, 97, 99, 100

Recht und Wahrheit • 78, 79

Rechtsextremismus (Begriff) • 6, 9, 15, 20, 23, **25-27**

REMER, Otto Ernst • 43, **78**

RENNICKE, Frank • 35

Republikaner (REP) • 6, 12, 27, 67, **69-76**

Revolution Inside • 92

Revolutionäre Plattform - Aufbruch 2000 (RPF) • 6, **44 f.**, 55

Revolutionäre Zellen (RZ) • **89**, 90

RIEGER, Jürgen • 81

ROEDER, Manfred • 53, 54

ROßMÜLLER, Sascha • 54, 55, **58**, 59

Rote Antifaschistische Initiative • 88

Rote Hilfe e.V. • 7, 8, **115 f.**

ROUHS, Manfred • 82

RUDOLF, Gernar • 28

Ruhsdorfer Beschluss der REP • 70

S

SANDER, Hans Ulrich • 82, 83

SANDERS, Tina • 110

SCHEER, André • 110

SCHLIERER, Rolf • 6, 67, 69, 70, 71, 73, 75

SCHÖN, Jürgen • 53, 55

SCHÖNBORN, Meinolf • 53

SCHÖNHUBER, Franz • 69

SCHWAB, Jürgen • 48

SCHWERDT, Frank • 55

Scientology Organisation (SO) • 8, **156-159**

Signal - Das patriotische Magazin • 82

Skinhead-Konzerte • 6, 32, **33-35**, 36, 46

Skinhead-Musik • 6, 10, 31, **32-35**

Skinheads • 6, 10, 12, 26, 27, **30-35**, 38, 42, 44, 46, 53, 57, 59

Sleipnir • 82

SOFU, Yusuf Ibrahim • 117, 146, 147

SOHN, Manfred • 109

SOJKA, Klaus • 63

Solidaritätskomitee mit den politischen Gefangenen in der Türkei“ (DETUDAK)
• 133

Soziale Volkspartei (SVP) • 44

Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ) • 92, 110
Sozialistische Reichspartei (SRP) • 43, 78
Staatsbriefe • 82, 83
Stahlhelm e.V. - Bund der Frontsoldaten • 77 f.
STEHR, Heinz • 108, 109

T

Tamil Rehabilitation Organisation (TRO) • 155
TEUBER, Wolfgang • 109
The Journal of Historical Review • 28
THKP-C - Devrimci Sol • 130, 131, 132, 133
TOBEN, Fredrick • 28, 29
Trotzkismus • 84, 114
Türkes, Alparslan • 136, 137
Türkische Arbeiter- und Bauernbefreiungsarmee (TIKKO) • 134
Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten (TKP/ML) • 117, 133, 134 f.

U

Ümmet-i Muhammed • 143, 144, 145, 146
Union für die in den europäischen Ländern arbeitenden Muslime e.V. (UELAM)
• 148
Union Muslimischer Studentenorganisationen in Europa e.V. (UMSO) • 148
Unsere Zeit (UZ) • 108, 109, 110

V

Verbote neonazistischer Vereinigungen • 42
Verein Iranischer Demokratischer Akademiker e. V. (VIDA) • 153
Verein zur Eingliederung iranischer Flüchtlinge e. V. (VEIF) • 153
Vereinigung der Neuen Weltsicht in Europa (AMGT) • 139, 143, 144
Vereins zur Förderung der Musik Irans e. V. (VFMI) • 153
Vierteljahreshefte für Geschichtsforschung • 28
Vlaams Blok • 64, 71
VOIGT, Udo • 43, 44, 45, 47, 51, 53, 54, 55
Volksbefreiungsarmee (ARGK) • 121, 122, 123, 124
Volksmodjahedin Iran • 151-153
Vrij Historisch Onderzoek • 28

W

WAGENKNECHT, Sahra • 112
WANGLER, Jürgen • 110
War Resister's International (WRI) • 106
Weltausstellung EXPO 2000 • 7, 8, 23, 24, 46, 49, 86, 93, 99-102, 104, 128, 133, 153,
155
WETZEL, Bruno • 64
WIECHMANN, Claudia • 63
WINDHORN, Monika • 112
WORCH, Christian • 46, 53, 54, 79
World Tamil Movement (WTM) • 155
WULFF, Thomas • 37, 38, 53, 55

X

X-tausendmal quer • 103

Y

YAGAN, Bedri • 132

YEK-KOM (Föderation der kurdischen Vereine in Deutschland) • 116, 123, 125, 128

Y-Gruppen (der PKK) • 125

YILDIRIM, Nese • 132

YILDIRIM, Sonnu • 132

Z

Zentralorgan • 38, 68

Zentralrat der Muslime in Deutschland (ZMD) • 140, 147

ZÜNDEL, Erich • 28

Ortsregister

(Niedersachsen)

Aurich • 30
Bienenbüttel • 35
Borsum • 35
Braunschweig • 30, 35, 45, 46, 65, 76, 85, 88, 90, 94, 95, 96, 104, 108, 115, 123, 128, 136, 140, 141, 151
Burgdorf • 62
Celle • 30, 35, 46, 123, 128, 132, 160
Colnrade • 79
Dahlenburg • 103
Dannenberg • 103
Einbeck • 151, 155
Eschede • 35, 46
Fallingbostal • 128
Garbsen • 72, 140
Gorleben • 103, 107
Goslar • 22, 136, 155
Göttingen • 7, 46, 53, 55, 85, 86, 90, 92, 93, 94, 95, 96, 98, 103, 112, 113, 115, 116
Hameln • 140, 151
Hannover • 24, 30, 35, 37, 43, 45, 46, 62, 69, 70, 71, 72, 73, 75, 77, 85, 90, 93, 97, 99, 101, 102, 104, 108, 112, 115, 116, 123, 128, 133, 136, 140, 141, 151, 153, 155, 158, 159, 169
Hildesheim • 30, 31, 35, 151
Holvede • 34
Jork • 77, 78
Karssen-Laave • 35
Kirchdorf • 79, 80
Königslutter • 64
Leer • 35, 128
Lembruch • 58
Lüchow • 30
Lüneburg • 30, 31, 34, 37, 43, 46, 75, 81, 103
Mulmshorn • 46
Northeim • 30, 32, 33, 37, 155
Oldenburg • 30, 55, 71, 79, 85, 90, 92 f, 98, 110, 123
Osnabrück • 108, 123, 151
Oyten • 97
Peine • 123, 140
Rhade • 64
Salzgitter • 123, 133, 136, 155
Schöningen • 34, 46
Schwanewede • 34
Seesen • 155
Seevetal-Maschen • 158

Stade • 30, 77
Stuhr-Brinkum • 35
Tostedt • 34, 59
Vahrendorf • 78
Verden • 46, 97
Weye • 59
Wilhelmshaven • 30

